Emanzipation – Macht – Gerechtigkeit

Emanzipation – Macht – Gerechtigkeit

100 Jahre Internationaler Frauentag in Hamburg 2011

Herausgeber:

Hamburger Frauenbündnis 100 Jahre Internationaler Frauentag

V.i.S.d.P. Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath
Landesfrauenrat Hamburg e. V.
Grindelallee 43
20146 Hamburg

Tel. 040-422 60 90/70

E-Mail: projekt@landesfrauenrat-hamburg.de
Web: www.frauentag-hamburg.de

Redaktion:
Marion Carstens, Heidemarie Grobe, Magdalena Matusik, Christa Randzio-Plath, Heidemarie Thiele, Cornelia Zolghadri

Layout und Druck: rotation
Korrektorat und Satz: Tamara Pirschalawa

Auflage: 1.500 Stück

März 2011

Redaktioneller Hinweis: Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Autorinnen verantwortlich sind für Inhalt, Quellenangaben und (Nicht-)Gebrauch geschlechtergerechter Sprache.

Das Buch wurde mit Mitteln der Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg erstellt.

Inhalt

Vorwort

Emanzipation – Frieden – Frauenrechte
Christa Randzio-Plath: Auf dem Widerstand der Männer tanzen – Demokratie braucht Frauen 12
Patricia Schneider/ Nathalie Bohr: Krieg und Frieden – (k)eine reine Männerdomäne 18
Doris Gercke: Nachrichten aus dem Hause des Menschenfressers 23
Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Emanzipation durch Recht 28
Sylke Pukatzki: Viel erreicht – viel zu tun 36
Tanja Chawla: Race – class – gender 40
Hourvash Pourkian: Frauenpower International 44
Emilija Mitrovic: Frauen ohne Papiere 48
Gertrud Wellmann-Hofmeier: Boykott gegen Apartheid – keine Früchte aus Südafrika 54
Wilma Simon: Nicaragua – Frauen helfen sich selbst 59
Angela Grosse: Hamburger Frauenbewegung im Internet – der Singular führt in die Irre 62

§ 218 – Gewalt – Gesundheit
Kerstin Falk: Vielfalt von Sexualitäten und Lebensformen 66
Elfie Mayer / Marina Knopf: Der § 218 – ein Jahrhundertthema 69
Heidemarie Grobe: Gewalt hat viele Gesichter 73
Anja Rubbel: Schutz und Hilfe – Operativer Opferschutz in Hamburg 75
Katharina Meiser: Frauenhandel und Ausbeutung durch Arbeit 79
Cornelia Kerth: La Femme Allemande – Frauen im Widerstand 82

Regina Jürgens / Berit Köhler: Frauengesundheit – eine Tochter der Frauenbewegung 85
Heidemarie Thiele: Hamburg – (k)ein Ort für Frauengesundheit 89

Arbeit – Geld – Sexarbeit

Agnes Schreieder / Michaela Ludwig: Im Wandel – Frauenerwerbsarbeit in Hamburg 95
Jutta Blankau: Brot und Rosen – Frauen und Arbeitsmarkt 99
Sibylle Raasch: Gleiches Entgelt – gleiche Chance 103
Ursula Rust: Europäischer Anstoß – Mutterschutz für Selbstständige 107
Waltraud Waidelich: Teilhabe – Arbeit – Grundeinkommen 112
Sieglinde Friess: Frauenförderung – zwischen Wunsch und Wirklichkeit 115
Helga Chinnow: Frauenbeauftragte – persönliche Erfahrungen 118
Susanne Kazemieh: Frauen und Geld – ein Kapitel für sich 120
Katrin Wolf: Geld verwandeln – Welt verändern 123
Elisabeth von Dücker: Prostitution – Arbeit und Stigma 127

Wissenschaft – Technik – Medien

Dagmar Filter: Frauen verändern Hochschule und Wissenschaft 132
Monika Bessenrodt-Weberpals: Science and the City – Frauen nach vorn 139
Saša Bajt: Wissenschaftlerinnen – Balance zwischen Beruf und Familienleben 143
Gabriele Winker / Tanja Carstensen: Frauenrollen – Technikbilder – Internet 147
Hannelies Kluge: Wissenschaftlerinnen denken anders 150
Ingrid Bähr: Frauen klettern anders 153
Eva Kohlrusch: Frauenbilder in den Medien – alles paletti 157

Sabine Rossbach: Frauen in den Medien – ohne Höhenangst ... 161
Ingrid Kolb: Schöne neue Werbewelt – von Klementine zum jungen Gemüse ... 164

Kultur – Stadt – Umwelt

Irmgard Schleier: Festival der Frauen – eine Hamburger Erfolgsgeschichte ... 168
Ele Grimm: Frauenkultur in der neuen Frauenbewegung ... 170
Susie Reinhardt: Hamburg – Frauen in der Popmusik ... 177
Barbara Aust-Wegemund: C'est tout ... 182
Tina Stadlmayer: Frauen – Bauen – Urbanität ... 184
Angela Hansen: Stadtentwicklung – Frauen mischen mit ... 190
Monika Schaal: Sardinen aus der Nordsee contra Ökostrom ... 192

Macht – Politik – Wirtschaft

Heide Pfarr: Zukunft der Frauenpolitik ... 197
Frigga Haug: Feministische Antwort auf die Krise ... 204
Eva Rühmkorf: Gespenster in Europa – Quotenfrauen ... 208
Elke Peine: Frauenförderung – radikaler Umbau der Gesellschaft ... 212
Angela Bähr: Staatsfeminismus – Gender Mainstreaming versus Frauenförderung ... 217
Verena Lappe: Mit der Quote an die Spitze ... 222
Ilse Behrens: Gender Budgeting – Frauenemanzipation durch Geld ... 226
Kersten Artus: Weiblich denken lernen ... 230
Gabriele Dobusch: Gender – Gleichheit – Vielfalt ... 233
Linda Heitmann: Geschlechtergerechte Gesellschaft – Wege zum Ziel ... 236
Karen Koop: Keine Gender ohne Frauen ... 239
Christa Randzio-Plath: Nachhaltig auf Frauen setzen – Frauen und Wirtschaft ... 242

Anhang

Autorinnenverzeichnis 248
Geschichte Internationaler Frauentag 254
Frauenpolitische Meilensteine in Hamburg 256
1911 bis 2011 – Elf Hamburger Frauen, die sich um die Gleichstellung in Hamburg verdient gemacht haben und „Erste“ waren 265
Lieder aus der Frauenbewegung 272
Hamburger Frauenbündnis 100 Jahre Internationaler Frauentag 275

Vorwort

Ein Hamburg-weites Frauenbündnis von Frauenverbänden und Frauengruppen setzt ein Zeichen: 100 Jahre Internationaler Frauentag sind Grund genug, das Hamburger Rathaus ganztägig am 8. März den Frauen zu öffnen. Der Eintritt ist offen für alle Frauen, die diskutieren und feiern wollen – in Seminaren und Konferenzen, im Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft oder im Rahmen der Festivitäten in der Handelskammer mit Infoständen und Amüsement. Erstmals in der Geschichte Hamburgs öffnet sich das Rathaus den Frauen.

Die Geschichte Hamburgs ist reich an Anekdoten, aber arm an Frauenereignissen. Hammonia, Hamburgs Stadtgöttin, konnte da wenig ausrichten. Immerhin: regelt die Hamburgische Verfassung (Änderung von 1996) in Artikel 3 (2) die Gleichstellungsfrage: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird nach Maßgabe der Verfassung und der Gesetze ausgeübt. Sie hat auch die Aufgabe, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Insbesondere wirkt sie darauf hin, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sind."

Die Hamburger Frauenwirklichkeit entspricht nicht dem Verfassungsauftrag: Macht in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist keine geteilte Macht. Weder im Senat noch in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen sind Frauen „Spitze". In Hamburger börsennotierten Unternehmen gibt es unter den Vorstandsmitgliedern keine Vorstandsfrauen oder nur die „eine". Da ist die politische Macht weiter, weil fast 30 Prozent der Abgeordneten Frauen sind. Allerdings fehlt es in öffentlichen Unternehmen wie in Gremien an Frauenmacht. Die Eintrittsbarriere schwankt stabil bei 25 Prozent Frauenanteil. Von daher ist die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien infrage gestellt. Das gilt auch für die Tarifvertragsparteien, die bis heute Lohngleichheit, die Mindest-

löhne, die Familienfreundlichkeit von Betrieben nicht durchgesetzt haben. Auch der Gesetzgeber hat weder das Gebot der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von der ersten Stunde einer Erwerbstätigkeit an- noch die Abschaffung des Ehegattensplittings umgesetzt. Es fehlt auch das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit verpflichtenden Frauenförderplänen, Personalentwicklungsberichten und gleichstellungsrelevanten Auflagen, z. B. bei der Verteilung von öffentlichen Aufträgen. Eine Herausforderung bleibt die Gewalt gegen Frauen in allen ihren Formen, die Integration von Migrantinnen und die Bekämpfung von Frauenarmut bei Alleinerziehenden und älteren Frauen. Gewünscht bleibt für Hamburg eine institutionelle Aufwertung der Geschlechtergerechtigkeit, ein Frauenbericht, eine erschwingliche gute Kinderbetreuung, eine angemessene Finanzierung der Frauenprojekte, vor allem der Frauenhäuser.
Trotz der Gleichstellungsstrategien von Frauenförderung, Gender Mainstreaming und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz ist die Geschlechtergerechtigkeit nicht hergestellt, weil Frauen und Männer nicht gleichermaßen an Macht, Geld, Zeit, Wissen und anderen Ressourcen beteiligt sind, aber auch, weil weder das Antidiskriminierungsgebot hinreichend beachtet noch die Rahmenbedingungen und Strukturen so verändert werden, dass die Gleichwertigkeit von verschiedenen Lebensweisen durchgesetzt und die Geschlechterungleichheit überwunden werden kann. Geschlechtergerechtigkeit ist auch eine Machtfrage, weil sie nicht nur den Stellenwert der Geschlechtergleichstellung bestimmt, sondern auch die Umsetzung der Strategien entscheidet.

Für das Hamburger Frauenbündnis 100 Jahre Internationaler Frauentag, Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath, erste Vorsitzende des Landesfrauenrates Hamburg e. V.

© Photocase

Emanzipation – Frieden – Frauenrechte

Die Emanzipationsbewegung ist mit dem Engagement um Frauen-Menschenrechte wie die körperliche Unversehrtheit und die Würde der Frau, um die rechtliche Gleichstellung in Verfassung, aber auch Familien- und Zivilrecht, eine friedliche Welt und gleichberechtigte politische Partizipation verbunden. Rückblick und Ausblick fordern die gleichberechtigte Partizipation der Frauen an allen politischen Entscheidungen auf allen Ebenen.

Christa Randzio-Plath

Auf dem Widerstand der Männer tanzen – Demokratie braucht Frauen

Frauen haben in keiner Gesellschaft den gleichen Status wie Männer. Dieser Zustand ist weder mit Geschlechtergerechtigkeit noch mit UN-Charta, Verfassungen und Grundrechten vereinbar. Das gilt auch für Deutschland und Hamburg. Von daher werden Geschlechtergerechtigkeit, Empowerment von Frauen und Geschlechterdemokratie gebraucht – als Wert und als Ziel.
Geschlechterdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit werden als zukunftsweisende Strategien erkannt, um gesellschafts- und wirtschaftspolitisch erfolgreich Zukunft zu organisieren. Geschlechterdemokratie hinterfragt die ungleichen Rollen von Frauen und Männern und ihre ungleichen Möglichkeiten an politischer Partizipation. Das demokratische politische System spiegelt die strukturellen Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis wider und trägt gleichzeitig zu ihrer Verfestigung bei. Gewollt wird in Demokratien mit Repräsentationsidee die gleichberechtigte Partizipation und Repräsentation beider Geschlechter. Ziel der Geschlechterdemokratie ist es, dass Männer und Frauen gleichberechtigt an Politik, Wirtschaft, Gesellschaft teilhaben können. Dazu sollen undemokratische Strukturen verändert und gewaltförmige Herrschaft abgebaut werden.
Das 20. Jahrhundert hat mit der politischen Unmündigkeit der Frau gebrochen und das aktive und passive Wahlrecht eingeführt. Der Frauenanteil am Reichstag erreichte in der Weimarer Republik 10 Prozent, 90 Prozent der Frauen hatten gewählt. Die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm hatte bereits 1873 proklamiert: „Fordert das Stimmrecht, denn über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbstständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau.“ Vergleichbare Illusionen hatten auch Frauen in der Russischen und Französischen Revolution. Solange sich die Frauen für die Gleichheit und Brüderlichkeit engagier-

ten, waren sie willkommen. Als sie die Schwesterlichkeit einforderten, musste die Frauenrechtlerin Olympe de Gouges auf das Schafott. Die russische Kommissarin Alexandra Kollontai mag nach der Russischen Revolution die erste Ministerin der Welt gewesen sein, aber auch sie hatte weder Macht noch Einfluss, um die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen und damit zu mehr Demokratie beizutragen. Von einer gleichberechtigten Teilhabe an politischer Macht sind Frauen mit einem Frauenanteil von weniger als 15 Prozent an Regierungsämtern und nur 18,5 Prozent aller Abgeordneten weltweit immer noch weit entfernt. Allerdings steigt der Frauenanteil in Parlamenten und Regierungen in der Europäischen Union und nähert sich einem Frauenanteil von durchschnittlich 25 Prozent und mehr. Das lässt hoffen.

Aber die Hoffnung erfüllt sich nicht von allein. Von daher ist der Aufruf der Alphamädchen „Partizipation ist Bürgerinnenpflicht" ganz im Sinn der organisierten und unorganisierten Feministinnen von heute. Schließlich sind BürgerInnen nicht nur das Volk, sondern auch der Staat, dessen Strukturen mit z. B. Wahlen gestaltet werden. Gerade junge Frauen aber beteiligen sich weniger an Wahlen. Die Herausforderungen sind dabei immer noch groß: Der weibliche Körper wird als öffentliches Gut benutzt, mit dem sich Geld verdienen lässt und der aus politischen und ideologischen Gründen missbraucht wird. Der gleiche Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit steht aus, Führungspositionen sind in Männerhand und die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Armen sowie der ärmsten Armen sind Frauen.

Die Neue Frauenbewegung sah die Gleichstellung als Machtfrage und stellte fest: Die Macht der Männer ist die Ohnmacht der Frauen. Das änderte aber wenig an ihrer grundsätzlich negativen Einstellung zu Macht. Dabei ist in der Definition von Max Weber Macht zu Recht nichts anderes als eine Chance innerhalb einer sozialen Beziehung, gleichviel worauf diese Chance beruht. Macht haben heißt Einfluss haben und nutzen. Die Frauen-

bewegung strafte die Männerherrschaft in Politik und Wirtschaft mit Verachtung, warf rote Tomaten auf die Patriarchen der Studentenbewegung der 68er, die vielfach in Frauen Sexobjekte und Kaffeeköchinnen sahen. Anders als die Studentenbewegung setzte sie nicht zum Marsch durch die Institutionen an, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Die Zweite Frauenbewegung setzte die Zeichen für heute: Viele Frauen meinten, dass sich die Welt verändern könnte, wenn Frauen mitregieren. Noch mehr Frauen betrachteten Macht jedoch als negativ, lehnten eine politische Teilhabe ab. Die autonome Frauenbewegung ging auf Distanz zu den politischen Parteien und Machtverhältnissen und setzte stattdessen auf Beziehungsarbeit. Das Motto hieß: Alles Private ist politisch, alles Politische ist privat. Es ist richtig, dass auch das Private politisch ist, und die feministischen Jahre waren verdienstvoll, wenn an die Vielzahl inhaltlicher Positionierungen von Gewalt bis Vergewaltigung, von sexueller Selbstbestimmung bis Recht auf ökonomische Unabhängigkeit, Gleichstellungsstellen und -gesetze gedacht wird.

Frauen in der Politik spalteten aber häufig die schwesterliche Solidarität. Viele Frauen sahen in Frauen an der Macht wie z. B. in Maggie Thatcher nur verkleidete Männer. Es gab Schwesternstreit um die Frage, ob Einmischung angesagt war oder nicht. Viele autonome Frauen konzentrierten sich auf Beziehungsarbeit und verzichteten auf Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und politischer Teilhabe, überließen sie Männern. Der Frauenanteil im Bundestag sank. Selbst die Bundestagswahl 1972 war kein Grund, die politische Abstinenz aufzugeben. Das änderte sich erst 1980, als die SPD mit einer quotierten Liste zur Europawahl 1979 antrat und die Grünen sich mit einer geschlechterparitätischen Orientierung gründeten. Dennoch wurde 1980 über einen Wahlboykott diskutiert. Zeitschriften wie Courage und Emma hatten großen Einfluss auf das politische Stimmverhalten der Frauen, deren Wahlbeteiligung sich der der

Männer anglich. Die organisierte Frauenbewegung und die Frauenverbände nutzten früh das neue Interesse an Frauen als Wahlpotenzial, an frauenpolitischen Fragestellungen und drängten auf Veränderungen – in Gewerkschaften, in politischen Parteien.

Diese späte Wegweisung bezahlen Frauen noch heute, weil sie in den 70er und 80er Jahren erfolgreicher hätten sein können – trotz des patriarchalen Denkens und Handelns in konservativen und fortschrittlichen Parteien und Bewegungen. Es ging damals um Stimmen und Wahlerfolge, auch um Teilhabe, und Frauen haben das Recht auf Teilhabe an der Macht. Frauen wollten damals beweisen, dass mit ihrer Beteiligung an der Macht die Welt sich ändert. Frauen, befreite Frauen an der Macht, hatte die Welt nicht erlebt. Deswegen lebte mit dem Wunsch, Frauen an der Macht zu sehen, die Hoffnung, dass Frauen friedliebender und näher am Leben mit ihren Entscheidungen bleiben, mehr für Menschen und Gerechtigkeit tun. Wenn Frauen Machtzugewinn für Frauen in den vergangenen 20 Jahren gefordert haben, so war damit auch die Partizipation an den bestehenden Strukturen gemeint. Gewollt war aber die andere Macht zur Gestaltung und Umgestaltung von Gesellschaften und Strukturen. Wenn Frauen Verhandlungsmacht auf allen Ebenen haben, können Verfügungsrechte über Ressourcen und öffentliche Güter und Dienstleistungen gewonnen werden, die zu einer anderen Verteilung führen. Deswegen stellen zunehmend mehr Frauen den Machtanspruch und werden unterstützt. Weltweit gibt es mehr Frauen in Ämtern und Mandaten in Staaten, die Quotierungen oder vergleichbare Instrumente kennen. Im weltweiten Gender-Ranking besetzt Ruanda mit einem Frauenanteil von 48,8 Prozent im Parlament Platz 1 (Deutschland: Platz 18).

Die Frauenbewegungen haben ihre Verdienste und haben dazu beigetragen, mehr Demokratie zu wagen, und die Einführung der Quote zur Teilhabe an Ämtern und Mandaten in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft durchzusetzen. Strategien zur Durch-

setzung der Geschlechterdemokratie und des Empowerments von Frauen brauchen mehr denn je Regeln und Zeitpläne. Schließlich geht es in der Machtfrage von heute nicht mehr um Qualifikationsunterschiede von Frauen und Männern (59 Prozent der Akademiker sind Frauen in der EU), sondern um Strategien und Wege, um Geschlechterfragen nicht zu marginalisieren oder zu diskriminieren. Die Machtfrage wird zugunsten von mehr Demokratie und Teilhabe des „anderen" Geschlechts (Simone de Beauvoir) nur positiv entschieden werden können, wenn es Quotenregelungen und Gleichstellungsmechanismen gibt, mehr Frauen als bisher den Mut aufbringen, Kandidatinnen für Sieg und Niederlage in Politik und Wirtschaft zu sein und Männer einsehen, dass die Gesellschaft und Demokratie gewinnen können, wenn es gleichberechtigte Partizipation gibt. Gebraucht wird neue innovative Frauenmacht mit einer umfassenden Frauennetzwerkbewegung und vielen Frauen, die gerade in Zeiten der Krisen das Motto der Neuen Frauenbewegung beherzigen: Verhalte dich so, als wärst du eine, die die Welt verändern muss; denn genau das wirst du tun.

Macht und Teilhabe in der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz 1995

Ein internationaler geschlechterpolitischer Meilenstein war zweifellos die Pekinger Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz 1995. Mit ihr wurde die Kategorie Gender erstmals in die internationale Politik eingeführt, und es wurde festgestellt, dass sich die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in vielen Gesellschaften eher verstärkt hat. Die Aktionsplattform verweist auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, in der es heißt, dass jeder das Recht hat, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes mitzuwirken. Die Machtgleichstellung und Eigenständigkeit der Frau sowie die Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stellung sind Voraussetzung für

eine transparente und verantwortliche Regierungs- und Verwaltungsführung und eine bestandfähige Entwicklung in allen Lebensbereichen. Die Machtverhältnisse, die die Frauen an einem erfüllten Leben hindern, kommen auf vielen Ebenen der Gesellschaft zum Tragen, vom allerprivatesten bis zum öffentlichsten Bereich.

Durch die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an den Entscheidungsprozessen wird ein Gleichgewicht geschaffen, das die Zusammensetzung der Gesellschaft wirklichkeitsgetreuer widerspiegelt und zur Stärkung der Demokratie und zur Förderung ihres ordnungsgemäßen Funktionierens erforderlich ist. Gleichberechtigung im politischen Entscheidungsprozess bildet eine Möglichkeit zur Einflussnahme, ohne die es kaum zur tatsächlichen Integration des Gleichberechtigungsgedankens in die staatliche Politik kommen kann.

Die gleichberechtigte Teilhabe der Frau an den Entscheidungsprozessen ist nicht einfach nur eine Forderung der Gerechtigkeit oder der Demokratie, sondern kann auch als eine notwendige Vorbedingung dafür angesehen werden, dass die Belange der Frau überhaupt Berücksichtigung finden. Ohne die aktive Mitwirkung der Frau und die Einbeziehung einer Frauenperspektive auf allen Entscheidungsebenen können die Ziele der Gleichberechtigung, der Entwicklung und des Friedens nicht verwirklicht werden.

Patricia Schneider / Nathalie Bohr

Krieg und Frieden – (k)eine reine Männerdomäne

Vorstellung von Initiativen zur Vernetzung und verstärkten Sichtbarkeit von Frauen in der Friedensforschung und Sicherheitspolitik

© iStockphoto

„Zu wenig Friedensmanagerinnen. Krieg bleibt Männersache“, lautet der Titel eines jüngst erschienenen Artikels in der taz (vom 08.10.2010). Krieg und Frieden als Männerdomäne zu definieren, ist ein Diktum, das seit der Antike kaum an Aktualität verliert. Ursache für das hartnäckige Bestehen dieser längst als überholt erwiesenen Lehrmeinung ist vorrangig in der Perzeption des Krieges in Geschichte, Wissenschaft und Politik zu sehen.

Kriege wurden von „großen Männern“ wie beispielsweise Alexander dem Großen, Cäsar oder Napoleon geführt; genauso wie sich „große Männer“, wie Augustinus oder Immanuel Kant, mit Ideen über Krieg und Frieden befassten. Aber Frauen führten auch Kriege, wie Katharina die Große oder Margaret Thatcher, und waren an Kriegen schon immer – nicht nur als Opfer – beteiligt: Sie hielten die Kriegswirtschaft aufrecht, pflegten Soldaten, waren als Kämpferinnen in das Kriegsgeschehen involviert oder waren Aufseherinnen in Konzentrationslagern. Die Erfahrungen von Frauen im Krieg zu dokumentieren, ist ein Trend, der erst in jüngerer Vergangenheit eingesetzt hat.
Darüber hinaus blicken Frauen auf eine mehr als 100-jährige friedensaktivistische Tradition zurück. Auf internationaler Ebene versammelten sich bereits 1899 Frauen aus aller Welt zu einer Friedenskundgebung auf dem in Den Haag stattfindenden Friedenskongress. Mit der ersten Weltfrauenkonferenz und der nachfolgenden Gründung der Women’s International League for Peace and Freedom in Den Haag im Frühjahr 1915, bei der sich Frauen aus kriegführenden und neutralen Ländern trafen, um gegen den Krieg zu protestieren, setzte ein Prozess ein, der den Frauen eine aktivere Rolle im Rahmen der Friedenspolitik zuschreiben sollte. Dieser Prozess, der keineswegs kontinuierlich verlief und bis heute nicht abgeschlossen ist, dokumentiert die Bemühungen aktiver Frauen, im Rahmen der Friedensbewegung, aber auch in der Friedensforschung mehr Gehör zu finden. Die theoretische Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden, die Teil der Disziplin der Internationalen Beziehungen ist, demonstriert im historischen Rückblick einmal mehr die weitgehende Abwesenheit von Frauen auf diesem Gebiet. Dennoch wurde die Ideengeschichte von Krieg und Frieden nicht ausschließlich von Männern geschrieben. Zu den wichtigsten Theoretikerinnen über das Geschlechterverhältnis in der Theorie zu Krieg und Frieden der Frauenbewegung zählen Bertha von Suttner, Rosa Luxemburg und Hanna Arendt.

Während des Kalten Krieges eher eine Männerdomäne in Deutschland, gibt es heute einen deutlich höheren und stetig wachsenden Anteil von Frauen in der Friedens- und Konfliktforschung. Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich also das friedenspolitische Engagement von Frauen im Rahmen der Friedensforschung gesteigert. Parallel dazu haben sich feministische politikwissenschaftliche Studien und Gender-Forschung etabliert.

Als neuester Meilenstein politischer Entwicklungen steht die UN-Resolution 1325 im Fokus der Aufmerksamkeit. Darin ruft der Sicherheitsrat seine Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, „dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind“ (S/RES/1325 2000:2). Diese Formulierung impliziert einen klaren Auftrag und bezieht sich unmittelbar auf die Rolle von Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie bei der Friedenskonsolidierung, aber auch auf die Frauen in der Friedensforschung.

Versucht man Informationen über den Anteil von Wissenschaftlerinnen in dieser Disziplin zu finden, so sind diese Bemühungen vergeblich. Obwohl Statistiken über den quantitativen Aspekt von Frauen in der Friedensforschung fehlen, so sind diese doch auf qualitativer Ebene erheblich engagiert. Es gibt in Deutschland einige aktuelle Initiativen, um interessierte Frauen einzubinden, von denen vier hervorzuheben sind.

Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) hat ein eigenes „Netzwerk Friedensforscherinnen“ etabliert (www.afk-web.de). Die Verwaltung des Netzwerks, ursprünglich 1990 gegründet, wurde 2008 an die Frauenbeauftragte der AFK übergeben. Das Ziel des Frauennetzwerkes ist, besonders relevante Informationen für Frauen über Lehre, Forschung, Stellenangebote und Veranstaltungen weiterzuleiten sowie Workshops zu veranstalten. Es geht insbesondere um die

Erhöhung der Sichtbarkeit von Frauen in der Friedens- und Konfliktforschung.
Auch auf gesellschaftlicher Ebene finden sich zahlreiche Initiativen, die Frauen als Friedensaktivistinnen fördern. Seit 2003 gibt es in Bonn den Frauensicherheitsrat, ein Netzwerk von Friedensforscherinnen, Friedensaktivistinnen, Frauen in politischen Stiftungen und NGOs (www.frauensicherheitsrat.de). Erklärte Ziele sind unter anderem die Einbeziehung einer Gender-Perspektive in die Außen- und Sicherheitspolitik, Impulsgebungen für die nationale Umsetzung der UN-Resolution 1325, Begleitung der Arbeit Deutschlands im Sicherheitsrat der UN sowie eine Neudefinition des Sicherheitsbegriffes unter geschlechterspezifischen Aspekten.
Nicht unerwähnt bleiben sollte auch eine andere Initiative: die „Women in International Security" (www.wiis.de). Die deutsche Abteilung ist eine Schwester-Organisation von dem 1987 gegründeten WIIS in den USA. Dort konnte durch gezielte Förderprogramme entscheidend dazu beigetragen werden, den Einfluss von Frauen im Bereich der Sicherheitspolitik zu erhöhen. Mit Hillary Clinton ist die dritte Außenministerin im Dienst, und ca. 15 Prozent der amerikanischen Streitkräfte sind Frauen. Ein Vergleich mit Deutschland fällt trotz der ersten Bundeskanzlerin vernichtend aus. Laut WIIS beschäftigt sich in Fraktionen und Parteien nur eine geringe Anzahl von Frauen mit dem Thema Sicherheitspolitik. WIIS will Frauen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vernetzen, ihnen einen besseren Zugang zu Informationen ermöglichen und ebenfalls die Sichtbarkeit von Frauen in dieser Disziplin erhöhen. Eine andere Initiative auf nationaler und internationaler Ebene ist die Initiative der „1000 FriedensFrauen weltweit" (www.1000peacewomen.org). „FriedensFrauen" ist eine internationale Organisation der 1000 Frauen, die 2005 für den Friedensnobelpreis nominiert wurden. Sie setzen sich dafür ein, den Einfluss von Frauen in allen Bereichen von Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit zu stärken.

Apropos Friedensnobelpreisträgerinnen: Weibliche Nobelpreisträgerinnen, bislang nur 40 Frauen, sind im Vergleich zu Männern, immerhin knapp 700 Laureaten, Randerscheinungen. Bis heute gab es zwölf Friedensnobelpreisträgerinnen. Darunter 1905 die erste Laureatin Bertha von Suttner, 1991 die gegenwärtig nach 15 Jahren Hausarrest entlassene Aung San Suu Kyi und 2004 die vorerst letzte Frau, Wangari Maathai, als erste Afrikanerin. Die höchste Auszeichnung für Verdienste um den Frieden scheint nach wie vor überwiegend Männern vorbehalten zu sein.

Dennoch, es tut sich etwas – auf Ebene der Forschung, der Gesellschaft und hinsichtlich des allgemeinen Verständnisses von Frauen und Krieg. Frauen waren und sind schon immer im besonderen Maße von Krieg betroffen. Daher erfordert es ein besonderes Engagement von und für Frauen, etwa um Friedenskonsolidierungsprozesse effektiver zu gestalten. Das Potenzial ist bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Literaturhinweise:

Hedinger, Sandra (2000): *Frauen über Krieg und Frieden*, Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Hervé, Florence (2008): Fast vergessen – die Frauenfriedensbewegung in der BRD.
In: Bundeszentrale für politische Bildung, 08.11.2008; www.bpb.de/themen/C52YW2.html

S+F Sicherheit und Frieden, Security and Peace (2010): Heft 1/2010, Ausgabe zum Themenschwerpunkt: Gender und Sicherheit. www.security-and-peace.de.

Doris Gercke

Nachrichten aus dem Hause des Menschenfressers

© Photocase

Deutschland ist zurzeit mit etwa 6.760 Soldaten an Kriegen außerhalb seiner Grenzen beteiligt. Einsatzgegenden sind: Afghanistan/Usbekistan, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Sudan, Libanon, Atalanta, Kongo und Somalia. Die Auslandseinsätze hat der Deutsche Bundestag genehmigt (von wenigen Abgeordneten abgesehen, die fast alle der Linken angehören).

Die Hoffnung „Nie wieder Krieg“, die nach den Erfahrungen des 1. und 2. Weltkrieges sehr viele Deutsche bewegte, wird inzwischen als naiv belächelt. Unbewiesene Theorien von Aggressionsgenen, die dafür sorgten, dass Kriege unvermeidlich seien, vernebeln die Köpfe.

Schwerpunkt des Krieges ist zurzeit Afghanistan. Obwohl sich zwei Drittel der Bevölkerung gegen den Krieg in Afghanistan

aussprechen, sind Regierung und Medien ununterbrochen damit beschäftigt, diesen Auslandseinsatz zu rechtfertigen. Das heißt: In der Frage „Krieg oder Frieden“ ist in Deutschland die Demokratie außer Kraft gesetzt. Ein deutliches Beispiel dafür ist auch die Existenz der „Task Force 47“, die aus Angehörigen des Kommandos Spezialkräfte und Aufklärern der Bundeswehr besteht. Über die Aufgaben dieser Truppe werden selbst die Abgeordneten nicht informiert, und sie nehmen diese Nichtinformiertheit hin.
Am „Kommando Spezialkräfte“ sind auch Frauen beteiligt. Die Niederlage der Frauen-Friedensbewegung manifestiert sich in dieser Tatsache besonders deutlich. Im Appell „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!“ hieß es hellsichtig: „Frauendienstpflicht würde unsere Gesellschaft von Grund auf militarisieren … Wir Frauen wissen schon lange, dass ein würdigeres Leben für Männer und Frauen sich nur entfalten kann, wenn der Rüstungshaushalt entschieden gekürzt wird.“ – Die Frauen-Dienstpflicht ist uns erspart geblieben, aber die Öffnung der Bundeswehr für Frauen und damit die Möglichkeit, auch sie zum Töten abzurichten, bezeichnet den Tiefpunkt der Frauen-Friedensbewegung.
Die Militarisierung der Gesellschaft soll auch die Kinder erfassen. In vier Bundesländern gibt es inzwischen Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Schulministerien. „Jeder Mensch weiß, was mit Frauen im Krieg geschieht, auch wenn niemand darüber spricht“, habe ich in meinem Pasewalk-Roman geschrieben. Sprechen wir darüber:

Es ist eine Lüge, wenn uns erzählt wird, „unsere“ Soldaten kämpften dafür, dass die Frauen in Afghanistan befreit würden. Die Soldaten sind daran beteiligt, dass sie umgebracht werden. Unter den 140 Menschen, die auf Befehl des deutschen Soldaten Klein getötet wurden, waren viele Frauen und Kinder. Alle ernst zu nehmenden Beobachter von Kriegen sagen, dass die Zivilbe-

völkerung in hohem Maß unter den Kriegshandlungen zu leiden hat.
Lassen wir eine Frau sprechen, die sich auskennt: „Die westlichen Regierungen brüsten sich damit, dass Mädchen dank der NATO in Afghanistan wieder zur Schule gehen können, aber es gibt keine Schulen, zu denen sie gehen könnten. Die Sicherheitslage ist heute so schlecht, dass viele Frauen sich nicht mehr trauen, aus dem Haus zu gehen … 70 Prozent der Afghanen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. In städtischen Regionen können 30 Prozent lesen und schreiben, in einigen ländlichen Regionen ist es ein Prozent. Bauern, die in der Schlafmohnproduktion arbeiten, können bestenfalls ihre Lebenshaltungskosten decken, während die Warlords und Drogenhändler Millionen machen. Was für eine Befreiung ist das? … Es gibt eine kleine Minderheit von Frauen, die gebildet sind und Englisch sprechen. Sie arbeiten für NGOs oder die Vereinten Nationen, das stimmt. Aber ist das Frauenbefreiung? … Es werden Milliarden Dollar für Afghanistan ausgegeben. Aber die Menschen fragen sich: Warum gibt es keine Krankenhäuser und Schulen? Der Grund ist simpel: Die Afghanen sind nicht der Grund für den „Wiederaufbau“ des Landes. Es geht um die Kontrolle über diese Region.“[1]
Jeder Mensch weiß, dass es da, wo Soldaten sind, Bordelle gibt. Männlichkeitswahn und die Erniedrigung von Frauen gehören zusammen. An Bordellen für Soldaten, Vergewaltigung als Waffe und Soldaten, die am Frauenhandel beteiligt sind, nimmt kaum noch jemand Anstoß.
Nicht einfach zu durchschauen ist das Gerede von „Emanzipation“ durch Kriegsdienst. Wenn aber Frauen versuchen, es den männlichen Soldaten im Töten gleichzutun, dann ist das nicht „Emanzipation“, sondern die Anerkennung und Unterwerfung unter männliche Strategien der Beherrschung der Welt.

---

[1] Dr. Elaheh Rostami-Povey, School of Oriental and African Studies der University of London und aktiv in der britischen Friedensbewegung.

Diesem Prinzip könnten und müssten sich Frauen überall entgegenstellen. Weshalb das heute nicht so ist, weshalb es keine machtvolle Friedensbewegung gibt (wie zur Zeit des Vietnamkrieges oder in den 1980er Jahren), weshalb den Lügen von Politik und Medien geglaubt wird, weshalb es im Hause des Menschenfressers ruhig ist, während er weiter und weiter seinem grässlichen Handwerk nachgeht, wäre des Nachdenkens wert.

Im Hause des Menschenfressers

Geboren in den Zeiten des Gases
geriet ich später ins Haus des Menschenfressers.
Seine Frau die schöne rundliche
nahm mich fürsorglich auf
und gab mir reichlich zu essen
versteckte mich vor ihm
wenn er nach Hause kam.

Jetzt lebe ich nicht so schlecht
im Hause des Menschenfressers.
Tags geht er umher im Land
Raketen zu stationieren
die die Landstraßen verwüsten
und die jungen Männer zu trainieren
im Doppeleinsatz draußen und drinnen.
Für den entfernten Feind
zeigt ihnen der Menschenfresser
den berühmten Erstschlag
für die Bürger im eigenen Land
die kräftig bestrahlt noch immer nicht still sind
hat er Hunde vorgesehen und Gas versteht sich.
Ich persönlich laufe tagsüber frei herum
im Hause des Menschenfressers
scherze mit seiner Frau und denke mir nichts weiter.

Nur am Abend wenn er nach Haus kommt
herumschnüffelt und mich sucht
zittere ich vor Angst
in meinem bombensicheren Kistchen
dann träumt es mir
von abgerissenen Gliedern
und von verhungerten gelblichen Kindern
dann hasse ich Vater und Mutter
die mich hierher geboren.

Eines Tages
das war noch nie anders
frisst uns der Menschenfresser
das war immer so
bisher.

Aus: Dorothee Sölle. Im Hause des Menschenfressers, rororo aktuell, 1981

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit

Emanzipation durch Recht

© iStockphoto

I. Einleitung

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt". Mit dieser schlichten und klaren Formulierung des Art. 3 Abs. 2 GG wurde am 23.05.1949 zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein Grundrecht auf Gleichberechtigung von Mann und Frau verfassungsrechtlich verankert. Dies war ein großer Sieg für die Frauen in Deutschland. Der Weg dorthin war allerdings steinig und lang. Und aus heutiger Betrachtung wissen wir: Dieser Sieg war nur ein Etappensieg. Denn bis heute – mehr als 60 Jahre nach Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes – besteht immer noch eine große Kluft zwischen Verfassungsanspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Es hat sehr viel Kraft und Beharrlichkeit der Frauen und Frauenbewegungen gekostet, den Gleichberechtigungsgrundsatz mit

Leben zu füllen. Das Ziel ist noch längst nicht erreicht. Doch mit Hilfe des unermüdlichen Engagements vieler Frauen und einiger Männer und der stets mahnenden Hand des Bundesverfassungsgerichts ist es gelungen, dem Ziel ein gutes Stück näher zu kommen. Zunächst musste nach 1949 die *Rechtsordnung* an den Gleichberechtigungsgrundsatz *angepasst* werden. Denn es gab zahlreiche Vorschriften, die nicht im Einklang mit dem Grundgesetz standen. Dem Deutschen Bundestag war deshalb eine Frist von vier Jahren bis Ende März 1953 eingeräumt, innerhalb derer diese Anpassung geschehen sollte. In weiser Vorahnung war die Fristenregelung an eine sogenannte „Verfallsklausel" gekoppelt worden. Vorschriften, die gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz verstießen und die nicht innerhalb der Frist geändert wurden, traten nach Ablauf der Frist automatisch in Kraft – und zwar am 01.04.1953.

II. Das Familienrecht

Das BGB von 1900 schrieb fest, dass mit der Eheschließung die Frau den Namen des Mannes annehmen musste. Der Ehemann bestimmte über den Wohnort. Die Frau verlor mit der Eheschließung die Verfügungsgewalt über ihr Vermögen. Ihr oblag die Haushaltsführung. War sie erwerbstätig, konnte der Ehemann jederzeit ohne ihre Zustimmung ihren Arbeitsvertrag kündigen. Der Mann war alleiniger gesetzlicher Vertreter der ehelichen Kinder. All diese Regelungen traten automatisch außer Kraft. Aber damit gab es noch kein neues, verfassungsgemäßes Recht! Deshalb musste ein Gleichberechtigungsgesetz geschaffen werden. Kurz vor dem Ende der zweiten Legislaturperiode gelang dies trotz anhaltender und heftiger Widerstände im politischen Raum endlich. Das *Gleichberechtigungsgesetz* trat am 01.07.1958 – und damit über *neun* Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung – in Kraft. Es führte u. a. den gesetzlichen Güterstand der ehelichen *Zugewinngemeinschaft* ein, der bis heute un-

verändert gilt. Im Rahmen der Zugewinngemeinschaft behält jeder Ehepartner sein Vermögen und verwaltet und nutzt es ausschließlich selbst. Wird im Laufe der Ehe weiteres Vermögen gebildet, so muss derjenige, der am Ende der Ehe mehr hat, diesen Zugewinn ausgleichen.
Auch die *elterliche Sorge* (damals noch: elterliche Gewalt) wurde neu geregelt. Sie wurde auf beide Elternteile übertragen.
Aber das Gleichberechtigungsgesetz enthielt den sogenannten *Stichentscheid* des Vaters. Dieser Stichentscheid legte fest, dass bei Unstimmigkeiten der Eltern in Fragen der Erziehung des Kindes die Stimme des Vaters den Ausschlag gab. Die Stimme der Mutter trat entsprechend zurück. Selbstverständlich verstieß diese Stichentscheid-Regelung gegen Art. 3 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes. Deshalb erklärte das Bundesverfassungsgericht sie auf Initiative des Deutschen Juristinnenbundes im Jahre 1959 – also bereits ein Jahr später – für verfassungswidrig und damit für nichtig.
Ebenfalls auf Vorschlag des Deutschen Juristinnenbundes wurde 1974 das *Staatsangehörigkeitsrecht* geändert. Eheliche Kinder erwerben seitdem bei unterschiedlicher Staatsangehörigkeit der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit nicht nur vom deutschen Vater, sondern *auch von der* deutschen *Mutter*. Diese konnte also, 25 Jahre nach Inkrafttreten des Art. 3 GG, endlich auch ihre eigene Staatsangehörigkeit an ihre ehelichen Kinder vermitteln.

Das seit 1900 geltende Familienrecht verpflichtete die Frau, den Haushalt zu führen. Eine Erwerbstätigkeit stand ihr zwar frei, war aber doch im Innenverhältnis beschränkt: Sie war nur dazu berechtigt, soweit dies mit den Pflichten in der Familie vereinbar war; und sie war dazu verpflichtet, soweit die Arbeitskraft des Mannes zum Unterhalt nicht ausreichte. Erst das *erste Eherechtsreformgesetz vom 01.07.1977*, an dem vor allem der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Akademikerinnenbund und der

Deutsche Juristinnenbund entscheidend mitgearbeitet hatten, schaffte dieses Leitbild der Hausfrauenehe ab. Das Gesetz stellte die Berechtigung der Frau zur Erwerbstätigkeit und die beiderseitige Pflicht, bei der Führung des Haushalts mitzuwirken, klar. Dass derartige gesetzliche Funktionszuweisungen nicht und schon gar nicht sofort die soziale Wirklichkeit verändern, steht auf einem anderen Blatt.
Das erste Eherechtsreformgesetz führte auch *den Versorgungsausgleich* ein. Danach sind die Versorgungsanwartschaften und Rentenrechte der Eheleute bei Scheidung der Ehe gleichmäßig aufzuteilen. Dies war ein *ganz wesentlicher Fortschritt für Frauen*, die während der Ehe oftmals keine oder nur sehr geringe Ansprüche auf Versorgung im Alter erwerben konnten (Stichwort: Hausfrauenehe).

III. Die Arbeitswelt

Im Jahre 1986 trat das *Erziehungszeitengesetz* in Kraft. Es sah vor, dass der Mutter für die Erziehung jedes Kindes ein Versicherungsjahr, das sogenannte Babyjahr, in der Rentenversicherung rentenbegründend und rentensteigernd angerechnet wird. Seit 1992 werden drei Jahre angerechnet. Wieder war es der Deutsche Juristinnenbund, der diese gesetzliche Anerkennung der Erziehungsleistung durchgesetzt hat. Aber auch diese Regelung bleibt noch immer weit hinter den Notwendigkeiten zurück, die Lücke in der Erwerbsbiografie vieler Mütter wird auch durch drei Jahre zusätzliche Rente nicht geschlossen.
Besonders eklatant wirkte sich die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben aus, ein Zustand, der bis heute andauert. Nur allmählich gelang es, wichtige arbeitsrechtliche Verbesserungen zu erzielen.
1952 trat das *Mutterschutzgesetz* in Kraft. Es sichert den Frauen den Arbeitsplatz bei einer Schwangerschaft und gibt ihnen das Recht auf Schonung vor und nach der Geburt.

1955 wurden die *Frauenlohngruppen abgeschafft*. Bis dahin galten für Frauen besondere Regelungen, die besagten, dass eine Frau auch dann nach einer niedrigeren Frauenlohngruppe bezahlt wurde, wenn sie dieselbe Tätigkeit wie ein Mann ausübte. Trotz Abschaffung der Frauenlohngruppen blieb es in der Praxis jedoch bei der schlechteren Bezahlung von Frauen.
Rückenwind kam von europäischer Ebene. Im Jahre 1975 verabschiedete die *Europäische Gemeinschaft* die Richtlinie vom 10.02.1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen (75/117/EWG). In Deutschland wurde diese Richtlinie durch die Erweiterung von § 612 BGB um Absatz 3 umgesetzt: „Bei einem Arbeitsverhältnis darf für gleiche oder gleichwertige Arbeit nicht wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers eine geringere Vergütung vereinbart werden als bei einem Arbeitnehmer des anderen Geschlechts."
Der Grundsatz „gleiches Recht für gleiche Arbeit" ist übrigens auch im Amsterdamer Vertrag vom 02.10.1997 (in Kraft getreten am 01.05.1999) verankert.

Gleichwohl belegen *aktuelle statistische Zahlen*, dass das Einkommen von Frauen in der EU auch heute noch im Durchschnitt um ein Viertel unter dem der Männer liegt. Es gibt dabei große Unterschiede in den Mitgliedstaaten. Je nach Mitgliedstaat erhalten Frauen zwischen 68 Prozent und 90 Prozent des Lohns ihrer männlichen Kollegen.
Neben der schlechteren Bezahlung litten insbesondere Mütter unter allzu *starren Arbeitsbedingungen*. Das alte Beamtenrecht verpflichtete den öffentlichen Arbeitgeber zur Vollbeschäftigung. 1969 erhielten *Beamtinnen und Richterinnen* erstmals die Möglichkeit, *Teilzeitarbeit* zu leisten und Familienurlaub zu nehmen. Dafür wurden das Beamtenrechtsrahmengesetz und das Bundesbeamtengesetz geändert. Der Deutsche Juristinnenbund und der deutsche Akademikerinnenbund haben dieses Gesetz-

gebungsvorhaben angestoßen und entscheidend vorangetrieben. Diese als *„Lex Peschel“* bekannt gewordene Neuregelung ermöglichte und ermöglicht es vielen berufstätigen Müttern bis heute, Familie und Beruf einigermaßen gut zu vereinbaren.

IV. Die Verfassungsänderung

Die Wiedervereinigung von 1990 gab Anlass für eine umfangreiche Verfassungsreform. Bundestag und Bundesrat richteten im Januar 1992 die Gemeinsame Verfassungskommission ein. Im Jahre 1994 beschloss der Deutsche Bundestag, vor allem auf Betreiben der Justizministerinnen und -senatorinnen Hohmann-Dennhardt, Limbach, Merk und Peschel-Gutzeit, die Änderungen des Grundgesetzes. Seitdem steht in *Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG*, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern *fördert* und auf die Beseitigung bestehender Nachteile *hinwirkt*.
Gesellschaftspolitisches Ziel dieser Ergänzung ist nicht nur die Chancengleichheit beider Geschlechter. Der Staat muss vielmehr die Verwirklichung dieses Ziels effektiv betreiben. Denn die Gleichstellung der Geschlechter ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine voll entwickelte demokratische Gesellschaft.
Können die Frauen nach der 1994 erfolgten Änderung der Verfassung nun endlich aufatmen und einer tatsächlich gleichberechtigten Zukunft entgegensehen? Wohl nicht.
Zur Durchsetzung des genannten Staatsziels der Gleichstellung von Frauen und Männern dienen vor allem die Gleichstellungsgesetze oder – was dasselbe ist – Frauenförderungsgesetze, die fast alle Bundesländer – nach der Wiedervereinigung auch die neuen Länder – seit 1989 erlassen haben. Das Gleichstellungsgesetz des Bundes ist am 01.09.1994 in Kraft getreten.
Die Gleichstellungsgesetze gelten – man/frau mag es beklagen – nur für Verwaltungsbehörden und andere staatliche Einrichtun-

gen, nicht aber für die Firmen und Unternehmen der Privatwirtschaft.
Sie enthalten Vorschriften über die Aufstellung und Durchführung von Frauenförderplänen. Die Frauenförderpläne enthalten detaillierte Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.
Es versteht sich von selbst, dass sich in den Gesetzen auch frauenfreundliche und familiengerechte Regelungen der Arbeitszeit, der Teilzeitbeschäftigung und der Beurlaubung finden. Ausführlich sind in den Gesetzen die Wahl/Bestellung, die Aufgaben und Rechte der Frauenbeauftragten geregelt.
Für den privaten Bereich gibt es bisher keine entsprechende Regelung. Hierin liegt ein Defizit. Zwar sind Frauen mittlerweile in vielen Berufszweigen gut vertreten. Insbesondere in den Führungsetagen sind sie jedoch nach wie vor unterrepräsentiert. Die Gründe hierfür sind vielfältig.
So ist der Einfluss der Frauen nach wie vor sehr gering, es fehlt an einer Vernetzung der Frauenwerke, und Frauen mit Kindern sind erheblich in ihrer Berufsentwicklung eingeschränkt. Der Weg in die Chefetagen bleibt ihnen meistens verwehrt. Eine Mutter kann eben in der Regel nicht an wichtigen Abendbesprechungen teilnehmen, denn sie muss im Zweifel ihr Kind aus dem Kindergarten abholen oder die Tagesmutter ablösen. Vorausgesetzt, sie bekommt überhaupt einen geeigneten Kindergartenplatz.
Daraus wird eines ganz deutlich: Wir müssen die Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern weiter verbessern (Beispiel: flexible Arbeitszeiten). Und wir müssen die Anreize für Männer erhöhen, sich an der Erziehung ihrer Kinder stärker zu beteiligen.

V. Ausblick

Der Weg zur Gleichstellung ist noch lang, und er bleibt mühsam. Diejenigen, die angesichts dieser Mühen mutlos werden, sollten

bedenken: Im vorigen Jahrhundert und insbesondere in den letzten 60 Jahren sind Rechte für Frauen geschaffen worden, die vorher über Jahrhunderte – ja über Jahrtausende – in keiner Kultur und keiner Religion dieser Welt geschaffen worden sind. In der Geschichte sind 60 Jahre nur ein Wimpernschlag.
Wir brauchen Geduld und vor allem brauchen wir starke Frauen, die Mut zur Macht haben, unser Land mitzugestalten, ihre Chancen zu ergreifen und Konflikte auf dem Weg nach oben gelassen auszuhalten. Von diesen starken Frauen gibt es eine ganze Menge, auch und vor allem in den Frauenverbänden und Frauenbewegungen. Ihr Engagement wird noch auf lange Zeit gebraucht.

Sylke Pukatzki

Viel erreicht – viel zu tun

Das Streben der Frauen nach gleicher Teilhabe an der Gesellschaft war immer mit der Forderung nach gleichen Rechten verbunden. Nur die rechtliche Gleichstellung erlaubt es ihnen, als politisch handelnde und ökonomisch selbstständige Frauen aufzutreten.

Diesem Wunsch folgten die Frauenvereine, die in Deutschland erstmals nach den Befreiungskriegen (1815) gegründet wurden. Sie leisteten soziale Arbeit zur Bewältigung der Kriegsfolgen. Bereits 1865 entstand der allgemeine deutsche Frauenverein, der dem Problem der Frauenarmut durch Schaffung eigener Erwerbsmöglichkeiten für Frauen entgegentrat. Damit setzte sich ein Verein explizit für die Rechte der Frauen ein. Dem Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein gelang es, Frauen ab 1899/1900 Zugang zu den Universitäten zu verschaffen. 1894 gab es Bestrebungen, die Verbände unter ein Dach zu bekommen, was im Bund Deutscher Frauenvereine erfolgte. Aber erst nach 1900 gelang es den sozialdemokratischen Frauenkonferenzen, die Frauen zur Massenbewegung zu mobilisieren. Die Verabschiedung des reichseinheitlichen Vereinsgesetzes 1908 beseitigte die politische Sonderstellung der Frauen. Sie durften Mitglieder in Parteien werden, das aktive und passive Wahlrecht blieb ihnen versagt. Erst im Zuge der Demokratisierung in Deutschland wurde nach dem Ersten Weltkrieg 1918 das Frauenstimmrecht eingeführt. Fast 90 Prozent der Wählerinnen beteiligten sich 1919 an den Wahlen. Der Frauenanteil der Abgeordneten betrug beinahe zehn Prozent. Die ersten Gesetze für Frauen wurden verabschiedet, z. B. das Jugendwohlfahrtsgesetz, die Zulassung als Rechtsanwältinnen/Richterinnen, Mindestlöhne, Sozialversicherung (1924) und Mutterschutz (1927).

Während der NS-Zeit endete die Geschichte der Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts. Es entstand eine eigene Organisa-

tion, in der Frauen nicht in die Parteiführung aufgenommen werden konnten. Sie wurden auch sonst aus den leitenden Positionen verdrängt und auf die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter beschränkt.
Nach Kriegsende erhoben die Frauen ihren Anspruch auf gleichberechtigte Mitwirkung an dem demokratischen Aufbauprozess. Überparteiliche Frauenausschüsse gründeten sich. 1947 erhielten die Frauenverbände eine feste Struktur und schlossen sich zum Deutschen Frauenring zusammen. Der erste wirkliche Dachverband wurde 1969 gegründet, der Deutsche Frauenrat. Den Frauenausschüssen gelang es, bedeutende frauenpolitische Weichen zu stellen. Aufgrund dessen konnte die Juristin Elisabeth Selbert mit Hilfe der Frauenverbände im GG Art. 3 Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" verankern. Die Gesetze mussten von nun an dem Gleichberechtigungsprinzip entsprechen. Die Zahl der Mitglieder in den Verbänden stieg beachtlich, aber viele Frauen betrachteten ihr Hauptziel als erreicht. Frauenpolitisches Engagement wurde obsolet. In den 1950er Jahren stand die Umsetzung der Gleichberechtigung im Rahmen der Gesetzgebung an, wie z. B. 1957 durch das Gleichstellungsgesetz, das den Frauen u. a. das Recht zur eigenen Namensführung, die Beseitigung des Kündigungsrechts des Mannes für bestehende Arbeitsverträge der Frau verschaffte. Die Frauenfrage wurde zunehmend als Rechtsfrage gestellt.
Einen neuen Aufschwung erlebte die Frauenbewegung in den 1960er Jahren. Es bildeten sich Frauengruppen, die auf die bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen aufmerksam machten. Die Kampagne gegen § 218 StGB trug zur weiteren Mobilisierung der Bewegung 1971 bei. Die Abschaffung wurde nicht erreicht, nur ein Kompromiss in Form der Fristenlösung (1976). Immer mehr Aktionsgruppen ermöglichten es den Frauen, ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen, wie durch Streiks gegen Lohndiskriminierung (1979), Debatten über Lohn-für-Hausarbeit und über die Stärkung der finanziel-

len Unabhängigkeit von Frauen. Autonome Frauenhäuser entstanden sowie die erste Universität für Frauen in Berlin (1976).
Die unterschiedlichen Standpunkte der Frauen führten in den 1980er Jahren dazu, dass die Frauenbewegung zunehmend aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwand. Zwar wurden Gesetze wie das Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (Lohngleichheit für Männer und Frauen, 1980), das Hinterbliebenenrenten und Erziehungszeitengesetz (Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten bei der Rente, 1986) verabschiedet, aber die zahlreichen Forderungen der Frauen wurden nur zum Teil aufgegriffen. Daran änderte sich auch in den 1990er Jahren wenig. Erfolge gab es bei der Änderung von Strafrechtsnormen (Schutz vor Gewalt für Migrantinnen – 1992), der Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung im Sinne des Art. 3 Abs. 2 GG (1994), der Verabschiedung des Programms Frau und Beruf (1999), die eine Förderung der Vereinbarkeit von Frau und Beruf beinhaltete, nicht jedoch die der Frauen selbst. Zunehmend hielt die EU-Politik Einzug in die deutsche Gesetzgebung, wie durch die Richtlinie 76/207 EWG zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf. Wodurch sich die Politik 2001 veranlasst sah, wenigstens eine Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft auf den Weg zu bringen. Wegweisend waren dann das Lebenspartnerschaftsgesetz (2001), das Gewaltschutzgesetz (2002), die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe als Offizialdelikt (2004) und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006).
All diese Regelungen beinhalten Fortschritte für die Frauen, aber noch sind viele Forderungen nicht umgesetzt. Ob es sich um Fragen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, um Frauen- und Altersarmut, um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben, um die Beseitigung der gläsernen Decke (Aufstiegschancen für Frauen) oder um die Beseitigung des Ehegattensplittings (ökonomische Abhängigkeit der Frau) handelt – es

bleibt viel zu tun! Auch wenn es wegen der unterschiedlichen Lebenssituationen schwer ist, eine kollektive Identität für Frauen herzustellen, so ist das erstrebenswert, weil sich nur auf diesem Wege gemeinsame Ziele verfolgen lassen. Frauen müssen wachsam und solidarisch bleiben, damit sie heute und in Zukunft politisch handelnde und ökonomisch selbstständige Frauen bleiben!

Tanja Chawla
Race – class – gender

© Marie-Schlei-Verein

„The most general statement of our politics at the present time would be that we are actively committed to struggling against racial, sexual, heterosexual, and class oppression and see as our particular task the development of integrated analysis and practice based upon the fact that the major systems of oppression are interlocking."
Combahee River Collective, 1977

Diversity – ein Begriff, der heute zum guten (feministischen) Ton dazugehört. Doch in der Realität bildet sich bis heute die Schwierigkeit ab, diesen auch sinngemäß umzusetzen. Dabei soll an dieser Stelle weniger ein Managementkonzept in den Mittelpunkt gerückt werden, als vielmehr für ein politisches Konzept geworben werden. In den 70er Jahren veröffentlichte das Combahee River Collective seine Erklärung „A Black Femi-

nist Statement“. Darin machten die Autorinnen deutlich, dass Zusammenhänge und Interaktionen zwischen den verschiedenen Differenzlinien von race, class und gender existieren. Die Kritik kam auf, dass die bürgerliche weiße Frauenbewegung dem Risiko gegenübersteht, in Stellvertreterinnenpolitiken zu verfallen: Der Blick auf *die Anderen* birgt die unweigerliche Gefahr, sich als Subjekt auszublenden. Dies führt über die Nichterwähnung des eigenen Standpunktes zu einer Konstruktion des „Normalen“ als allein gültiger Maßstab und folglich zu einer Abwertung *des Anderen*.

Einfacher formuliert bedeutet dies, dass eine Politik, die sich allein auf das Geschlecht „Frau“ bezieht, andere Differenzlinien und Diskriminierungen und vor allem die Unterschiede untereinander (wie Alter, sexuelle Identität, ökonomischer oder kultureller Hintergrund) unsichtbar macht. Eine emanzipatorische Politik sollte jedoch genau hier ansetzen, sich als einen konstruktiven Prozess begreifen, in dem sich allerseits und ständig hinterfragt wird – und hinterfragt werden darf, ohne jedoch handlungsunfähig zu werden.

Global Sisterhood ist kein leichtes Unterfangen, was alltagspolitische Diskussionen oft genug spiegeln. Gerade die aktuellen Diskussionen um Ehrenmorde und Zwangsheiraten, oder die momentane „Integrations“-Debatte zeigen, dass herrschende Diskurse vereinfachte Analysen und Lösungen präferieren. Diese Lösungen werden zumeist in repressiven staatlichen Interventionen gesehen: verschärfte Kriminalisierung von „Integrationsunwilligen“.

Ähnlich werden auch feministische Diskurse genutzt, ganze Bevölkerungsgruppen als patriarchal und dementsprechend pauschal als frauenunterdrückend zu verurteilen. Auffällig ist aber gerade an diesen Diskursen, welche AkteurInnen eigentlich zu Wort kommen dürfen, mit welchen Positionen und mit welchen nicht. Beispielsweise werden gerne junge Frauen präsentiert, welche einen muslimischen Hintergrund haben, aber nur – se-

hen wir uns herrschende Medien an –, solange sie kein Kopftuch tragen und ihrerseits deutsch-konservative Positionen vertreten. Um dieses Beispiel nun auch mit (vermeintlicher) Klassenzugehörigkeit in Verbindung zu setzen, bestätigten zuletzt Sarrazin & Co., dass „Kopftuchmädchen“ nur einer „Unterschicht“ angehören könnten.

Ein Themenfeld, in dem auch die einstige feministische Ikone, Alice Schwarzer, mitmischt und gesellschaftliche Ressentiments reproduziert. Auf ihrem Blog beschreibt sie äußerst anschaulich, dass Frauen in einigen Ländern ein Kopftuch tragen, da sie so an Universitätsstipendien gelangen würden. Was aus dieser Feststellung ihrerseits folgt, ist nun jedoch keine Kritik am Bildungssystem, an ungleicher Verteilung von Reichtum, o. Ä. Nein, vielmehr wird gefolgert, dass unter solchen Voraussetzungen sich doch keine Frau in demokratischen Ländern *selbstbestimmt* für ein Kopftuch entscheiden könne.

Dies ist kein Plädoyer, im konkreten Alltag in Handlungsunfähigkeit oder Selbstgeißelung zu verfallen. Eine solche Komplexität in die Politik und auch in die Alltagspraxis zu verflechten, bedarf einer hohen Kompetenz in Selbstreflexion, aber auch der politischen Auseinandersetzung. So müssen beispielsweise interkulturelle Team-Meetings, die zeitintensiver sind, dies aushalten können – ohne dass der Druck des verdichteten Arbeitsalltags KollegInnen mit den Augen rollen lässt. Positionen wollen hinterfragt werden, wie beispielsweise die Forderung von Quoten in Aufsichtsräten. Wäre es nicht auch vorstellbar, zudem eine Migrantinnenquote zu fordern? Wäre hier nicht die Möglichkeit gegeben, Bündnisse neu zu denken? An dieser Stelle werden keine Antworten geboten, sondern es wird sich für eine konstruktive Auseinandersetzung ausgesprochen. Ansätze aus der Wissenschaft, besonders der Queer Theory und der Postkolonialen Studien, sollten verstärkt berücksichtigt werden, da wichtige Synergieeffekte abzuleiten sind. Feministische Politik ist und war immer von dynamischen Prozessen gekennzeichnet,

die auch in den nächsten 100 Jahren nicht abreißen werden – und auch nicht abreißen sollen!
Für ein solidarisches feministisches Miteinander!

Ich benutze die englischen Bezeichnungen an dieser Stelle, um zu verdeutlichen, dass eine Übersetzung des race-Begriffes mit dem deutschen Rassebegriff hier nicht angebracht ist. Race bezieht sich in anglo-amerikanischen Studien auf eine kulturelle Kategorie, während im deutschen Sprachgebrauch der Begriff „Rasse“ für eine biologische steht.

Hourvash Pourkian
Frauenpower International

© pro:fem

Die Initiative „Frauensolidarität unter Migrantinnen mit den deutschen Frauen“, will die Potenziale nutzen, die Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland mitbringen. Da die Lage der Frauen von gleichberechtigter Teilhabe in der Gesellschaft immer noch weit entfernt und durch Benachteiligungen geprägt ist, müssen Fakten sprechen, um die gesellschaftliche Realität und strukturelle Benachteiligung der Frauen zu begreifen. Schließlich ist die gesellschaftliche gleichberechtigte Teilhabe ein Menschenrecht.

Nach den Daten der UNO aus 2007 leisten Frauen weltweit 75 Prozent der bezahlten und unbezahlten Arbeit, erhalten dafür

jedoch nur 10 Prozent aller bezahlten Löhne und Gehälter und sind im Besitz von 1 Prozent des Weltvermögens. Die Diskriminierung der Frau, die sich in diesen Daten widerspiegelt, ist nicht nur Realität in Entwicklungsländern, sondern auch in Europa, auch in Deutschland.

- Obwohl Mädchen bessere Schulabschlüsse haben (51 Prozent der Mädchen machen Abitur, 49 Prozent der Jungen; sieben Prozent der Mädchen sind ohne Schulabschluss, 14 Prozent der Jungen), finden sie häufiger keine Lehrstelle.
- Obwohl Frauen die besseren Qualifikationen haben, sind 22 Prozent der Frauen, aber nur 11 Prozent der Männer erwerbslos.
- Frauen sind viel weniger häufig in den gut bezahlten höheren Etagen des Berufslebens zu finden: Im öffentlichen Dienst sind 47 Prozent Frauen beschäftigt, aber nur 27 Prozent im sogenannten höheren Dienst. In der Wirtschaft sind 22 Prozent des mittleren und acht Prozent des Top-Managements weiblich.
- Frauen verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger, auch bei gleicher oder gleichwertiger Tätigkeit.
- Frauen stellen 80 Prozent der Sozialhilfeempfängerinnen.
- Frauen haben einen Anteil von 90 Prozent an der Teilzeitbeschäftigung und der 400- Euro-Job-Inhaberinnen.
- 65 Prozent der Frauen mit Kindern sehen ihre eigene Freizeitgestaltung durch die Kinder stark eingeschränkt, aber nur 23 Prozent der Männer.
- 40 Prozent der Frauen, die ihr Studium abgebrochen haben, entscheiden sich dafür wegen der Kinder. Kein Mann, der sein Studium abgebrochen hat, gibt als Grund dafür Kinder an.
- Nicht einmal vier Prozent der Männer nehmen Erziehungszeiten. Dabei finden 70 Prozent der Männer Erzie-

hungsurlaub für Männer theoretisch gut; 40 Prozent sind für seine Inanspruchnahme auch für die eigene Familie. Nicht einmal zwei Prozent der Männer nehmen ihn in Anspruch.
- 80 Prozent aller Frauen sind allein für Putzen und Kochen zuständig.
- 90 Prozent der Frauen arbeiten für Männer.

Diese Zahlen beweisen, dass die Benachteiligung der Frauen noch nicht der Vergangenheit angehört, wie viele Männer und Frauen dem weiblichen Teil der Gesellschaft suggerieren wollen. Diese Benachteiligung ist sachlich nicht zu begründen, ist ungerecht und muss dringend geändert werden. Dafür müssen sich Frauen einsetzen und das Empowerment von Frauen bewirken. Die Kulturbrücke Hamburg hat daher eine Initiative der Frauenvereinigung gegründet, die sich „International Women in Power“ nennt. Deutsche und migrierte Frauen sollen sich vernetzen. Frauen sind politisch zu sensibilisieren. Die neue Frauenvereinigung soll mit den deutschen Netzwerken kooperieren. Das Ziel besteht darin, dass diese Frauen sich nicht nur für Chancengleichheit aus ökonomischer und gesellschaftlicher Sicht von Mann und Frau in Deutschland einsetzen, sondern auch für Gleichberechtigung in ihren Heimatländern, in denen Gleichberechtigung, Rechte der Frauen sowie Menschenrechte immer wieder verletzt und nicht respektiert werden.

Es geht um Frauen, die in diktatorischen Regimen die größte Benachteiligung erfahren und am meisten leiden. Diese Regime werden von den Frauen geduldet, doch sie sind hungrig auf ein selbstbestimmtes Leben.

Die Unterdrückung von Frauen in einer patriarchalen Welt ist sehr stark von Diskriminierungen und Benachteiligungen geprägt.

Daher engagiert sich die neue Frauenvereinigung für folgende Ziele:

- Frauen müssen überall anteilig vertreten sein (Macht für Frauen);
- Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (Geschlechtergerechtigkeit);
- Selbstbestimmungsrecht der Frau;
- Vision einer gewaltfreien und demokratischen Gesellschaft (Geschlechterdemokratie);
- Trennung von Staat und Religion. Scharia nicht als Gesetz.

Der Internationale Frauentag – sein 100. Geburtstag am 8. März 2011 – ist eine Chance für die Vernetzung von Frauenvereinigungen und kann damit zu Geschlechtergerechtigkeit und Frauen-Empowerment beitragen.

Emilija Mitrovic

Frauen ohne Papiere

© Photocase

Irreguläre Migration ist in vielen europäischen Ländern zu einem brisanten politischen Thema geworden. Auch in Hamburg ist der Zugang zu öffentlichen Sozialleistungen an den legalen Aufenthaltsstatus gekoppelt. Das Diakonische Werk Hamburg hat in Kooperation mit der Nordelbischen Kirche und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft eine Studie zum Thema „Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in

Hamburg“ durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Geschlechterverhältnisse auch unter diesen illegalisierten Lebensbedingungen ihre Wirkung zeigen.
Frauen und Kinder stellen weltweit 80 Prozent aller Flüchtlinge dar. Nach Angaben der ILO (International Labor Organisation) sind etwa die Hälfte der 100 Millionen ArbeitsmigrantInnen in regulären Arbeitsverhältnissen weiblich. Diese Entwicklung ist eine Folge der globalisierten Nachfrage nach frauenspezifischen Dienstleistungen als Arbeitskräfte in privaten Haushalten, im Pflegebereich, in der Gastronomie und in der Sexindustrie. Diese Feminisierung der Migration ist auch eine Folge des Globalisierungsprozesses. Er mobilisiert Frauen zur Migration, weil sie in anderen Ländern vor allem in der häuslichen Dienstleistungsökonomie eine Lohnarbeit finden. Die Migrationsgründe von Frauen sind verschieden, doch finanzielle Not steht häufig im Vordergrund. Zu den Motiven wie Armut und politische Verfolgung kommen bei Frauen noch geschlechtsspezifische Aspekte hinzu: Die Diskriminierung und Benachteiligung in patriarchalen Gesellschaften bieten ihnen weniger Zugang zu Bildung und Berufsausbildung, sie verdienen weitaus weniger als Männer, und als Alleinerziehende sind sie häufig für die Ernährung der Kinder und das ökonomische Überleben der ganzen Familie allein verantwortlich. So muss Migration nicht immer als ein Schritt aus der wirtschaftlichen Not interpretiert werden, sondern kann auch als Chance gesehen werden, den geschlechtsspezifischen Benachteiligungen in ihrer Ursprungsgesellschaft zu entfliehen.
Für die nicht legale Migration suchen sich viele Frauen Helfer für die Beschaffung von Pässen und Visa sowie der Transportmittel, um den Weg überhaupt antreten zu können. Das heißt, sie begeben sich schon vor Beginn der Migration in Abhängigkeitsverhältnisse und kommen entsprechend verschuldet im Zielland an. Auf die Frage nach organisierter Kriminalität in diesem Vermittlungsbereich kommt die Mitarbeiterin einer Bera-

tungsstelle für Migrantinnen auf das Künstlervisum[1] zu sprechen und antwortet mit einer Gegenfrage: „Heute kommen sie alle über Bekannte. Die Vermittler nehmen 2.000 bis 3.000 Euro Gebühr. Sie werden Onkel oder Tante genannt, obwohl in Wirklichkeit kein Verwandtschaftsverhältnis besteht. Ist das Frauenhandel? Die Frauen werden als Masseurinnen angeworben und landen dann im Bordell. Was sollen sie machen? Sie müssen das Geld abarbeiten. Ein Zwang ist nicht nachzuweisen."
Aus dem illegalen Aufenthaltsstatus ergeben sich für Frauen direkte Auswirkungen auf die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die sie von denen anderer Migrantinnen unterscheiden:

- Sie sind stärker Gewalt und gesundheitlichen Risikosituationen ausgesetzt.
- Sie haben wenig Zugang zu Informationen über ihre Rechte und zu Beratungsstellen.
- Sie verzichten aus Angst vor Abschiebung darauf, Anzeige gegen Täter zu erstatten.

Frauen ohne Papiere finden am ehesten eine stundenweise Arbeit als „domestic worker" oder als Putzfrau in privaten Haushalten. Solche Arbeitsplätze sind in Hamburg mit zirka zehn Euro Stundenlohn relativ gut bezahlt, und die Abhängigkeit vom Arbeitgeber ist geringer, wenn die Hausarbeiterin nicht im Haushalt wohnt. Außerdem werden in privaten Haushalten keine Kontrollen von Polizei und Zoll (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) durchgeführt, so dass sie sich während der Arbeit eher geschützt fühlen als illegalisierte Arbeiter auf Baustellen oder in der Gastronomie. Mehrere der befragten Migrantinnen meinten deshalb auch, dass Frauen ohne Aufenthaltsstatus es einfacher

[1] Das Künstlervisum wird an Angehörige von Drittstaaten ausgegeben, die als Tänzerinnen, Schauspielerinnen und mit anderen künstlerischen Berufen nach Deutschland kommen. Auch viele Frauen, die in der Sexindustrie tätig werden, kommen zunächst mit einem Künstlervisum nach Deutschland.

haben als Männer, in Hamburg zu überleben, weil sie immer eine Arbeit finden.
Die Ergebnisse der Befragungen von ExpertInnen und betroffenen Migrantinnen in Hamburg zeigen deutlich, dass Frauen, die in privaten Haushalten arbeiten und gleichzeitig beim Arbeitgeber wohnen, extremen Ausbeutungsverhältnissen ausgesetzt sind. Häufig haben die Frauen keine Informationen über normale Stundenlöhne und arbeiten für ein besseres Taschengeld, wovon sie auch noch einen Teil in das Heimatland überweisen, um die Familie zu unterstützen. Die Mitarbeiterin einer Frauenberatungsstelle berichtete über eine philippinische Hausangestellte, die im Haushalt des Arbeitgebers lebt und 400 Dollar monatlich für eine 6-Tage-Woche erhält. Sie führte weiter aus, dass Frauen aus Thailand und den Philippinen mit ihrer Tätigkeit in der Sexindustrie häufig ganze Großfamilien im Herkunftsland unterhalten und nicht nur die Bildung der eigenen Kinder, sondern auch die Schulbildung der Geschwister finanzieren.
Besondere Probleme treten für Frauen bei einer Schwangerschaft auf. Der illegale Status wird hier zu einem Gesundheitsrisiko für Mutter und Kind, weil häufig wegen fehlender Krankenversicherung, aus Geldmangel oder aus Unwissenheit darüber, wo es kostenlose Unterstützung gibt, auf die Vorsorgeuntersuchungen verzichtet wird. Dabei gibt es in Hamburg gleich mehrere Familien- und Sexualberatungsstellen, die kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere durchführen.

Eine Schwangerschaft kann für Frauen in der extremen Lebenssituation der Illegalität zu einer schweren Krise werden. Ein Beispiel aus Hamburg: Eine Mitarbeiterin aus dem Medizinischen Beratungsbüro Altona berichtet von einer Frau aus einem afrikanischen Staat mit einem kleinen Sohn, die von ihrem Mann misshandelt wurde und deshalb von ihm weglief. Sie arbeitete als Prostituierte und wurde schwanger. Da sie weder eine Wohnung hatte noch wusste, wie sie ihr Kind ernähren sollte, wollte

sie einen Abbruch. Dieser wiederum kostet zwischen 350 und 450 Euro, Geld, das sie nicht hat.
Auf der anderen Seite kann es aber auch so sein, dass eine Schwangerschaft als Chance zur Legalisierung verstanden wird, wenn die Vaterschaft von einem Deutschen anerkannt wird.
Besonders für solche Fälle – aber auch für alle anderen Schwangeren – wäre es eine große Erleichterung, wenn die Möglichkeit einer Duldung auf drei Monate vor der Geburt und drei Monate nach der Geburt ausgeweitet werden würde und so eine soziale und gesundheitliche Absicherung zumindest auf minimalem Niveau gewährleistet werden könnte. Zurzeit erhalten Schwangere in Hamburg im höchsten Fall eine Duldung für die Zeit ab der 28. Schwangerschaftswoche vor und zwei Monate nach der Geburt. Eine halbjährige Duldung wie in Berlin oder München hätte zumindest den Vorteil, dass für das Kind eine offizielle Geburtsurkunde erstellt werden kann und das Ausstellen der Geburtsurkunde nicht schon an Zeitmangel scheitert. Nach Auskunft leitender Mitarbeiter der Ausländerbehörde sind ihnen keine Abschiebungen von jungen Müttern mit Säuglingen bekannt. Das bedeutet entweder, dass die Frauen freiwillig ausgereist oder wieder in die Illegalität untergetaucht sind.
Generell ist das deutsche Aufenthaltsrecht nicht familienfreundlich. Eine besonders große Belastung sieht eine befragte Rechtsanwältin in dem Auseinanderreißen von kinderreichen Roma-Familien. Sie berichtet von einer Frau, die sieben Kinder hat. Für die jüngsten und die Mutter wurde ein Bleiberecht verfügt, für den 18-jährigen Sohn, der gerade seinen Hauptschulabschluss nachholte, wurde die Ausweisung nach Serbien beschlossen. Der Junge spricht kein Serbisch und will nicht alleine in ein ihm unbekanntes Land. Also tauchte er unter und hält sich nun illegal in Hamburg auf.
Insgesamt ist festzustellen, dass es für Frauen ohne Aufenthaltsstatus in Hamburg eine Reihe von Unterstützungsangeboten aus dem frauenpolitischen und feministischen Spektrum gibt. Diese

Angebote reichen von Hilfe bei Behördengängen, Wohnungssuche, kostenlose und anonyme Sprachkurse, Vermittlung von Schulbesuch und Kinderbetreuung bis zur Schwangerenbetreuung. Die Solidarität unter den Angehörigen einzelner MigrantInnen-Communities scheint dabei weniger ausgeprägt zu sein, als vielfach vermutet. Das gilt zumindest für Männer. Ein befragter Ecuadorianer sagte: „Die Frauen sind solidarischer miteinander. Die Männer spielen regelmäßig im Park zusammen, aber da kümmert sich jeder nur um sein eigenes Weiterkommen."

Literatur:

Sonja Marko (Hg.) / Emilija Mitrovic, Menschen ohne Papiere, BdWi-Verlag, Marburg 2009.

Gertrud Wellmann-Hofmeier

Boykott gegen Apartheid – keine Früchte aus Südafrika

© Marie-Schlei-Verein

Mit dem Satz „What about your solidarity?“ forderte Deborah Mabiletso, die Präsidentin der „Black Women’s Federation“ in Südafrika, schon im August 1976 Solidarität von evangelischen Frauen in Deutschland ein.

Die Politik der Apartheid hatte fatale Auswirkungen auf die schwarze Bevölkerung. Im Oktober 1977 wurden in Südafrika 17 Organisationen der Schwarzen Bewusstseinsbewegung ge-

bannt, darunter die „Black Women's Federation". Das war für die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD) der Startpunkt für die Solidaritätsaktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika". Vorbild war ein erfolgreicher Boykott in den USA, der LandarbeiterInnen auf Farmen zu gerechten Arbeitsverhältnissen verholfen hatte.
Im Dezember 1977 wurde die Aktion vom EFD-Vorstand in Frankfurt beschlossen.
„Die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland ruft zum Boykott von Nahrungsmitteln aus Südafrika auf. Warum? Schwarze Menschen in Südafrika kämpfen um ein menschenwürdiges Leben und um eine gute Zukunft für ihre Kinder. Sie sind unsere Schwestern und Brüder … Was können wir tun? … Wir müssen mit Aktionen beginnen. Eine Boykott-Aktion bei uns soll mehr Information über die wirkliche Lage in Südafrika verbreiten, … wir brauchen nur ein bisschen Mut, um Gleichgültigkeit bei uns und bei anderen zu überwinden." (EFD, Hildegard Zumach).
Von Anfang an hatten die Frauen Kontakt zu Frauen in Südafrika, die immer wieder um Solidarität gebeten und immer wieder bestätigt hatten, dass sich die Situation nur durch wirtschaftlichen, moralischen und solidarischen Druck auf den Staat verbessern könne.
Die Hamburger Pastorin Uta Knolle hatte als Mitglied des Präsidiums der EFD den Boykott-Beschluss in Frankfurt mit gefasst. Die Nordelbische Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Frauen hat sich dann 1978 der Aktion des Früchte-Boykotts angeschlossen. Sofort bildete sich in Hamburg eine „Südafrikagruppe" im Frauenwerk des Kirchenkreises Alt-Hamburg. Noch heute existiert die Gruppe, die weiterhin Frauen in Südafrika unterstützt.
Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte große Bedenken und lehnte den Früchte-Boykott ab. Nach Meinung der offiziellen Kirche würde ein Boykott nur die schwarze Bevölkerung treffen und deren Situation verschlimmern. Es hat

lange gedauert, bis die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Partei für Opfer und Gegner der Apartheid ergriffen hat. Nur die Kirche im Rheinland unterstützte die EFD.
Zentrale Stelle der Boykott-Arbeit war die EFD in Frankfurt, die Informationsmaterial, Handzettel, Broschüren und Anleitungen für Aktionen vorbereitete.
So begann eine Arbeit, die viele von uns Frauen geprägt und politisch wach gemacht hat. Wir haben hingesehen, wir haben gelernt, Unrecht zu erkennen und zu benennen; durch informiertes Handeln haben wir versucht, hier und in Südafrika etwas in den Köpfen der Menschen zu verändern. Wir haben beständig Gerechtigkeit eingefordert. Frauen sind mutiger geworden und haben gemeinsam gelernt, zivilen Widerstand zu leisten und auszuhalten.
Seit 1979 bis 1990 gab es jährlich bundesweit eine Boykott-Woche. Im Jahr 1985 fand die Eröffnung solch einer Woche vom 4. bis 12. Mai in Hamburg statt. Frauen und Männer haben gleichzeitig vor der Petri-Kirche, in Altona und in vielen anderen Stadtteilen mit Informationen auf die katastrophale Situation in Südafrika, verursacht durch die Apartheid-Politik, hingewiesen.
Wichtig waren die Mahnwachen in Sichtweite des Südafrikanischen Konsulats. Zu Beginn fanden diese täglich statt, dann wöchentlich und ab Februar 1992 (bis 1994) immer am 1. Donnerstag im Monat. In den 1980er Jahren wurden viele Menschen – vor allem Gewerkschaftler – inhaftiert. Durch unsere guten Verbindungen nach Südafrika haben wir Hamburger Frauen frühzeitig auch deren Namen erfahren. So konnten wir auf unseren Mahnwachen die Freilassung konkreter Personen fordern. Nach Beendigung jeder Mahnwache wurden die Schilder mit den Namen der Inhaftierten vor dem Südafrikanischen Konsulat abgelegt.
Es gab mutige, wichtige Aktionen: zum Beispiel frühmorgens auf dem Hamburger Großmarkt oder im Hafen, wo wir forderten, die Früchte aus Südafrika nicht von den Schiffen zu löschen

und wo uns vorgehalten wurde: „Ihr gefährdet damit Hamburger Arbeitsplätze!“ Gemeinsam mit der „Anti-Apartheid-Bewegung“ gab es Aktionen auf der Tourismus-Messe, und in Reisebüros. Vor den großen Banken, die das Apartheid-System stützten, forderten wir von Kundinnen und Kunden: „Konten kündigen jetzt“.
Jedes öffentliche Auftreten bedeutete harte Auseinandersetzung. Wir ließen uns nicht entmutigen. Weihnachten und Sylvester haben wir mit Petitionen für zum Tode verurteilte Apartheidgegner vor den Hamburger Hauptkirchen festlich gestimmte Menschen vor ihrem Gottesdienstbesuch „gestört“ – viele auch aufgeweckt und zur Unterstützung veranlasst.
Es war nicht einfach, auf der Straße zu stehen und sich anmachen zu lassen: „Geht doch nach drüben“, hieß es oft. „Ihr bekommt euer Geld bestimmt vom Osten“. Wir mussten uns hämische, niederträchtige Bemerkungen anhören. Das ließ sich nur aushalten, indem wir uns immer wieder gemeinsam in unserem christlichen Glauben bestärkt haben und wir uns sicher waren, dass es notwendig und richtig ist, in schwesterlicher Solidarität für Benachteiligte einzutreten.
Als Nelson Mandela freigelassen wurde, trat an die Stelle der Forderung: „Kauft keine Früchte der Apartheid“ die dringende Mahnung: „Ohne Wiedergutmachung lebt Apartheid in Südafrika weiter.“
Nach 25 Jahren EINSTEHEN FÜR GERECHTIGKEIT haben wir Frauen uns gefragt:
„Was war uns wichtig, wie hat es uns verändert, was ist geblieben?“
Einige Schlaglichter als Antworten:

- Die politische und soziale Arbeit wurde zur Augenöffnerin für die Missachtung von Menschen durch wirtschaftliche Ungerechtigkeit,
- Sich gemeinsam für Gerechtigkeit einsetzen macht stark – innerlich und äußerlich,

- Klar sagen, was Gerechtigkeit bedeutet und danach handeln,
- Wut – Widerstand – Gerechtigkeit – Solidarität – Gemeinschaft,
- Mut haben und Konsequenzen ziehen,
- Lernen über Weltwirtschaft,
- Politik mit dem Einkaufskorb.

Wilma Simon

Nicaragua – Frauen helfen sich selbst

Geschlechtergerechtigkeit, Qualifizierung, Arbeit und Einkommen sind für Frauen von grundsätzlicher Bedeutung. Ohne diese können gleiche Rechte und Menschenwürde nicht erreicht werden. Die Gleichheit der Geschlechter ist auch wirtschaftlich und sozial notwendig. Denn ohne die Befreiung der Frauen und Mädchen von Armut und Ungerechtigkeit bleiben politische Ziele wie Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung unerreichbar.

Um der Armut zu entfliehen, wählen Millionen von Frauen den Weg in die Migration. Dadurch fehlen ihre Fähigkeiten und ihre Kraft für die Entwicklung in ihren Heimatregionen Afrikas, Asiens, der Karibik und Lateinamerikas. Deswegen ist es wichtig, Frauen als Trägerinnen von Entwicklung darin zu bestärken, ihren eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen. Gender Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit ist ein wesentlicher Faktor in der Überprüfung von Projekten hinsichtlich ihrer Förderung der Geschlechtergleichheit. Denn eine gerechtere Beteiligung von Frauen und ihr Empowerment sind Schlüssel zu Armutsminderung, Wirtschaftswachstum und sozialer Entwicklung.

Die Entwicklungszusammenarbeit in der Europäischen Union und den EU-Mitgliedstaaten will mit Programmen und Projekten einen Beitrag zur gerechteren Beteiligung der Frauen leisten. Eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen sollen Frauen bessere Bildungschancen, fairen Zugang zu Ressourcen wie Land, Kapital und Einkommen ermöglichen. Darüber hinaus werden Arbeits- und Ausbildungsprojekte für Frauen und Mädchen unterstützt. Bis heute sind Frauen in vielen Ländern Schlusslichter im Entwicklungsprozess.

Das gilt auch für die Frauen aus Hamburgs Partnerstadt Leon in Nicaragua. Dieses mittelamerikanische Land ist das zweitärms-

te Land Lateinamerikas nach Haiti. Es wird immer wieder von schlimmen Naturkatastrophen wie Erdbeben, Stürmen und Flutwellen heimgesucht. Korruption ist allgegenwärtig. Das politische Klima ist durch extreme Strömungen geprägt. Die derzeit regierende Mehrheit unter Ortega hebelt demokratische Prinzipien und Strukturen aus und behindert so die notwendige schwesterliche Unterstützung.

In den 1980er Jahren galt Nicaragua als ein Symbol der politischen Befreiung von feudaler Ausbeutung und Diktatur. Internationale Solidarität unterstützte den angestrebten dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Nach langjährigem Befreiungskampf und dem Sturz der Somoza-Dynastie kamen 1979 die Sandinisten an die Macht. Sie wurden vom Volk beispielsweise deswegen unterstützt, weil sie die Großgrundbesitzer enteigneten, das Land verteilten und eine Bildungsoffensive mit Alphabetisierungskampagnen auf dem Land starteten. Nach einer konservativen Zwischenregierung sind heute auch von der Ortega-Regierung viele demokratische Rechte außer Kraft gesetzt. Das hemmt bürgerliche Beteiligung und führt zu politischem Desinteresse bzw. Abwarten.

Die Frauen in Nicaragua haben kein leichtes Los. Heute ist Nicaragua eines der wenigen Länder der Welt, in denen ein totales Abtreibungsverbot gilt. Frauen stellen mit 52 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung, sind zu 32 Prozent Analphabetinnen, erziehen durchschnittlich fünf Kinder als Alleinerziehende, und die Mehrzahl lebt unter der Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag.

Diese Frauen brauchen Unterstützung. Der Marie-Schlei-Verein hat seit 1986 etliche, sehr unterschiedliche Projekte gefördert. Die ersten Solidaritätsprojekte zielten auf bessere Nahrung. Die Frauen bauten Sojabohnen an, verarbeiteten und verkauften sie und verbesserten die Eiweißanteile in ihrer Ernährung. Dann folgten die Textilproduktion und der Aufbau eines Ausbildungszentrums. Hier finden immer noch Ausbildungskurse statt. Ge-

müseanbauprojekte und Kleintierzucht finden am Stadtrand von Leon statt. Computerkurse und Mikrokredite ergänzen die Angebote des Marie-Schlei-Vereins, die von vielen Frauen nachgefragt wurden. In den Kursen entwickelten die Frauen auch Selbstbewusstsein und die Kraft, der Machismo-Kultur und der dadurch erzeugten Frauendiskriminierung Widerstand zu leisten.

Inzwischen kooperiert der Marie-Schlei-Verein mit Prodemujer, einer gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation, die Frauen in Rechtsberatung, Kleinstunternehmertum, Mikrokrediten, Technologietransfer und Geschlechtergerechtigkeit schult. Zehn Kooperativen mit je 20 Frauen werden aufgebaut. Sie betreiben Gärtnereien, Käseherstellung und Kleintierhaltung. So bekämpfen sie ihre Armut, verbessern ihre Lebensbedingungen und stärken ihre gesellschaftliche Position. Damit dies nachhaltig wirkt, bedarf es auch zukünftig schwesterlicher Solidarität.

Angela Grosse

Hamburger Frauenbewegung im Internet – der Singular führt in die Irre

© Reto Klar

Es muss, das zeigen einige Klicks im Internet, Frauenbewegungen heißen. Im Internet zeigt sich auch am klarsten, wie vielfältig, wie unterschiedlich die Perspektiven sind, mit denen sich Frauen mit ihrer und ihrer Geschlechtsgenossinnen Lebenssituation auseinandersetzen. Ideologische Auseinandersetzungen, Grabenkämpfe, Anfeindungen zwischen den unterschiedlichen

Strömungen scheinen der Vergangenheit anzugehören. Die Frauenbewegung präsentiert sich von außen, als ein bunter, attraktiver Strauß von Möglichkeiten, Neues zu entdecken.
Da gibt es den Landesfrauenrat, eine Institution. Allein in ihm sind 50 Verbände und Vereine Mitglied. Die Akteurinnen kommen aus Kirchen, Gewerkschaften, Bildungs-, Kultur- und Sportorganisationen, Parteien, Berufs-, Interessen- und Wohlfahrtsverbänden. 300.000 Frauen, nämlich ihre Mitglieder, repräsentieren sie. Das sind immerhin ein Drittel aller Frauen, die in Hamburg leben. Stellungnahmen des Landesfrauenrates wurden im Rathaus schon gehört – aber oft genug von der autonomen Frauenbewegung kritisiert.
Doch dieser Streit, so scheint es zumindest, gehört der Vergangenheit an – oder wird einfach nicht mehr (öffentlich) geführt. Es gibt einfach so viel anderes, was zu bearbeiten ist, in Praxis und Theorie.
Ein Klick im Internet unter dem Stichwort „Frauen in Hamburg" liefert eine Google-Übersicht mit rund 50 roten Punkten – alles nur für Frauen. Hinter ihnen verbergen sich die Beratungsstellen für Frauen (BIFF), Kemenate – Tagestreff für wohnungslose Frauen, INCI-Kultur, Marie-Schlei-Verein Hilfe für Frauen in der dritten Welt, Frauen helfen Frauen, Frauen und Arbeit, Psychologische Beratung von Frauen für Frauen, Karola – Internationaler Treffpunkt für Frauen und Mädchen, BAFF –Frauenselbsthilfe nach Krebs, Hamburger Verband für Fraueninteressen, Frauentherapiezentrum … viele der Initiativen und Beratungsstellen sind Töchter der Frauenbewegung. Eine weist sogar ausdrücklich darauf hin: Filia. Die Frauenstiftung. „Es ist unser Interesse", schreibt Filia über ihre Ziele, „dass Frauen und Mädchen überall auf der Welt bessere Chancen erhalten und dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können."
Doch diese Vielfalt hat auch ihren Preis. Das öffentliche Bild der Frauenbewegungen, ihre Sichtbarkeit ist geschwunden. Mit ihren Aktionen zum § 218, zu Frieden und gegen Gewalt erreich-

ten die Aktiven Frauen auch die traditionellen Medien. Heute gelingt das noch denen, die für Vereinbarkeit von Beruf und Familie streiten und gleiches Geld für gleiche Arbeit – also vorzugsweise den Gewerkschaftsfrauen. Nur wenn die Bild-Kolumnistin Alice Schwarzer den Feminismus bedroht sieht, merkt es auch die „Bild“.

Vielleicht haben die Enkelinnen der Frauenbewegung aber auch die traditionellen Medien gar nicht mehr nötig. Denn das Internet ist längst ihr Zuhause geworden, von dem aus sie gezielt öffentliche Räume erobern. Die Frauen, die beispielsweise im bürgernetz.org, kommunizieren, diskutieren ohne großen Aufwand über Gender Studies oder Frauenfußball, über die neue Zeitschrift Missy oder familienpolitische Trendwenden, informieren über Workshops oder neue Publikationen oder halt einen Mädelsflohmarkt. Von dort aus tun sich neue Fenster in die einzelnen Wirkungsbereiche auf, eines bunter und informativer als das andere. So bietet das Feministische Institut Hamburg theoretische Debatten, deren Bedeutung weit über die Hochschulen hinausreichen. Der Blog „Absolut Familie“ hält, was er verspricht, und die AG Queer Studies, eine Arbeitsgemeinschaft an der Uni Hamburg, lädt zu Vorträgen ein.

Wer erst einmal in diese virtuelle Welt eintaucht, der wird schnell von dem fasziniert, was sich da alles auftut – und erschrickt wie die Autorin darüber, was im Rahmen dieses Artikels noch geschrieben werden müsste. Es würde den Rahmen sprengen. Deshalb: Starten Sie zu einer Erkundungsreise im Internet. Sie werden von der Vielfalt der Hamburger Frauenbewegungen begeistert sein, von den Chancen, sich einzumischen, sich zu bilden, sich auszuprobieren.

© Photocase

§ 218 – Gewalt – Gesundheit

Gewalt zerstört Gesundheit – physisch und psychisch. Diese Erfahrung haben Menschen zu allen Zeiten gemacht – ganz besonders und immer wieder Frauen. Erst in den Frauenbewegungen des 20. Jahrhunderts fordern Frauen partei-, konfessions- und kulturübergreifend ihre Rechte ein auf selbstbestimmtes, unversehrtes Leben in Freiheit und Würde. Sie treten engagiert ein für ein geschlechtersensibles Gesundheitswesen.

Kerstin Falk

Vielfalt von Sexualitäten und Lebensformen

Die Möglichkeit zu wählen, wie sie leben und lieben wollen, haben Frauen erst seit vergleichsweise kurzer Zeit. Existenzentscheidende Benachteiligungen wie finanzielle Abhängigkeit und Bildungsdefizite, fehlende Mobilität, häufig arrangierte Ehen, keine verlässliche Möglichkeit zu entscheiden, ob sie Kinder haben wollten und ggf. wie viele und zu welchem Zeitpunkt, galten für fast alle Frauen unabhängig vom sozialen Status.
Der heterosexuelle Imperativ ließ zudem jede andere offen gelebte Art der Liebe (für Frauen und Männer) mindestens zum Skandal werden, sofern sie nicht unter Strafe stand oder – wie im deutschen Faschismus – sogar lebensgefährlich war. Erst seit der sogenannten sexuellen Revolution der sechziger Jahre und den gesetzlichen Änderungen zum Beispiel im Ehe- und Familienrecht konnte sich eine Pluralität von Lebens- und Liebesweisen entwickeln, auch wenn sie zunächst intellektuellen Frauen aus dem bürgerlichen Establishment vorbehalten war. Frauen wie Simone de Beauvoir, die sich von Rollenvorgaben emanzipierten, offene Beziehungen lebten oder sich in ihrer sexuellen Präferenz nicht festlegten, wurden in dieser Zeit zu Vorbildern, Symbolfiguren.

Gleichwohl: Die Matrix, in der ein klares Mann-/Frau-Sein mit einer Heterosexualität verbunden ist, die ein Leben lang unverändert existiert, ist in vielen Köpfen immer noch *die* real existierende gesellschaftliche Norm. Doch daneben existiert eine Vielzahl von Sexualitäten und Beziehungsformen. Hetero-, Homo-, Inter-, Poly- und Transsexualität sowie Transgender sind nur einige davon. Zusätzlich oder gleichzeitig gibt es vielfältige Lebensmodelle wie Patchwork-Familien, Alleinerziehende, Singles, verheiratete und unverheiratete, zusammen oder getrennt lebende Paare, Regenbogen-Familien und viele andere mehr.

pro familia wurde 1952 von engagierten Frauen und Männern gegründet, die Frauen schützen wollten vor den Risiken und Schädigungen durch zu viele und zu schnell aufeinanderfolgende Geburten, durch illegale Schwangerschaftsabbrüche und sexuell übertragbare Krankheiten und die für Information über und Verfügbarkeit von akzeptabler und sicherer Verhütung für alle Frauen eintraten.
Heute prägt das sehr viel weitergehende Recht auf sexuelle Selbstbestimmung das Leitbild des Verbandes. Doch wie kann es gelingen, Menschen pädagogisch in dem Prozess zu begleiten, den für sie richtigen Weg zu finden, ihre Sexualität erfüllt und frei von gesellschaftlichen Diskriminierungen zu leben? Was braucht eine „Sexualpädagogik der Vielfalt", um erfolgreich zu sein?
Zuerst einmal geht es um veränderte Blickwinkel und eine *neue Haltung*. Es stehen nicht länger die Differenzen zwischen verschiedenen Sexualitäten und Lebensmodellen im Fokus, sondern die Vielfalt soll von der existierenden Vielfalt aus gedacht werden (Truider, 2009). Faktoren wie z. B. die sexuelle Orientierung, das Geschlecht oder die Ethnizität eines Menschen werden dabei nicht isoliert voneinander betrachtet, sondern alle Identitätskriterien eines Menschen werden in ihrer Gesamtheit wahrgenommen und berücksichtigt. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang alle mit dem Thema Vielfalt auftretenden Irritationen ernst zu nehmen, denn das Infragestellen der bipolaren Geschlechterordnung oder die Erweiterung des Familienbegriffs können verunsichern oder orientierungslos machen und dadurch zu Ablehnung führen.
Ziel der Arbeit ist es nicht, den eigenen Lebensentwurf in Frage zu stellen, vielmehr geht es darum, sich über verschiedene Lebensentwürfe austauschen zu können, ohne dabei zu hierarchisieren oder zu be- bzw. entwerten. Neben dieser pädagogischen Haltung kann eine Sexualpädagogik der Vielfalt nur dann gelingen, wenn die AkteurInnen ihr pädagogisches Handeln, ihre ei-

gene sexuelle Sozialisation und ihre eigenen Irritationen mit dem Thema Vielfalt immer aufs Neue reflektieren.
Umgesetzt werden soll das alles dann in einer *„mutigen Praxis“*, in der es darum geht, für selbstbestimmte Sexualität einzustehen und die sexuelle Vielfältigkeit in einer Gruppensituation bzw. im Einzelkontakt mit Kindern, Jugendlichen, Eltern oder MultiplikatorInnen immer mitzudenken.
Das heißt auch, unbeliebte, unbequeme oder beängstigende Themen anzusprechen, Raum zu schaffen für eine respektvolle Auseinandersetzung, und es bedeutet, in Situationen einzuschreiten, wo sexuelle Vielfalt durch Abwertung oder Ausgrenzung gefährdet ist bzw. verhindert werden soll. Darüber hinaus ist es in der sexualpädagogischen Arbeit hilfreich, auch immer wieder nach Gemeinsamkeiten zu suchen und das Verbindende zu sehen. Es gibt Erfahrungen und Gefühle, die jeden Menschen in verschiedenen Phasen seiner psychosexuellen Entwicklung beschäftigen können und die somit die Menschen bei aller Vielfalt ihrer Lebens- und Liebesmodelle vereinen.
„Ziel ist ein gesellschaftliches Miteinander, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.“ (Adorno)

Literaturhinweis:
Truider, Dr. E. 40 Jahre pro familia Hamburg, 2009.

© Sam

Elfie Mayer / Marina Knopf

Der § 218 – ein Jahrhundertthema

Im März 2011 jährt sich der „Internationale Frauentag“ zum hundertsten Mal. Das große, verbindende Thema war damals zunächst der Kampf für das Frauenwahlrecht. Aus Sicht einer Einrichtung wie dem Familienplanungszentrum Hamburg, das sich seit nunmehr fast 30 Jahren für die sexuelle und reproduktive Freiheit von Frauen einsetzt, denkt man auch an ein anderes Jahrhundertthema: Den Kampf der Frauen gegen den Abtreibungsparagrafen 218 und für das „Wahl“-Recht, selber über das Austragen einer Schwangerschaft zu entscheiden. Auch dieser Kampf ist alt und schon mit der ersten Frauenbewegung eng verbunden.

Seit 1871 ist der Schwangerschaftsabbruch Gegenstand des Strafgesetzbuches. Bis heute wird den Frauen in Deutschland keine selbstbestimmte Entscheidung über ihren Körper zugestanden. Und bis heute laufen immer wieder Frauen aller Generationen Sturm gegen diesen Paragrafen.

Bereits 1905 forderte Helene Stöcker mit dem Bund für Mutterschutz und Sexualreform die Streichung des § 218, während Abtreibung mit Zuchthaus bestraft wurde.

Im Nationalsozialismus wurden Schwangerschaftsabbrüche mit dem Tode bestraft – sofern es sich nicht um die Abtreibung von als minderwertig definiertem Leben handelte. In diesem Falle blieb der Abbruch der Schwangerschaft straffrei oder wurde sogar erzwungen.

Die Frauen der neuen Frauenbewegung der 1960er und 70er Jahre riefen „Mein Bauch gehört mir!“ und „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!“ Es entstand eine Massenbewegung. Legendär ist die „Stern“-Kampagne: „Ich habe abgetrieben!“ von 1971. Gefordert wurde die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagrafen oder aber zumindest eine Fristenlösung. Diese bekamen aber nur die Frauen in der DDR 1972. In der Bundes-

republik ließ sie sich nicht durchsetzen: 1976 trat die Indikationenregelung in Kraft. Die schwangere Frau hatte zum Schwangerschaftsabbruch eine ärztliche Indikation vorzuweisen – es mussten medizinische, eugenische, kriminologische Gründe oder eine soziale Notlage vorliegen. Zusätzlich musste sie sich einer weiteren Beratung unterziehen.
Heute gilt das 1995 in Kraft getretene Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz: Ein Schwangerschaftsabbruch ist rechtswidrig (!), aber straffrei in den ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft nach vorheriger Beratung und einer Bedenkzeit von mindestens drei Tagen. Ferner gelten die kriminologische und die medizinische Indikation, Letztere ohne zeitliche Begrenzung.
Von einer ersatzlosen Streichung oder zumindest einer wirklichen Fristenlösung sind wir noch immer weit entfernt. Die Beratung vor dem Eingriff ist kein Angebot, sondern gesetzlich vorgeschrieben, genauso wie die Bedenkzeit. Auch finanziell ist der Schwangerschaftsabbruch kein selbstverständlicher Teil der Gesundheitsfürsorge, denn die Kostenübernahme steht nur bedürftigen Frauen zu und muss gesondert beantragt werden. Immerhin: In Deutschland gelten Abbrüche heute zumindest medizinisch als „kleiner“ Eingriff. Die meisten Frauen können den Arzt oder die Ärztin und die Methode wählen: chirurgisch oder medikamentös, ambulant oder stationär, mit Vollnarkose oder örtlicher Betäubung. Vielleicht ist dies der Grund dafür, dass der Schwangerschaftsabbruch für die Frauenbewegung in den letzten Jahren kaum noch ein Thema zu sein schien ...
Aber wir dürfen nicht vergessen, dass weltweit noch alle sieben Minuten eine Frau an den Folgen einer illegalen und/oder nicht sachgerecht durchgeführten Abtreibung stirbt, wie die WHO feststellte. Noch immer reisen deutsche Frauen in die Niederlande, wenn sie hier die gesetzlichen Fristen überschritten haben (kaum jemals aus Nachlässigkeit ...), Polinnen fahren wegen der restriktiven Regelung im eigenen Land nach Deutschland, die

Irinnen gehen aufs Abtreibungsschiff, und ungewollt schwangere Frauen ohne legalen Aufenthaltsstatus finden keine Möglichkeit, ihren Schwangerschaftsabbruch zu bezahlen ...

Noch immer leiden Frauen in Deutschland unter Schuldgefühlen, glauben, sich rechtfertigen zu müssen oder trauen sich gar nicht, über ihre Abtreibung zu sprechen. Sie fürchten, dass sie durch Unfruchtbarkeit oder lebenslanges psychisches Leiden bestraft werden.
Indessen formieren sich die Abtreibungsgegner immer wieder neu und belästigen im Internet und vor Abtreibungskliniken Frauen, die sich mit einem Schwangerschaftsabbruch auseinandersetzen.

Nach wie vor ist der Schwangerschaftsabbruch Gegenstand des Strafgesetzbuches. Immer noch wird das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper angezweifelt.
Laut Ute Gerhard muss das Recht auch nach der Anerkennung als Menschenrecht immer wieder neu erkämpft, verteidigt und an den geltenden Standards von Gerechtigkeit neu vermessen werden, da die frauenspezifischen Unrechtserfahrungen, die Verletzung persönlicher Identität und Autonomie, auch in den 2000er Jahren, nach wie vor in fast allen Kulturen selbstverständlicher Bestandteil der Geschlechterordnung und damit der Frauenrolle seien (vgl. Gerhard 2009).

Geht der Kampf also weiter? Wir hoffen es und zitieren die junge Filmemacherin und Autorin Sarah Diehl, die sich in ihrem Buch „Deproduktion: Schwangerschaftsabbruch im internationalen Kontext“ eindeutig für die Wahlfreiheit von Frauen positioniert: „Denn solange das moralische Recht auf Abtreibung noch nicht gewonnen ist, wird es Abtreibungsgegnern – welche Motivation sie auch immer haben – immer wieder gelingen, das gesetzliche Recht auf Abtreibung zu untergraben.“

Das *Leben* des Menschen beginnt mit der Geburt und endet mit dem Tode.
Ein *Kind* wird von seiner Mutter zur Welt gebracht.
Mord ist die heimtückische Tötung eines Menschen aus niedrigen Motiven. Wer diesen Begriffen einen ganz fremden Sinn gibt und ihn anderen aufzwingen will, dem soll man nicht glauben.

Susanne von Paczensky (1923-2010), Journalistin und Autorin (Wir sind doch keine Mörderinnen), kämpfte gegen § 218 und für Frauenrechte. Sie war Mitbegründerin des Familienplanungszentrums Hamburg.

Heidemarie Grobe
Gewalt hat viele Gesichter

© Susanne Descio

In der Tat und nicht immer präsentieren sie sich offen. Sie tragen Masken wie z. B. ein harmloses Lächeln, dem schnell ein Faustschlag folgt.
Hinter dem geschlossenen Visier verbirgt sich die Fratze der Eifersucht, der gekränkten Ehre, des verletzten Stolzes. Wird das Visier geöffnet, bleibt dem Gegenüber meistens nicht einmal mehr die Chance zur Flucht.
Wir wissen, dass Gewalt – physische und psychische – dann praktiziert wird, wenn sich TäterInnen klein fühlen, es ihnen an Selbstbewusstsein und -sicherheit fehlt, ihr Ich ein schwaches ist, wenn die Gruppe, die Familie nicht mehr stützen und bestätigen, wenn vertraute Normen, Werte, Rituale nicht mehr gelten, angezweifelt, in Frage gestellt, gar verworfen werden.
Dann machen sich Ohnmacht, Wut, Enttäuschung breit, die schließlich beim kleinsten Anlass umschlagen in tätliche Gewalt:

die Frau hat das Essen versalzen oder es kalt werden lassen, die Tochter kommt viel zu spät aus der Schule heim, die Schwester hat einen Freund, der nicht zur Familie passt.
Durchaus Realitäten heute, die es zu überwinden gilt, mit unermüdlicher Aktivität.
Vergessen wir nicht, dass vor nicht allzu langer Zeit die Vernachlässigung der Hausarbeit bei gleichzeitiger Berufstätigkeit der Ehefrau ein Scheidungsgrund für den Ehemann war.
Gewalt? Sehr wohl, denn sie hat unendlich viele Frauen in eine Rolle gezwungen, die sie oft nicht wollten.
Und wurde nicht auch noch in manchen Vergewaltigungsprozessen in den 1980er Jahren vermutet: Sie trug keinen BH, und mit viel zu kurzem Rock hat sie den Vergewaltiger geradezu herausgefordert, das zu tun, was ihm seine „Natur“ vorgab?
Gewalt? Sehr wohl, denn sie schüchterte Frauen ein und gab Männern Macht über eigentlich alle weiblichen Körper.
Womit wir bei der Gewalt und ihren vielen Gesichtern sind, die sich weltweit zumeist reduzieren lässt auf ein einziges: das der patriarchalen Machtstruktur.
Ein jahrtausendealtes Herrschaftsgefüge, erklärt und begründet, aber tatsächlich nur bemäntelt mit einer natürlichen oder gottgewollten Ordnung.
Auch wenn Mädchen und Frauen nicht ausschließlich Opfer, sondern auch Täterinnen sind, richtet sich Gewalt in ihren vielen Spielarten wie: Verhüllung bis zur Unkenntlichkeit, Verstümmelung der Genitalien, Zwangsehen, Ausbeutung in der Prostitution, körperliche und seelische Misshandlung im häuslichen Milieu überall und zuerst gegen Frauen.
Selbstverständlich waren es Frauen, die sich wehrten, die anderen Augen und Ohren öffneten, kämpften, klug und mutig, oft unter Einsatz ihres Lebens.
Für uns heute muss gelten: Wenn eine gewaltfreie Welt Utopie bleibt, so ist dennoch zu jeder Zeit an jedem Ort Gewalt zu erkennen, zu benennen, um sie wo immer beseitigen zu können.

Anja Rubbel

Schutz und Hilfe – Operativer Opferschutz in Hamburg

„Wir bringen Sie erst mal dahin, wo Sie sicher sind. Wir kümmern uns um alles. Brauchen Sie noch etwas? Jetzt kommen Sie erst Mal zur Ruhe. Wir werden später gemeinsam einen Weg finden, wie es weitergeht."

Die ersten Sätze sind für Menschen, die sich in einer Ausnahmesituation befinden, entscheidend. Wenn die Hilflosigkeit dominiert, Emotionen das Denken bestimmen und die Angst einen nahezu handlungsunfähig macht.
Das Landeskriminalamt 22 (Zeugenschutz und Operativer Opferschutz) ist eine Dienststelle, deren Mitarbeiter hochgradig gefährdete Opfer von Straftaten schützen und stabilisieren. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Männer oder Frauen handelt.
Es werden Menschen geschützt, die als sogenannte „Hochrisikofälle" gelten. Ein Schutzkonzept ist notwendig, wenn es nicht gelingt, die Gefahr durch geeignete täterbezogene Maßnahmen zu minimieren. Unabdingbar sind Geeignetheit und Freiwilligkeit der Schutzperson.
Besonders gefährdet sind aussagebereite Opferzeuginnen nach Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sowie Opfer schwerer häuslicher und sexueller Gewalt. Auch Opfer nach extremen Bedrohungsszenarien aufgrund ethnisch-kulturell bedingter Straftaten (z. B. Ehrenmorde) können bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen darunter fallen.
Unentbehrlich ist bei der Bearbeitung von „Hochrisikofällen" ein fundiertes Gefährdungsmanagement. Für die Beurteilung und Bewertung der Gefährdung des Opfers wurde 2005 im LKA die Fachdienststelle „Risikoeinschätzung" gegründet.
In enger Absprache mit der zu schützenden Person wird das Augenmerk auf das Risiko der Gefährdung gerichtet – es wird immer ein individuelles Schutzkonzept erstellt.

Kurz zurückgeblickt: Die Bedeutung der Opfer von Straftaten wurde erst in den zurückliegenden Jahrzehnten hervorgehoben. Mit dem Errichten der ersten Zeugenschutzdienststelle vor 25 Jahren in Hamburg wurde in der Bundesrepublik Deutschland Geschichte geschrieben.

Die Durchsetzung des Rechtsanspruches des Staates durch einen entsprechenden Umgang mit Zeugen führte zu Erfolgen in der Verbrechensbekämpfung. Schutz und professionelle Betreuung wirken sich unmittelbar auf die Stabilität der Zeugin aus.
Doch die Geschichte schreibt sich weiter. Nicht jedes Gewaltopfer ist ein Fall für den Zeugenschutz, nicht jede gefährdete Person kann durch eine noch so professionelle Opferhilfe geschützt werden.
Gerade schwache und hilflose, traumatisierte und unterdrückte Menschen sind nicht in der Lage, sich um sich selbst zu kümmern.
Wie soll sich z. B. eine junge rumänische Prostituierte ohne Papiere, Geld, das Vermögen der deutschen Sprache und ohne Vertrauen in den deutschen Staat aus ihrer unwürdigen Lage befreien?
Warum weiß jeder, was eine Gewaltspirale ist, und redet über Ambivalenz, ist aber unwissend, wie einer Frau konkret geholfen werden kann, die wieder und wieder von ihrem Peiniger misshandelt und unterdrückt wird? Hilft die professionelle Beratung als alleinige Unterstützung weiter?
Wer beantwortet ihre Fragen „Wo soll ich hingehen? Wo kann mich mein Mann nicht finden? Wo bin ich mit meinen Kindern wirklich sicher?“
Parallel zu deutlich verbesserten Entwicklungen in gesetzlicher Hinsicht hat sich die Polizei Hamburg dieser Herausforderungen und Aufgaben angenommen.
Heute kümmern sich besonders geschulte Polizeibeamte im Team um den konkreten Schutz.

Zunächst steht oftmals die Befriedigung zentraler Bedürfnisse im Vordergrund. Neben Hunger, Durst und körperlicher Hygiene, insbesondere bei Opfern von Menschenhandel, sind das weiterhin eine sichere Umgebung, Stabilität und Schutz. Es folgt das Bedürfnis nach Struktur, Ordnung und auch nach einigen Grenzen.

Das Herauslösen aus dem sozialen Umfeld stellt dabei die größte Herausforderung in der Fürsorge dar. Telefonisch sind die Mitarbeiter in Notfällen 24 Stunden erreichbar. Die persönliche Betreuung erfolgt je nach Erforderlichkeit, denn traumatisierte Frauen brauchen psychologische Hilfe, Gewaltopfer begleitenden ärztlichen Beistand und ausländische Opfer Zuspruch und Beratung durch Frauen, die ihre Heimatsprache sprechen.
Alle diese Aufgaben werden durch die Mitarbeiter des LKA 22 in vertraulicher Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geregelt. Dafür stehen erfahrene Psychologen zur Verfügung.

Als polizeiliche Maßnahme sind für die gefährdete Person eine Umsiedlung in ein anderes Bundesland, Abdeckungsmaßnahmen von Personalien oder die Einleitung von Namensänderungen denkbar. Der individuelle Schutz im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren wird ebenso gewährleistet wie eine finanzielle Unterstützung bis zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit bzw. Anbindung an einen öffentlichen Leistungsträger.
Ein Ziel der Arbeit im operativen Opferschutz ist es, Frauen in ihrem Ausstieg aus einer dominanten unterdrückten Beziehung zu unterstützen und ihnen den Schritt in ein angstfreies, stabiles Leben zu ermöglichen.

Als Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen wir ein Leben ohne Gefahr und Abhängigkeit, denn die Würde der Frau ist erst in der Entfaltung ihrer persönlichen Natürlichkeit gewahrt.

© TdF

Katharina Meiser

Frauenhandel und Ausbeutung durch Arbeit

Zu dem Thema Frauenhandel wird vielen Menschen als Erstes die sogenannte „Zwangsprostitution“, der Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB), in den Sinn kommen. Menschenhandel hat jedoch viele Gesichter und findet in unterschiedlichen Formen statt: Seit der Erweiterung des gesetzlichen Rahmens von 2005 ist eine andere Facette in den Fokus gerückt – Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB).

Eines der bundesweit ersten Urteile zu diesem Paragrafen hat das Amtsgericht Hamburg am 22.02.2010 gefällt. Das Urteil ist in Hamburg das erste und wurde im September 2010 rechtskräftig. KOOFRA e. V., die Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel, hat die Betroffene betreut und bei dem Prozess begleitet. Precious[1] (24) aus Nigeria wird unter den Versprechungen von guten Lebensbedingungen und Verdienstmöglichkeiten von einer Landsfrau nach Hamburg gelockt. Hier angekommen, muss sie in einem provisorischen Friseursalon im Keller bis zu 14 Stunden lang sechs Tage die Woche arbeiten. Zusätzlich muss sie den gesamten Haushalt führen. Sie muss sich das Zimmer mit der Mutter der Täterin teilen. Sie hat kein Bett und muss auf dem Fußboden schlafen. Ihre Papiere werden ihr abgenommen und ihr wird damit gedroht, die Polizei zu rufen und ihre „Illegalität“ anzuzeigen. Die deutsche Polizei wird ihr als gefährlich und gewalttätig beschrieben. Sie erhält keinen Lohn, auch mit der Begründung, sie müsse „Schulden“ für die Einreise sowie Kost und Logis abarbeiten. Nach einigen Wochen wird außerdem versucht, sie zur Prostitution zu bringen. Precious weigert sich erfolgreich. Anlässlich eines Streites ruft die Täterin die Polizei und informiert sie über die „illegale“ Migrantin. Pre-

[1] Der Name wurde aus Gründen der Sicherheit und zum Schutz der Privatsphäre anonymisiert.

cious wird aufgegriffen und vernommen. Die zuständigen Dienststellen der Polizei LKA 65 und 22 werden tätig und schalten die Beratungsstelle KOOFRA e. V. ein. KOOFRA übernimmt die psychosoziale Betreuung und vermittelt eine anwaltliche Beratung und Vertretung. Precious entscheidet sich, vor Gericht gegen die Täterin auszusagen.
Die Täterin wird u. a. wegen Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft verurteilt. Nach der Urteilsverkündung geht sie in Berufung, auch die Staatsanwaltschaft legt Rechtsmittel ein. Doch schon am ersten Verhandlungstag des Berufungsverfahrens zieht die Täterin die Berufung zurück. Sie kann nicht mit einem für sie günstigeren Ausgang rechnen. Seit September 2010 ist das Urteil somit rechtskräftig.
Es handelt sich um eines der ersten Urteile in der BRD, in Hamburg um das erste, die nach § 233 StGB gefällt wurden. Obwohl es den Paragrafen „Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft“, schon seit 2005 gibt, wird die Straftat kaum erkannt oder zur Anklage gebracht. Mögliche Gründe dafür sind, dass die Rechtsunsicherheit noch so groß ist und dass eine entsprechende Hilfsstruktur noch aufzubauen ist. Verfahren zu Menschenhandel stehen und fallen mit den ZeugInnen, ihre Aussagebereitschaft ist deshalb zentral. Ihre Rechte zu stärken und ihnen ein spezifisches Hilfsangebot anzubieten, anstatt sie vorrangig als illegale ArbeiterInnen wahrzunehmen und so weit zu kriminalisieren, dass sie ihren Weg nicht zu Hilfeeinrichtungen finden, ist deshalb ein wichtiger erster Schritt zur Umsetzung des § 233 StGB. Dass es überhaupt zu einem Verfahren gekommen ist, ist wohl zu einem großen Teil in dem bestehenden Hilfssystem für Betroffene von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung in Hamburg begründet. Es existiert eine gut funktionierende Zusammenarbeit der relevanten Akteure (Polizei, Zeugenschutz, Beratungsstellen, Staatsanwaltschaft, Ausländerbehörde und Rechtsanwälte). KOOFRA sieht es als ihre Aufgabe, die Frauen über ihre Rechte aufzuklären, um es ih-

nen zu ermöglichen, eine fundierte, selbstbestimmte Entscheidung darüber zu treffen, ob sie als Zeuginnen aussagen wollen. Zudem werden Zukunftsperspektiven gesucht und die Frauen bei deren Umsetzung unterstützt.
Precious hat sich mittlerweile erholt und stabilisiert. Sie macht einen Deutschkurs, gründet eine Familie und plant ihre Zukunft. Der Gang vor das Arbeitsgericht wird vorbereitet. Dort soll der Lohn für die von ihr geleistete Arbeit eingeklagt werden. Ob sie allerdings jemals das zugesprochene Schmerzensgeld von der Täterin erhalten wird, ist fraglich. Diese ist nach eigenen Angaben nicht in der Lage, die Summe aufzubringen. Um eine spezialisierte Betreuung für Betroffene von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft zu entwickeln und sicherzustellen, ist eine angemessene Finanzierung wichtig.

© Photocase

Cornelia Kerth

La Femme Allemande – Frauen im Widerstand

Der Widerstand, den Frauen auch in Hamburg dem Nazi-Terror entgegensetzten, war vielfältig und bedeutsam. Die meisten von ihnen hatten schon in den 1920er und 30er Jahren vor der faschistischen Gefahr gewarnt und mit ihren Männern, Freunden und Genossen zusammen ihre Aktivitäten nach der Machtübertragung im Untergrund fortgesetzt. Sie verteilten Flugblätter, die in Kinderwagen versteckt waren. Sie sammelten Geld und verteilten es an die Familien der Verhafteten und Untergetauchten. Sie versteckten Gefährdete und bereiteten ihre Flucht vor. Sie unterstützten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und beteiligten sich an Sabotage-Aktionen. Frauen beteiligten sich im Exil am Widerstand gegen die faschistische Okkupation. Und eine große Zahl von ihnen wurde durch die Nazi-Justiz ermordet.

Zu den Letzteren gehört Irene Wosikowski. Am 9. Februar 1910 in Danzig geboren, verbrachte sie den ersten Teil ihrer Kindheit in einem sozialdemokratischen Elternhaus in Kiel. Der Tod des Vaters – im Oktober 1914 in dem ihm so verhassten Krieg bei Lille (Frankreich) gefallen – beeinflusste die politische Einstellung der Familie nachhaltig. 1921 übersiedelte die Familie nach Hamburg, wo Mutter Alice von 1927 bis 1933 Abgeordnete der KPD in der Hamburger Bürgerschaft war. Irene selbst wurde mit 14 Jahren Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD).

1933 flüchtete sie zunächst in die Tschechoslowakei und siedelte 1937 nach einem zweijährigen Studium in Moskau nach Paris über. Dort wurde sie Mitarbeiterin der „Deutschen Volkszeitung“.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden in Paris zunächst die deutschen Männer, danach die Frauen interniert. Irene, die im Lager Gurs eingesperrt war, tat alles Erdenkliche, um ihren

Kameradinnen Mut zu machen. Luise Kraushaar berichtet: „Wir hatten in den Baracken … nur den Strohsack und weiter nichts ... Irene war ein unerhört geschickter und praktischer Mensch, die konnte einfach alles. Sie konnte wunderschön schneidern ..., sie war eine hervorragende Sportlerin und trieb uns an, im Lager Sport und Freiübungen zu machen, auch wenn wir keine Lust hatten. Und sie baute uns einen Tisch aus Latten, die sie organisierte, auch für andere Frauen ...“

Nach dem Einfall der Wehrmacht in Frankreich gelang es Irene und weiteren Frauen, aus dem Lager zu entkommen und sich nach Marseille durchzuschlagen, wo sie sofort von französischer Gendarmerie festgenommen und erneut für mehrere Monate inhaftiert wurde.

Im November 1942 besetzten die deutschen Faschisten auch den Süden Frankreichs. Die Aufgabe der deutschen Antifaschisten war jetzt, überall unter den vielen Soldaten aufklärerisch zu wirken. Tausende von Zeitungen und Flugblättern wurden an sie verteilt – ein gefährliches Unterfangen. Irene wurde mit illegal beschafften Ausweispapieren ausgestattet, die sie als Marie-Louise Durand und Paulette Monier auswiesen. So nahm sie den direkten Kontakt zu deutschen Soldaten auf, suchte das persönliche Gespräch mit ihnen, um sie zum Nachdenken zu bringen und zu mahnen: „Deutschland muss leben, deshalb muss Hitler fallen! Alle Waffen gegen Hitler!“

Die Soldaten wurden bei unverfänglichen Gelegenheiten angesprochen, auf der Straße, im Warenhaus. Die Frauen boten zunächst ihre Hilfe beim Übersetzen an, man unterhielt sich dann etwa über Themen wie Musik, Theater, Urlaub oder Wetter und verabredete sich erneut. Beim dritten oder vierten Treffen begann dann ein vorsichtiges Abtasten mit politischen Gesprächsthemen, um die Gesinnung des Soldaten zu testen. Irene hat wohl Hunderte solcher Gespräche geführt und dabei auch eine Reihe von Soldaten überzeugen können. Einige von ihnen konnten für die Bewegung „Freies Deutschland“ gewonnen werden.

Monatelang ging alles gut, aber eines Tages geriet Irene an den Matrosen Frischalkowski, der Zusammenarbeit versprach, Flugblätter in Empfang nahm und sie anschließend an die Gestapo verriet. Irene Wosikowski wurde bei einem Treffen verhaftet und sofort ins Verhör genommen.
Durch den Augenzeugenbericht einer französischen Leidensgefährtin wurde bekannt, dass Irene drei Wochen lang unmenschlich geschlagen und gefoltert wurde. Die Gestapo wollte ihr die Namen ihrer Kampfgefährten entreißen. Irene schwieg. Die Standhaftigkeit, mit der sie die Gestapo-Folter ertrug, war damals Tagesgespräch in Marseille. Seither trägt sie den Ehrennamen „La Femme Allemande“, den ihr französische Patrioten liebevoll verliehen. Irene wurde in ihre Heimatstadt Hamburg überführt und weiter durch den Gestapo-Mann Teege vernommen. Alle Versuche, Irenes Standhaftigkeit zu brechen, blieben erfolglos. Am 13. September 1944 wurde sie vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 27. Oktober 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. In ihrer schwersten Stunde versicherte sie ihrer Mutter, „... ich bleibe unserer Sache treu!“
Zur Erinnerung an Irene Wosikowski liegt ein Grabstein mit ihrem Namen im Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer auf dem Friedhof Ohlsdorf.

Regina Jürgens / Berit Köhler

Frauengesundheit – eine Tochter der Frauenbewegung

100 Jahre Kampf für die Gleichstellung der Frau – auch ein Anlass, die Entwicklung der Frauengesundheitsbewegung und den heutigen Stand der Geschlechtergerechtigkeit im Bereich Medizin, Gesundheitsförderung und Prävention zu betrachten.

Die Frauengesundheitsbewegung ist in den 1960er und 1970er Jahren entstanden aus dem Kampf gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die Entmündigung durch streng reglementierte Klinikgeburten und die Enteignungen des weiblichen Körpers durch das Medizinsystem. Der Kampf der Frauenbewegung um Selbstbestimmung und gegen männlich geprägte Machtstrukturen fand in der Frauengesundheitsbewegung ihren Niederschlag in der Rückbesinnung auf verschüttetes, weibliches, medizinisches Wissen und der Rückeroberung des eigenen Körpers. In selbstorganisierten Gruppen wurden Selbstuntersuchungen und Selbsthilfe gelernt. Das bestehende Bild von Schönheit, Weiblichkeit und Gesundheit wurde kritisiert und neue Ideale wurden erfunden. Gleichzeitig entwickelte sich eine sozialwissenschaftliche Frauenforschung, die im Sinne einer medizinkritischen Körperpolitik agiert.

Der gemeinsame Protest von Forscherinnen und Praktikerinnen mündete Ende der 1970er Jahre im ersten feministischen Frauengesundheitszentrum in Berlin, dem weitere folgten. Es entwickelte sich ein Bewusstseinsprozess, der die gesellschaftliche Diskussion veränderte und auch Frauen in Gesundheitsberufen erfasste. Zunehmende Bedeutung fanden die Diskussion um Gewalt gegen Frauen und der Aufbau eines Zuflucht- und Hilfesystems. Es entstanden frauenspezifische Therapie- und Beratungseinrichtungen (z. B. für Essstörungen, Sucht, AIDS etc.). Bis Anfang der 1990er Jahre wurden Frauen von medizi-

nischen Studien ausgeschlossen. Mögliche Beeinflussungen der Studienergebnisse durch hormonelle Schwankungen und eventuelle Schwangerschaften führten dazu, dass jahrzehntelang systematisch medizinisches Forschungswissen nur für Männer erhoben wurde. Krankheitssymptome und mögliche Therapien wurden allein am männlichen Körper erforscht und die Ergebnisse ohne weitere Prüfung auf Frauen übertragen. Als prominentestes Beispiel sei die koronare Herzkrankheit genannt. Frauen haben andere Symptome als Männer, diese wurden daher in vielen Fällen gar nicht oder zu spät erkannt und dann mit den falschen Therapien behandelt.

Die Forderung nach frauengerechter und geschlechtssensibler Versorgung hat inzwischen ihren Weg in die Medizin und Politik gefunden.

Die WHO und das europäische Regionalbüro der WHO in Kopenhagen starteten die Initiative „Investitionen in die Gesundheit von Frauen". Im Rahmen der regionalen Forschungsverbände Public Health wurde die Frauengesundheitsforschung institutionalisiert. In Bremen arbeiten im Forum für Frauengesundheit ExpertInnen aus den verschiedenen Bereichen interdisziplinär auf hohem Niveau zusammen.

Auf der 20. Gleichstellungs- und FrauenministerInnen-Konferenz im Juni dieses Jahres wurden die *geschlechtsspezifischen Aspekte* der medizinischen Versorgung, Gesundheitsförderung und Prävention zum Schwerpunkt gemacht. Geeinigt haben sich die MinisterInnen auf folgende Kernforderungen:

- Zunächst die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen so zu gestalten, dass Frauen und Männer dabei auch ihren Familienverpflichtungen nachkommen können. Eine unumgängliche Forderung, um die Chancengleichheit im beruflichen Alltag zu erhöhen.

- Präventives, diagnostisches und therapeutisches Wissen bezüglich der Geschlechtsunterschiede müssen zeitnah und direkt Eingang finden in Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- Zukünftig muss die medizinische Forschung die unterschiedliche Wirkung von Arzneimitteln auf Frauen und Männer in allen Phasen von klinischen Prüfungen hinsichtlich Nutzen und Risiken geschlechtssensibel beurteilen.

So positiv diese Entwicklungen zu betrachten sind, so notwendig bleibt die kritische Auseinandersetzung. In der Medizin ist auch heute der männliche Körper häufig immer noch die Norm. Biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen jenseits der reproduktiven Gesundheit, die unterschiedliche Wahrnehmung von Gesundheit und Krankheit und der unterschiedliche Umgang von Frauen und Männern damit, werden trotz wissenschaftlicher Belege in den Angeboten und Strukturen des Gesundheitswesens vernachlässigt.

Der Landesfrauenrat hat die Initiative ergriffen und die zuständige Behörde für Soziales und Gesundheit aufgefordert, in Hamburg ein Forum Frauengesundheit (analog dem Bremer Modell) einzurichten und alle AkteurInnen zu diesem Thema aktiv zu vernetzen. Diese Forderung ist von der Behörde abschlägig beschieden worden.

Schaffen es die Forderungen von der Tagesordnung einer FrauenministerInnen-Konferenz in die Praxis, könnte auch in Hamburg eine Frauengesundheit, die diesen Namen verdient, angestoßen werden. Trotz der neu entstanden Chancen für eine geschlechtergerechte Versorgung werden wir die altbekannte Ignoranz gegenüber frauengerechten gesundheitlichen Anforderungen nur überwinden, wenn wir *Frauen* es *bewegen*.

© iStockphoto

Heidemarie Thiele

Hamburg – (k)ein Ort für Frauengesundheit

Unter diesem Thema stand ein viel beachteter Tagungstag des Arbeitskreises „Frauen – Gesundheit – Stadtentwicklung“ der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V. (HAG) im Februar 2003. Die gleichnamige Dokumentation macht auch acht Jahre später deutlich, wie hier die Forderung nach einem Aktionsprogramm „Frauen und Gesundheit“ mit dem Kernstück eines „Frauengesundheitszentrums in Hamburg“ aus dem Bericht der Expertinnen- und Expertenkommission 2001 durch wissenschaftliche Ergebnisse und Erfahrungsberichte im deutschen und europäischen[1] Vergleich schlüssig untermauert wird. Eva Rühmkorf, Vorsitzende dieser Kommission, weist in ihrem Tagungsbeitrag ausdrücklich darauf hin, dass deren Mitglieder sich gerade keine Illusionen über Finanzierungsmöglichkeiten machten. Ganz im Gegenteil: Sie gingen davon aus, dass aufgrund einer strukturellen und geschlechtersensiblen Weiterentwicklung des Gesundheitswesens „vorhandene Ressourcen künftig gezielter, sinnvoller und damit kostensparend genutzt und eingesetzt werden könnten“ (S. 26 Dokumentation). Dennoch sieht Norbert Lettau, damaliger Leiter des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz (Behörde für Umwelt und Gesundheit), in der Podiumsdiskussion mit Bezug auf die eingeschränkte Haushaltslage die Einrichtung eines Frauengesundheitszentrums nur im Bereich der Vision. Als politisch angesagt und historische Chance – auch im Hinblick auf das Thema Frauengesundheit – verweist er auf den Bereich „Prävention und Gesundheitsförderung“.

Da nach hanseatischer Gepflogenheit „gut Ding Weile braucht“ und sogar unabhängig von der jeweiligen politischen Konstellation tradiert wird, ist festzuhalten: Seit dem 23. Juni 2010 hat

[1] Z. B.: European Women´s Health Network = EWHNET.

Hamburg einen „Pakt für Prävention“! Unter dem Motto „Gemeinsam für ein gesundes Hamburg“ sollen drei „Zielekonferenzen“ bestimmte Blickwinkel einnehmen: 2010 auf Kinder und Jugendliche, 2011 auf Alte, 2012 auf arbeitende Menschen. Mit Bezug auf die bewährte Beteiligung in der Expertinnen- und Expertenkommission „Frauen und Gesundheit“ 2000/2001 hat der Landesfrauenrat Hamburg e. V. (LFR) dem Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz bereits im Frühjahr 2009 die Mitarbeit bei Konzeption, Planung und Durchführung dieses Paktes angeboten. Die Begründung war gewählt in Anlehnung an das Thema des LFR-Podiumsgesprächs beim Gesundheitsforum auf der Messe „Du und deine Welt“ 2009: „Ohne Prävention keine Frauengesundheit – ohne Frauen keine Gesundheitsprävention!“ Gleichzeitig machte der LFR den Senator darauf aufmerksam, dass sich aus dem Vorschlag des LFR an die Hamburg Messe und Congress GmbH, dort einen zeitgemäßen Impuls mit dem Thema „Gesundheit“ zu setzen, die seit 2008 von seiner Behörde verantwortete und gut angenommene Gesundheitsbühne mit dem „Gesundheitsforum“ entwickelt hat. Sehr bald wurde dem LFR jedoch vermittelt: „Frauengesundheit“ als expliziter Bereich war/ist im Pakt nicht vorgesehen und folgerichtig auch keine maßgebliche Mitarbeit im angefragten Rahmen. Trotzdem hat der LFR im Herbst 2010 entschieden – wie viele andere Hamburger Verbände, Organisationen und Einrichtungen des Gesundheitswesens – den Pakt zu unterzeichnen, um wenigstens im Verlauf immer wieder den geschlechtersensiblen Ansatz einzufordern. Und dabei mit Gleichgesinnten innerhalb der Gruppe der Unterzeichnenden zusammenzuarbeiten.

Unabhängig von den erst seit 2009 laufenden Aktivitäten bzgl. des „Paktes für Prävention“ hat sich der LFR – ebenso wie mehrere Fraueninitiativen und -verbände – seit Auflösung des Arbeitskreises „Frauen – Gesundheit – Stadtentwicklung“ in der HAG weiterhin für die Umsetzung der nach wie vor in vielen

Punkten aktuellen Empfehlungen für die Frauengesundheit in Hamburg aus dem Kommissionsbericht von 2001 eingesetzt. Zuletzt im Dezember 2009 mit der Resolution zur Einrichtung eines „Kompetenz-Zentrums für Frauengesundheit“ an den zuständigen Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Informiert wurde außerdem die seit 2009 für „Frauen“ zuständige Justizbehörde mit der zugeordneten „Arbeitsstelle Vielfalt“. Der Gesundheitssenator vertritt die Auffassung, unser Anliegen sei überholt, denn die Forderung nach einer zentralen Bündelung von Kompetenzen schwäche heute eher die Vielfältigkeit des vorhandenen Regelsystems. In der LFR-Antwort vom Februar 2009 heißt es: „Wir begrüßen Ihre grundsätzliche Akzeptanz einer geschlechtersensiblen Sicht- und Handlungsweise im Gesundheitsbereich. Allerdings sind wir der Auffassung, dass die Schaffung von „Women’s Health Care Centers“ (Kompetenz-Zentren für Frauengesundheit) in Europa keinesfalls durch die Vielfältigkeit der vorhandenen gesundheitspolitischen Regelsysteme überholt ist. Weder in Deutschland noch in Hamburg!“ Auf den LFR-Vorschlag, wenigstens ein Kompetenz-Zentrum für Frauengesundheit zu realisieren als Modell für zukünftige dezentrale Folge-Einrichtungen an mehreren Orten in der Stadt und dazu ins gemeinsame Gespräch zu kommen, folgt im Mai 2010 definitiv die Antwort, „dass ein *zentrales* Kompetenzzentrum für Gesundheit nicht die Antwort darauf ist, geschlechterspezifische Sicht- und Handlungsweisen weiter zu sensibilisieren“. Eine Ablehnung mit Hinweis auf die Hamburger Haushaltslage, die 2010 erheblich prekärer ist als 2003, erübrigt sich dadurch.

Umso mehr werden die gut funktionierenden Hamburger Frauennetzwerke sich nicht davon abhalten lassen, weiter darauf hinzuwirken, Projekte einer geschlechtersensiblen Gesundheitsförderung, -prävention und -versorgung zu initiieren bzw. entsprechende Ansätze zu unterstützen.

Die insbesondere im letzten Jahrzehnt veröffentlichten Forschungsergebnisse in Europa und Deutschland bestätigen viele seit rund 50 Jahren gewonnenen Erkenntnisse der neuen Frauenbewegung mit dem Tenor: Gesundheit hat ein Geschlecht – sie ist männlich oder weiblich (Anm.: In diesem Kontext konkreter Gesundheitspolitik ignoriere ich die über die Zweigeschlechtlichtkeit hinausgehende Queerforschung.). Dass diese Erkenntnisse über die Fachwelt hinaus inzwischen ihren Niederschlag in Alltagsmedien und öffentlichen Veranstaltungen finden, ist ein nicht zu unterschätzender Schritt. Von Ursula Otts Artikel „Behandelt Frauen nicht wie Männer!" (Brigitte 3/2003) über die populärmedizinische Fragestellung aus der Herzinfarktforschung „Schlagen Frauenherzen anders?" (verbreitet seit Anfang dieses Jahrhunderts) bis hin zum „Thementag Frauengesundheit" auf der Hamburger Messe „Du und deine Welt" 2010 ist erfreulicherweise eine kontinuierliche Informationszunahme auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Dies liegt voll und ganz auf der Linie der Kommissionsforderung: „Frauengesundheit braucht Information, Transparenz und Kommunikation." Dazu beigetragen hat u. a. die Hamburger Professorin, Dr. Ingrid Mühlhauser, mit ihren Veröffentlichungen zur Brustkrebsprävention und -forschung sowie zur Weiterentwicklung von Patientinnen- und Patientenrechten aufgrund von Kompetenzerwerb. Seit Einführung der Evidenz-basierten Medizin (EbM) zu Beginn der 90er Jahre hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der Bürgerinnen und Bürgern mehr Entscheidungsbeteiligung in Gesundheits- und Krankheitsfragen zugesteht. Wichtigster Ansatz dabei: die Nichtinanspruchnahme von diagnostischen, präventiven oder therapeutischen Maßnahmen ist hierbei ausdrücklich vorgesehen. Ein Fortschritt vor allem für Frauen, denen immer noch weit mehr Verantwortung für Gesundheit/Krankheit abverlangt wird als Männern. Die größeren Möglichkeiten zur Kompetenzerweiterung im medizinischen Bereich haben beispielsweise dazu geführt, dass die Information

zum geringen Nutzen des Brustkrebs-Screenings aus renommierten internationalen Studien der letzten Jahre die Teilnahme an den entsprechenden Angeboten der einzelnen Bundesländer deutlich beeinflusst. Dass Hamburg das Programm 2009 für alle 50 bis 69-jährigen Frauen trotzdem wie vorgesehen eingeführt hat, hängt außer der dadurch ermöglichten onkologischen „Reihenuntersuchung“ ohne Zweifel auch mit der Ausnutzung der einmal angeschafften teuren Technik zusammen.
Angesichts des Tatbestands, dass auch in Hamburg die Armut zugenommen hat, weiter steigt und damit die Gesundheitsversorgung großer Bevölkerungsgruppen tendenziell abnimmt, stellt sich die Frage, wo wirklich investiert werden müsste. Dies betrifft vorrangig vom Armutsrisiko bedrohte oder bereits in Armut lebende alleinerziehende und alte Frauen (35 Prozent der Alleinerziehenden insgesamt waren im Oktober 2010 in Hamburg vom Armutsrisiko betroffen). Alle Hamburger Frauen-Beratungsstellen können bestätigen, wie kritisch die Gesundheitsversorgung inzwischen für viele Hamburgerinnen ist.
Da bisher weder der „Pakt für Prävention“ noch die seit langem in der Vorbereitung befindlichen „Lebenslagenberichte“ für Hamburg explizit Gender-Sichten in der Konzeption erkennen lassen, besteht der LFR weiterhin auf der Forderung nach einem Frauenbericht und – speziell in diesem Kontext – der Realisierung eines „Kompetenz-Zentrums für Frauengesundheit“.

© Photocase

Arbeit – Geld – Sexarbeit

Die Gender-Lücke im Erwerbsleben wird geringer, nicht aber die Lücke zwischen Frauen- und Männerlöhnen. 70 Prozent der working poor sind Frauen, die auch aus Gründen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Arbeit um jeden Preis akzeptieren. Frauen verfügen nur über zwei Prozent des Weltvermögens, leisten aber zwei Drittel aller Weltarbeitsstunden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise fordert Frauen, sich in Fragen nachhaltiger Entwicklung einzumischen.

Agnes Schreieder / Michaela Ludwig

Im Wandel – Frauenerwerbsarbeit in Hamburg

Bereits im 19. Jahrhundert war der Hafen Dreh- und Angelpunkt der Hamburger Wirtschaft. Schon damals bot er auch Frauen unterschiedliche Verdienst- und Beschäftigungsmöglichkeiten. So lag der Kleinhandel, die alltägliche Versorgung der Hamburger Bevölkerung, häufig in Frauenhänden. Die Hökerinnen belieferten die Märkte der Stadt über den Wasserweg mit Milch, Gemüse und Obst. Direkt im Hafen waren Frauen als Kaffeeverleserinnen, Haselnusssortiererinnen oder Kaffeeklappenfrauen beschäftigt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kamen die Tätigkeiten in Fischwirtschaft und Tabakindustrie hinzu.

Ein typischer Arbeitsplatz waren auch die Speicherböden im Hafen. Dort bedienten sie als Hilfsarbeiterinnen die hydraulischen Winden auf den Böden, mit denen die Waren an der Außenfront des Speichers in die Höhe gezogen wurden. Dafür bekamen sie beispielsweise 1897 einen Wochenlohn von 15 bis 18 Mark. Für die gleiche Arbeit hatten Männer zuvor mehr als 25 Mark erhalten.[1] Frauenarbeit galt als Zuverdienst zum Einkommen des Ehemannes. Erst die zwei Weltkriege öffneten die Tore zu den typischen Männerdomänen, im Hamburger Hafen beispielsweise zu den Werften, aus denen die Frauen nach Kriegsende prompt wieder vertrieben wurden. Das änderte sich erst während des Wirtschaftsaufschwungs in den späten 1950er und 60er Jahren, als Arbeitskräfte knapp waren.

Doch auch im Nachkriegsdeutschland erhielten Frauen bis zu 40 Prozent weniger Lohn als Männer in vergleichbaren Positionen. Es wurden sogenannte „Lohnabschlagsklauseln“ für „Frauenlohngruppen“ geschaffen und angewandt. 1955 entschied das Bundesarbeitsgericht, dass die schlechtere Bezahlung von Frauen dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes widerspricht.

[1] Vgl. Grüttner, Michael (1984): Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886-1914. Göttingen.

Das sollte bundesweit beim Abschluss von Tarifverträgen beachtet werden. Später wurden sogenannte „Leichtlohngruppen“ eingeführt, in die überwiegend Frauen eingestuft – und wieder schlechter bezahlt – wurden. Diese Gruppierungen verschwanden erst in den 1970er Jahren aus den Tarifverträgen.

Heute sind etwa 80 Prozent der in Hamburg Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig.[1] Jede zweite Frau ist nach wie vor in den frauentypischen Berufsgruppen Bürofach-, Bürohilfskräfte und Gesundheitsdienstberufe (Krankenschwester, Sprechstundenhelferin oder Helferin in der Krankenpflege) oder Warenkaufleute beschäftigt. Den Kampf um den „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ haben sie bis heute nicht gewonnen: Im Durchschnitt verdienen Frauen brutto rund 23 Prozent weniger als Männer. Diese Entgeltpolitik ist noch immer ein Skandal *und Handlungsauftrag für uns als Gewerkschaften*.

In den vergangenen zwanzig Jahren ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen stark angestiegen (von bundesweit 57,1 Prozent 1991 auf Hamburg-weit 65,7 Prozent im Jahr 2008). Das ist erfreulich, doch noch immer sind weniger Frauen als Männer erwerbstätig. Die Erwerbstätigkeit von Frauen hängt stark vom Alter und dem Haushaltskontext, aber auch von der formalen Bildung und der Kinderzahl ab. Frauen mit einem hohen Bildungsabschluss sind seltener bereit, auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten als Frauen mit einem niedrigen Bildungsabschluss.[2] Doch mit Zunahme der Qualifikationen sinkt der Frauenanteil. Der höchste Frauenanteil ist unter den Arbeitnehmer/innen in überwiegend einfachen Tätigkeiten und ohne Berufsausbildung zu finden. Nur knapp ein Drittel (31 Prozent)

---

[1] Alle Hamburger Angaben aus: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord (2010): Gender-Bericht 2009. Hamburg.

[2] Fischer, Gabriele u. a. (2009): IAB-Forschungsbericht: Gleich und doch nicht gleich: Frauenbeschäftigung in deutschen Betrieben, Nürnberg.

der Führungskräfte in Verwaltung und Wirtschaft ist weiblich. Im Topmanagement sind Frauen mit 11 Prozent, in den Vorständen mit nur 2,5 Prozent vertreten.

Neben der Konzentration auf die Berufsgruppen unterscheiden sich auch die Arbeitszeiten von Frauen und Männern erheblich. Denn die Verschiebung von der Produktions- zur Dienstleistungs- beziehungsweise Informationsgesellschaft hat zu veränderten Beschäftigungsformen geführt. Mit dem Strukturwandel geht besonders die zeitliche Deregulierung herkömmlicher Beschäftigungsverhältnisse von Frauen einher. Zwar wurden zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich geschaffen, doch das Arbeitsvolumen von Frauen, die geleisteten Arbeitsstunden, hat insgesamt nicht zugenommen. So ist die Zahl der Frauen in Vollzeitstellen gesunken, gleichzeitig haben viele eine Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung aufgenommen.

Im Juni 2009 sind 62,6 Prozent der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Hamburg Frauen. Sie arbeiten im Handel und Gast- und Reinigungsgewerbe. Für sie fallen die proportionalen Bruttostundenkosten geringer aus als bei versicherungspflichtig Beschäftigten, weil tarif- und arbeitsvertragliche Standards häufig unterlaufen werden. Dazu gehören die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, der gesetzliche oder tarifvertragliche Erholungsurlaub, der Kündigungsschutz oder die Elternzeit. Auch Privathaushalte nutzen geringfügige Beschäftigung, da nur geringe Abgaben entstehen und die Arbeit steuerlich absetzbar ist.[1]

Ein Drittel der Frauen in Hamburg arbeitet in Teilzeit, damit stellen sie etwa 80 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten. Ein wesentlicher Grund für den hohen Frauenanteil liegt noch immer in der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung. Es sind meist

---

[1] Möller, Joachim / Walwei, Ulrich (2008): Handbuch Arbeitsmarkt 2009, Nürnberg.

Frauen, die sich um die Erziehung der Kinder kümmern. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten erschweren es ihnen, Vollzeit berufstätig zu sein. Aus diesem Grund haben sie nicht dieselben Karrieremöglichkeiten wie vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter/innen. Zudem wirkt sich Teilzeitbeschäftigung negativ auf das Einkommen und damit auf die finanzielle Absicherung im Alter aus.[1]

Heute arbeitet ver.di intensiv daran, in Tarifverträgen des öffentlichen und privaten Dienstleistungssektors Diskriminierungen von Frauen weiter abzubauen. Zugleich wollen wir mit branchenbezogenen Mindestlöhnen und einem gesetzlich garantierten Mindestlohn Entgeltgleichheit forcieren. Gleiche Bezahlung für gleichwertige Tätigkeit ist die aktuelle Herausforderung. Die jüngsten Auseinandersetzungen mit den kommunalen Arbeitgebern bei der Bewertung der Arbeit von Erzieherinnen in Kitas zeigen, dass dafür vor allem das Engagement der Betroffenen selbst erforderlich und auch erfolgreich möglich ist. Zudem gilt es auch heute, mit Blick auf Minijobs und Niedriglöhne dafür zu streiten, dass Frau von ihrer Arbeit in Würde leben kann und soziale Notlagen nicht unmittelbar mit Armut der ganzen Familie, besonders der Kinder, einhergehen. ver.di tritt für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse ein.

Mehr als die Hälfte der ver.di-Mitglieder sind Frauen. Sie stehen wie vor 100 Jahren für die Idee, dass wir solidarisch und gemeinsam am stärksten sind.

---

[1] Fischer, Gabriele u. a. (2009): IAB-Forschungsbericht: Gleich und doch nicht gleich: Frauenbeschäftigung in deutschen Betrieben, Nürnberg.

Jutta Blankau

Brot und Rosen – Frauen und Arbeitsmarkt

Gleichstellungspolitische Initiativen mit frauenpolitischen Forderungen finden so gut wie nicht mehr statt – weder bundesweit noch in Hamburg. Verbesserungsideen und -vorschläge für weibliche Erwerbstätige haben es auch nach hundert Jahren Frauenbewegung schwer, MitstreiterInnen zu finden. Und das, obwohl es einen merklichen Wandel der Arbeit in Hamburg gegeben hat. Einst waren es der Hafen, die Fischerei und der Schiffbau, die in Hamburg für Arbeitsplätze sorgten. Im Zuge der Deindustrialisierung kam Hamburg nicht umhin, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dem bundesweiten Trend folgend wächst auch in der Hansestadt das Angebot an Arbeit im Dienstleistungssektor.

Ein Blick in die Vergangenheit: Es ist ja nicht so, dass Frauen ausgeschlossen waren vom Erwerbsleben, auch wenn uns manche Historie dieses Geschlechterbild vermitteln will. Der Zugang von Frauen zur Arbeit hat sich gewandelt – die Forderungen nach mehr Gleichberechtigung sind schon seit 100 Jahren die gleichen.

Seit 100 Jahren steht die Forderung nach „Brot und Rosen“ nicht ohne Grund für das Recht auf gleiche Arbeit und gerechte Bezahlung, gleiche Bildungschancen, gute Arbeit, die Möglichkeit nach beruflicher Selbstverwirklichung, die eigenständige soziale Sicherung von Frauen sowie die Möglichkeit, berufstätig zu sein und mit Kindern leben zu können.

Sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg hatte der Mangel an männlichen Arbeitskräften zur Folge, dass sich für Frauen neue Erwerbsbereiche auftaten. Im Zweiten Weltkrieg wurden auch in Hamburg frühzeitig Frauen für die industrielle Herstellung von Waffen herangezogen. In der Nachkriegszeit waren es dann wieder die Frauen, die den Wiederaufbau zerstörter Lebens- und Arbeitsräume bewerkstelligten. Die dem weiblichen

Geschlechterbild zugeschriebene Reproduktionsarbeit musste parallel erfolgen. Und so waren Frauen in der Nachkriegszeit Mütter, Hausfrauen und Arbeiterinnen – nur nannte man dieses Phänomen zur damaligen Zeit noch nicht „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Frauen gewannen an Verantwortung dazu und mehr Berufe standen ihnen zu dieser Zeit offen – allerdings ausschließlich bedingt durch die Abwesenheit der Männer. Diese „neuen“ Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten zeitlich ihre Grenzen. Kurz nach dem Wiederaufbau der BRD, der Rückkehr der männlichen Arbeitskräfte und dem wirtschaftlichen Aufschwung zeigte sich der Wendepunkt der Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Das traditionelle Rollenverständnis von Männern und Frauen drängte Frauen systematisch wieder aus dem Berufsleben heraus, vollzog eine Stärkung der Familienaufgaben und ließ Frauen schlussendlich nur als „Hinzuverdienerinnen“ zu. Die neuen Frauenbewegungen in den 1960er und 1970er Jahren läuteten einen erneuten Wechsel der weiblichen (Selbst-)Wahrnehmung ein, das Thema Arbeit blieb ein Kernthema. Noch immer waren die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sehr widersprüchlich. Gerade junge Frauen hatten zwar in allgemeiner Bildung und beruflicher Qualifikation aufgeholt, aber Gleichberechtigung herrschte noch immer nicht. Doch junge Frauen wollten mehr, sie wollten vor allem berufstätig sein, um ein unabhängiges Leben führen zu können. Immer mehr gingen daher den Weg über eine Berufsausbildung in die Erwerbsarbeit. Doch konzentrierten sich die Lehrstellen, auch in Hamburg, noch häufig auf sogenannte „Frauenberufe“ wie Verkäuferin oder Berufe in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Industriearbeitsplätze waren die Ausnahme. Dieses grenzte Frauen nicht nur aus „Männerberufen“ aus, sondern gleichzeitig auch von den meist besser bezahlten Arbeitsplätzen. Aber Frauen erkannten schnell, dass der Zugang zu höheren Löhnen unter anderem über Bildung möglich war. Studierten 1965 knapp 30 Prozent Frauen, waren es 1990 schon 40,1 Prozent, und seit

2009 ist die Zahl über 50 Prozent gestiegen. Doch die Arbeitsmarktstrukturen mit familienunfreundlichen Arbeitszeiten machen es Frauen bis heute schwer, in höhere Positionen zu gelangen. Dies konnten 1985 die Neuordnung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und das zweite Gleichstellungsgesetz 1994 zwar in Nuancen verbessern, aber gerade in Krisenzeiten wie 2009/2010 zeigt sich, dass auch „der Arbeitsmarkt" in schwierigen Zeiten wieder zurück zum männlichen Ernährermodell verfällt. Und so hörte man 2009 auch in Hamburg zum Höhepunkt der sogenannten Krise, dass Frauen doch lieber „freiwillig einen Auflösungsvertrag unterschreiben sollen, bevor der Familienvater seinen Job verliert".

Das Antidiskriminierungsgesetz schützt zwar die offene Ausgrenzung und die beliebten Ausreden, wie sie bis in die 1990er Jahre hinein noch wirkten („wir haben keine Frauentoiletten"), doch noch immer ist Frauen der Zugang zu allen Arbeitsplätzen um ein Vielfaches erschwert. Im Zuge des Fachkräftemangels muss man sich jedoch wundern, dass ein Großteil des Wissenspotenzials schon wieder systematisch vom Arbeitsmarkt verdrängt wird und Hemmnisse für den Zugang von Frauen zur Erwerbsfähigkeit nicht abgebaut, sondern wie z. B. in Hamburg durch die Erhöhung der Kita-Gebühren erhöht werden.

Trotz der stetig vorantreibenden Veränderung und Modernisierung zur Aufhebung der überholten Geschlechterrollen, wird dies auf dem Hamburger Arbeitsmarkt, aber auch auf dem bundesweiten, nicht abgebildet. Zwar ist die Quote der berufstätigen Frauen insgesamt angestiegen; das Arbeitsvolumen jedoch ist seit 1991 nicht gewachsen. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit, und das nicht immer freiwillig. Kinderbetreuung, unpassende Arbeitszeiten, mangelnder Zugang von Frauen zu Ausbildungsplätzen sind auch weiterhin große Probleme. Da sich eine steigende Zahl von Frauen ein sogar leicht gesunkenes Arbeitsvolumen untereinander aufteilen muss, wachsen die Probleme weiter. Dieses Ungleichgewicht in der Frauenerwerbsarbeit ent-

puppt sich in großen Teilen sogar zur Existenzbedrohung der Frauen. In Hamburg mussten über 20.000 Frauen als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ergänzende Sozialhilfe beziehen. Das ist die Kehrseite der Zunahme von Arbeitsplätzen, die überwiegend im Niedriglohnsektor angesiedelt sind. Als Folge daraus müssen die Verdienste aufgestockt werden, weil noch nicht mal das Existenzminimum der Frauen gesichert ist. Dies betrifft aber nicht nur Frauen, die teilzeitbeschäftigt sind. Auch der Anteil der weiblichen Vollzeitbeschäftigten, die zusätzlich „aufstocken“, wächst in Folge der niedrigen Löhne von Jahr zu Jahr. Und so fordern die Gewerkschaftsfrauen zu Recht bis heute „Brot und Rosen“ – Gleiche Arbeit – gleiches Geld!

© Photocase

Sibylle Raasch

Gleiches Entgelt – gleiche Chance

Frauen verdienen überall in Europa weniger als Männer. In Deutschland ist die Entgeltdifferenz zwischen den Geschlechtern besonders groß. Der Gender Pay Gap gibt an, um wie viel Prozent der Bruttostundenverdienst aller Frauen unter demjenigen aller Männer liegt. In Deutschland lag er in den letzten Jahren nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konstant bei etwa 23 Prozent, Tendenz in den alten Bundesländern sogar steigend. In der Europäischen Union der 27 Staaten nimmt Deutschland laut diesem Gender Pay Gap mit Platz 23 einen der letzten Plätze ein, der Durchschnitt liegt bei etwa 17 Prozent. Deutschland ist damit im Bereich der Verwirklichung von Entgeltgleichheit eines der Schlusslichter in Europa! Frauen müssen in Deutschland im Vergleich zu entsprechend beschäftigten Männern quasi erst einmal ein Vierteljahr umsonst arbeiten, wenn man es recht bedenkt, erst danach erhalten sie das gleiche Entgelt.

Allerdings ist der Gender Pay Gap nicht allein auf Entgeltdiskriminierung zurückzuführen, sondern ein Gemisch aus verschiedenen Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen. So ist unser Arbeitsmarkt immer noch stark in geschlechtsspezifische Segmente aufgespalten, und in den typischen Frauenbranchen und -beschäftigungsbereichen werden deutlich niedrigere Löhne bezahlt als in den typischen Männerbranchen. Frauen haben in den Betrieben eine durchschnittlich niedrigere Beschäftigungsdauer (Seniorität) als Männer, u. a. weil sie zugunsten der Familienarbeit ihre Erwerbstätigkeit häufiger unterbrechen oder bei einem Wechsel des Arbeitsortes eher ihren Ehemännern und Lebensgefährten hinterherziehen als umgekehrt, um dann am neuen Wohnort nicht gleich oder überhaupt keine Beschäftigung zu finden. In den Betrieben steigt das Entgelt jedoch zumeist entsprechend der Beschäftigungsdauer an. Frauen sind

viel seltener als Männer in Führungs- und Leitungspositionen beschäftigt und verdienen auch deswegen weniger. Aber es bleibt ein Rest von etwa 5 bis 10 Prozent, der durch nichts anderes als durch Entgeltdiskriminierung zu erklären ist.
Wie kann das sein? 1949 wurde in Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz die Gleichberechtigung von Frau und Mann als verbindliches Recht verankert. Und alle am Grundgesetz Beteiligten waren sich damals einig, dass zur Gleichberechtigung selbstverständlich auch gleicher Lohn für gleiche Arbeit gehören sollte. Dennoch brauchte es noch sechs Jahre, bis das Bundesarbeitsgericht 1955 besondere Lohnabschlagsklauseln für Frauen als geschlechtsdiskriminierend und daraufhin für ungültig erklärte. Und es dauerte noch weitere 17 Jahre, bis 1972 auch die letzte tarifvertraglich vereinbarte Lohnabschlagsklausel tatsächlich fiel. Das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit mussten sich die Frauen nämlich sehr mühsam von Arbeitsvertrag zu Arbeitsvertrag und von Tarifvertrag zu Tarifvertrag schrittweise erkämpfen. Ein Gerichtsurteil hat Bindungswirkung immer nur für den jeweiligen Einzelfall oder Tarifvertrag, für welchen es erstritten wurde. Und die Männer, auch die Männer in den Gewerkschaften und Tarifvertragskommissionen, zogen mit den diskriminierten Frauen keineswegs immer an einem Strang. Denn die Summe aller Entgelte, die es insgesamt per Tarifvertrag zu erkämpfen und zu verteilen gibt, wird ja nicht größer dadurch, dass Frauen künftig nicht mehr diskriminiert werden sollen. Im Gegenteil müsste dafür zumeist eine Umverteilung zwischen den Frauen- und Männerentgelten vorgenommen werden, was die Männer, wenn sie sich als Familienernährer verstehen, gar nicht angebracht finden.

Inzwischen hat sich die Auseinandersetzung von dem Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit auf die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit verlagert. Die Entgeltdiskriminierung bei Frauen findet heute nicht mehr direkt durch

Frauenlohngruppen und Lohnabschlagsklauseln für Frauen statt, sondern versteckt und indirekt dadurch, dass man die Arbeit, die Frauen leisten, schlechter bewertet als Männerarbeit. Den direkt diskriminierenden Frauenlohngruppen folgten die sogenannten Leichtlohngruppen, in denen sich diejenigen Frauen schnell wiederfanden, die vorher in den Frauenlohngruppen gearbeitet hatten. Art. 119 Abs. 1 EWG-Vertrag, der heutige Art. 157 Abs. 1 AEUV, verbot jedoch schon bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 auch die ungleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit.
Aber wann ist eine Arbeit gleichwertig? Darüber streiten Arbeitswissenschaft und Rechtsprechung bis heute. Frauen als das gesellschaftlich weniger hoch geschätzte Geschlecht müssen immer wieder erleben, dass ihre Arbeit schlechter bewertet wird, bloß weil sie von Frauen geleistet wird. Belastungen und Leistungen, wie sie typischerweise eher Frauen als Männer erbringen, wie feinmotorische Arbeit, Pflege- und Betreuungsarbeit für andere Menschen oder Emotionsarbeit, wird in den gängigen Arbeitsbewertungssystemen niedriger bewertet als typische Männerarbeit oder sogar bei der Bewertung schlicht übersehen. Inzwischen gibt es neue, modernere Arbeitsbewertungsverfahren wie ABAKABA aus der Schweiz, die solchen Bewertungsfehlern nicht mehr Vorschub leisten. Doch die Betriebe zögern, sie anzuwenden. Der Kampf der Frauen um Entgeltgleichheit ist also noch lange nicht abgeschlossen. Auch 61 Jahre nach dem Gleichberechtigungssatz des Grundgesetzes und 53 Jahre nach dem Verbot von Entgeltdiskriminierung auf Europäischer Ebene müssen Frauen von Fall zu Fall mühsam und mit hohem persönlichen und finanziellen Aufwand ihr Recht auf Entgeltgleichheit einklagen.

Wann endlich wird der Gesetzgeber eine effektivere Methode zur Herstellung von Entgeltgleichheit schaffen? Wann endlich werden insbesondere Tarifverträge und Betriebsvereinbarun-

gen systematisch auf Frauendiskriminierung hin überprüft werden?

© DGB

Ursula Rust

Europäischer Anstoß – Mutterschutz für Selbstständige

Drei Beispiele:

(1) Die auf eigene Rechnung in einer Großkanzlei tätige Rechtsanwältin erhält in den 14 Wochen vor und nach der Geburt ihres Kindes ein Mutterschaftsgeld in der Höhe, die ihre angestellte Rechtsanwaltskollegin während der Mutterschutzfrist erhalten würde;
(2) Für 14 Wochen wird der selbstständigen Physiotherapeutin zur Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit wegen Schwangerschaft und Mutterschaft der ihr gegenüber einem vergleichbaren Zeitraum entstandene Einkommensverlust ersetzt;
(3) Die selbstständige Hausärztin wird in den 14 Wochen Mutterschutz durch eine Kollegin aus Hausärztenotdienst vertreten, wie vorab mit Kenntnis des voraussichtlichen Termins der Entbindung geplant worden ist.
Es sind drei Beispiele für Mutterschaftsleistungen, die im Sinne von Art. 8 Abs. 3 a und b sowie Abs. 4 der Richtlinie 2010/41/EU künftig möglich wären. Nach der Richtlinie ist sicherzustellen, dass selbstständig erwerbstätige Frauen ausreichende Mutterschaftsleistungen erhalten, die eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft für mindestens 14 Wochen ermöglichen.

Vor mehr als 100 Jahren war der Reichstag gefordert, Lösungen zur Verbesserung der schlechten gesundheitlichen Lage von Arbeiterinnen und Kindern zu finden. Seitdem hat sich in Deutschland der Mutterschutz für Arbeitnehmerinnen entwickelt[1]. Vom Mutterschutzgesetz ausgenommen sind Frauen, die als Selbstständige berufstätig sind. Auch Frauen, die als Organmitglieder

[1] Edel, Die Entwicklung des Mutterschutzrechtes in Deutschland, 1995.

oder Geschäftsführerin juristischer Personen oder Gesellschaften fungieren, sind nicht vom Mutterschutzgesetz erfasst.[1] Heute ist der Gesetzgeber von der EU gefordert, zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen einen für Selbstständige angepassten Mutterschutz sicherzustellen.

1. Mutterschutz in der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union hat am 24. Juni 2010 bei Enthaltung von Großbritannien und Ungarn auf Vorschlag der Kommission und nach Annahme im Europäischen Parlament am 6. Juni 2010 (556 Zustimmungen, 14 Nein-Stimmen und 55 Enthaltungen) die neue Mutterschutzrichtlinie für Selbstständige angenommen. Es ist die „*Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates*". Vorläufer war die Richtlinie 86/613/EWG. Sie sah zum Mutterschutz für Selbstständige nur Prüfpflichten für die Mitgliedstaaten vor und beruhte wegen des Fehlens der erforderlichen Befugnisse in anderen Vertragsbestimmungen nur auf der ergänzenden Rechtssetzungsbefugnis am Ende des Vertrages. Die neue Richtlinie 2010/41/EU basiert hingegen auf der seit dem Vertrag von Amsterdam neuen Kompetenzgrundlage für Maßnahmen zur Gewährleistung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen.

Der Vertrag ist ausdrücklich die angemessene Kompetenzgrundlage für Gleichbehandlungsangelegenheiten bei Selbstständigen geworden. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, für Selbstständige eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen

[1] Graue, Mutterschutzgesetz, 2010, § 1 Rn. 16 mit weiteren Angaben zur Rechtsprechung.

Schwangerschaft oder Mutterschaft während mindestens 14 Wochen[1] bis zum 5. August 2012 zu ermöglichen.
Für Selbstständige haben der Rat und das Europäische Parlament das Gebot der Gleichbehandlung von erwerbstätigen Frauen und Männern zuvor in die Richtlinie 2002/72/EG und in die diese Richtlinie ablösende Richtlinie 2006/54/EG aufgenommen. Jegliche ungünstige Behandlung im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft ist eine unmittelbare Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts, so anknüpfend an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs die Aussagen in beiden Richtlinien, zuletzt in Artikel 2 Absatz 2 c Richtlinie 2006/54/EG. Die Europäische Gemeinschaft hat damit Impulse für die Mitgliedstaaten gegeben, um für Gleichstellung der Geschlechter voranzukommen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist nicht nur in Deutschland ein Grundrecht. Es wird auch in der Europäischen Union als Grundrecht betrachtet. Der Europäische Gerichtshof hat die Einhaltung dieses Grundrechts zu sichern und sämtliche dieses Grundrecht konkretisierenden Richtlinien zu wahren. Der heute rechtliche Standard, dass jede unterschiedliche Behandlung wegen der Schwangerschaft oder nach der Geburt als eine Diskriminierung wegen des Geschlechts gilt, ist dem Dialog zwischen den nationalen Arbeitsgerichten und dem Europäischen Gerichtshof zu verdanken.
Aus diesem Grund ist es veraltet und juristisch falsch, z. B. Schwangere bei einer Personalauswahl wegen des anstehenden Geburtstermins nicht zu berücksichtigen. Auch wenn der Bauchumfang keinen Zweifel an einer bestehenden Schwangerschaft

---

[1] Für Arbeitnehmerinnen ist ein Mutterschutz für mindestens 14 Wochen seit 1992 in der Mutterschutzrichtlinie 92/85/EWG vorgesehen. (Dazu Nebe, Betrieblicher Mutterschutz ohne Diskriminierungen, 2006). Der Mutterschutz für Arbeitnehmerinnen ist eine „Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes“, die der Rat mit Mehrheit beschließen konnte und beschlossen hat. Derzeit wird u. a. über eine von der Kommission vorgeschlagene Verlängerung auf 18 Wochen beraten. Die erste Lesung im Europäischen Parlament fand im Sommer 2010 statt. Für den 6. Dezember 2010 wird im Rat eine Einigung erwartet.

zulässt, ist die Schwangere wie jede Arbeitnehmerin oder jeder andere Arbeitnehmer bei einer Personalauswahl zu berücksichtigen. Dies gilt auch für Fristverträge.

2. Ausgangslage in Deutschland

Arbeitnehmerinnen und Beamtinnen werden im Konflikt zwischen einer im Interesse der Schwangeren bzw. der Mutter nach der Entbindung sowie des Kindes notwendigen Arbeitsunterbrechung und dem Erhalt der bisherigen Erwerbsarbeit mit dem Mutterschutzgesetz oder vergleichbaren beamtenrechtlichen Vorschriften unterstützt. Für selbstständige erwerbstätige Frauen gibt es bisher außerhalb der Landwirtschaft keinen Mutterschutz. Das Bundeselterngeld sieht aber auch für bisher selbstständig erwerbstätige Frauen einen Anspruch auf Elterngeld vor, sofern sie das Kind persönlich betreuen und erziehen und keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausüben. Vor der Geburt und nach der Geburt werden sie bisher aber anders als Arbeitnehmerinnen nicht finanziell unterstützt.

Seit 2006 werden die Mutterschutzleistungen der Arbeitgeber für Arbeitnehmerinnen durch eine Umlage zwischen allen Arbeitgebern jeder Größenordnung finanziert. Das BVerfG hatte zuvor mit Beschluss vom 18.11.2003 die gesetzliche Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zahlung des Zuschusses zum Mutterschaftsgeld an der Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG gemessen und die Verfassungswidrigkeit der bisherigen Finanzierung festgestellt. Bis Ende 2005 war basierend auf Art. 3 Abs. 2 GG eine Finanzierung zu finden, die Erwerbschancen von Frauen nicht behindert. Die Umlagefinanzierung des Aufwendungsausgleichsgesetzes entspricht vorbildhaft dem Behinderungsverbot.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das zur Umsetzung auch der Richtlinien 200/72/EG und 2006/54/EG beschlossen wurde, findet nach § 6 Abs. 3 AGG für den Zugang zur Erwerbstätigkeit und den beruflichen Aufstieg entsprechend für Selbstständige und für Organmitglieder Anwendung.

Eine ungünstigere Behandlung wegen einer Schwangerschaft oder Mutterschaft gilt als eine unmittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts. Das Prinzip findet gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 AGG auch für die Mitgliedschaft und Mitwirkung in Berufsverbänden Anwendung.

3. Fazit

Bis 2012 ist Zeit für die Umsetzung der Richtlinie. Der Mutterschutz für Selbstständige ist zur Verwirklichung der Gleichbehandlung selbstständig Erwerbstätiger „vergemeinschaftet" worden. Für die Umsetzung ist der Bundesgesetzgeber und sind auch die Länder gefordert. Das Berufsrecht der Selbstständigen ist in weiten Teilen Landesrecht. In Frage steht nicht „lediglich" eine Frage zum Bereich der Gesundheit und Sicherheit, sondern eine Verwirklichung des Grundsatzes Gleichbehandlung für Selbstständige.

© iStockphoto

Waltraud Waidelich

Teilhabe – Arbeit – Grundeinkommen

Zwischen 1960 und 2000 stieg die Frauenerwerbsquote in Westdeutschland von 47,6 auf 61,1 Prozent, die geschlechtsspezifische Lohndifferenz verringerte sich von 55 auf 36,5 Prozent. Der Frauenanteil in Leitungstätigkeiten lag 1973 bei 9,8 Prozent und im Jahr 2000 bei 36,5 Prozent. Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Einerseits.

Was aber ist mit dem Arbeitsvolumen, das von Frauen unbezahlt geleistet wird? Sie leisten 56 Milliarden Stunden bezahlt und 96 Milliarden Stunden unbezahlt, besagt eine Zeitbudgetuntersuchung des Bundesfamilienministeriums (2005). Ein großes Anliegen der Frauenbewegung war und ist die gerechte Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit und die gerechte Verteilung und Bewertung des Arbeitsvolumens der Familien-, Haus- und Sorgearbeit.

In den letzten Jahrzehnten verzeichnen wir zunehmend eine Transformation von unbezahlten reproduktiven Tätigkeiten in bezahlte Arbeit. Durch die Einführung der Pflegeversicherung wurden in Deutschland Tausende bezahlter Arbeitsplätze geschaffen. Erwerbstätigkeit der mittelständischen Frauen wird häufig durch Migrantinnen in der Hausarbeit möglich. Durch die zunehmende Verbreitung von Fastfood, Convenience-Food, Konserven und Tiefkühlware werden reproduktive Tätigkeiten zu produktiven Tätigkeiten, mit denen Geld verdient wird.
Dort, wo die Sorge- und Hausarbeit nicht in bezahlte Erwerbsarbeit transformiert wurde, leisten Frauen immer noch das unbezahlte Gros dieser Arbeit. Einkaufen, Kochen, Kinderversorgung, Aufräumen, Putzen, Bilden und Fördern.
Dieses unbezahlte Arbeitsvolumen wird aus unterschiedlichen Quellen indirekt finanziert:

- Aus dem Einkommen eines Ehepartners, steuerlich gefördert durch das Ehegattensplitting. Diese Form ist durch das neue Scheidungsrecht hinsichtlich des Versorgungsausgleichs zurückgefahren worden.
- Für Erwerbslose durch erwerbstätige Partner in einer Bedarfsgemeinschaft.
- Durch öffentliche Teil-Finanzierung von Kitas und Krippen.

Direkte Finanzierungen der Reproduktions- und Sorgearbeit durch die öffentlichen Kassen sind:

- Leistungen nach dem SGB II, die für Personen gewährt werden, wenn sie Kinder unter drei Jahren zu versorgen haben.
- Das Eltern- und Erziehungsgeld, wobei Letzteres an Erwerbsarbeit geknüpft ist.
- Die Rentenanwartschaft für Kindererziehungszeiten.
- Das Kindergeld bzw. der Kinderfreibetrag.
- In Zukunft die sogenannte „Herdprämie".
- Leistungen der Pflegeversicherung, wenn Angehörige gepflegt werden.

Wer Sorgearbeit leistet, wird u. a. aus den obigen Quellen direkt oder indirekt, abgeleitet aus der Erwerbsarbeit anderer, finanziert. Deutlich wird, dass die finanzielle Teilhabe durch die politisch gesetzten Rahmenbedingungen sehr stark an eigene oder die Erwerbsarbeit eines anderen gekoppelt ist. Wer nicht auf einen Partner zurückgreifen will und kann, muss die Sorgearbeit und die Kosten für Kinder oder Angehörige aus der eigenen Erwerbsarbeit finanzieren, die immer schlechter bezahlt wird. Laut einer Studie von Claudia Weinkopf sind von 5,7 Millionen Niedriglohnbezieherinnen 4,33 Millionen Frauen. Die Erwerbsarbeit eines Einzelnen reicht in einer Partnerschaft oft nicht mehr zur Finanzierung des Unterhalts einer Familie. Immer

mehr Frauen arbeiten in flexibilisierten und prekarisierten Verhältnissen. Es sind überwiegend Alleinerziehende, die von Armut betroffen sind.
Angesichts dieser Entwicklung scheint für viele der Ausweg ein Bedingungsloses Grundeinkommen, das unabhängig von Erwerbsarbeit jedem einzelnen Individuum eine finanzielle Teilhabe und Grundversorgung ermöglichen würde. Abhängigkeiten innerhalb der Familie würden, so wird erwartet, damit reduziert. Berechnungen haben ergeben, dass die Finanzierung nach einem Umbau des Sozialsystems und durch eine andere Steuerpolitik machbar wäre. Für einige Befürworterinnen würde das Grundeinkommen auch als eine direkte Bezahlung von Sorgearbeit fungieren, was viele Feministinnen ablehnen.
Wir erinnern: Die Ziele von Feministinnen waren einmal die gerechte Verteilung der Erwerbs- und der Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter. Visionen waren die 20-/30-Stunden-Woche für Frauen und Männer, die finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung von Sozialberufen, Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsfunktionen und das partnerschaftliche Teilen der täglichen Haus- und Sorgearbeit. Ermöglicht werden sollte dies durch eine gute soziale Infrastruktur sowie durch Sorgearbeitfreundliche Erwerbsarbeitszeiten. Beide Arbeitssphären sollten gleichermaßen im Leben von Frauen und Männern vorkommen und in der Gesellschaft gleich wichtig sein.
Fazit: Wir sollten unter uns Frauen den Diskurs über die verschiedenen skizzierten Wege, der gesellschaftlichen und ökonomischen Bewertung der sogenannten Care-Arbeit, führen, der neuerdings auch von Vertreterinnen des „Neuen Feminismus“ verstärkt angestoßen wird, um mit klaren politischen Positionen die Teilhabe von Frauen zu verbessern.

Sieglinde Friess

Frauenförderung – zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Es erscheint alles auf dem richtigen Weg: Wenn Männer wie der Ex-Bürgermeister Ole von Beust oder der Ex-Senator Till Steffen die Quote für Frauen in allen Führungspositionen einfordern, dann wirkt das Ziel der Gleichberechtigung sehr nahe.
Doch weit gefehlt!
Die derzeitige Wirtschaftskrise verdeutlicht die „Zerbrechlichkeit“ der Errungenschaften von und für Frauen und die immer noch sehr traditionelle Rollenverteilung, die aus „der Hosentasche“ gezogen wird, wenn angeblich die Notwendigkeit besteht. Wohl haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen erheblich verbessert – auch wenn die BRD in der EU nur Durchschnitt ist. Allerdings sieht die Realität ganz anders aus:

- Frauen sind immer noch die Ersten, die in Krisenzeiten ihre Arbeit verlieren, die als Zuverdienerinnen angesehen werden und die im Schnitt ein Drittel weniger als Männer verdienen.
- Frauen sind vorrangig für „Kinder und Küche“ zuständig, sind für die schwierige Balance zwischen Arbeit und Familie verantwortlich und zuständig.
- Frauen sind weltweit einer nie endenden Gewaltspirale ausgesetzt und werden für Kriege oder andere Auseinandersetzungen als „Geiseln der Macht“ benutzt.
- Frauen nehmen mehr Führungsaufgaben wahr, verbleiben aber vorwiegend in den mittleren Hierarchieebenen.
- Frauen sind auf allen politischen Ebenen beteiligt und aktiv, spielen aber weiterhin eine Nebenrolle bei den wichtigen Fragen von Wirtschaft, Arbeit und Finanzen.

D. h., dass alle Kämpfe für eine umfassende Gleichstellung und Gleichberechtigung bisher vorwiegend die Allmachtsfantasien der Männer „in Schach“ gehalten haben und patriarchalische

Strukturen eingegrenzt, jedoch nicht abgeschafft wurden. Eines unserer großen Probleme war dabei die langjährige Konzentration auf die Methode Gender Mainstreaming, welches eher zu Machterhalt der Männer führte, deren Vorranghaltung zementierte und unsere berechtigten Interessen eher „verwässerte“, als eine Durchsetzung zu erreichen.
Wir Frauen sollten uns durch die jahrelangen „Auf und Abs“ und die Schwankungen zwischen kleineren Highlights und etlichen Misserfolgen jedoch nicht einschüchtern und frustrieren lassen. Im Gegenteil: Es gilt, unsere alten Kämpfe Revue passieren zu lassen, unsere Ergebnisse auszuwerten und zu bilanzieren, wie auch auf dieser Grundlage die Motivation für neue Kämpfe und Initiativen zu entwickeln.
Und die klare Antwort muss heißen: Lasst uns nicht in Kleinkriege untereinander und mit Männern verzetteln, sondern lasst uns offensiv Fraueninteressen einfordern. „Aggressive“ Frauenförderung ist immer noch angesagt!

Wir Frauen sind über die Hälfte der Menschheit und nicht Teil einer Auflistung, wenn es um das Verdrängen unserer Ansprüche geht. Wir sind jung und alt, arm und reich, wie auch die Männer. Wir sind immer und überall die Hälfte.
Folglich muss es in der Welt, in Europa, in der BRD und auch in Hamburg für uns heißen, dass wir jeden Tag den Kampf um ein kleines Stück mehr Gleichberechtigung führen. Wir müssen uns dabei für Verstärkung unserer Rechte, gleiche Verteilung von Arbeit und Freizeit, wie auch klare eigenständige Frauenstrukturen einsetzen. Ein wichtiger Ansatz in Hamburg ist dabei, dass es zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen eine selbstständige Struktur in der FHH gibt, die alle Zielprozesse begleitet und unterstützt.

Wir werden es folglich in Hamburg und überall deutlich sagen: Uns gehört die Hälfte der Welt, und wir holen sie uns!

© iStockphoto

Helga Chinnow

Frauenbeauftragte – persönliche Erfahrungen

Als ich das erste Mal von einem Frauenförderplan las, war ich neugierig. Ich stand am Anfang meiner Berufstätigkeit und vermutete im Öffentlichen Dienst die gleichen Chancen für Frauen und Männer. Das hat sich Laufe der Jahre leider nicht bestätigt.
Meinen Start als Frauenbeauftragte 1994 hatte ich zu einer Zeit, als Personalentwicklung, und damit verbunden auch die Frauenförderung, gerade einen hohen Stellenwert genossen. Von der Bürgerschaft wurden gut dotierte Stellen für diese Aufgaben beschlossen. Auf einer Frauenversammlung erhielt ich zusammen mit drei anderen Frauen per Handzeichen die Zustimmung. Wir wurden darauf vom Staatsrat benannt und begannen mit viel Elan und Energie unsere Arbeit. Wir schrieben Flugblätter, führten Veranstaltungen und Sprechstunden durch. In Workshops erarbeiteten wir eine Fortschreibung für den Frauenförderplan. Immer in der Überzeugung, der Verwirklichung der Gleichberechtigung ein Stück näher zu kommen.
Mit der Zeit wurde uns immer weniger Zeit für diese Aufgabe zugestanden, der ehemals für die Sprechstunden genutzte Raum wurde für andere Zwecke benötigt, und selbst der Schrank mit unseren Akten musste geräumt werden. Die Stellen für Personalentwicklung und Frauenförderung wurden eingespart, und die anderen Kolleginnen haben mich durch Versetzungen und die Wahrnehmung anderer Aufgaben im Laufe der Jahre alleine zurückgelassen.
Aus dem diffusen Gefühl der Benachteiligung von Frauen auch im Öffentlichen Dienst ist inzwischen Gewissheit geworden. An den Bedingungen, die zu schlechteren Aufstiegsmöglichkeiten und damit auch zu einer geringeren Bezahlung führen, haben wir nichts ändern können. Wirklich geholfen haben wir nur in Einzelfällen. Ich würde mir wieder Verstärkung wünschen, aber leider besteht daran kein Interesse.

Die Chancengleichheit wird nicht durch eine an traditionellen Werten orientierten Familienpolitik hergestellt, obwohl verbesserte Kinderbetreuungsangebote einen großen Schritt in die richtige Richtung bedeuten. Teilzeitbeschäftigungen bedeuten geringeren Verdienst aufgrund der Arbeitszeit, weniger Aufstiegsmöglichkeiten, und als Folge dann auch eine geringere Rente. In der Praxis ist die vorzeitige Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung nicht immer möglich gewesen.
Nur der Beschluss über die Einführung von Gender Mainstreaming in der Hamburger Verwaltung bringt keine Verbesserung für die im hamburgischen Öffentlichen Dienst arbeitenden Frauen. Ein neues Gesetz oder ein neues Konzept, wie beispielsweise Diversity, bieten Möglichkeiten, müssen aber auch mit Leben gefüllt werden. Aber wer weiß eigentlich, was das genau ist? Wer hat die Zeit, sich über solche Themen zu informieren, wenn sie oder er schon für die normale Tätigkeit graue Überstunden leisten muss? Diese Prioritätensetzung für die dienstliche Aufgabe ist kein Desinteresse an der Gleichstellung.
Auf den demografischen Wandel zu hoffen, damit Frauen als Arbeitskräfte wieder gebraucht werden und dadurch ihre Belange berücksichtigt werden, ist keine Alternative. Schon die Trümmerfrauen wurden dringend gebraucht und später wieder ins Abseits geschoben.
Es ist dringend notwendig, die Ungleichbehandlung in ihrer Entstehung genau zu untersuchen. Wenn eine Studie ergibt, dass fachliche Fähigkeiten bei einer Auswahlentscheidung nur zu zwanzig Prozent ins Gewicht fallen, ist die vermehrte fachliche Fortbildung nicht die richtige Antwort.
Auch wenn mich die Bilanz nicht zufrieden stimmt, werde ich es weiter versuchen. Denn von der Notwendigkeit von Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit bin ich überzeugt. Ich wünsche mir wieder mehr Interesse, auch und besonders von Frauen, an diesem Thema. Vielleicht gibt es auch Väter, die die beruflichen Chancen für ihre Töchter verbessern möchten.

Susanne Kazemieh

Frauen und Geld – ein Kapitel für sich

„A woman must have money and a room of her own if she is to write fiction." (Virginia Woolf)

Für meine Tochter ist die Tatsache, dass ihre Mutter berufstätig und finanziell unabhängig ist, selbstverständlicher als das tägliche Zähneputzen. Als meine eigene Mutter 1969 nach fünf Geburten wieder in ihren Beruf zurückkehrte, wusste ich nicht, dass sie dafür die schriftliche Erlaubnis meines Vaters brauchte. Dieses Gesetz wurde in Deutschland erst 1977 gekippt. Kaum vorstellbar ist es heute für uns, dass das Vermögen einer Frau noch bis 1958 bei der Eheschließung automatisch in die Verwaltung des Ehemannes überging. Mit diesem Wissen fällt es jedoch leichter zu verstehen, warum Frauen ein anderes Verhältnis zu Geld haben als Männer. Wir haben noch nicht so lange Erfahrung mit der Vermögensbildung, denn bis vor gut 50 Jahren durften wir nur den Mangel verwalten, das – meist knapp bemessene – Haushaltsgeld. Dies jedoch haben wir gut gelernt. Und so ist es nicht verwunderlich, wenn Untersuchungen immer wieder zu dem Schluss kommen, dass Frauen verantwortungsbewusster mit Geld umgehen als Männer. Eine Mär ist allerdings, dass Frauen risikoscheuer seien. Sie sind risikobewusster – ein „kleiner Unterschied". Wenn Männer zocken, dann deshalb, weil sie ihre Kompetenz überschätzen und das Risiko verdrängen. Die Sorgen kommen erst nach dem Investment. Frauen dagegen sorgen (sich) vor(her): Sie sind weniger anfällig für hohe Renditeversprechungen, prüfen genauer und sind sich des eingegangenen Risikos, das jede Chance begleitet, eher bewusst.

Frauen reden nicht so gerne über Geld. „Es schickt sich nicht" – hätte meine Großmutter gesagt. Auch dieses Bild tragen wir offensichtlich noch in unseren Genen. Vermögende Frauen tendie-

ren eher dazu, ihren Wohlstand zu verbergen, Männer tragen es eher zur Schau. Geld ist für die meisten Frauen immer noch ein Mangelgut. Es zu erhalten und zu mehren ein Gebot der Verantwortung. Im gesellschaftlichen Konsens gilt eine Frau, die ihre finanzielle Gleichstellung einfordert, noch immer als ziemlich unsexy, erst recht innerhalb einer Partnerschaft. Es ist schon erschreckend, wie viele Frauen auch heute noch auf einen fairen Ausgleich für die Karriere- und Rentenlücke verzichten, die durch Kindererziehungszeiten unweigerlich entstehen. „Geld ist mir nicht so wichtig", eine Aussage, die heiligenscheinverdächtig ist, nur leider meist zielstrebig in die Altersarmut führt. Geld ist verdammt wichtig, denn es bedeutet Unabhängigkeit und stellt eine Form der Wertschätzung dar! Wenn wir heute Altersarmut immer noch als weiblich bezeichnen müssen, dann deshalb, weil Frauen nach wie vor weniger Geld für gleiche Arbeit bekommen, und dies nicht zuletzt deshalb, weil sie die bessere Bezahlung nicht konsequent einfordern. Geld ist für Frauen deshalb ein eher schwieriges Kapitel, weil die Beziehung zu Geld traditionell über den Mann lief. Ihre Versorgung mit selbigem war immer verknüpft mit Liebe, Sex und häuslichen Dienstleistungen. Die Zuteilung gewährte er nach Gutdünken. Eine Vertragsgrundlage gab es nicht. Jetzt gilt es zu lernen, dass wir nicht nur de jure, sondern auch moralisch das Recht auf gleiche Entlohnung haben.

Spätestens die jüngste Finanzkrise sollte uns vor Augen geführt haben, dass wir dieses Feld nicht Männern überlassen dürfen! Nachdem ich jahrelang auf die Frage danach, ob eine spezielle Finanzberatung für Frauen eigentlich noch zeitgemäß sei, mit dem Nachholbedarf von Frauen argumentiert habe, muss die Frage heute doch eher lauten: Brauchen die Männer nicht eine spezielle Beratung – von Frauen? Wer, wenn nicht wir, könnte sie lehren, verantwortungsbewusst zu investieren? Von wem, wenn nicht von Frauen, könnten sie lernen, was Nachhaltigkeit, Verantwortung für kommende Generationen bedeutet?

„Wer nichts weiß, muss alles glauben“ (Marie von Ebner-Eschenbach)
Viele Frauen haben ein sehr gutes Gespür für Geld, tragen aber den Glaubenssatz in sich: „Davon verstehe ich nichts“. Die Finanzbranche macht sich dies durch gezielte Verklausulierungen zunutze, um genau diese Befürchtung zu bestätigen. Wenn wir die Verwaltung unseres Vermögens aber delegieren, erklären wir uns selbst für unmündig und machen uns abhängig. Und wenn wir nicht in der Lage sind, ein Zertifikat von einem Investmentfonds, einen Fondssparplan von einer Fondspolice, eine Anleihe von einer Aktie zu unterscheiden, sind wir willkommenes Opfer einer Branche, die ihre Skrupellosigkeit stündlich unter Beweis stellt. Wir können nicht nur am gesellschaftlichen Diskurs über ein besseres Finanzsystem teilnehmen, sondern über unser eigenes Anlageverhalten Einfluss darauf nehmen, in welche Projekte unser Geld fließt. Darüber hinaus belegen zahlreiche Studien eindrucksvoll, dass wir die höheren Renditen erzielen – wenn wir denn investieren. Nicht, wenn wir sparen.
In diesem Sinne, ran an den Speck!

© iStockphoto

Katrin Wolf

Geld verwandeln – Welt verändern

Das Motto von filia beschreibt den Anspruch, mit dem die Gemeinschaftsstiftung filia.die frauenstiftung antritt. Und es beschreibt den Dreischritt, der gegangen werden muss, um diesem Anspruch gerecht werden zu können.

Dass Frauen auch in Deutschland mehr als 20 Prozent weniger verdienen als Männer, ging vor einer Weile durch alle Medien, die Lohnlücke steigt sogar an (2008 auf 23,2 Prozent). Europaweit haben nur 4 Länder „schlechtere" Werte (Estland 30,3 Prozent), Tschechien (26,2 Prozent), Österreich (25,5 Prozent) und die Niederlande (23,6 Prozent).

Weltweit steigt die Armut – und hier sind auch Frauen in besonderer Weise betroffen. Soziale Netze halten immer weniger den Anforderungen der Globalisierung stand, werden eher abgebaut, immer mehr Menschen fallen durch die breiteren Maschen.

Zur selben Zeit wächst die Anzahl der Frauen, die hoch qualifiziert ihr eigenes gutes Geld verdienen. Immer mehr Frauen erben Familien- und Unternehmensvermögen. Immer mehr Frauen beginnen, sich selbst um Geldanlagen und die Entwicklung der Geldmärkte zu kümmern. Frauenfinanzbüros bieten dabei ihre Unterstützung an. Das erste Mal in der jüngeren Geschichte ist die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen ein Faktor geworden, mit dem Mann rechnen muss.

filia.die frauenstiftung ist ein „Produkt" dieser gegenläufigen Entwicklung: Frauen mit Vermögen tun sich zusammen, um Projekte und Organisationen, die die Schieflage in der Welt zu Gunsten von Frauen verändern wollen, finanziell zu unterstützen.

Sozialer Wandel ist das Ziel, Empowerment und Unterstützung zur Selbsthilfe der Weg.

Gründungsstifterin Ise Bosch drückt das so aus: „Wer Zustifterin oder Spenderin (bei filia) wird, AKTIVIERT dieses Geld für

die Interessen von Mädchen und Frauen – parteiisch, nach gemeinsam ausgehandelten Regeln, in einem kontinuierlichen, reflektierten Prozess."
Zu diesem Ansatz passend wurde für filia das alternative Modell der „Gemeinschaftsstiftung" aufgegriffen und ausgebaut.
Dieses Modell wird in Deutschland erst seit 1996 erprobt. Es bedeutet kurz gesagt: Weg von der Einzelpersönlichkeit des Stifters, der Stifterin. Hin zu einer Gemeinschaft von filia-Zustifterinnen, die darauf ausgerichtet ist, zu wachsen, Einfluss zu nehmen und die Intention der Stiftung weiterzutragen. Gegründet 2001 von neun Frauen, tragen im Dezember 2010 bereits 44 Stifterinnen zum Kapital der Stiftung bei. Sie treffen sich einmal im Jahr zum Austausch und wählen alle drei Jahre die sieben Frauen des Stiftungsrates, die nicht notwendig aus dem Kreis der Stifterinnen kommen müssen. Diese bestimmen die strategische Zielrichtung der Stiftung, sind also Expertinnen in entsprechenden Bereichen.
Ebenso wichtig sind die Zuwendungen, die aus Spenden und dem Förderkreis an die Stiftung gehen und somit sofort und direkt in die Projektförderung fließen können.

Die Stiftung versteht sich als Drehscheibe und Brücke zwischen dieser finanziellen Ressource auf der einen Seite und den Projekten, Ideen und Aktionen der Frauenbewegung auf der anderen Seite.
Mit dieser Idee ist filia nicht allein und nicht die Erste. In den späten 1970ern begann es in den USA, 1984 in Europa: Frauenstiftungen gründeten sich und tun sich mehr und mehr zu einer Frauenstiftungsbewegung zusammen, die laut AWID[1]-Studie: „Where is the money for women's rights"? eine der wichtigsten Geldquellen gerade für kleine Frauenorganisationen geworden ist.

---

[1] Association of Women in Development „Wo ist das Geld für Frauenrechte?"

Natürlich tauchen Fragen der demokratischen Kontrolle auf, wenn privates Vermögen in gesellschaftliches Tun umgewandelt wird. Geld bedeutet Gestaltungsmacht, und Macht bedeutet Einfluss und kann wiederum zur Deutungshoheit über bestimmte Problemfelder führen. Außerdem werden Steuern gespart, das Geld geht an der öffentlichen Hand vorbei direkt an entsprechende Zielgruppen. Und dritte Frage: Wollen Stiftungen etwa diese öffentliche Hand von ihrer sozialpolitischen Verantwortung entlasten und sozusagen indirekt Sozialpolitik betreiben?
Die Antworten, die filia für sich gefunden hat, sind nicht endgültig, filia ist eine lernende Organisation und immer in Bewegung. Nach unserer Auffassung sollte sich feministische Philanthropie um eine transparente Förder- und Anlagenpolitik bemühen.
Gefördert werden ausschließlich eingetragene Organisationen, quasi zivilgesellschaftlich legitimiert. Einzelpersonen können nicht unterstützt werden, so schwer es auch manchmal fällt, wenn uns entsprechende persönliche Schicksale bekannt werden.
Gefördert wird überwiegend international, zum Beispiel in Tschetschenien, Serbien, Georgien, Indien, Südafrika – also in Ländern, wo Menschenrechtsverletzungen staatlich legitimiert sind oder nicht verfolgt werden.
Gefördert wird der soziale Wandel, Veränderung statt Wohlfahrt, Hilfe zur Selbsthilfe statt Abfedern der Defizite.
Auch bei den Geldanlagen heißt der Anspruch: Impulse setzen, Banken beeinflussen, nicht um der großen Gewinne wegen Anlagen tätigen, die unseren ethischen und sozialen Grundsätzen entgegenstehen. Dieses Herangehen steckt noch in den Kinderschuhen. Aber auch hier gibt es Bewegung: 17 Stiftungen haben sich im vorigen Jahr zu einem „Netzwerk Wandelstiften“ mit mehr als 70 Millionen Euro Stiftungskapital zusammengetan: Für sozialen Wandel und gesellschaftlichen Fortschritt und mit einer Selbstverpflichtung zu Transparenz und bewusster Geldanlagepolitik.

Also ein Anfang ist gemacht. Es könnten noch viel mehr Frauen – auch mit kleinen Beträgen – etwas tun. Und es könnten mutigere Projektideen entwickelt werden, die mehr an die Wurzel denn an die Auswirkungen des Übels gehen.
Vertrauen und Partnerschaft sind wichtige Begriffe in diesem „Geschäft".
Vertrauen und Wertschätzung sind Prämissen, die wir im Umgang mit unseren Förderpartnerinnen umsetzen. filia sieht sie nicht als Bittstellerinnen. Sie sind die Expertinnen für ihre Situation und setzen ihre Kompetenzen, Kraft und Visionen dafür ein, diese zu verbessern.

Elisabeth von Dücker

Prostitution – Arbeit und Stigma

© Photocase

Prostitution war lange Zeit Tabuthema. Es wurde auf meist abwertende und diskriminierende Weise behandelt. Frauen, Männer und Transsexuelle in der Sexindustrie erfahren weltweit und in Europa noch immer wenig Anerkennung und gesellschaftliches Ansehen. Vor 40 Jahren begann im Kontext der sozialen und politischen Bewegungen in Nordamerika die internationale Hurenbewegung. Sie fordert bis heute, Sexarbeit als Beruf anzuerkennen und ebenso einen angemessenen Respekt für die professionelle Erwerbstätigkeit in der Sexindustrie.

Was ist Sexarbeit? Prostitution ist das Anbieten und Ausüben einer sexuellen Dienstleistung. Diese wird seit jeher in fast jeder

Gesellschaft nachgefragt, offen darüber geredet wird eher selten, und wenn, dann kommen Klischees und Mythen ins Spiel.
Die Bandbreite im käuflichen Sex ist groß: Junge, Alte, freiwillig Anschaffende, mit oder ohne Zuhälter, aus materieller Not, wegen Drogenabhängigkeit oder Obdachlosigkeit Arbeitende bis hin zu Opfern von Gewalt und Menschenhandel. Trotz individueller Hintergründe ist ihnen gemeinsam: Als Menschen wie du und ich werden sie eher selten eingeschätzt, und oft sehen sie sich wegen ihrer Arbeit mit Stigma oder Opferrolle konfrontiert.
Sexarbeit ist einvernehmliche, in gegenseitigem Einverständnis verhandelte Dienstleistung unter Erwachsenen. Sie ist *nicht* gleich Frauenhandel, wie ein negativer Mythos glauben machen will. Sexarbeit als *Tätigkeit zum Gelderwerb* in eins zu setzen mit Menschenhandel *zum Zwecke sexueller Ausbeutung*, ist fatal: Denn es schadet ihren Akteur/innen, schwächt sie in ihrer Selbstbestimmung und in ihren Rechten.
Zu den Zahlen: Sie basieren auf offiziellen Schätzungen. In Deutschland schaffen ca. 200.000 meist weibliche Prostituierte an. Je nach Region kommen ca. 60 bis 80 Prozent aus dem Ausland. Bundesweit werden eine Million Freier täglich geschätzt, in Hamburg 10.000 Tageskunden bei ca. 2.500 - 3.000 Prostituierten. Der Hamburger Tagesumsatz beträgt ca. eine halbe Million; der Jahresumsatz in der BRD ca. 14,5 Milliarden.

Hierzulande gibt es durch die Emanzipationsbewegungen der 1970er/80er – nicht zuletzt auch dank der Lobbyarbeit der Prostituierten-Projekte – einen Wandel im gesellschaftlichen Umgang mit Paysex. Mit dem 2002 eingeführten Prostitutionsgesetz ist entgeltlicher Sex nicht mehr sittenwidrig und gilt als Erwerbsarbeit: z. B. ist nun der Lohn einklagbar, Sexservice als Gewerbe anmeldbar und das Abschließen von Rentenversicherungen sowie Arbeitsverträgen möglich. Diese Errungenschaften gelten allerdings ausschließlich für Menschen mit deut-

schem Pass oder für aus der EU Einreisende. Alle anderen gehen in die Illegalität, wenn sie hier im Paysex arbeiten. Das ist änderungsbedürftig: Für alle, die anschaffen, muss es gute Arbeitsbedingungen geben. Denn reale Chancen gegen Ausbeutung und Gewalt haben nur Menschen mit starken Rechten. Der bekannte Psychiater Hans-Joachim Maaz unterstreicht dieses: „Ich halte eine legal geregelte und hygienisch kontrollierte Prostitution für eine höchst ehrenwerte Dienstleistung. Denn es gibt eine große Zahl von Menschen, für die käufliche Sexualität die einzige Möglichkeit zur beziehungsgetragenen Triebregulation ist.“[1]
In den letzten 20 Jahren hat Sexwork eine globale Dimension erreicht. Weltweit entscheiden sich überwiegend Frauen für den Gelderwerb im Sexbusiness, um ihre Familien zu ernähren, und suchen sich Arbeit im *reichen Westen*. In der BRD kommen laut TAMPEP[2] ca. 63 Prozent der Sexdienstleistenden aus dem Ausland: etwa 70 Prozent aus Mittel- und Osteuropa, 15 Prozent aus Asien, 10 Prozent aus Lateinamerika, 5 Prozent aus Afrika, insgesamt ca. 30 Nationalitäten. Seit der EU-Erweiterung arbeiten vor allem aus Rumänien und Bulgarien migrierte Frauen und Männer im Paysex.

Momentan werden gesetzliche Regelungen der Prostitution restriktiver, ebenso die europäischen Migrationsgesetze. Begrenzter Zugang zu einem legalen Migrationsprozess und einem legalen Arbeitsmarkt sind die Folge, und ebenso, dass Arbeitssuchende ohne legalisierten Aufenthaltsstatus Arbeitsverhältnisse mit häufig drohender Rechtlosigkeit und Ausbeutung eingehen.
Nur in wenigen europäischen Ländern, wie Großbritannien, Holland, BRD, ist Sexarbeit Gewerkschaftssache. Als eine der ersten Gewerkschaften vertritt ver.di seit 2002 die Rechte von Sexar-

---

[1] Hans-Joachim Maaz: Die neue Lustschule. Sexualität und Beziehungskultur. München 2009: 159
[2] TAMPEP (Europäisches Netzwerk für HIV-Prävention und Gesundheitsförderung von migrierten Sexworkern): Newsletter November 2009: 15

beiterinnen[1] – gemäß der Erkenntnis: wer Prostitution legalisiert und Sexworker mit Rechten ausstattet, begünstigt keinesfalls den Menschenhandel oder erzwungene Prostitution, im Gegenteil: Je mehr Rechte Sexdienstleistende haben, desto besser sind ihre Chancen gegen Ausbeutung und Gewalt.
In diesem Sinn hatte 2005 das International Committee on the Rights of Sex Workers, ICRS, dem EU-Parlament in Brüssel seine Forderung vorgetragen: „Sexarbeit ist Arbeit und Beruf, Sexarbeiterinnen sind Arbeiterinnen und müssen als solche anerkannt werden. Wir fordern den gleichen Schutz unserer Arbeits-, Sozial- und Menschenrechte wie andere Arbeiter auch. Sexarbeiterinnen, MigrantInnen eingeschlossen, müssen in ganz Europa die Möglichkeit haben, legal zu arbeiten. Sie müssen das Recht haben, sich zusammenzuschließen und sich in Gewerkschaften zu organisieren.“[2]

---

[1] Und zwar auch ohne Mitglied zu sein. 2004 entwickelte ver.di einen Musterarbeitsvertrag, vgl. Peter Bremme: Prostituierte, Gewerkschaft, Arbeitsvertrag, in: Elisabeth von Dücker, Museum der Arbeit (Hg.): „SEXARBEIT. Prostitution – Lebenswelten und Mythen“. Bremen 2005: 87 ff.
[2] „Recommandation Of The European Conference on Sex Work, Human Rights, Labour and Migration” (www.salli.org/info/lib/brussels2005recommendations.pdf).

© DESY

Wissenschaft – Technik – Medien

Trotz hoher Kompetenzen von Wissenschaftlerinnen – auch in den sogenannten MINT-Fächern: **M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaft, **T**echnik – ist die Chancengleichheit nicht umgesetzt. Im Mediensektor sind viele Frauen in Bereiche der Wissens- und Meinungsbildung vorgedrungen. Dennoch sind sie kaum in Spitzenpositionen vertreten. Es stellt sich die Frage, ob das Internet dazu beitragen kann, herkömmliche Frauenbilder aufzulösen.

Dagmar Filter

Frauen verändern Hochschule und Wissenschaft

Von Frauenforschung zu Gender Studies und Diversity: 25 Jahre koordinierende Einflussnahmen an Hamburger Hochschulen

„Frau“ und „Wissenschaft“ bilden an Hamburger Hochschulen auch nach 30 Jahren Frauenbewegung keineswegs ein selbstverständliches Begriffspaar, weder in Lehre und Forschung noch in wissenschaftlichen Gestaltungs- und Leitungspositionen. Immerhin studieren heute mehr als 50 Prozent Frauen an deutschen Hochschulen. Es geht mühsam voran.

Dennoch, Frauen- und Geschlechterforschung thematisieren seit den 1980er Jahren immer umfassender die verborgenen Machtstrukturen und ihre Barrieren für Frauen, z. B. die sogenannten gläsernen Decken, die Frauen aus entscheidenden Machtzentren und gesellschaftlichen Gestaltungsräumen fernhalten. Mehr noch, Frauen- und Geschlechterforschung hinterfragen heute in fast allen Wissenschaftsdisziplinen auch die verinnerlichten Werte, die kulturell vorgeprägten Haltungen bezüglich der Geschlechterrollen „Mann“ und „Frau“. Forschungen, die über eine ausschließliche Betrachtung der „Geschlechterverhältnisse“ hinausgehen, zeigen heute Dynamiken und Verflechtungen von weiter reichenden Ungleichheitsbezügen und Diskriminierungen, die z. B. besonders durch Ethnie, Klasse, sexuelle Ausrichtung, Mobilität, Alter, Religion bedingt sind. Ausgehend auch von Frauenforschungsansätzen der 1970er Jahre ermöglichen all diese neuen Forschungs- und Politikfelder wie „Diversity“, „Gender“ und „Queer Studies“ und „Intersektionalität“ einen kritischen Blick auf verborgene, unhinterfragte und selbstverständlich abgeleitete Privilegien, die eine weitgehend männerdominierte Gesellschafts- und Machtstruktur hervorbringt.

Die politischen Forderungen der „Neuen Frauenbewegung“ und deren Autonomiebestrebungen leiteten in den 1970er Jahren

auch schrittweise Veränderungen in den Hamburger Hochschulen ein. Mit einem Überblick über wesentliche Einflussnahme von Frauen möchte ich diese, ich nenne sie hier einmal „Frauenforschungsbewegung“, würdigen und neue Ansätze im Wissenschaftsbereich aufzeigen, die über den Begriff „Frauenforschung“ hinausgehen.

Um langfristig „Frauenforschung“ zu etablieren, wurde 1981 in Hamburg eine Forschungsinitiative von der Universität Hamburg (UHH), der ehemaligen Fachhochschule und ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), gestartet.[1] Sie einigten sich 1984 auf die Gründung einer Koordinationsstelle (Ko-Stelle) und Gemeinsame Kommission (GK) für Frauenstudien und Frauenforschung, um fortan zentral zu kooperieren. Die verschiedenen fachspezifischen Ansätze „Frauenforschung“ sollten an den oben genannten Hochschulen gebündelt und weiter gefördert werden. In den folgenden Jahren differenzierten sich an diesen Hochschulen weitere Frauenforschungsansätze aus, zuweilen feministisch und politisch mit inter- und bisweilen transdisziplinären Ansätzen über Herrschafts-, Macht- und Wissenschaftskritik. Folgende Themengebiete fanden beispielsweise Einzug in die Hamburger Wissenschaftslandschaft: Gewalt und Sexismus, Frauengesundheit, Feministische Stadtplanung, Feministische Theologie, Frauen in der Naturwissenschaft, Frauenförderung und Gleichstellungspolitiken, Feministische Literaturwissenschaft, Technologiekritik, Feministische Politikwissenschaft, Feminisierung von Arbeit, Flexibilisierung und Heimarbeit, weibliches Arbeitsvermögen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weibliche Armutsverhältnisse. Gerade diese letztgenannten Themen bildeten schon in den 1980er Jah-

[1] Dreijähriges Forschungsprojekt „Bedingungen und Möglichkeiten zentraler und dezentraler Institutionalisierung von Frauenstudien und Frauenforschung“, finanziert durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) und der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF).

ren kritische Beiträge zum allgemeinen Arbeitsmarkt aus Frauensicht.
Der Einzug von „Frauenforschung“ entwickelte sich Anfang der 80er Jahre weitgehend durch persönliches Engagement lehrender Wissenschaftlerinnen und Studentinnen. Sie erhielten Unterstützung von ersten Frauennetzwerken, die ihren Einfluss in den verschiedenen akademischen Selbstverwaltungsgremien geltend machen konnten. So existierten z. B. hochschulpolitisch organisierte Wissenschaftlerinnengruppen sowie Netzwerke der angestellten/beschäftigten Frauen im Verwaltungsbereich.
Viele Studentinnen, zum Teil aus den feministischen Studentinnenbewegungen der 1970er und 1980er Jahre kommend, erwirkten Veränderungen im Bereich des Studiums. Sie erkämpften ganz reale FRAUENorte, zu denen Männer keinen Zutritt hatten, wie z. B. Autonome Frauenräume, Frauenkulturreferate, Frauencafés in den genannten Hochschulen etc. Darüber hinaus eröffneten sie in ihren Lehrveranstaltungen feministische „Denkräume“ als interdisziplinäre Wissenschaftskritik. Sie erstritten autonome, feministische Seminare als reguläre Lehrveranstaltung, die männliche Studierende kategorisch ausschlossen, z. B. die legendären „Frauenkurse“ an der HWP oder in Erziehungswissenschaft und Soziologie der Universität Hamburg. All diese Frauengruppen, Initiativen und Netzwerke unterstützten 1984 auch die Gründung der Ko-Stelle und GK und kooperierten mit Workshops, Tagungen, Lehrveranstaltungen, Veröffentlichungen etc.
Professorinnen entwickelten verschiedene Frauenforschungsfelder, die aus heutiger Wissenschaftssicht als exzellent gelten würden. In der Literaturwissenschaft der Universität Hamburg etablierte sich eine international anerkannte Arbeitsstelle für Feministische Literaturwissenschaft, die heute noch mit einer Professur, ehemals drei Professorinnen, weiter besteht, oder der damalige Forschungsschwerpunkt „Frauen im Nationalsozialismus“ in der Geschichtswissenschaft mit mehreren Promo-

vendinnen und Habilitandinnen. Auch in der Erziehungswissenschaft entwickelten Professorinnen besonders in der Schul- und Bildungsforschung eine Frauen- und Geschlechterperspektive. In der evangelischen Theologie und in den Sportwissenschaften existierten über Jahre von Studentinnen erkämpfte sogenannte Feministische Lehrangebote. Die engagierten feministischen Dozentinnen und Studentinnen konnten durch Lehraufträge, die zum Teil von der GK finanziert wurden, ihre Schwerpunkte kontinuierlich ausbauen, sodass ein Lehrpool zur Frauen- und Geschlechterforschung, Gender und Queer Studies mit über 120 Lehrveranstaltungen jedes Semester an den Hamburger Hochschulen existierte. Regelrechte Verankerung von „Frauenforschung" gab es besonders in den kleineren Hochschulen. So boten Professor/innen und Dozent/innen der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) schon Anfang der 1990er Jahre sogenannte genderakzentuierte Kurse, die die interdisziplinären „Frauenkurse" im regulären Lehrangebot (Soziologie, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft) der 1980er Jahre ablösten bzw. sie erweiterten.
An der ehemaligen Fachhochschule, Fachbereich Sozialwissenschaft, bestand seit den 70er Jahren ein prüfungsrelevanter Schwerpunkt „Frauen- und Mädchenarbeit" in der Sozialarbeit mit vertiefenden Praxisprojekten. Einen Lehrschwerpunkt verzeichnete auch die Technische Universität Hamburg-Harburg mit „Feministischer Stadtplanung/Feministische Architektur", und an den künstlerischen Hochschulen wurden vereinzelte Wahlbereiche angeboten, so z. B. „Gender und Musik" in der Hochschule für Musik und Theater. Eine Darstellung zu einigen wichtigen „Pionierinnen" im Bereich Frauen- und Geschlechterforschung an Hamburger Hochschulen veröffentlichte die GK anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens 2005.[1]

---

[1] MOMENTAUFNAHMEN. 20 Jahre Gemeinsame Kommission und Hochschulübergreifende Koordinationsstelle für Frauenstudien/Frauenforschung Hamburg, 2005 in HH.

Eine Erweiterung von Frauenforschungsperspektiven und Feministischer Wissenschaft vollzog sich in den 1990er Jahren mit Diskursen zu „Diversity“, „Queer Studies“, sogenannter Männlichkeitsforschung und „Intersektionalität“. Ausgehend von „Frauenforschung“ (Subjekt-Objektcharakter) der 1970er Jahre, eine Forschungsrichtung eher von Frauen über/mit Frauen (Betroffenheitsperspektiven), wurde von der internationalen Geschlechterforschung der Blick auf die Geschlechterverhältnisse auf die ihm innewohnenden Herrschafts- und Machtverhältnisse erweitert, die über die Analysekategorie „Frau“ und „Geschlecht“ hinausgingen. Auch in den Hamburger Hochschulen fanden z. B. Transgender-Diskurse Eingang. Die Ringvorlesungen „Jenseits der Geschlechtergrenzen“, die vor 20 Jahren erstmals stattfanden, werden heute von der Queer AG der Universität Hamburg organisiert.
Auf Initiative der Gemeinsamen Kommission, ein hochschulübergreifendes Studienprogramm zu „Women‘s and Gender Studies“ einzurichten, richtete die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) im Jahr 2000 über ein Bund-Länder-Programm zehn Gender-Professuren für die Hamburger Hochschulen ein. Dieses einmalig reich ausgestattete Frauen-Förderprogramm reagierte damit auf die zunehmende Relevanz und Akzeptanz von „Gender Studies“ in der Hamburger Lehre und Forschung. Ein Erfolg, der die damaligen Akteurinnen selbst etwas überraschte. Zusammen mit diesen neu berufenen Professorinnen in den Fachbereichen Informatik, Medienwissenschaft, Betriebswirtschaftlehre, Mathematik, Medientechnik, Arbeitswissenschaft, Kunstwissenschaft und Musikwissenschaft konnten die „Gender Studies Hamburg“ als Nebenfach und der Master „Gender und Arbeit“ von 2002 bis 2007 etabliert werden.

Neue Perspektiven

Im Ergebnis stellen die „Gender Studies Hamburg“ mit dem Schwerpunkt „Queer Theory“ heute ein attraktives Lehr- und

Forschungsfeld dar, das bundesweit als Alleinstellungsmerkmal für Hamburger Hochschulen gelten kann. Mit weiteren Wahlmodulen „Intersektionalität und Diversity“ stellt die GK sicher, dass Studierende sich auch künftig innerhalb der modularisierten BA/MA-Studiengänge mit diesen genderrelevanten Themen beschäftigen bzw. qualifizieren können.
Ein Zertifikat „Gender-Kompetenz“ kann in diesen Wahlbereichen seit 2008 erworben werden, die Schlüsselqualifikationen zu „Gender und Diversity“ werden hier ausgewiesen.
Die Gemeinsame Kommission beschließt 2009 auch die Einrichtung eines hochschulübergreifenden Promotionskollegs „Gender Studies“, das eine gezielte thematische Qualifizierung von Absolvent/innen der Hamburger Hochschulen ermöglicht, die eine Promotion im Themenbereich Gender Studies und Diversity planen oder bereits begonnen haben.
Forschungskooperationen und Forschungstransfer werden ab 2009 über ein „Zentrum GenderWissen Hamburg“ von der Ko-Stelle aus unterstützt. Das Zentrum ist ein offenes Forum für Forschende, Lehrende und Studierende an Hamburger Hochschulen, die kontinuierlich zu Gender Studies und intersektionalen Perspektiven arbeiten. Das an Hamburger Hochschulen vorhandene Wissen zum Themenfeld von Gender und Diversity wird hier gesammelt, aufbereitet sowie in innovativer Form für inner- und außerhochschulische Zielgruppen verfügbar gemacht. Die Bereiche umfassen:

- Gender-Diversity-Perspektiven in der Hochschuldidaktik,
- Forschung mit intersektionalen Perspektiven,
- Geöffnete Module BA/MA in den Fächern,
- Vernetzen von hochschulübergreifenden, akademischen Beiträgen, auch außerhochschulisch, innovativ, international,
- Vortragsreihen mit aktuellen Themen im Bereich Gender-Wissen/Diversity/Intersektionalität,

- Workshops und Seminarangebote,
- Beratung/Expertise, fachliche Begleitung für Graduierte und Postgraduierte,
- Hochschulübergreifende Beratung für Forschungstätigkeiten/Forschungsprojekte
- (Diplom, Master, Dissertation),
- Forschungskooperationen mit außerakademischen Einrichtungen zu Gender-Wissen, Gender-Praxisbereichen.

Zur Umsetzung von Gesetzen, Programmen und Konzepten (z. B. Gender Mainstreaming, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz „AGG“, Diversity Management) ebenso wie zur Verankerung von Gender-Aspekten in Lehre, Forschung, Weiterbildung und Didaktik bedarf es umfangreicher Kenntnisse der Akteur/innen über Erscheinungsformen von Diskriminierung, über Analyseinstrumente, Theorien, Konzepte und Gestaltungsmöglichkeiten. Hier will das „Zentrum GenderWissen“ ansetzen und zielt auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Verankerung dieser neuen Lehr- und Forschungsfelder.

Monika Bessenrodt-Weberpals

Science and the City – Frauen nach vorn

© iStockphoto

Zur Situation

Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben Hochkonjunktur. Beispielhaft sei die Erklärung der sieben führenden Wissenschaftsorganisationen aus dem Jahr 2007 genannt. Gerade im Bereich der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) hat dieses Vorgehen auch handfeste ökonomische Gründe, da Frauen sowohl quantitativ den aufziehenden

dramatischen Fachkräftemangel zum Teil kompensieren könnten als auch qualitativ durch ihre spezifischen Talente die Wissensgesellschaft bereichern könnten. Denn gemischte Teams sind erfolgreicher als homogene Männergruppen, weil Frauen ihre zusätzlichen Schlüsselqualifikationen in sozialen wie persönlichen Kompetenzen einbringen.

In Hamburg gibt es für diese MINT-Thematik sogar ein Alleinstellungsmerkmal, nämlich eine hochschulübergreifende Zusammenarbeit „Gender and Science“ von drei Hamburger Hochschulen, nämlich HAW Hamburg, Technische Universität Hamburg-Harburg und Universität Hamburg.

MINT studieren

Tatsächlich begeistern sich heute mehr junge Frauen für ein MINT-Studium als vor zehn Jahren: Zum Beispiel ist in diesem Zeitraum der prozentuale Frauenanteil im ersten Fachsemester Physik von 14 auf 24 Prozent gestiegen. Damit ist das Physikstudium zwar immer noch männlich dominiert im Vergleich zu einem Frauenanteil von 49 Prozent im Mittelwert über alle Fächer, aber mit abnehmender Tendenz. Was schreckt Frauen noch vom und im MINT-Studium ab? Sind es zu technische Inhalte, zu wenige Bezüge zur Alltagswelt? Dann ist eine Studienreform analog zum schulischen Curriculum nötig. Oder sind es die Ellenbogen der Männer im Verdrängungswettbewerb um die besten Praktikumsplätze? Dann helfen monoedukative Tutorien oder Praktika. Die betroffenen MINT-Studentinnen schreiben diese strukturellen Benachteiligungen frauentypisch eher den eigenen Mängeln zu und verlieren an Selbstbewusstsein. Hier könnte Mentoring helfen!

Immerhin ist der Studienabbruch bei MINT-Studentinnen signifikant seltener als bei Studenten, es geht um kluge und motivierte Frauen!

MINT-Academia

Verfolgen wir ihre wissenschaftliche Ausbildung weiter, so beobachten wir bei der Promotion immerhin noch einen prozentualen Frauenanteil von 14 Prozent in den T-Fächern und 37 Prozent in den MIN-Fächern bei einem Referenzwert von etwa 40 Prozent. Bei der Habilitation wird der Referenzwert von etwa 20 Prozent sogar fast erreicht: mit 18 Prozent in den T-Fächern und 15 Prozent in den MIN-Fächern. Und wir wissen beispielhaft aus der internationalen Physik, dass Physikerinnen und Physiker etwa gleich viel während ihrer Berufslaufbahn publizieren, wobei Publikationen von Frauen sogar deutlich häufiger zitiert werden als die von Männern: 24-fach statt 14-fach. Mithin stehen zahlreiche habilitierte MINT-Frauen als High Potentials bereit.

MINT-Karriereperspektiven

Wie sind die beruflichen Aussichten für MINT-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler? Umfragen belegen, dass Frauen viel seltener als Männer leitende Positionen und die damit verbundenen Spitzengehälter erreichen. Frauen mit Kindern verdienen nur unwesentlich weniger als ihre kinderlosen Kolleginnen, von einer „Karrierebremse Kind“ kann also keine Rede sein! Im Übrigen zeigt sich auch, dass Frauen häufiger als Männer ganz auf Kinder verzichten.

Offensichtlich spielen die individuellen Entscheidungen der Frauen (zum Beispiel für oder gegen Kinder) nur eine sehr geringe Rolle bei der beruflichen Entwicklung – entgegen den allgemeinen Erwartungen, auch jüngerer Wissenschaftlerinnen. Entscheidend scheint die Haltung der (deutschen) Gesellschaft gegenüber emanzipierten berufstätigen Frauen zu sein, indem sie ihr Können häufig weniger anerkennt und sie zu einem hürdenreichen Weg zwingt.

Hohe Kompetenz, geringe berufliche Anerkennung
Ein Blick in das wissenschaftliche Personal an deutschen Hochschulen zeigt: Von den C4- respektive W3-Professuren an deutschen Hochschulen werden in den T-Fächern nur sechs Prozent von Frauen eingenommen und nur acht Prozent in den MIN-Fächern. Diese geringe berufliche Anerkennung bei gleicher fachlicher Kompetenz gemessen an Zahl und Qualität der Publikationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den MINT-Fächern ändert sich nur sehr langsam. Das vermeintlich schwache Geschlecht muss offenbar besonders stark sein!

Internationales Schlusslicht
Ein Blick in die europäische Statistik belegt, dass Deutschland (wie die anderen deutschsprachigen Länder) beim prozentualen Anteil der Wissenschaftlerinnen deutlich unter dem EU-27-Mittelwert liegt. Zugleich identifiziert die International Labour Organisation der UN Chancengerechtigkeit als Schlüsselkatalysator des sozialen und institutionellen Wandels.
Offensichtlich ist trotz „100 Jahre internationalem Frauentag“ gerade in Deutschland noch einiges dafür zu tun.

Saša Bajt

Wissenschaftlerinnen – Balance zwischen Beruf und Familienleben

© DESY

In meinem Arbeitsbereich, Physik, sind Frauen wenig vertreten. Diese Situation verbessert sich derzeit, und es studieren mehr Frauen Physik als je zuvor. Dennoch bleibt der Weg bis zum Abschluss als Wissenschaftlerin lang und hart, und viele Gründe halten Frauen davon ab, ihn zu gehen. Dies stellt einen Verlust für unsere Gesellschaft dar, denn mehr begabte und intelligente Menschen würden allen zugutekommen und unser Leben verbessern.

Ich bin selbst Physikerin und leite eine Forschungsgruppe in Photonenphysik bei DESY. Ich bin außerdem Ehefrau und Mutter. Wenn ich zurückblicke, wie ich dies erreicht habe, erinnere ich mich daran, dass ich meinem Vater oft in seiner Werkstatt half und dass mich ein Physiklehrer sehr unterstützte, indem er mir nach der Schule Zugang zum Physiklabor ermöglichte. Auch

ging ich in wissenschaftliche Clubs, fungierte als „Role Model“ an der Uni, erhielt Unterstützung von meinem Doktorvater; all dies trug zu meiner Berufsorientierung bei. Nach der Geburt meines Kindes nutzte ich die Kinderbetreuung im Institut und verbrachte die Mittagszeit mit meiner Tochter. Dies ermöglichte mir, den Kontakt zum Aufgabengebiet aufrechtzuerhalten, ohne lange auszusteigen. Wenn eine Frau ihre Forschungslaufbahn unterbricht, muss sie wieder bei null beginnen, um wieder nach vorne zu kommen. Mein Mann und ich einigten uns früh darauf, dass unsere beruflichen Laufbahnen zusammenpassen sollten, und glücklicherweise fanden wir Institute wie DESY, die ein Wissenschaftlerpaar wie uns beschäftigten.

Meine eigene Erfahrung ist, dass die meisten Männer die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen begrüßen und schätzen. Dennoch gab es Zeiten, insbesondere am Anfang meiner Laufbahn, wo ich Schwierigkeiten hatte, mich durchzusetzen. Ich denke, das ist eine Frage des anerzogenen und „erwarteten“ kulturellen Verhaltens (z. B. wird erwartet, dass Frauen eher folgen als leiten), über welches Frauen unbedingt hinauswachsen müssen, um ernst genommen zu werden. Dies schadet Frauen insbesondere bei der Berücksichtigung für Führungspositionen. Ob Frauen es wollen oder nicht, fallen sie in der Physik auf. Wenn weniger als 10 Prozent der Teilnehmer eines Meetings weiblich sind, werden sich die TeilnehmerInnen an Sie erinnern, wenn Sie einen tollen Vortrag halten, aber auch wenn Sie durch Ihren Vortrag Ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. An dieser Stelle ist es entscheidend, durch exzellente Arbeit Respekt zu gewinnen.

Frauen, die ihren Doktortitel erhalten haben und in wissenschaftlichen Feldern tätig sind, sind fast ohne Ausnahme sehr ambitioniert, zielstrebig und arbeiten hart. Ich las über das Phänomen „the leaking pipe“, welches beschreibt, wie talentierte, an Wissenschaft interessierte Mädchen/Frauen, durch den kulturellen Hintergrund beeinflusst, sich von diesem Karriereweg

abwenden. Es ist schwierig, die genauen Gründe dafür zu benennen, und es gibt keine perfekte Lösung. Auf meinem eigenen Weg hätte vieles meine Laufbahn ändern können, aber glücklicherweise war immer jemand da, der mich beraten oder ermutigt hat, wenn ich es am meisten brauchte.

Für eine Wissenschaftlerin ist es außerdem schwer, sich als Mutter für bestimmte Wege zu entscheiden. Als Studentin oder später in einem Zeitvertrag als Postdoktorandin läuft sie Gefahr, ihre Stelle zu verlieren, wenn sie schwanger wird. Eine ausländische Erfahrung als Postdoc ist viel wert und eine Notwendigkeit für die Wissenschaftskarriere. Es bedeutet jedoch ein Leben in einer neuen Umgebung ohne Familienunterstützung und vertrauten Freundeskreis. Zahlreiche Frauen geben zu diesem Zeitpunkt ihre Ambitionen auf und wählen einen weniger fordernden, aber sichereren Job. Flexible Arbeitszeiten, Teilarbeit und Kinderbetreuung sind dann kostbar. Sogar die Mutterschaftsunterbrechung blieb bei mir kurz. Ich musste das wissenschaftliche Forschungsfeld mehrmals wechseln, um eine Stelle am selben Ort wie mein Mann zu bekommen. Aber dies erwies sich als ein Vorteil. Ich hatte mich für die Wissenschaft entschieden, weil ich mich unter Herausforderungen nie langweile, wenn ich Probleme untersuche, die vorher niemand löste. Man muss flexibel und offen für Chancen bleiben und nicht auf eine Position lauern, die genau der vorhandenen Expertise passt.

Reisen zu Konferenzen, Meetings mit internationalen Kollegen/innen und auswärtige Experimente gehören ebenso zum Leben der Wissenschaftler/innen. Für eine Wissenschaftlerin mit Kind ist es schwer, kurzfristige Reisen zu organisieren. Dennoch erfordert ihre Sichtbarkeit und Bedeutung in dem Forschungsfeld zusätzlich zu den Veröffentlichungen solche Vernetzung und persönliche Kontakte. Die Konferenzveranstalter vergessen oft, dass Wissenschaftler/innen Familie mit jungen Kindern haben. Ich machte diesen Sommer eine interessante Erfahrung, als während einer ausländischen Konferenz mein Kind in einem

Sommerlager für Kinder in der Nähe des Konferenzgebäudes betreut wurde.
Ich halte es für sehr wichtig, Mädchen und Frauen in allen Lebens- und Berufsphasen zu unterstützen. Unlängst hatte ich eine sehr positive Erfahrung mit einer vierzehnjährigen Praktikantin in meinem Labor. Ich hoffe, einen bleibenden Einfluss auf sie zu haben, und dass ihr Weg in die Wissenschaften leichter als meiner wird.

© DESY

Gabriele Winker / Tanja Carstensen

Frauenrollen – Technikbilder – Internet

Zu Beginn der Verbreitung des World Wide Web Mitte der 1990er Jahre wurde das Internet beinahe ausschließlich von hoch qualifizierten jungen weißen Männern genutzt. So lag im deutschsprachigen WWW Ende 1995 der Frauenanteil bei gut sechs Prozent. Heute hat sich die Zusammensetzung der Menschen, die das Internet nutzen, deutlich verschoben. Inzwischen haben 72 Prozent der deutschen Bevölkerung Zugang zum Internet, und ca. 46 Prozent aller Internet-Nutzenden sind Frauen. Dennoch verweisen zahlreiche Medienberichte in erstaunlicher Regelmäßigkeit auf die Unterrepräsentanz von Frauen in diesem neuen Medium und damit gleichzeitig auf die fehlende Technikkompetenz von Frauen. Dieser öffentlich wirksame Diskurs trägt dazu bei, Geschlechterdifferenzen zu (re)produzieren und Frauen essenzialistisch mit Technikferne zu assoziieren.
In der Geschlechterforschung gibt es spätestens seit dem Erscheinen von Judith Butlers Buch „Gender Trouble“ eine große Skepsis gegenüber essenzialistischen Aussagen über Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Zum einen sind „die Frauen“ und „die Männer“ keineswegs homogene Gruppen, von denen die eine technikfern und die andere technikkompetent ist. Zum anderen ist es seitdem weitgehend anerkannt, dass die Unterscheidung in Frauen und Männer eine soziale Konstruktion ist, die ständig in alltäglichen Handlungen, diskursiven Akten und stereotypen Zuschreibungen hervorgebracht und verfestigt wird. Gleiches gilt für die Technik. Dinge sind nicht automatisch Technik, sondern was als Technik gilt, ist Ergebnis ständiger Aushandlungsprozesse. So gibt es Artefakte, die nur für kurze Zeit als Hightech-Produkt wahrgenommen und mit Macht und Männlichkeit gleichgesetzt werden. Dies lässt sich zum Beispiel an den ersten gebrauchstauglichen Modems verdeutlichen, deren stolze Besitzer damit Zugang zur neuesten Internet-Tech-

nologie besaßen. Heute ist die Funktion der Modems in den meisten Alltagscomputern integriert und nicht mehr als Technik sichtbar.
Während sich in der Öffentlichkeit die enge Verbindung zwischen Technik und Männlichkeit im Internet hält, zeigt sich in den konkreten, alltäglichen Handlungspraxen ein differenzierteres Bild, welches die Geschlechterdifferenzen deutlich entdramatisiert. Um das Geschlechterstereotyp der technikfernen Frauen als Begründung zu entkräften, ist es wichtig, genauer auf die Handlungspraxen der Internet-Nutzenden zu schauen und dabei insbesondere die Wechselwirkungen von Geschlecht mit anderen Kategorien, insbesondere Alter, Bildung und Einkommen, zu berücksichtigen. Dann nämlich zeigt sich schnell, dass Geschlecht allein deutlich weniger Erklärungswert für die Wahrscheinlichkeit eines Internet-Zugangs hat. Während zwischen jungen Frauen und Männern keine Unterschiede in der Nutzung festzustellen sind, wird das Gender Gap mit steigendem Alter immer gravierender. Zudem lässt sich das Gender Gap mit unterschiedlichen Einkommen erklären, da der Internet-Zugang vom Haushaltsnettoeinkommen abhängig ist und Frauen aufgrund der bekannten Lohndiskriminierung weniger Einkommen zur Verfügung haben. Auch steht Frauen durch ihre Verantwortlichkeit für die Haus- und Sorgearbeit weniger Zeit zur Verfügung.
Anstatt nun immer wieder neu auf die stereotype Verbindung von Hightech und Männlichkeit zu fokussieren, sollte sich die öffentliche Aufmerksamkeit in Zukunft verstärkt auf Aktivitäten im Internet richten, die gerade nicht den technisierten und geschlechterstereotypen Zuschreibungen folgen.
Interessant hierfür ist ein Blick auf die vielfältigen feministischen Projekte und Organisationen, die bereits frühzeitig das Internet mitgestaltet haben. Schon lange nutzen sie das Internet, um ihre Ideen vorzustellen und ihre Ziele zu verbreiten. Spätestens mit dem Web 2.0 ist eine lebhafte queer-feministische

Netzkultur entstanden, die sich vor allem über Weblogs sehr gut miteinander vernetzt, rege austauscht und aufeinander verweist. FeministInnen schreiben gegen Gewalt, Sexismus und Heteronormativität, mobilisieren auf Facebook und Twitter für ihre Ziele und irritieren mit künstlerischen Interventionen Vorstellungen von Zweigeschlechtlichkeit. Sie verteidigen ihre Inhalte in Wikipedia und kämpfen für geschlechtergerechte Sprache in studiVZ. Damit erproben sie neue Handlungspraxen, die sie für ihre Anliegen jenseits des Internets nutzen. Das mädchenblog beispielsweise ist ein feministischer Gegenentwurf zu „normalen" Jugend- oder Mädchenzeitschriften. Die Seiten des Feministischen Instituts Hamburg sind ein Ort für die Vielfalt unterschiedlichster feministischer Positionen und Debatten.
Das Internet weckt damit die Hoffnung, dass dort zukünftig auch verstärkt widerständige Praxen zu finden sein werden, die vereinheitlichende Stereotype verhandeln und die Bilder von männlicher Technikkompetenz und weiblicher Technikferne aufbrechen.

Hannelies Kluge

Wissenschaftlerinnen denken anders

Denken Wissenschaftlerinnen anders? Das ist eine gute Frage, und da ich keine umfassende Antwort weiß, habe ich mal im Kreise meiner Kolleginnen und Kollegen herumgefragt. Aber ja, sagt meine Kollegin ...
Vielleicht, sagen meine Kollegen, und setzen hinzu: Aber du nicht!!!
War das nun ein Kompliment oder eine Feststellung?
Es lohnt sich, darüber nachzudenken. Als Erstes stolpere ich über das Wort „anders".
Was heißt denn eigentlich anders? Anders ist für mich ein Wort für vielfältig, für verschieden. Es ist ein Wort, das beschreibt, aber nicht wertet. Gut, das wäre definiert.
Als Nächstes wäre zu klären, denken Wissenschaftlerinnen anders als Wissenschaftler oder anders als Nicht-Wissenschaftlerinnen? Und um welche Wissenschaftlerinnen handelt es sich? Naturwissenschaftlerinnen, Geisteswissenschaftlerinnen, Sportwissenschaftlerinnen, Musikwissenschaftlerinnen. Das Spektrum ist breit und umfassend. Und die sollen alle gleich denken, aber anders???
Und wenn die Wissenschaftlerinnen auch noch aus verschiedenen Ländern kommen, das wäre ja möglich, denken sie dann vielleicht noch anders anders?
Gehen wir doch mal logisch ran – ich bin Physikerin am DESY, mehr als 40 Jahre dabei, da sollte ich doch so etwas gelernt haben.
Deshalb schauen wir uns ein paar Beispiele an:

Beispiel eins: Wochenendeinkauf in einer Akademikerfamilie
Teilnehmende zwei: er Historiker, sie Physikerin
So etwas muss vorbereitet werden. Sie bittet ihn, einen Einkaufszettel zu erstellen. Für sie ist das Problem definiert, die

Aufgabe delegiert und sie denkt, es klappt. Sonnabend früh ist kein Einkaufszettel da. Geschichte organisiert man nicht, die passiert einfach. Also lass uns in den Supermarkt gehen und einkaufen, sagt er.
Fazit: Die beiden denken verschieden. Selbst biologisch ist klar, das liegt am verschiedenen Denken von Mann und Frau, aber das ist absolut korreliert mit dem fachlichen Herangehen an die eigene Wissenschaft.
Beispiel zwei: Gruppenmeeting in einem Physikinstitut
Teilnehmende ca. zehn Physiker und zwei Physikerinnen – davon zwei jüngere Vortragende.
Einmal wird die vorgegebene Zeit von zehn Minuten fast eingehalten, einmal um 50 Prozent überzogen. Beide Präsentationen sind gut, aber die erste endet mit einer Reihe von Fragen, die noch zu lösen sind, die zweite mit der Behauptung, dass das Problem gelöst ist. Alles klar? Der erste Vortrag war von einer Kollegin, der zweite von einem Kollegen.
Hier denken Physikerinnen und Physiker im Mittel anders (das gilt auch für andere Naturwissenschaften – bei den Geisteswissenschaften ist die gendermäßige Zusammensetzung in den Meetings anders, meistens umgekehrt). Inwieweit die Ursache dafür biologisch oder gesellschaftlich bedingt ist, sprengt den Rahmen dieser Betrachtung. Interessant aber ist, dass diese Unterschiede mit dem Lebensalter abnehmen. Es wäre boshaft, nur zu sagen, dass wir es gelernt haben, uns anzupassen. Zutreffender ist es, zu behaupten, dass wir gelernt haben, uns besser – erfolgreicher zu präsentieren.
Fazit: Es wäre völlig falsch, die vielen neuen Fragen, die ein Ergebnis aufwirft, zu ignorieren. Sie verschaffen uns, richtig angewendet, einen Vorsprung in der Zukunft.
Beispiel drei: Große wissenschaftliche Kollaborationen, z. B. in der Teilchenphysik
Teilnehmer: mehr als 500 Physikerinnen und Physiker aus über 30 Ländern

Hier haben wir es außerdem noch mit einer Überlagerung von nationalen und kulturellen Unterschieden im Denken zu tun. Aber solche Kollaborationen haben immer ein gemeinsames Ziel. In der Grundlagenforschung ist es das Streben nach Erkenntniszuwachs. Das ist in der Teilchenphysik zum Beispiel: Was hält die Welt im Innersten zusammen? Welches sind die kleinsten nachweisbaren Bestandteile der Materie?
Es ist in jedem Fall die Suche nach der Wahrheit. Und da soll es nur einen Weg geben?
Wenn man sich also neuen Erkenntnissen von vielen Seiten nähert, dann kommt man schneller zum Ziel, und die Chance, die Wahrheit zu finden, ist bedeutend größer. Der Anteil der Wissenschaftlerinnen ist dabei nicht wegzudenken, und er ist oftmals höher als ihr prozentualer Anteil. Ihn für alle sichtbar zu machen, dabei können wir nur noch besser werden.
Fazit: Diversity ist nützlich und macht Spaß. Es ist wirklich ein Vergnügen, zu erleben, wie verschiedene Menschen eine Sache gemeinsam angehen, ein Problem gemeinsam lösen.
Wissenschaftlerinnen denken anders, und das ist gut so.

Ingrid Bähr

Frauen klettern anders

1. Problemstellung

Die Geschlechtstypik menschlicher Bewegung ist ein unter anderem im sportwissenschaftlichen Geschlechterdiskurs vielfach unterstelltes, jedoch empirisch noch wenig erforschtes Phänomen. Auf der theoretischen Grundlage einer Modellierung von „Bewegungsqualität“ als Wert-Erleben im Prozess des Bewegungshandelns (Prohl 1991) untersucht die hier vorgestellte Untersuchung die Geschlechtstypik sportbezogener Bewegung am Beispiel des Sportkletterns.

2. Untersuchung

In der Untersuchung erstieg eine Stichprobe von 56 freizeitsportlich orientierten Sportkletterer/innen (m: 27, w: 29; homogenes Leistungsniveau) eine ihrem Niveau adäquate Route an einer künstlichen Kletterwand. Um Unterschiedshypothesen zu Geschlechterdifferenzen zu prüfen, wurden mit dem „objektivierten Geschlecht“ (Lindemann 1992) und dem „sozialen Geschlecht“ („gender“) unterschiedliche Kategorisierungen des Geschlechtlichen als unabhängige Variable gesetzt, die beide einer konstruktivistischen Auffassung von Geschlecht als sozialer Kategorie verpflichtet sind. Als abhängige Variablen zur Innensicht des Bewegungshandelns wurden in Anlehnung an die oben erwähnte Modellierung von Bewegungsqualität präaktional die Einstellung zur Bewegungssituation erhoben (Fragebogen zum Fähigkeits-Selbstkonzept, u. a. SSL nach Alfermann et al. 1997), postaktional die intentionale Strukturierung der Bewegungshandlung (halbstandardisiertes Kurzinterview nach Kalbermatten 1984) und die Erlebnisqualität (semantisches Differenzial nach Gröben 1995). Des Weiteren wurden aus der Außensicht anhand von Videoaufnahmen bestimmte Verhaltensmerkmale des Kletterns ausgezählt. Zu diesen vier abhängigen Variablen

wurden Unterschiedshypothesen formuliert, die sich aus Annahmen des sportwissenschaftlichen Geschlechterdiskurses ableiten ließen. Die Hypothesenprüfung erfolgte mittels Kovarianzanalysen, Kovariaten waren die relative Kraftausdauer der Arme, die Körpergröße und die Differenz zum Normalgewicht.

3. Ergebnisse und Diskussion

Bei der untersuchten Stichprobe zeigten sich weder in der Kategorie des „objektivierten Geschlechts“ noch in der Kategorie des „sozialen Geschlechts“ signifikante Unterschiede in den untersuchten Parametern des Bewegungshandelns. Damit lassen sich die Unterschiedshypothesen empirisch zumindest für dieses Feld der Bewegungskultur nicht bestätigen.

Die Befunde könnten sich dadurch erklären lassen, dass es sich bei den befragten Versuchspersonen um eine selektive Stichprobe handelt: Möglicherweise fühlen sich nur solche Personen zum Klettern als Freizeitsport hingezogen, die eine zu einer derartigen Sportart „passende“ Persönlichkeitsstruktur aufweisen; dies könnte wiederum als Hinweis auf das „Gendering“ des Sportkletterns gedeutet werden. Weitere Untersuchungen könnten hier Erkenntnisse bringen, die es erlauben, vergleichende Aussagen über das „Gendering“ unterschiedlicher Sportarten zu machen, was wiederum ein wichtiger Beitrag zur Auswahl von Inhalten für den emanzipatorischen Bewegungsunterricht wäre.

An die Hypothesenprüfung schloss sich eine explorative Auswertung der Daten im Sinne eines Extremgruppenvergleichs gleichgerichteter Ausprägungen der beiden untersuchten Geschlechterkategorien an, also „weiblich typisierter Frauen“ mit „männlich typisierten Männern“ ($n = 28$). Hier zeigt sich, dass die Koinzidenz gleichgerichteter Geschlechtsausprägungen mit signifikanten Unterschieden in allen erhobenen Variablen zur Innensicht des Bewegungshandelns einhergeht, deren Effektgrößen mittel bis stark ausfallen (Intentionalität: $p = 0.004$, $eta^2 = 0.300$; Bewegungsvorentwurf: $p = 0.012$, $eta^2 = 0.264$; Erleb-

nisqualität: $p < 0.001$, $eta^2 = 0.507$). Möglicherweise führt eine gegenseitige Bestärkung von Rollenerwartungen, die an das „objektivierte“ Geschlecht gekoppelt sind und die mit dem „sozialen“ Geschlecht verinnerlicht wurden, zu derartigen Unterschieden. Auf jeden Fall liefern diese Befunde einen Hinweis darauf, dass die Selbstverständlichkeit der Differenzierung von „Frauen“ und „Männern“ (meist unter Bezugnahme auf deren „biologisches Geschlecht“) als alleinige Geschlechterkategorie in empirischen Studien durchaus zu hinterfragen ist. Die Differenzierung unterschiedlicher Kategorisierungsmöglichkeiten von Geschlecht könnte zur Präzisierung geschlechterbezogener Fragestellungen in der Sportwissenschaft beitragen.

© Privat

Literatur:

Alfermann, D., Sabrowski, S. & Würth, S. (2001). Soziale Einflüsse auf die Karriereübergänge bei jugendlichen Athletinnen und Athleten in Großbritannien und den neuen Bundesländern. Entwicklung und Überprüfung der deutschsprachigen Messinstrumente im Projekt. Unveröffentlichter Forschungsbericht (DFG-Projekt), Leipzig.

Gröben, B. (1995). Handlungsregulation und Bewegungsqualität. In: Nitsch, J. & Allmer, H. H. (Hrsg.): *Emotionen im Sport* (S. 73-81). Köln: Bsp.

Kalbermatten, U. (1984): Selbstkonfrontation. Eine Methode zur Erhebung kognitiver Handlungsrepräsentationen. In: Lenk, H. H.: *Handlungstheorien interdisziplinär (Bd. III). Verhaltenswissenschaftliche und psychologische Handlungstheorien* (S. 659-679). München: Wilhelm Fink.

Lindemann, G. (1992). Die leiblich-affektive Konstruktion des Geschlechts. Für eine Mikrosoziologie des Geschlechts unter der Haut. *Zeitschrift für Soziologie*, 21, 330-346.

Prohl, R. (1991). Sportwissenschaft und Sportpädagogik. Ein anthropologischer Aufriss. Schorndorf: Hofmann.

Der Beitrag wurde veröffentlicht in: dvs-Informationen (Informationen der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft), 18 (4), 18. Ausführlich vgl.: Bähr, I. (2006). Erleben Frauen sportbezogene Bewegung anders als Männer? Schorndorf: Hofmann.

Eva Kohlrusch

Frauenbilder in den Medien – alles paletti

Eigentlich schien vieles auf einem guten Weg zu sein. Auffallend viele Frauen sind während der letzten beiden Jahrzehnte auf jene Medienbühnen gestiegen, auf denen es um seriöse Wissens- und Meinungsvermittlung geht. Wie selbstverständlich hatten sie bei nahezu allen Fernsehsendern die Rollen von Talkmasterinnen, Finanzexpertinnen, Magazin-Präsentatorinnen, Sportreporterinnen, Nachrichtensprecherinnen übernommen. Endlich wurde Frauenkompetenz im Breitwandformat wahrgenommen. So massiv schien ihre Präsenz in den Medien anzuschwellen, dass FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher im Sommer 2003 eine „Männerdämmerung" heraufziehen sah. Es gebe inzwischen eine „nie da gewesene Akkumulation weiblicher Macht in den Medien", konstatierte er und sah darin eine besorgniserregende Verschiebung. Wenn außer dem damaligen Talk-Trio Christiansen-Illner-Maischberger auch Frauen wie Friede Springer, Liz Mohn und die Suhrkamp-Verlegerin Ulla Berkéwicz auf mächtigen Stühlen säßen, so Schirrmachers verächtlich gemeintes Fazit, bedeute das: „Eine Telefonistin, ein Kindermädchen, eine Schauspielerin und Schriftstellerin und eine Stewardess definieren das Land." Ebenso gut hätte er in jenen Tagen jammern können, Deutschland werde von einem ehemaligen Porzellanverkäufer und einem Taxifahrer regiert, als seien nicht die Power des Aufstiegs und die Vielschichtigkeit von Lebensläufen schon eine Erfolgsstory für sich. Aber nicht nur Schirrmacher zweifelt an weiblicher Kompetenz. Immer noch werden Frauen völlig anders wahrgenommen als Männer. Und die Bilanz des vorigen Jahrzehnts fällt trotz der weiblichen Allgegenwart im Fernsehen nicht gut aus: Frauen sind zu sehen, aber ihre Standpunkte haben weniger Gewicht, als ihnen zustände.

Fakt ist: Frauen mögen zwar die Polit-Shows prägen, haben aber nicht die Macht, über Programmstrukturen zu entscheiden. Auch wenn im deutschen Fernsehen 84 Prozent der Nachrichten von Frauen gesprochen und zwei Drittel der Magazine von Frauen präsentiert werden – Frauenkarrieren enden auch in den elektronischen Medien in der Regel auf der Ebene der Abteilungsleiter. Selbst die Kommentarliste der ARD gibt Auskunft über weibliche Unterpräsenz: Maximal jeder fünfte Kommentar wird einer Frau übertragen. Von insgesamt neun Intendantensesseln sind nur zwei mit Frauen besetzt – Dagmar Reim beim RBB und Monika Piel beim WDR. Ähnlich niedrig ist der Anteil der Hörfunkdirektorinnen sowie der Direktorinnen von Landesrundfunkhäusern. Als Programmdirektoren der ARD traten bislang ausschließlich Männer in Erscheinung; im Januar 2010 wurde jedoch eine Frau – Petra Zellhuber-Vogel – zur Vorsitzenden des Programmbeirats gewählt, der dem Programmdirektor als beratende Instanz beigeordnet ist. (Noch schlechter ist übrigens die Lage bei den Tageszeitungen: Bislang stieg deren Anteil an Chefredakteurinnen nie höher als zwei Prozent. Einzig bei den Frauenzeitschriften und People-Magazinen ist ein Durchbruch gelungen: Dort sind derzeit mehr Frauen als Männer Vordenkerinnen dessen, was Frauen denken könnten.)
Nicht hinzunehmen ist darüber hinaus, welche geringe Rolle Frauen als Diskussionsteilnehmerinnen zugebilligt wird – auffälligerweise auch dann, wenn Frauen die Moderatorinnen sind. In sämtlichen politisch relevanten Gesprächsrunden kommen Frauen im Schnitt nur als Beimengsel vor. Typische Rollenverteilung: vier Männer, eine Frau. Oft nimmt sie dann die Rolle der Betroffenen ein, selten ist sie die Expertin, als welche selbstverständlich die Männer geladen wurden. Und die Zahl reiner Männerrunden wächst. Das hat Folgen: Es entsteht der Eindruck, dass Frauen nicht wirklich teilnehmen am öffentlichen Austausch. Offenbar haben sie nichts zu sagen, sind keine Expertinnen, haben keine eigenen Standpunkte, kämpfen oder provozie-

ren nicht, machen eventuell eine gute Figur als Talkmasterin, lassen aber zu, dass Männer nach wie vor die Deutungsmacht haben. Selbst wenn die Meinungen der Geschlechter gar nicht unterschiedlich ausfallen würden – geprägt wird das Bild von Ungleichgewicht, trotz Parität der Geschlechter. Die schlichte falsche Botschaft: Männer haben das Sagen, Frauen dürfen mitreden. Männer haben verschiedene Ansichten, die eine Frau in der Runde soll für alle Frauen stehen.

Dies Missverhältnis zeigt sich auch in einer internationalen Erhebung, an dem sich der Journalistinnenbund beteiligt. Alle fünf Jahre wird durch das Global Media Monitoring (GMMP) ausgezählt, wie oft Männer, wie oft Frauen in den Hauptnachrichten vorkommen. Fazit 2010: Immer noch sind es die Männer, die zur Nachricht werden – in Deutschland mit 77 Prozent gegenüber 23 Prozent Frauen. Das hat sich seit 2005 selbst durch Angela Merkels Dauerpräsenz in den Nachrichten nur um ein Prozent verbessert.

Man könnte darin schlicht die Spiegelung der realen Machtverhältnisse sehen: Frauen sind halt seltener dort vertreten, wo die spektakulären Entscheidungen fallen. Das ist nicht nur ein Manko, denn wir könnten uns einbilden, dass wir damit auch weniger Anteil haben an Themen wie Krieg, Korruption, Ränkespiele und jenen Skandalen, die automatisch zur Nachricht werden. Aber Frauen leben. Und handeln. Und denken, entwerfen, konstruieren – und intrigieren, irren, streiten. Sie halten also tausend Dinge am Laufen. Wenn ihre Teilhabe am Funktionieren oder Scheitern der Welt in den Nachrichten dennoch nicht vorkommt, müsste das heißen, dass sie Unspektakuläres tun. Es müsste heißen, dass sie nichts Wichtiges zu melden hätten. Dass ihr Handeln und Entscheiden als nicht erwähnenswert gilt. Und dass es ihnen an Expertinnen wie an eigenen Standpunkten fehlt. Kurz: dass sie in unwichtigen Lebensbereichen leben.

Tatsächlich aber sind Frauen die besser Ausgebildeten. Ihre Abschlussnoten liegen weit über denen von Männern. Ihre Fähig-

keiten, Menschen und Ideen zusammenzuführen, sind in hohem Maß vom Anspruch an Qualität, Moral und Idealismus geprägt. Da das so ist, stellt sich endgültig die Frage: Warum schreien wir nicht? Wenn die schlechter ausgebildete Gruppe der Gesellschaft die entscheidenden Positionen innehat, heißt das, nicht die Besten haben das Sagen, sondern es regieren und verwalten nur die Zweitbesten.

© FIM e. V.

Sabine Rossbach

Frauen in den Medien – ohne Höhenangst

„Ach wo. Das hat sich so ergeben."
Karl Schwarzenberg, tschechischer Außenminister, zur Frage, ob sich absichtlich keine einzige Frau in der Regierung seines Landes befindet.
Und so ist das oft – nicht nur in den Medien und nicht nur in der tschechischen Regierung.
Kein schlimmer Hintergedanke, keine durchsichtige Absicht sei unterstellt, aber bei der Vergabe von Führungsposten „ergeben" sich eben häufiger männliche Besetzungen als weibliche.
Dieses „Ergebnis" wird dann unkommentiert und nicht hinterfragt zur Kenntnis genommen. Ganz anders, wenn es doch zu einer Ministerin gekommen wäre. Dann wäre diese Besetzung sicher breit in der Öffentlichkeit gefeiert und/oder kritisiert worden. Anders als bei den männlichen Kollegen hätten die Medien mal voller Ehrfurcht, mal voller Skepsis darüber spekuliert, wie es „Frau Minister" denn schaffen könne, Kindes- und Staatswohl unter einen Hut zu bringen. Vorausgesetzt, die Ministerin hat Kinder. Hätte sie keine, dann würden wir lesen, dass sie ja schon immer den Beruf der Familie vorgezogen habe. Frauen werden in den Medien häufig auch heute noch nach einem vollkommen überalterten Rollenbild beurteilt. Und das gilt nicht nur für die sogenannte Klatschpresse, sondern auch – nur viel subtiler – für die seriöse politische Berichterstattung. In den ersten Wochen der Kanzlerschaft von Angela Merkel beispielsweise wussten wir aus den Medien mehr darüber, wer ihre Kostüme schneidert und die „Endfrisur" kreiert oder der Gatte mit der berühmten Ehefrau klarkommt, als über die politischen Ziele der Bundeskanzlerin Deutschlands.
Lange Zeit waren es nur männliche Eliten, die entschieden, wie „Frau" in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Mittlerweile haben sich die Frauen als Macherinnen und als verantwortlich Gestal-

tende Einfluss erkämpft, der nicht zu übersehen oder zu überhören ist.
So werden Themen eingebracht und umgesetzt, bei denen die weibliche Handschrift eine Rolle spielt – eine Sichtweise auf bestimmte Themen, die sich manchmal von der der Männer unterscheidet. Journalismus soll und muss unabhängig, objektiv und sachlich sein – egal ob von Mann oder Frau praktiziert –, aber unterschiedliche Lebenserfahrungen, Begegnungen, Erlebnisse prägen die Vielfalt der Berichterstattung ebenso wie das durch geschlechterunabhängige Lebensläufe passiert.
Allerdings werden Frauen auch heute noch gern in fachliche Schubladen gesteckt. Jungen Kolleginnen sollte man raten, sich nicht auf die Themen Frau, Familie, Soziales und Feuilleton reduzieren zu lassen, sondern Kompetenz auf allen Gebieten zu beweisen. Dazu kommt, dass Frauen unter einer gewissen „Höhenangst“ leiden, nicht genug auf ihre Fähigkeiten vertrauen und zu lange abwägen, ob sie wirklich für eine Führungsposition geeignet sind. Solche Selbstzweifel findet man bei männlichen Gipfelstürmern eher selten.
So ist es wichtig, dass Frauen auch über ihre Karriere sprechen, selbstbewusster werden und auch Hilfe suchen. Das wird schnell als Schwäche ausgelegt, ist aber das, was bei Männern einfach nur Networking heißt und den Weg nach oben erleichtern kann.
Frauen, die in Männerdomänen einbrechen, wie eben den politischen Journalismus, haben es noch immer nicht leicht.
Als Sabine Christiansen 1987 die Moderation der Tagesthemen übernimmt, wird sie vom Spiegel als Blondmaus abgekanzelt. Die Zeit bezeichnet sie als „Eisschrank der ARD“.
Mal zu weiblich fürs Politische, mal zu kühl, um als „echte“ Frau durchzugehen.
Aber auch hier hat sich dankenswerterweise einiges geändert – Anne Will, Sandra Maischberger oder Maybrit Illner mussten längst nicht so viel sexistische Schmähung und Beurteilung er-

tragen wie 15 Jahre zuvor Sabine Christiansen. Die Berichterstattung über die Talkerinnen ist indes auch heute nicht ganz frei davon.

Die Medien spielen in unserer Gesellschaft eine herausragende Rolle. Sie sind bedeutsame Einflussfaktoren von Meinungen und Vorbildern. Sie können Gesellschaftsbilder und die Vorstellungen über Mann und Frau prägen. Sie können einerseits die Klischees der Geschlechterrollen festschreiben, andererseits aber auch interessante, unterschiedliche und vielfältige Lebensentwürfe aufzeigen und so zur Verwirklichung der Gleichberechtigung beitragen. Die Lebenswirklichkeit von Männern und Frauen angemessen darzustellen, beide Geschlechter zu Wort kommen zu lassen, verächtliche Stereotypen zu vermeiden, sollte für seriöse Medien eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir wollen das Interesse der Menschen wecken, ihre Lebenswelt beleuchten, ihre Probleme aufgreifen, Dinge erklären, die unklar sind.

Aber das alles gelingt nur, wenn sich die Menschen, ob LeserIn, ZuschauerIn oder HörerIn, authentisch dargestellt sehen, wenn differenzierte Rollenbilder von Frauen und Männern in den Medien transportiert werden.

Fachliche Kompetenz, journalistischer Biss gepaart mit Emotionalität, das zeichnet gute Journalisten und Journalistinnen aus und sollte auch von denen beherrscht werden, die die Medien führen.

Ingrid Kolb

Schöne neue Werbewelt – von Klementine zum jungen Gemüse

© Photocase

Jedes Mal, wenn ich auf dem Hamburger Flughafen zum Gate A 38 gehe, komme ich an dem Werbeplakat einer Autoverleih-Firma vorbei. Da steht: „Nur primitive Männer fahren tolle Autos, um eine Frau rumzukriegen." Daneben das Gesicht einer verführerischen Schönheit, dunkle Haare, Mandelaugen, ein vielversprechendes Lächeln und der Spruch: „Ich mag primitive Männer." Ich muss dann immer an meine Freundin Irene denken. Sie fährt ein schickes, schnelles Auto und ist beruflich viel unterwegs – auch mit Mietwagen. Aber als Kundin zählt sie offenbar nicht. Oder bekommt sie klammheimlich einen Lustknaben auf dem Rücksitz mitgeliefert, wenn sie bei dieser Firma die S-Klasse bucht?

Natürlich würde der Deutsche Werberat ein solches Plakat niemals beanstanden. Es ist ja auch gar nicht so einfach zu sagen, wer nun eigentlich diskriminiert wird. Die Männer als geile Böcke in Angeber-Autos? Oder Frauen als berechnende Luder, deren Zuneigung sich nach der Größe des Hubraums bemisst? Letztlich sind es Uralt-Klischees, die hier bedient werden. Sollte Werbung nicht eigentlich modern sein – auf der Höhe der Zeit?
Wir lachen heute über die Frau mit dem schlechten Gewissen, das immer als Geist hinter sie trat, wenn sie nicht das richtige Weichspülmittel genommen hatte. Trotz aller Modernisierungsversuche („Ich leite einen kleinen Familienbetrieb.") ist das Frauenbild aus der Klementine-Ära auch im 21. Jahrhundert noch quicklebendig. Im September 2008 nahm sich das Europaparlament des Themas an. Nach heißer Debatte stimmte es mit Mehrheit dafür, es sollten in der Fernsehwerbung keine Hausfrauen hinter dem Herd oder vor der Waschmaschine mehr gezeigt werden.
Mir wäre wichtig gewesen, wenn die Abgeordneten laut proklamiert hätten, sie wollten keine Nackte mehr vor einer Luxus-Einbauküche sehen und kein Dekolleté im Zusammenhang mit Brathähnchen („knusprig") oder Bikinimädchen als Werbung für „junges Gemüse". Fast die Hälfte aller Beschwerden, die 2008 an den Deutschen Werberat geschickt wurden, nannte Frauenfeindlichkeit als Grund. Ermahnungen werden vor allem dann ausgesprochen, wenn „weibliche Nacktheit als Blickfang missbraucht wird, ohne dass ein Bezug zu den beworbenen Produkten besteht".
Eine öffentliche Rüge gibt es allerdings nur, wenn die beanstandete Werbung nicht geändert oder zurückgezogen wird. Im Jahr 2008 zum Beispiel für einen Computerhändler, der sein Angebot mit einer unbekleideten Frau zierte, die ihre Arme hochreckt, als hätte sie gerade ein Nackt-Tennis-Turnier gewonnen. Die Geste soll wohl zur Überschrift „Spiel.Satz.Sieg!" passen. Ein Fuhrpark-Betrieb bestand darauf, seine Auslieferung von

Frischfleisch mit einer entblößten Blondine zu garnieren. Immerhin zog er den Stempel „Kontrollierte Qualität“ auf dem Frauenkörper zurück. Und schließlich wurde ein Restaurant gerügt, das seine Wildspezialitäten mit Hilfe eines Softporno-Motivs anpreist. Eine Frau mit zurückgeworfenem Kopf schiebt sich die Bluse hoch und streichelt sich die Brüste. Dazu die Zeile. „Total wild!“ Kleiner gedruckt wirbt das Lokal: „Für die ganze Familie – mit Kinderspielplatz.“

Sich hierüber aufzuregen, ist leicht. Aber empöre ich mich heute noch wie früher über ein dunkelhäutiges Model, das in Ketten gezeigt wird? Oder über Sado-Maso-Kostümierungen? Oder über – wie altmodisch das heute klingt! – ganz allgemein die „Frau als Lustobjekt“? Wir sind doch so umstellt von Busen, Beinen, Hintern, dass wir uns vollständig daran gewöhnt haben. Die öffentliche Toleranz für Nacktheit, Sex und Pornografie stumpft ab. Sie wirkt wie Chloroform.

Ich glaube, deshalb beschäftigt mich das Plakat auf dem Flughafen so sehr. Es sagt mir: Aufgepasst! Nichts durchgehen lassen! Die fixen Jungs und Mädels in den Werbeagenturen können nämlich auch anders, wenn sie wollen. Positive Beispiele gibt es. Ich hätte übrigens eine Idee für ein Plakat der Deutschen Wirtschaft: „Nur primitive Frauen wollen statt eines Sitzes in der U-Bahn einen Platz im Vorstand.“ Und dazu das Bekenntnis: „Wir lieben primitive Frauen.“

© Privat

Kultur – Stadt – Umwelt

Frauen aus allen Kulturbereichen entwickelten eine eigenständige, vernetzte Frauenkultur. Trotzdem ist die Kulturszene bis heute nicht geschlechtergerecht geprägt. Stadtplanerinnen, Architektinnen und Soziologinnen haben seit drei Jahrzehnten mit frauenspezifischem Blick entscheidende Impulse zu einer veränderten Bauweise und nachhaltigen Stadtplanung gegeben. Gleiches gilt für das Engagement von Frauen im expandierenden Klima- und Umweltbereich.

Irmgard Schleier

Festival der Frauen – eine Hamburger Erfolgsgeschichte

35.000 Frauen stürmten 1986 den Rathausmarkt und seine große Bühne, die Hamburger Theater, Kirchen und andere Veranstaltungsräume beim Festival der Frauen unter dem Motto „Für Gleichberechtigung – Gegen Hunger und Armut – Für Frieden". Weltstars wie Mercedes Sosa, Christa Ludwig, Carla Bley und Giovanna Marini stellten sich solidarisch mit ihren unbekannten Kolleginnen aus Europa, Südafrika und Lateinamerika auf die Bühnen des Festivals. Den Verein „Festival der Frauen" gründeten Ida Ehre, Donata Höffer, Eva Mattes, Irmgard Schleier, Angelika Thomas, Helène Vida-Liebermann, Angela Winkler. Isabella Vertés-Schütter kam später dazu. Das Auslaufen des Internationalen Jahrzehnts der Frau war Anlass, die Bühnen und die Stadt für künstlerische Leistungen von Frauen und ihr Engagement für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden zu öffnen. Im Mittelpunkt stand dabei die Idee, in einer globalisierten Welt einen Beitrag zu leisten für eine sich entwickelnde Weltkultur und eine Zusammenarbeit der Künste, in der die klassische Kultur gleichberechtigt neben den vielen nationalkulturellen Strömungen der Kunst steht, die Gleichberechtigung also von Volks- und Hochkultur.

Künstlerinnen anderer Kontinente, aus Deutschland und Hamburg zeigten in allen folgenden Festivaljahren, dass jede künstlerische Tätigkeit immer auch ein Engagement in der und für die Gesellschaft bedeutet. Sie haben sich dafür entschieden, die Welt nicht als eine einzige Party zu sehen, sondern ihre Begabungen dafür einzusetzen, für den Frieden, den Kampf gegen Hunger, Armut und Unwissenheit, für die Gleichberechtigung zu werben. Dies wurde konkret, als Weltstars auf Gagen zugunsten einer musikalischen Ausbildung von Kindern in Entwicklungsländern verzichteten, denen Menschenrechte und kulturelle Entfaltung verweigert werden.

Die Festivals zeichneten Hamburg als „Frauenmetropole“ aus. Frauen kamen von überall, um die künstlerischen Erfolge von Frauen mitzuerleben. Frauen heute haben an der Entwicklung der Künste einen größeren Anteil als in früheren Jahrhunderten. Ihre Leistungen wurden früher kaum anerkannt. Camille Claudel ist dafür ein herausragendes frühes Beispiel. Das Festival machte diese Bildhauerin mit einer ersten deutschen Ausstellung sichtbar. Das galt auch für die bahnbrechenden finnischen Architektinnen als erste Architektinnen der Welt. Das zeigten die Tanztheater und Tanzwerkstätten mit Carolyn Carlson, Chandralekha. Das machten Entdeckungen „wilder“ Stimmen wie der von Audrey Motaung oder die der Clownerien von Gardi Hutter deutlich.
Das Festival etablierte sich als internationale Künstlerinnenbiennale in Hamburg. Produktionen des Festivals wurden in andere europäische Städte, aber auch nach Moskau eingeladen. 1993 fand eine Sonderveranstaltung Hammoniale-Festival der Frauen statt, um die künstlerische Begegnung zwischen Ost und West möglich zu machen. Die Utopie eines in Verschiedenheit einigen und friedlichen Europa demonstrierte das Abschlusskonzert im Michel mit baltischen, russischen und Hamburger Künstlerinnen und Künstlern mit der Aufführung der Schostakowitsch-Sinfonie „Babi Jar“.

Hamburg als internationale Metropole wollte damals Zeichen setzen für die Emanzipation vor allem aus politischer und künstlerischer Sicht. Diese künstlerische und gleichstellungspolitische Anstrengung ist in Hamburg fast vergessen, nicht aber auf internationaler Ebene. Schließlich gaben sich damals weltbekannte und zu entdeckende Künstlerinnen aus Architektur und Tanz, aus Jazz und Oper, aus Theater, darstellender und bildender Kunst in Hamburg ein solidarisches Stelldichein. Sie einte die Botschaft: Gleichberechtigung, Frieden und Entwicklung – eine politische und künstlerische Herausforderung bis heute.

Ele Grimm

Frauenkultur in der neuen Frauenbewegung

© Photocase

1. Kurze Historie des Vereins Frauen machen Musik e. V. als exemplarisches Beispiel

Im Februar 1983 organisierte Anka Hauter, ehemals Musikerin der Frauenband „Schneewittchen“, die erste österreichische Frauenmusikwoche mit Workshops und Konzerten in Wien. Dort lernten sich die acht Frauen kennen, die Anfang 1984 den Verein „Frauen machen Musik e. V.“ gründeten, um diese Idee nach Norddeutschland zu tragen. Im August ‘84 findet dann die Erste Norddeutsche Frauenmusikwoche in der Jugendherberge von Worpswede statt, mit 90 anstelle der geplanten 60 Teilnehmerinnen, aufgrund einer Flut von 200 Anmeldungen. Im November ‘84 bilden Dozentinnen der FMW das Frauenjazzorchester „Reichlich weiblich“, das viele Jahre erfolgreich u. a. auf renommierten Jazzfestivals spielt. Im Februar ‘85 erscheint die erste Ausgabe des Rundbriefs Frauen machen Musik, um über

Neuerscheinungen und Konzerte zu informieren sowie Musikerinnen miteinander zu vernetzen. Im März desselben Jahres folgen Konzerte auch außerhalb der Frauenmusikwoche, organisiert vom Verein und in Kooperation mit der Hamburger Frauenwoche. Bei der Zweiten Frauenmusikwoche (von nun an in Neetze) entsteht der Film „Rocking Neetze“. Die Idee trägt sich weiter in die Schweiz, wo ‘86 die erste Schweizer Frauenmusikwoche stattfindet. Es folgt im gleichen Jahr die Gründung eines Europäischen Frauenmusiknetzes mit Initiativen aus der BRD, der Schweiz und den Niederlanden. Gleichfalls ‘86 entsteht die Projektgruppe Frauenmusikzentrum Hamburg unter dem Motto „Wir wollen die Frauenmusikwoche das ganze Jahr!“ Im August ‘87 ist es dann so weit, das Frauenmusikzentrum wird an seinem noch heutigen Standort eingeweiht. Das Frauenmusikzentrum ist ein selbstverwaltetes Projekt von Musikerinnen, die sich und anderen die Möglichkeit zum Üben und Auftreten schaffen wollen. Dazu stehen drei schallisolierte Übungsräume und ein Mehrzweckraum zur Verfügung sowie Instrumente und Verstärkeranlagen. Weiterhin stellt das FMZ eine Anlaufstelle dar für Frauen, die Mitmusikerinnen oder Instrumente suchen, in Workshops ihre Kenntnisse vertiefen, Unterricht geben oder nehmen wollen. Für die Vermittlung von Bands gibt es eine Musikerinnen-Kartei und ein Archiv mit Tonträgern und Büchern. Das Frauenmusikzentrum trägt sich selber (mit Ausnahme der Lohnkosten), laufende Kosten sind gedeckt über einen monatlichen Mitgliedsbeitrag zur Nutzung der Räumlichkeiten.
Die Frauenmusikwochen finden weiter einmal jährlich statt und verändern sich dabei kontinuierlich. So konnten die Köchinnen von Neetze von vegetarischer Kost überzeugt werden, die daraufhin kreativ auch in eigenen Rezepten umgesetzt wurde, mit Bio-Gemüse aus dem eigenen Garten. Ab der zweiten FMW entschieden sich die Organisatorinnen, nicht nur zu organisieren, sondern auch jeweils in einem Ensemble teilzunehmen. Nach ursprünglich völlig offenen Voraussetzungen und Zusammenset-

zungen der Bands verändern sich Struktur und didaktische Konzepte, wie etwa halbjährige Erfahrung auf dem Instrument und Ensembles für Fortgeschrittene und Anfängerinnen. Im Juli '89 findet die letzte Frauenmusikwoche in Neetze statt, die intensiven Vorbereitungen konnten die Organisatorinnen bei veränderten Lebenssituationen nicht mehr leisten. Der Verein und seine Aufgaben wanderten ab 1990 nach Frankfurt, wo er weiterhin aktiv in die kulturelle Landschaft eingreift und nun die MELODIVA inzwischen als Mail herausgibt.

2. Kabarettstückchen (1988)

Zum fünfjährigen Jubiläum des Vereins Frauen machen Musik entstanden, z. T. aus Originalzitaten zusammengesetzt und zur atmosphärischen Vertiefung der damaligen Aufbruchsstimmung:

1. Szene: Pressekonferenz zum 50. Jubiläum von FMM e. V., im Jahre 2034

„Wir freuen uns, dass Sie als Vertreterinnen von diversen Medien heute so zahlreich erschienen sind, das war nicht immer so. Bevor Sie die Gelegenheit haben, Fragen zu stellen, möchten wir kurz auf die Entwicklungen der letzten fünf Dekaden eingehen. Die Bewegung begann mit dem damals noch gängigen Begriff der Frauenmusik, so ging die Satzung des Vereins Frauen machen Musik von dem gängigen Ansatz aus, der bislang unterdrückten Kreativität von Frauen aus den Startlöchern helfen zu wollen. Heute sind wir da etwas weiter und haben die Angleichungsphase hinter uns gelassen, zusammen mit den matriarchalen, defizitären, egalitären oder feministischen Perspektiven. Vor 50 Jahren beschäftigte Ihre KollegInnen hauptsächlich die Frage, warum sich Frauen auf der ersten Frauenmusikwoche so verwerflich separatistisch verhielten. Aus heutiger Sicht kaum nachzuvollziehen, jetzt, da es nur noch die eine Musik gibt, die von Frauen komponierte, produzierte und performte.

Fünfhundert Spitzenmusikerinnen haben sich hier also versammelt, um miteinander zu kommunizieren. Wir alle sind sehr ge-

spannt auf die vielen Dateien, die während der nächsten vier Wochen entstehen werden, denn bislang löste noch jedes ndt-mfw-all-music-Kompendium eine wahre Revolution in der Musikwelt aus. Für die, die es nicht wissen, haben wir aus nostalgischen Gründen das Kürzel NDT-MFW als kleine Referenz an unsere Wurzeln übernommen. Auch nach fünfzig Jahren harter Arbeit und ekstatischen Momenten, freuen wir uns jedes Jahr über die wachsende Zahl der alten und neuen musikalischen Profis. Wir sind stolz darauf, diese Entwicklung von Kindesbeinen betreut haben zu dürfen. Das einst innovative, inzwischen gängige Prinzip der kine-tech-Klangerzeugung, die auf kleinste kommunikative Reize reagiert, ermöglicht nun in höchstem Maße, die Individualität in der Symbiose zu erleben. Völlig neue Klang- und Emotionsmuster werden freigesetzt, so dass die gesamte Musik-Welt mit größtem Enthusiasmus auf die neuesten Entwicklungen wartet. Karten zu den wöchentlichen Plenaluna-Konzerten selbstverständlich mit high-vibe-Endstufen sind leider seit Wochen ausverkauft. Aber unser Sender Femme-ös-xy wird wie gewohnt die einmaligen Ereignisse per Hypostasie in jeden Winkel der Erde übertragen."

2. Szene: Orga-Frauen unter sich mit vielen Süßigkeiten

„Ach, wie war das wieder schön, solche Pressekonferenzen liebe ich. War ja nicht immer so, damals war es weitaus schwieriger, die breite Öffentlichkeit für die erste Frauenmusikwoche zu interessieren. Glücklicherweise gab es jedoch immer Frauen, die unser Anliegen verstanden und medial unterstützt haben.

Da ließ sich der Nadelstreifenanzug-Mensch von Yamaha doch schon eher für Sponsoring gewinnen, weil wir ihn von dem wirtschaftlichen Faktor Frau beim Kauf von Instrumenten und Verstärkeranlagen überzeugt haben.

Und wie wir geschleppt haben, damals ja noch selber, zwei Busladungen voll mit Equipment für eine Jugendherberge und zehn Ensembles. So ein Schlagzeug könnte ich heute noch mit verbundenen Augen aufbauen, wenn es denn nötig wäre.

Und dann haben wir noch das Abschlusskonzert in den ersten Jahren selber gemischt, gab ja noch kaum Technikerinnen – ganz schön hektisch.
Die vielen, vielen Stunden am Telefon für den Rundbrief, um Termine zu erfragen oder den Redaktionsschluss deutlich zu machen für Autorinnen. Und dann das Layout, strikt handmade, das waren Zeiten.
Hat meist viel Spaß gemacht, auch unbezahlt und ehrenamtlich, aber ein Team.
Erinnerst Du Dich noch an das große Konzert im Rieckhof, als zwei der drei Bands im Schnee stecken blieben? Eine Spontan-Session rettete uns über die Zeit und der erste kontinentale Auftritt der später erfolgreichen Guest Stars begann zu später Stunde und bei euphorischer Stimmung."

3. Einige theoretische Ansätze und ihre konkrete Umsetzung

Die Realität, dass Frauen als öffentlich anerkannte Produzentinnen wenig teilhatten an der Entwicklung „unserer" Kultur, ist inzwischen allgemein anerkannt. (Für die zahlreichen Spuren von Frauen in der Musik siehe das ausführliche Lexikon Musik und Gender, Hrsg. Annette Kreutziger-Herr.)
Vor allem im Bereich der Musik wurden Frauen und ihrer Praxis enge Grenzen gesetzt, sei es als häusliche Dilettantin ohne jede Anlage zum Genie, als Muse oder als Sängerin in Vertretung der (roten vgl. Theweleit) begehrenswerten Frau. Der ideologische Aufwand diente dazu, das „weibliche" Geschlecht auf die Rolle seiner Reproduktionsfunktion zu reduzieren. Außerdem besteht in dem den Frauen zugewiesenen Objektstatus eine Grundlage für die „männliche" Subjektkonstitution, die dem Muster folgt, sich als mit sich selbst identischem Subjekt das Eine, das Maß alles Menschlichen, und als Geist zu etablieren. Diesem werden das Andere, das Chaos, die Natur und der Körper komplementär untergeordnet. Es entsteht eine Flut von Bildern, die die „Frau" umstellen mit Zuschreibungen von der mütterlichen Heiligen bis zur verführerischen Hure, von Körperlichkeit

statt Geist und Emotionalität statt Rationalität. Doch welche „frauen"-solidarische Politik lässt sich aus dieser Dynamik und ihren tradierten ideologischen Konstrukten ableiten? Im Folgenden sollen verschiedene, schon historisch zu nennende, frauenkulturelle Ereignisse als Praxis verknüpft werden mit theoretischen Ansätzen und feministischen Strategien zur gesellschaftlichen Veränderung, die da wären: Umwertung, Angleichung, Differenz oder Heterogenität und Dekonstruktion.
Eine Umwertung „weiblicher" Festschreibungen wie Rezeptivität, Sensibilität, Gewaltlosigkeit oder Sinnlichkeit als Gegenmittel zur kapitalistischen Kälte und Repression wohnt dabei wohl jedem praktischen Ansatz inne. Um nicht dem biologistisch festschreibenden Konservieren eines tradierten Frauenbildes aufzusitzen, gilt es, Veränderbarkeit und Offenheit „weiblicher" Lebensrealitäten zu ermöglichen. So belässt es das „Festival der Frauen", in den 1980ern als Biennale angelegt und großzügig von der Behörde gefördert, bei der Präsentation von bekannten und populären Kultur-Frauen auf dem Rathausmarkt bis hin zum seefräuischen Hamburg-Abend in der Fischauktionshalle. In diesem Ansatz steht die Angleichungsstrategie im Vordergrund, wir Frauen haben das Gleiche zu bieten, wenn wir denn gelassen und rezipiert werden. Aber keine Regel ohne Ausnahme, in diesem Falle konnte das Requiem von Giovanna Marini, das politisch, kulturkritisch und dialogisch angelegt ist, nur über den opulenten Rahmen des Festivals finanziell und organisatorisch umgesetzt werden. Die Hamburger Autonome Frauenbewegung war trotzdem not amused über die Institutionalisierung „weiblicher" Hochkultur und erhielt mit knapp 10 Prozent des Festival-Etats die Möglichkeit, Eigenes und Regionales zu präsentieren in Differenz dazu. „Szenaria" wurde von vielen Initiativen, Projekten und Einzelfrauen mit viel ehrenamtlicher Arbeit getragen und deckte alle kulturellen Bereiche ab, von Kunst, Performance, Literatur, Theater, Film bis hin zu Design. Ähnlich orientiert an den realen kulturellen Produktionsbedingungen

von Frauen und einer praktischen wie theoretischen Differenz zu „männlichen“ Praxen starteten die Vereine Frauen machen Musik und das Frauenkulturhaus Harburg. Hier wurden wiederum praktisch wie theoretisch Räume geschaffen, in denen Frauen neue Wege miteinander erkunden können, nicht ohne männliche Zuschreibungen, aber in kritischer Reflexion derselben. Neue Bilder erschaffen sich fortlaufend selber, freigegeben zur Identifikation oder fortlaufenden Zerstörung. In dieser Heterogenität „weiblicher“ Existenz besteht ein Ansatz zur Veränderung herrschender Verhältnisse. Innerhalb wie außerhalb der (sprachlichen) Ordnung stehend, vermag die reale Frau nicht, in den „männlichen“ Entwürfen aufzugehen. Indem Zuschreibungen als Rollenmuster erkennbar werden, lassen sich Konstruktionen von Geschlecht als solche erkennen. Als das bislang verdrängte, ungreifbare „Andere“ verweist die Inszenierung ihrer selbst auch über die historisch-gesellschaftlichen Grenzen hinaus. Die künstlerische Artikulation von Frauen bildet dabei eine soziale Praxis mit offenen, nicht abschließbaren ästhetischen Prozessen, die ausbrechen aus geschlossenen Systemen, die Funktionalität von Kunst aufzeigen können und die sich selbst immer wieder imaginiert. Sich als (selbst inszenierende Instrumental-)Musikerin zu präsentieren, stellt schon einen Affront gegenüber herkömmlichen Bildern von Weiblichkeit dar, den auch Madonna oder Lady Gaga auf dem Feld der vergänglichen, nicht um Authentizität bemühten Pop-Musik begangen haben und noch begehen. Ein völliger Ausbruch aus vorgegebenen, gewachsenen (Denk-)Strukturen ist weder erwünscht noch möglich, genauso wie es keine eindeutige Lösung aus dem sogenannten „gender trouble“ gibt, der danach fragt, wer denn „wir-Frauen“ seien, wenn Gender ein soziokulturelles Konstrukt repräsentiert.

Susie Reinhardt

Hamburg – Frauen in der Popmusik

© Photocase

Es stimmt, Mädchen und Frauen sind in der Popmusik nicht grundsätzlich eine Ausnahme – siehe Lena Meyer-Landrut, die kürzlich beim *Eurovision Song Contest* für Deutschland den ersten Platz holte. Und dann sind da noch die beeindruckenden Karrieren von Popstars wie Madonna oder Amy Winehouse. Daraus aber abzuleiten, dass Frauen in diesem Beruf inzwischen ähnlich stark vertreten sind wie Männer, ist falsch – sie spielen

nämlich bis heute vor allem als Sängerinnen eine Rolle. Was ihr Engagement an Schlagzeug, E-Gitarre oder Bass angeht, so hinkt ihre Anzahl weit der ihrer männlichen Kollegen hinterher. Diese Schieflage findet sich schon in den Talentschmieden der Popmusik, wie Professor Anselm Kluge vom „Popkurs“ von der Hochschule für Musik und Theater bestätigt: „Der Frauenanteil in allen Instrumentenfächern in der Popmusik ist klein, sehr klein. Dabei ist die Nachfrage nach Instrumentalistinnen in der Musikszene jedenfalls vorhanden.“

Dass Frauen auf Musikbühnen kaum vorkommen, merkt jeder, der ab und zu ausgeht. Ob große Rockhallen, Jazzkeller oder Szeneclubs – wann haben Sie dort zuletzt eine Frau am Bass oder am Schlagzeug gesehen? Dass Frauen im Hamburger Musikbusiness kaum eine Rolle spielen, war schon lange unser „Gefühl“. Vor fast zehn Jahren machten sich Mitarbeiterinnen unseres Vereins daran, dies anhand von empirischen Daten zu überprüfen. Wie wenig selbstverständlich es ist, dass Frauen mit Popmusik auf der Bühne stehen, zeigen die Ergebnisse unserer ersten statistischen Erhebung, die wir im Herbst 2002 durchführten. Unsere Mitarbeiterinnen zählten in verschiedenen Hamburger Musikclubs an mehreren Abenden aus, wie viele Frauen und wie viele Männer jeweils auf der Bühne standen. Dazu notierten sie, welches Instrument jemand spielte. Das Ergebnis fanden selbst hartgesottene Feministinnen erschreckend: Lediglich fünf Prozent der Auftretenden waren weiblich. Und von diesen fünf Prozent standen 80 Prozent als Sängerinnen auf der Bühne – eine Selbstverständlichkeit von Frauen auf den Rock- und Popbühnen ist also noch lange nicht erreicht.

Sechs Jahre später brachte eine weitere empirische Untersuchung aus unserem Verein kaum bessere Ergebnisse. Basis bildeten diesmal die Bewerbungsunterlagen von rund 300 jungen Rock- und Popbands aus ganz Deutschland, die sich für den „Jugend kulturell Förderpreis Popmusik 2008 der Hypo-Vereinsbank“ beworben hatten. Auch hier werteten Mitarbeiterinnen

unseres Vereins die Daten der beteiligten MusikerInnen aus. Die Ergebnisse bestätigen noch einmal das deutliche Missverhältnis der Geschlechter und zeigen, dass sich in den letzten Jahren nur wenig verändert hat: An E-Gitarre, Bass und Schlagzeug liegt der Frauenanteil zwischen sechs und neun Prozent; am Mikrofon kommen Frauen nun, in 2008, immerhin auf 25 Prozent.
Diese Schieflage der Geschlechter in der Musikszene ist bekannt. Eine im Mai 2010 durchgeführte Umfrage des Frauenmusikzentrums unter Musikclubbetreibern und anderen Profis der Szene verdeutlicht deren einmütige Meinung, dass Frauen an den Instrumenten „immer noch die absolute Ausnahme“ sind. Wenn überhaupt, sieht man sie oft als „exotisches Beiwerk“ auf der Bühne. Einer von ihnen nennt das aktuelle Geschlechterverhältnis „beschämend“.
Popmusik ist also immer noch eine Männerdomäne. Und wir arbeiten im Frauenmusikzentrum daran, diese Schieflage mittelfristig zu entschärfen. Dass wir dabei bereits erfolgreich waren (und ohne uns der Frauenanteil im Pop noch geringer ausfallen würde), bestätigen Vereine und Organisationen der Hamburger Rock-, Pop- und Jazzmusikszene, mit denen wir kooperieren. Ohne unsere Proberäume und die Vernetzungsarbeit, so ihr Urteil, läge der Frauenanteil noch viel niedriger – denn wir bieten *role models*, die gerade für musikinteressierte Mädchen wichtig sind, Räume für den Austausch mit Gleichgesinnten, bei uns können Mädchen und Frauen sich ausprobieren und professionalisieren.
Unsere Arbeit hat also bereits gefruchtet. Sie bleibt wichtig, weil Gleichstellung noch nicht annähernd erreicht ist. Und nicht zuletzt, weil wir uns auch im weiteren Umfeld dieser Kultursparte bewegen. Nicht nur auf der Bühne an den Instrumenten, auch in vielen Berufen rund um das Popbusiness, beispielsweise was Musikradioredakteurinnen, Musikproduzentinnen, Licht- und Tontechnikerinnen betrifft, ist der Frauenanteil ebenfalls verschwindend gering.

Wie können wir die Selbstverständlichkeit von Frauen im Musikbusiness erreichen?
Seit über 20 Jahren nähern wir uns – wenn auch in kleinen Schritten – diesem Ziel an. Die Gründe liegen im Musikbusiness ähnlich wie in anderen Branchen, in denen Frauen wenig vertreten sind: Wenn Frauen nur selten Instrumente wie E-Gitarre, Bass oder Schlagzeug für sich entdecken, dann liegt es vor allem an alten Rollenklischees, kaum existierenden *role-models* und mangelnden Gelegenheiten, sich auszuprobieren. Genau hier müssen wir ansetzen: Mädchen und Frauen brauchen weibliche Vorbilder, Probemöglichkeiten, die in den Wohnvierteln liegen, nicht weit außerhalb und nicht in düsteren Bunkern ohne Toiletten.
Weil sie im Moment noch stark in der Minderheit sind, brauchen sie Ermutigung fürs Proben und für die Bühne und entsprechende Workshops, um sich fortzubilden, wenn sie es wollen. Um den weiblichen musikalischen Nachwuchs zu wecken, benötigen wir Mädchenbandprojekte, in denen sich die jungen Musikerinnen „unter sich" bewegen – und ohne das Reinreden von Jungs, die ihnen oft schon als Jugendliche an den klassischen Rockinstrumenten weit voraus sind. Das Ziel, eine Selbstverständlichkeit von Frauen in der Popmusik zu erreichen, verfolgen wir im Frauenmusikzentrum seit mehr als zwei Jahrzehnten.

Wie alles begann – Geschichte des Frauenmusikzentrums (fmz):
Im Jahre 1987 gründeten einige engagierte und enthusiastische Hamburger Musikerinnen das Frauenmusikzentrum (fmz) in Hamburg. Die kulturpolitische und feministische Arbeit des Vereins begann als Folge der deutschen Frauenmusikbewegung – und hier vor allem mit den 1984 erstmalig stattfindenden Frauenmusikwochen in Worpswede und Neetze. Das Musikzentrum in Hamburg, so die schöne Idee, die dann in Ottensen in die Tat umgesetzt wurde, sollte interessierten Musikerinnen den Raum fürs Proben geben und den Austausch untereinander erleich-

tern. Die Ziele: *female empowerment* und eine stärkere Repräsentanz und Akzeptanz von Frauen und Mädchen in der Musikkultur.
Heute, 24 Jahre nach der Gründung, treffen in unserem Haus Mädchen im Punkrockfieber auf Cellistinnen, Technikverliebte, die mit Computersounds Klangwelten kreieren, sie begegnen Frauen, die an ihrem Klavierspiel feilen, Jazzgitarre spielen oder in einer Big Band Arrangements von alten Kaffeehausklassikern üben. Wir stellen nicht nur die Proberäume bereit, sondern vernetzen Frauen im Musikbusiness und bieten Workshops an. Unser Haus ist ein Hamburger Treffpunkt für DJs, Dozentinnen, Licht- oder Tontechnikerinnen, Bookerinnen, Fotografinnen und Musikerinnen.
Hamburg, so hoffen wir und daran arbeiten wir, könnte Vorreiter sein für eine Stadt, in der auch Frauen in der Musikszene mittelfristig eine Rolle spielen.

Barbara Aust-Wegemund
C'est tout

© Judith Sturm

Eine Frau braucht, um gut auszusehen, ein Kleid, c'est tout – das ist alles. So soll es einmal Coco Chanel gesagt haben. Die französische Modeschöpferin entwarf aber nicht die zu dieser Zeit typischen Kleider mit einzwängender Korsage. Ihre Modelle waren ohne Stäbchen und aus Jersey. Damals im Jahr 1913 war das ein Skandal. Denn der Stoff war bisher nur für Herrenunterwäsche verwendet worden. Doch die Damenwelt war ob des Tabubruchs begeistert und konnte im Kleid fortan frei atmen, arbeiten und ausgehen. C'est tout könnte auch das Motto der Künstlerin Judith Sturm heißen, die sich dem Thema Mode mit einem Schmunzeln nähert. Schon als Kind hatte sie die Leidenschaft, ihrer Mutter, einer Modedesignerin, beim Entwerfen, Zeichnen und Nähen zu helfen. Die Liebe zur Anziehpuppe ist geblieben. In Judith Sturms Bildern sehen wir eine Frau aus verschiedenen Blickwinkeln beim An- und Umkleiden. Wer genau hinschaut, entdeckt die Papierecken der Ankleidepuppen. Wir erinnern uns an die Anziehpuppen, die es früher einmal gab. Einer auf Papier gezeichneten Figur konnten zahlreiche Kleider aus Schnittkarton angezogen werden. Für die zahlrei-

chen Ausschneidebögen gab es immer die passende Ankleidepuppe. Sie hat Vorläufer, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen, wurde aber erst im 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen der Lithografie zu einem weit verbreiteten Kinderspielzeug entwickelt. Die Künstlerin, die 1973 in Saarlouis geboren wurde und Freie Malerei an der Hochschule für Bildende Künste Saar studierte, interessiert sich für die scheinbaren Nebenschauplätze der Alltagskultur. Dabei spielt sie mit Gegensätzen wie Körper, Raum und Leere, Glanz und Abnutzung, Verhüllung und Nacktheit, Ausschnitt und Vergrößerung, Zentrum und Peripherie. Im Gegensatz zu herkömmlichen Kompositionen malt Judith Sturm nicht erst den Hintergrund und dann die Figur, sondern – genau umgekehrt – erst die Figur (meist ist sie es selbst, die sich aus Fotovorlagen in das Bild projiziert) und um die Figur herum den Hintergrund. Das ist technisch sehr aufwendig und gibt dem Bild mehr Räumlichkeit. Die Haut der Frau schimmert transparent, teils fleckig. Diesen Effekt erreicht Judith Sturm, indem sie Salz auf die mehrmals grundierte Leinwand streut, das nach dem Trocknen abgekratzt und ausgewaschen wird. So betrachtet sehen wir die Figur hautnah und stellen fest, dass es eine vollkommene Schönheit und Makellosigkeit wie in der Werbung nicht gibt. Einen besonders ausgeprägten Schönheits- und Sonnenkult hat Judith Sturm in Florida beobachtet und sich kritisch damit auseinandergesetzt. Hier hat sie in der Werkstatt der Masterprinterin Erika Greenberg-Schneider die Raffinessen der Druckkunst erlernt, wie den beidseitigen Druck oder die Einarbeitung von Wachs zur Darstellung von Hautpartien. Kleidung ist Ausdruck von Zeitgeist, Identität und sozialer Position. Wie dieses gesellschaftliche Phänomen in der zeitgenössischen Kunst aufgenommen wird, zeigen die Bilder von Judith Sturm mit subtiler Raffinesse. Die eingefahrenen Sehgewohnheiten und Muster der Malerei hat Judith Sturm aufgebrochen, das geistige Korsett abgelegt, so lässt sich frei atmen.

Tina Stadlmayer

Frauen – Bauen – Urbanität

Interview mit der Stadtplanerin Kerstin Zillmann und der Architektin Iris Neitmann

Werden die Interessen von Frauen in der Stadtplanung und im Wohnungsbau zurzeit berücksichtigt?

Zillmann: Momentan gilt das Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung, das heißt, dass ökonomische, ökologische, kulturelle und soziale Themen integriert betrachtet werden. Die Frauenfrage ist zentraler Bestandteil dieser Themen, und so ist die nachhaltige Stadtentwicklung per Definition auch eine gendersensitive oder, wenn Sie so wollen, auch eine frauengerechte.

In der Praxis werden vorzugsweise nutzungsgemischte Quartiere geplant oder im Bestand weiterentwickelt, also Wohnen, Arbeiten und Freizeitmöglichkeiten in ein und demselben Quartier. Das führt zu lebendigen Stadtteilen mit kurzen Wegen und zu Zeitersparnis. So wird es für Mütter und Väter einfacher, Beruf und Familie zu vereinbaren – ein klassisches Ziel der zweiten Frauenbewegung.

Neitmann: Der Trend zum innerstädtischen Wohnen geht nach meiner Wahrnehmung von den Frauen aus. Sie wollen nicht im Reihenhaus am Stadtrand wohnen, sondern wünschen sich erschwingliche Wohnungen in Häusern mit grünen Innenhöfen mitten in der Stadt. Kurze Wege, Anteil am kulturellen Leben, lebendige Nachbarschaft – die Stadt ist der Ort für Innovation, und Frauen sind offen für Innovationen auf allen Ebenen.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung in den letzten 30 Jahren im Bau- und Planungsgeschehen?

Zillmann: In jedem Fall positiv – wenn auch zurzeit frauenspezifische Belange nicht mehr offensiv thematisiert werden. Wurden in den 1980er und 90er Jahren noch entsprechende Wahlfächer an den Hochschulen angeboten, Veranstaltungen organisiert und Fachgutachten beauftragt, ist dies heute die Ausnahme.

Neitmann: 1985 gab es die ersten Wohnprojekte in Hamburg. Zunächst wurden Altbauwohnungen mit Bewohnbeteiligung erneuert. 1988 begann mein Büro das erste Neubauwohnprojekt auf einem städtischen Grundstück. Seit 1988 haben sich die Projektgrößen von sieben Wohneinheiten bis auf 110 (im Projekt Max-B) weiterentwickelt. Hintergrund dieser Entwicklung war für mich deutlich der steigende Anteil von Frauen auch in politischen Gremien, Behörden und bei Banken in den letzten 20 Jahren. Wohnbauprojekte haben viel dazu beigetragen, dass das innerstädtische Bauen und Wohnen attraktiv und erschwinglich wurde.

Welchen Anteil hatten Planerinnen und Architektinnen an dieser Entwicklung, und wie haben sie zusammengearbeitet?

Neitmann: In den 1980er Jahren fanden eine Zeit lang regelmäßig Netzwerktreffen von Stadtplanerinnen, Stadtsoziologinnen und Architektinnen statt. Damals hatten wir in den Banken und Behörden fast nur mit Männern zu tun. Das hat sich geändert, auf der mittleren Entscheidungsebene gibt es inzwischen viele Frauen. Unsere Vernetzung ist vielfältiger geworden.

Zillmann: Legendär ist ein Go-In, mit dem Kolleginnen zu Beginn dieser Architektinnen- und Planerinnenbewegung kreative Unruhe in ein ausschließlich von Männern besetztes Plenum der Internationalen Bauausstellung in Berlin brachten. Diese Aktion war Anlass zur Gründung der FOPA, Feministische Organisation

von Planerinnen und Architektinnen, in mehreren Großstädten. Es folgten Frauengruppen und Arbeitskreise in Berufsverbänden, z. B. in der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung. Parallel gründeten Ingenieurinnen ihre eigenen Büros, eroberten mittlere und vereinzelt auch Leitungspositionen in Behörden. Baugemeinschaften von und für Frauen entstanden, die an Traditionen der ersten Frauenbewegung wie Einküchenhäuser und Frauenwohnungsbaugenossenschaften anknüpften.

Schließlich beriefen selbst die Hamburger Senatoren für Stadtentwicklung zweimal einen Frauenbeirat und ließen sich von 1995 bis 2001 durch Expertinnen zu den bedeutenden Projekten wie der Hafencity beraten.

Und heute?

Zillmann: Der Anteil der Studentinnen in den Bau- und Planungsstudiengängen ist hoch, in der Berufspraxis bietet sich ein anderes Bild. In den freien Büros und in der planenden Verwaltung sind Ingenieurinnen in den großen Städten deutlich sichtbar tätig, doch die kommunalen Bau- und Planungsausschüsse, Ingenieur- und Architektenkammern, Projektentwicklungsgesellschaften sind nach wie vor Männerdomänen.

Ist der aktuelle Wohnungsmangel in Hamburg aus der Sicht von Frauen ein besonderes Problem?

Neitmann: Wohnbauprojekte von Baugemeinschaften werden zwar inzwischen unterstützt, aber es ist schwierig, genügend Grundstücke dafür zu finden.

Zillmann: In Hamburg müssen jährlich 5 - 6.000 Wohnungen neu gebaut werden. Eine bezahlbare Wohnung ist ein Beitrag zur Sicherung einer eigenständigen Existenz – dies gilt insbe-

sondere für Frauen und ihre Kinder und wird auch auf internationaler Ebene politisch immer wieder eingefordert.

Führt der innerstädtische Wohnungsbau nicht dazu, dass Hamburg eines Tages viel zu dicht bebaut sein wird?

Zillmann: Es gibt eine Grenze für die Verdichtung: öffentlicher Freiraum, Spielraum, Grün- und Bewegungsraum dürfen nicht zu weit eingeschränkt werden.

Neitmann: Verdichtung ist ein Teil der Urbanität. Wo hier die Grenze liegt, muss immer wieder, unter Beteiligung von Frauen, für unterschiedliche Standorte geprüft werden.

Wir realisieren zurzeit ein Baugemeinschaftsprojekt in der Hafencity mit einer für Hamburger Verhältnisse extrem hohen Dichte. An diesem Standort ist es aber durch geschickte Baukörperplanung von allen akzeptiert.

Welche speziellen Bedürfnisse von Frauen muss Architektur und Stadtplanung berücksichtigen?

Zillmann: In den verschiedenen Phasen ihres Lebens stellen Frauen unterschiedliche Anforderungen an die Stadt. Mädchen, Mütter mit kleinen Kindern, Studentinnen haben andere Wege als berufstätige Frauen oder Rentnerinnen. Eine ausgewogene Stadtplanung versucht, all diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Durch den demografischen Wandel bedingt ist es wichtiger geworden, zentrumsnah seniorengerechtes Wohnen zu entwickeln. Gleiches gilt für die stadtteilbezogene Versorgung mit Pflegeeinrichtungen bis hin zur Unterbringung von Hospizen. Einerseits brauchen berufstätige Eltern Kindertagesstätten in Wohnungsnähe und andererseits sind die Bedenken der Nachbarn, die Kinderlärm befürchten, ernst zu nehmen.

Neitmann: Früher hatten Frauen Angst vor Tiefgaragen, aber wenn die Tiefgarage zum Haus gehört und man dort die Nachbarn trifft, gibt es keinen Grund, ängstlich zu sein. Nachbarschaft stellt ein sicherheitsbildendes Netzwerk dar. Außerdem profitieren Frauen besonders von guter Nachbarschaft, denn sie brauchen Netzwerke, um ihren Alltag zu organisieren. Sie unterstützen sich gegenseitig im Alltag und zum Beispiel bei der Kinderbetreuung. Natürlich profitieren auch die Kinder davon, wenn es viele andere Kinder in einer vertrauten Nachbarschaft gibt.

Planen und bauen Frauen anders als Männer?

Neitmann: Frauen sehen die Stadt intensiv aus der Fußgängerperspektive und Häuser aus der Perspektive der alltäglichen Nutzung. Es geht ihnen um Kommunikationsräume und Alltagstauglichkeit, dass das Haus praktisch ist und alle sich darin wohlfühlen. So ist es zum Beispiel auch wichtig, dass es Räume für Fahrräder und Kinderwagen und Gemeinschaftsräume gibt, dass Kinder vom Treppenhaus aus in den Innenhof gelangen, dass man von der Wohnung aus den Spielplatz im Innenhof einsehen kann und dass die Wohnungen sonnig sind und genügend Zimmer haben.

Was muss sich ändern, damit die Belange von Frauen in Zukunft noch mehr Beachtung finden?

Zillmann: Ein guter Schritt wäre es, Kommunalpolitikerinnen fachlich zu unterstützen und kurze Fortbildungseinheiten zur Bebauungsplanung und Bewertung von Bauvorhaben anzubieten.

Neitmann: Frauen müssen in allen Gremien vertreten sein, damit ihre Lebenserfahrung und ihre Alltagserfahrungen in alle

Entscheidungen einfließen. Frauen fehlen fast noch ganz in der Rolle der Investorin im Wohnungs- und Städtebau.

© Photocase

Kerstin Zillmann ist Diplom-Ingenieurin Städtebau/Stadtplanung (TUHH), eingetragene Stadtplanerin, Mitglied in der Hamburgischen Architektenkammer. Sie ist in der öffentlichen Verwaltung mit einem Schwerpunkt in der städtebaulichen Entwicklungsplanung leitend tätig.

Iris Neitmann ist Diplom-Ingenieurin (HfbK Hamburg), Mitglied der Hamburgischen Architektenkammer und des Bundes deutscher Architekten. Sie arbeitet als Projektentwicklerin und Architektin mit dem Schwerpunkt Baugemeinschaften sowie als Investorin.

Angela Hansen

Stadtentwicklung – Frauen mischen mit

Die Arbeitsgruppe der Fachfrauen in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg begleitet seit mehr als 10 Jahren die konzeptionellen Arbeiten und Planungsaufgaben in der Behörde, um eine frauenspezifische Sicht in die Aufgabenwahrnehmung einfließen zu lassen.
Die Aufgabe der Fachfrauen ist es, zur frauen- und familienspezifischen Gestaltung in der Stadt- und Verkehrsplanung durch Stellungnahmen, Diskussionsbeiträge und Ratschläge zu den Fachaufgaben der Behörde beizutragen. Sie verfolgen die Prozesse und Projekte zu Themen der Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, Stadterneuerung und Umweltsicherung. Darüber hinaus erarbeiten die Fachfrauen eigene Vorschläge und Anregungen und betreiben den Austausch und die Zusammenarbeit mit Externen. Dabei bringen sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen sowohl in Einzelprojekte als auch in übergreifende Themen und Projekte ein.

Im Mai 2006 hat die Arbeitsgruppe Planungsempfehlungen als Handreichung und Arbeitshilfe für alle Planenden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Behörde veröffentlicht, eine Aktualisierung ist für Anfang 2011 geplant. Die praxisbezogenen Empfehlungen umfassen das breite Spektrum von der Bauleitplanung über die Verkehrsplanung bis zur Gestaltung des Wohnumfelds und beinhalten z. B. grundlegende Anforderungen an Wegeführung, Grünanlagen, Wasserflächen, öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr.
Die Fachfrauen treten dafür ein, dass gerade in Zeiten verstärkter Klimaschutzbemühungen das Fahrrad die Nische des Freizeitsportgeräts verlässt und (wieder) als alltagstaugliches und familienfreundliches Nahverkehrsmittel genutzt werden kann. Auch an der Ausschreibung des inzwischen erfolgreich funkti-

onierenden Stadtradprojekts haben sich die Fachfrauen beteiligt.
Ein Schwerpunkt der Arbeit in 2009 und 2010 war die aktive Teilnahme am Hamburger Fahrradforum und an der Umsetzung der Radverkehrsstrategie. Besonderes Augenmerk galt dabei den häufigen und sicheren Querungsmöglichkeiten und Linienführungen für Radfahrer und auch Fußgänger. Es wurde darauf geachtet, ob kurze und direkte Verbindungswege zwischen Wohngebäude und zentralen Einrichtungen vorgesehen sind und ob Hauptverbindungswege durch belebte Gebiete führen und so beleuchtet sind, dass Angsträume vermieden werden.
Da die Planungsverantwortung der Bauleitplanung seit einigen Jahren in den Bezirken liegt, konzentrieren sich die Fachfrauen auf übergeordnete Planungen wie beispielsweise den Deckel der A 7, die Entwicklung der ehemaligen Bahnflächen in Altona („Mitte Altona"), die innere und äußere Erschließung der HafenCity und deren fortlaufende Entwicklung sowie Einzelplanungen der IBA/IGS (Internationale Bauausstellung und Internationale Gartenschau).
Die Fachfrauen haben in den Jahren ihrer Tätigkeit einiges erreicht, sie haben ihren Anteil daran, dass viele Planungen inzwischen selbstverständlicher eine frauen- und familiengerechte Gestaltung annehmen. Es ist ein Zeitpunkt (und das Ziel) erreicht worden, an dem die „Einmischung" der Fachfrauen in Planungsprozesse reduziert werden kann. Die Fachfrauen werden aber auch zukünftig die Entwicklung der Stadt aufmerksam beobachten und sich, wenn es erforderlich ist, wieder aktiv einbringen. Manchmal sind es eher unauffällige Details der frauen- und familiengerechten Gestaltung, die die Stadt lebenswert machen.

Monika Schaal

Sardinen aus der Nordsee contra Ökostrom

© Photocase

Der Klimawandel ist voll im Gange. Daran ändern auch einige kalte Tage im Winter nichts. Und wenn wir nicht dafür sorgen, dass die Erderwärmung auf 2 Grad begrenzt wird, wird es ungemütlich auf unserem Planeten. Überschwemmungen, Stürme oder Dürre sind nicht nur in Pakistan, Australien oder USA möglich. Der Klimawandel hat seine Spuren bereits auch in Deutschland und Europa hinterlassen:

2003 starben in Europa 35.000 Menschen den Hitzetod, allein 7.000 in Deutschland. Das sind mehr Tote als im Straßenverkehr. 2005 verursachten extreme Dürren wirtschaftliche Schäden von 13,6 Mrd. EURO. 2007 zog der Orkan Kyrill eine Schneise der Verwüstung durch ganz Europa. Mehrere Hochwasser an Oder, Donau, Elbe und in den Alpen zerstörten ganze Landstriche.

Der Klimawandel trifft auch die Metropolregion Hamburg. Es gibt immer mehr extrem heiße Tage mit um die 40 Grad Celsius. Den Hitzerekord hält der Sommer 2010. Aber auch Starkregen wie 2002 und 2003 machten der Stadt zu schaffen, weil die Kanalisation den Wassermassen nicht mehr gewachsen war. Der Wasserspiegel der Elbe steigt jährlich um 3 mm. Bis Ende des Jahrhunderts wird ein um etwa 60 cm höherer Pegel erwartet. Höhere Sturmfluten sind die Folge.

Das wärmere Klima verändert schon jetzt die Lebensräume im Fluss und an den Küsten. So kommen Sardinen in der Nordsee vor. Die pazifische Auster hat wegen der milden Winter inzwischen die Miesmuschel zurückgedrängt. Tropenmediziner warnen vor tropischen Erkrankungen, weil ihre Überträger – wie z. B. die Anopheles-Mücke als Überträgerin der Malaria – nach Norden wandern.

Zweifellos hat der Klimawandel auch angenehme Seiten: Die Forsythien blühen vier Wochen früher! Der Mais wächst besser! Auch die Obstblüte setzt ca. eine Woche früher ein. Das ist nicht immer vorteilhaft. Späte Fröste können die Erträge mindern.

Klimawandel wird durch Treibhausgase, vor allem durch Kohlendioxid (CO_2) verursacht. Es entsteht bei Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas. Deutschland will den CO_2-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent und bis 2050 um wenigstens 80 Prozent senken, um den Klimawandel zu stoppen. Auch Hamburg hat dieses Ziel übernommen.

2008 hat die Hamburgische Bürgerschaft ein Klimaschutzprogramm beschlossen, das jährlich fortgeschrieben und mit 25

Mio. Euro ausgestattet wurde. Bis vor kurzem wähnte man sich in der Hansestadt auf einem guten Weg, die CO_2-Emissionen in den Griff zu bekommen. Doch mit 16 Prozent ist noch nicht einmal die Hälfte der angepeilten CO_2-Einsparung gegenüber 1990 geschafft. Hamburg muss sich gewaltig anstrengen, das gesetzte Ziel zu erreichen. Darum brauchen wir einen Masterplan, der aufzeigt, welche Etappenziele mit welchen Maßnahmen bis 2020 und dann bis 2050 erreichbar sind. Hauptansatzpunkt ist – neben der Verkehrspolitik – die Energiepolitik.

Notwendig sind Einsparung und bessere Ausnutzung von Energie sowie ein weiter wachsender Anteil Erneuerbarer Energie an der Versorgung mit Strom und Wärme, so dass fossile und atomare Energieträger stetig zurückgedrängt werden.

Die wichtigste Maßnahme zur Einsparung von CO_2 ist nach wie vor die energetische Gebäudesanierung. Über 85 Prozent des Wohnungsbestandes sind noch unzureichend isoliert und modernisiert. Der Gebäudebereich trägt über die Heizung mit ca. 40 Prozent zum CO_2-Ausstoß bei. Dass die Mieten trotz anspruchsvoller Energiestandards nicht unerträglich steigen müssen, hat die Deutsche Energieagentur „dena“ vorgerechnet.

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien erfordert den aktiven Umbau der vorhandenen Netze für Strom, Gas und Fernwärme. Mit einer maßgeblichen strategischen Beteiligung der Stadt an den Netzen muss darauf hingewirkt werden, dass dieser Umbau mit nötigem Nachdruck vorangetrieben und der Strukturwandel zu einer dezentralen, nachhaltigen und klimaneutralen Energie- und Wärmeversorgung beschleunigt wird, ohne den öffentlichen Haushalt zu belasten. Auf diese Weise gewinnt die Stadt energiepolitischen Handlungsspielraum für eine sichere, klima-, sozial- und wirtschaftsfreundliche sowie gemeinwohlorientierte Energieversorgung zurück.

Gegen überhöhte Strom- und Gaskosten helfen ein Preisvergleich und der anschließende Wechsel zu einem günstigeren Anbieter. Wer einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz und zum

Atomausstieg leisten will, wählt einen Hamburger Ökostromanbieter. Ökostrom muss nicht teuer sein. Bei der Verbraucherzentrale, den Bezirken sowie bei Umwelt- und Klimaschutzverbänden gibt es Tipps zum Energiesparen. Das spart Geld und schützt das Klima.
Übrigens bestehen zum Teil erhebliche Geschlechterunterschiede bei der Energienutzung. So zeigen Frauen im Alltag ein größeres Energiesparbewusstsein, während Männer eher auf technische Lösungen der ökologischen Folgen eines überhöhten Energiebedarfs setzen. Auch der Protest gegen die Atomenergie ist mehrheitlich Frauensache. Frauen mischen sich national wie international besonders stark in die Energiepolitik ein.

© iStockphoto

Macht – Politik – Wirtschaft

Die Hierarchisierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Verbindung von Patriarchat und Kapital haben über Jahrhunderte die Geschlechterfrage geprägt. Der Aufbruch von Ideologien, Geschlechterstereotypen und Rollenzuweisungen hat neue gesellschaftliche Entwicklungen behindert. Gleichzeitig existieren weiterhin Barrieren, die Frauen den Weg an die Spitze in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft versperren.

Heide Pfarr

Zukunft der Frauenpolitik

Rede auf dem Symposium für Prof. Dr. Christa Randzio-Plath „Die Zukunft hat schon begonnen“, 29. Oktober 2010

Christa Randzio-Plath will der Frauenpolitik eine Zukunft geben. Aber Überflüssiges braucht keine Zukunft, sollte sie auch gar nicht haben.
Überflüssig? Nun, Sie müssen jetzt nicht fürchten, dass ich Ihnen breit alle jene Daten und Fakten vortrage, die die mangelnde Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft eindrücklich belegen. Sie kennen sie alle, und wenn nicht, wollen Sie sie auch jetzt nicht kennenlernen. Überflüssig wäre Frauenpolitik ja auch dann, wenn es zwar Defizite gäbe, es aber keines bewusst steuernden Eingriffes, also keiner Politik bedürfte, um sie zu beheben, sondern alles von allein seinen wunderbar erfreulichen Weg ginge.

Als wirksamer Motor für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit gilt zurzeit die Demografie. Wenn es zu wenige Menschen gibt, nimmt man ja auch die Minderbemittelten, die zweite Wahl, also die Frauen.
Da haben wir in der Bundesrepublik Deutschland so unsere Erfahrungen: Als wir in den 1960er Jahren Arbeitskräfteknappheit hatten, überprüften die Unternehmen, ob sie das Erwerbspotenzial der Frauen heben könnten, ein Potenzial, das damals nur zu einem Drittel ausgeschöpft war. Jedoch bemerkten sie, dass dies nicht gelingen könnte, ohne auf die Interessen und die Lebenslage der Frauen einzugehen. Als Horrorgemälde erschien ihnen damals die Notwendigkeit, Teilzeitarbeitsplätze anbieten zu müssen. Auch schien dadurch eine Veränderung der so gemütlich verkrusteten Gesellschaft zu drohen, gar in Richtung auf weniger Geschlechterhierarchie. Wie viel einfacher und sicherer

war es doch da, männliche Gastarbeiter ins Land zu holen, was, wie man weiß, niemals Probleme gemacht hat.
Schöne Parallele zu heute.
Und dann gab es in den 1980er Jahren die Diskussion um Frauen in den Führungsetagen, die schließlich beendet wurde, mit dem Hinweis, die Unternehmen bräuchten derartig viele qualifizierte Führungskräfte, dass sie von ganz allein auf die Frauen zurückgreifen würden. Jedoch: In den Unternehmen sind lieber neue Führungskonzepte entwickelt und Managementebenen abgebaut worden, mit der Folge, dass die Frauen keineswegs fehlten und bis heute weibliche Führungskräfte kaum anzutreffen sind. Auf den Einfallsreichtum der Unternehmen, Frauen zu vermeiden, können wir uns durchaus verlassen.
Also: Christa hat Recht: Frauenpolitik ist nicht überflüssig, sondern braucht eine Zukunft.
Die Zukunft der Frauenpolitik ist allerdings nicht gleichzusetzen mit der Zukunft der Frauen in dieser Gesellschaft. Und das ist gut so. Denn: Leitet man die Zukunft der Frauenpolitik aus der Gegenwart der Frauenpolitik ab, ist auf nationaler Ebene – ich betone: auf nationaler Ebene – umfassende Tristesse angesagt.
Gibt es überhaupt Frauenpolitik auf Bundesebene? Ich meine außerhalb der allfälligen Sonntagsreden und denen zum Internationalen Frauentag. Nein, weit und breit keine Frauenpolitik oder nur ein winziges bisschen in der Diskussion um Frauen in den Aufsichtsräten. Im Übrigen stehen Familienpolitik und Kinderpolitik im Fokus.
Die letzten Bundesministerinnen mit dem Politikziel Frauen in der Dienstbezeichnung, die wussten, dass Familienpolitik zwar viel mit Frauen zu tun hat, aber nicht identisch ist mit Frauenpolitik, und entsprechend handelten, waren in der CDU Rita Süssmuth und in der SPD Christine Bergmann.
Es ist bestimmt kein Zufall, dass beiden das darauf gerichtete Handeln politisch und karrieremäßig nicht gut bekommen ist. Die Frau, die in der Politik die Sache der Frauen und die Gleich-

stellung zu ihrem Schwerpunkt macht, findet keine Freunde und höchstens vereinzelt Unterstützung. Stört sie doch das gleichbleibende interessengeleitete Nichtwissen, sie versaut das Diskussionsklima durch ihre Beharrlichkeit und die Notwendigkeit, immer wieder dieselben dummen Ausflüchte formulieren zu müssen; sie nervt durch die Wiederholung von Fakten und guten Argumenten. Nichts aber wird so übel genommen, wie wenn das Festhalten an einer falschen politischen Entscheidung erschwert oder gar lächerlich gemacht wird.

Vielleicht formulieren deshalb Politikerinnen, die Frauenpolitik im Auge haben, diese regelmäßig nicht mehr ausdrücklich als solche. Sie wagen es nur, sie mittelbar über Familienpolitik zu betreiben, wenn dabei auch notwendig Verluste an Effizienz und große Lücken auftreten. Dass manche Familienpolitik heute doch auch bewusste Frauenpolitik sein soll, ist allerdings nur meine altersmilde Vermutung.

Die Ablehnung von Frauenpolitik innerhalb des politischen Betriebes beruht nicht auf ausgeprägtem Frauenhass, sondern schlichtweg auf Opportunismus, Dummheit und Feigheit. Denn außerhalb des politischen Betriebes wird Frauenpolitik auch nicht goutiert und deshalb nicht belohnt. Denken Sie nur an die Powergirls, die begeistert gefeiert wurden als die wahren starken Frauen. Die Frauenpolitik und Frauenpolitikerinnen verächtlich machten. Die Ekel zeigten, wenn von Feminismus die Rede war. Oder die Studentinnen, die sich bestenfalls gelangweilt abwenden, wenn über Geschlechtergerechtigkeit gesprochen werden soll. Denken Sie an das ewige Gequake aus wirtschaftsnahen Kreisen, die bei gesetzlichen Bemühungen um Gleichstellung die deutsche Wirtschaft so zusammenbrechen sehen wie weiland beim gesetzlichen Verbot der Kinderarbeit. Und wer legt sich schon gerne mit der Wirtschaft an?

Viele Frauen halten in jungen Jahren die Gleichstellung der Frauen und damit ihre Gleichberechtigung für verwirklicht. Wir Älteren sollten zurückhaltend sein beim Kopfschütteln über die-

sen Irrtum – wie viele von uns hatten denn selbst als junge Frauen kein Bewusstsein für die Tatsache der Diskriminierung. Und wir hatten sehr viel weniger Veranlassung zu dieser spezifischen Blindheit. Heutzutage erleben Mädchen und junge Frauen geradezu regelhaft, dass die Jungen und jungen Männer ihnen, was Bildungserfolge und Reife betrifft, das Wasser nicht reichen können. Es ist nicht tröstlich, dass bei vielen dieser jungen Frauen die Erkenntnis ihrer Benachteiligung noch auftreten wird – später.

Folge von alldem, von der Unattraktivität, ja Belastung des Politikfeldes Frauen ist: Auf der Bundesebene hat Frauenpolitik kein Gesicht, auf Landesebene drängt sich mir auch keines auf. Und Sie wissen, wie wichtig es in unserer Mediengesellschaft ist, dass ein Politikfeld ein Gesicht hat.

Und inhaltlich? Gibt es Frauenpolitik?

Unter dem Strich hat der bundesdeutsche Gesetzgeber schon seit längerem mehr Gesetze verabschiedet, die nachteilige Wirkung auf Frauen haben, als solche, die ihnen und ihrer Gleichstellung dienen. Das Ergebnis erscheint umso drastischer, wenn man jene Gesetze außer Betracht lässt, die der Bundesrepublik Deutschland aufgedrängt wurden durch europäische Rechtsakte. Musterbeispiel ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das überaus unwillig und europarechtswidrig umgesetzt wurde und den Frauen keinen Rechtsfortschritt gebracht hat. Ich fürchte, es ist bezeichnend, dass Gender Mainstreaming zur verbindlichen Maxime der Bundesregierung erklärt wurde, zu einer Zeit, in der besonders viele Gesetze verabschiedet wurden, die negativ auf Frauen und ihre Lebenswirklichkeit wirkten.

Das Fehlen von Frauenpolitik im Handeln des Staates und im Auftritt der politischen Klasse gilt übrigens für sämtliche politischen Farben und Farbkombinationen. Wie sagt Susanne Baer so schön: Die Politik zeigt rhetorische Aufgeschlossenheit bei faktischer Verhaltensstarre.

Also keine Zukunft für Frauenpolitik?

Zu Beginn hatte ich angemerkt, dass die Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Frauenpolitik nicht gleichzusetzen sei mit einer Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Frauen.
Denn so gleichförmig trist die Frauenpolitik auftritt oder vielmehr gar nicht vorhanden ist, so bunt ist denn doch das Bild in der Zivilgesellschaft geworden. Es geschahen und geschehen unverhoffte Dinge.
Jahrzehntelang war Quote ein Bäh-Wort für die Medien. Wer sich für sie einsetzte, erntete bei ihnen bestenfalls hochgezogene Brauen. Wir hatten uns schon daran gewöhnt. Und nun? Die Zeitungen sind voller Artikel, die die Quote für unverzichtbar erklären. Telekom legt gar eine fest – allerdings wie immer noch unter großem Gerüfte der Wirtschaft. Eine Schwalbe, kein Sommer?
Für mich die größte positive Überraschung waren die Ergebnisse der Studie von Professorin Allmendinger. Sie hat Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von jungen Frauen zwischen 17 und 19 bzw. 27 und 29 Jahren aus dem Jahre 2007 und 2009 vorgelegt. Verblüffende Ergebnisse! Unerwartet, wie nüchtern und selbstbewusst die Frauen die Wirklichkeit wahrnahmen und wie radikal sie ihre Bedürfnisse formulierten. Und mehr noch: Diese Radikalität hat sich in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit von zwei Jahren auch noch eklatant verschärft, und zwar auch bei denen, die inzwischen ein Kind bekommen hatten.
Da wächst uns etwas heran, das zu größten Hoffnungen berechtigt.
Ich kann die Ergebnisse dieser Studie, die unter dem Namen „Brigitte-Studie“ auch als Buch vorliegt, hier nicht vorstellen, dazu reicht die Zeit nicht – lassen Sie mich nur einige wenige Punkte nennen:
Gleich geblieben ist ein sehr großer Wunsch nach Kindern und Familie, und diese wollen sie auch gegenüber den Anmutungen der Erwerbsarbeit verteidigen. Aber: Diese jungen Frauen stre-

ben nach der gleichwertigen Partnerschaft, das Modell des Ernährers hat ausgedient.
Die Frau, die für den Partner auf ihre Erwerbstätigkeit verzichten würde, gibt es quasi nicht mehr. Nur noch wenige würden für den Partner den Beruf wechseln, Ganz wichtig ist es für sie, eigenes Geld zu verdienen.
Sie wünschen sich einen sicheren Arbeitsplatz, die Höhe des Einkommens ist nicht ausschlaggebend, aber sie sind unzufrieden, wenn sie weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.
Sie wissen, dass sie hervorragend ausgebildet sind, und die große Mehrheit ist bereit, auch in der Erwerbsarbeit Verantwortung zu übernehmen.
Trotz der problematischen Lage auf dem Arbeitsmarkt beurteilen die Frauen ihre eigenen Chancen zuversichtlich. Sie wissen, dass sie eigentlich gebraucht werden – und fühlen sich eher als Gewinnerinnen der Krise.
Ihrer Angst vor Massenarbeitslosigkeit, die sich deutlich erhöht hat, begegnen sie mit der Bereitschaft, sich zu bewegen, sich fortzubilden.
Die jungen Frauen sind keineswegs unpolitisch. Im Jahr der Wirtschaftskrise hat eine starke Politisierung der Frauen stattgefunden. Mehr als die Hälfte der Frauen können sich inzwischen vorstellen, an Unterschriftensammlungen, Streiks oder Hersteller-Boykotts teilzunehmen. Einige von ihnen haben das bereits getan. Jedoch: Die Parteien stehen bei ihnen nicht gerade hoch im Kurs. Diese Studie über die Haltungen der jungen Frauen lässt nach meiner Einschätzung folgende Schlussfolgerungen für unsere Frage nach der Zukunft der Frauenpolitik zu:
Die selbstbewusst vorgetragenen Ansprüche der jungen Frauen, ihre Vorstellungen über ein eigenbestimmtes, sinnvolles Leben werden binnen kurzem auf eine bittere Realität in der Erwerbsarbeit und in der Partnerschaft stoßen. Beide sind auf ihre formulierten Bedürfnisse nicht eingestellt, nicht die Erwerbsarbeit und nicht die jungen Männer. Übrigens: Professorin Allmendin-

ger hält es für wahrscheinlich, dass viele dieser klugen und starken Frauen keine gleichermaßen gebildeten und eigenständigen Partner finden werden. Diese Aussicht ist für sie noch dramatischer als die Defizite in den Bedingungen der Erwerbsarbeit. Denn deren Strukturen sind leichter zu ändern als die Defizite bei den Männern.

Dass die Träume junger Frauen nicht in Erfüllung gehen, ist nichts Neues, eigentlich. Aber diese jungen Frauen werden es sich nicht gefallen lassen. Sie werden es sich auch nicht gefallen lassen müssen. Das ist das Neue. Das ist das Hoffnungsvolle. Die Frauen in den 1960er Jahren waren ja viel angepasster an die restriktiven Bedingungen der damaligen Gesellschaft. Dem Entwurf nach allesamt Hausfrauen. Die neuen jungen Frauen aber wollen eine Zukunft haben, eine eigenständige Zukunft, und sie werden sich diese Zukunft nehmen.

Ich glaube nicht, dass eine machtvolle Frauenbewegung entstehen wird. Aber ich glaube, dass wir bewegte Frauen bekommen, Frauen, deren Interessen dauerhaft zu übersehen politisch untunlich, ja, für Parteien gefährlich wird. Die CSU hat es gerade auch schon gemerkt. Die zukünftige Frauenpolitik wird daher zunächst, so meine ich, nicht aufgrund von Einsicht aus politischen Zirkeln und wohl schon gar nicht aus parteipolitischen Zirkeln erwachsen. Wahrscheinlich wird es so werden, wie die Entwicklung zu mehr Geschlechtergerechtigkeit immer lief: eine hinhaltende, wenn nicht gar ablehnende staatliche Politik, geprägt immer noch von Männern und von denjenigen Frauen, die angesichts von Männermacht möglichst wenig Frauenpolitik machen. Das wird zu Verzögerungen führen und Kraft kosten. Aber, wie in der Vergangenheit: Die Frauen werden ihre Zukunft haben wollen und diejenigen politisch abstrafen, die sie ihnen verweigern. Und so wird es gegen Widerstände vorangehen mit der Geschlechtergerechtigkeit. Die Frauen werden, so hoffe ich, auch ihre Stimmen finden, Stimmen wie die von Christa Randzio-Plath.

Frigga Haug
Feministische Antwort auf die Krise

© iStockphoto

In der Regierungspolitik zur Weltwirtschaftskrise wird überaus deutlich, dass diese Gesellschaft nicht vom Standpunkt ihrer Reproduktion gefasst wird, sondern stur und hilflos vom Versuch, alles genau so wiederherzustellen, wie es war – mit Überakkumulation von Gütern und von Kapital, mit Krieg, und dabei Hunger, wachsende Arbeitslosigkeit und Angst in Kauf nehmend. Vom Reproduktionsstandpunkt sieht man ohne Weiteres, dass die Ressourcen verbraucht werden, dass es für die meisten heißt, den Gürtel, der nicht sonderlich weit war, sehr viel enger zu schnallen, und dass niemand so recht zu wissen scheint, wie alle in diese schwere Lage kamen. Die krisenhafte Entwicklung geht so schnell, dass es sogar schwerfällt, die Verwandlung der eigenen Wünsche zu erinnern. Noch vor wenigen Jahrzehnten ging es um die Verkürzung der Arbeitszeit und Humanisierung der Arbeitswelt; aus der Frauenbewegung kamen die Forderun-

gen nach Anerkennung von Hausarbeit als Arbeit. Dann kam mit dem Neoliberalismus als neue Lösung aller Probleme die „vollständige“ Selbstbestimmung eines jeden als Fortschritt. Die Losung, ein jeder und eine jede könnten Unternehmer sein, und sei es nur ihrer eigenen Arbeitskraft, bleibt eine zynische Verbrämung der Verwandlung so vieler in neue Sklaven und Sklavinnen der Banken, deren Kredite ein neues Leben versprachen: Eigentumswohnungen und Glück durch Konsum. Und jetzt in der Weltwirtschaftskrise geraten die einzelnen Momente täglichen Lebens aus den Fugen. Schon geht es nunmehr darum, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben, egal welcher Qualität. Der Klassenkampf scheint stillgestellt und ebenso der Konflikt mit dem „Feind im eigenen Bett“. Dramatisch gehen die Scheidungsraten nach unten. Da man nicht weiß, wie viel schlechter alles wird, scheint es sicherer, vorerst zusammenzubleiben, wie zerstritten auch immer. Die versprengten Einzelnen ducken sich, um vielleicht davonzukommen.

Aber dies ist der Moment, sich aufzurichten und die Fragen noch einmal neu zu durchdenken.

Vom Standpunkt der Reproduktion der Gesellschaft gewinnen die einzelnen Bereiche des Lebens eine andere Bedeutung. An oberste Stelle rückt das Leben selbst als Zweck und Ziel und also das Verlangen, dass es gut sei. Alle Arbeit, die hierfür direkt geleistet wird, ist selbstverständlich Arbeit, gehört aufgewertet und als soziale Befähigung für alle Geschlechter zugänglich. Sie braucht Raum und Zeit. So wird ein feministisches Projekt nicht bei der Gleichstellung der Geschlechter in der schlecht verwalteten und barbarischen Gesellschaft beginnen, sondern bei der Arbeit und ihrer Verteilung. Dafür müssen wir als Erstes gegen den bornierten Blick streiten, der nur das als Arbeit zählt, was heute in der Form der Lohnarbeit geregelt ist. Alle Arbeit in der Gesellschaft gehört besichtigt und ihre Verteilung gerecht angegangen. Dafür brauchen wir einen anderen Arbeitsbegriff und eine andere Vorstellung von Gerechtigkeit, die nicht mehr bloße

Tauschgerechtigkeit wäre, sondern orientiert ist an ihrem Gegensatz, dass keinem Unrecht geschehe. Besichtigen wir die Gesamtgesellschaft, so gibt es überall Aufgaben im Überfluss, von deren Erfüllung nur ein Teil bezahlt wird und vieles überhaupt ungetan bleibt, weil keine Zeit und keine Kraft vorhanden sind und weil andere Ziele dominant sind. Das gilt wohl für viele Fragen des Umgangs mit Natur, der menschlichen wie der, die zu unseren Lebensbedingungen zählt. Eine gerechte Verteilung der Arbeit beträfe die Arbeit, die in der heutigen Form der Lohnarbeit ein zum guten Leben ausreichendes Einkommen erbringen muss; dann der Menschheitsarbeit, sich des neuen, des kranken, des alten Lebens und seiner selbst sorgend anzunehmen, heute Reproduktions- oder auch Sorgearbeit geheißen. Beides sind Menschenrechte. Als Menschenwürde soll gelten, die eigenen Anlagen zu entfalten. Dies ist sowohl eine Notwendigkeit wegen der schnell sich ändernden Erfordernisse des Lernens als auch eine sinnhafte Aufgabe, als schöpferischer Mensch sein Leben als Kunstwerk zu begreifen. Schließlich bleibt die Arbeit der politischen Gestaltung von Gesellschaft im Großen, die wir Politik nennen. Uneingelöst ist in der Abgabe des Politischen an eine spezielle Berufsgruppe mit nachfolgender politischer Entmündigung der Bürger das menschliche Bedürfnis, seine Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gestalten. Dass Politik ein Bedürfnis auch nach Lebenssinn ist, zeigt die wachsende Zahl von „ehrenamtlich“ Tätigen, die sich – fast jeder Zweite in Deutschland – unentgeltlich der Gemeinwesenarbeit verpflichten.

Eine politische Utopie für die Neuordnung der Bereiche des Lebens, die zugleich Anleitung zum alltäglichen politischen Handeln ist, ist die Vier-in-einem-Perspektive.[1] Suchen wir daraus die „klare Losung“: Das geteilte Leben muss in ein ganzes Leben zusammengebracht werden. Eine gerechte Teilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und Demokratie jetzt! Dafür braucht

[1] Die Vier-in-einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg 2008, 2A 2009.

es eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit tendenziell auf ein Viertel des alltäglich tätigen Lebens und einen guten Arbeitsplatz als Menschenrecht wie ebenso die Teilhabe von allen an der Arbeit für Mensch und Natur in einem weiteren Viertel. Zeit und Raum für Entwicklung als Menschenwürde und politische Beteiligung von allen.

Eva Rühmkorf

Gespenster in Europa – Quotenfrauen

© FIM e. V

Es gibt in Deutschland ein neues Datum für die Gleichstellung der Frau: Anfang Oktober 2010 hat die CSU für die Landesebene ihrer Partei so etwas wie eine Frauenquote beschlossen. Fortschritt? Erfolg? Politsatire?

Nahezu dreißig Jahre sind vergangen, seit das Team der *Leitstelle Gleichstellung der Frau*[1] in Hamburg in stürmischen Dienstbesprechungen das brisante Thema „Quotierung" kontrovers diskutierte und sich schließlich für die Erarbeitung einer Richtlinie zur aktiven Frauenförderung im Öffentlichen Dienst entschied.[2]

---

[1] Die „Leitstelle für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau" in Hamburg war in der BRD die erste Gleichstellungsstelle auf Länderebene, die – zugeordnet dem Ersten Bürgermeister als Regierungschef und personell vernünftig ausgestattet – am 1. Januar 1979 ihre Arbeit aufnahm. Ich war neun Jahre lang die Leiterin der „Leitstelle"; ab 1983 als Staatsrätin.

[2] Die bundesweite erste „Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg" trat am 1. Januar 1984 in Kraft.

Diese Richtlinie wurde bundesweit von den Gleichstellungsstellen und Frauenministerien aufgegriffen, die in den Jahren nach 1979 eingerichtet wurden.
Die aktuelle Medien-Berichterstattung über Frauenquoten in Führungspositionen von Unternehmen und deren Vorständen und Aufsichtsräten oder zu Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern und Karrierehemmnissen für Frauen dokumentiert, dass wir auch im 21. Jahrhundert von einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern weit entfernt und die Probleme und die frauenpolitischen Forderungen der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts noch immer hochaktuell sind.

Trotz positiver Entwicklungen und messbarer Fortschritte in den zurückliegenden Jahrzehnten. Trotz der (von Politikerinnen und Gleichstellungsstellen in der Verfassungskommission durchgesetzten) Erweiterung des Artikels 3 des Grundgesetzes um die Gleichstellungsverpflichtung des Staates. Trotz des Inkrafttretens eines Allgemeinen Antidiskriminierungsgesetzes.
Nach wie vor fehlt ein wirksames Gesetz, das die Gleichstellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen verbindlich regelt.
Was sich heute in Berichten über die Arbeit von Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in den vergangenen Jahrzehnten wie eine Erfolgsstory liest und anhört, sind die Ergebnisse zähen und beharrlichen Ringens. Wir „Staatsemanzen“[1] saßen zwischen allen Stühlen, mussten uns mit den Vorurteilen und Vorbehalten auf mindestens zwei Seiten auseinandersetzen, um die Anerkennung unserer Arbeit zu erkämpfen und unsere Daseinsberechtigung zu beweisen.
Auf der einen Seite unsere „Verhandlungspartner“, die wir überzeugen mussten, um unseren Auftrag der „Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen“ zu erfüllen:

---

[1] So bezeichnete mich Dichter Peter Rühmkorf, wenn er nach dem Beruf seiner Frau gefragt wurde.

Die öffentliche Meinung und die männlich dominierten Entscheidungs- und Gestaltungsgremien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in Gewerkschaften und Verbänden.
Sie vertraten mehrheitlich – wenn auch in unterschiedlicher Lautstärke und Offenheit – die Auffassung, bei der Frauenbewegung handele es sich um eine hoffentlich bald vorübergehende Modeerscheinung einiger weniger irregeleiteter Emanzen, und die Politiker, die diese „Spielwiesen für Sozialdemokratinnen" eingerichtet hatten, würden sicher auch bald wieder zur Vernunft zurückkehren.
Uns Wohlgesonnene redeten uns gut zu und suchten uns zu ermuntern, mit dem Hinweis auf die wachsende Bildungsbeteiligung von Mädchen und die steigende Zahl guter und überdurchschnittlicher Abschlüsse: „Noch nie waren so viele Frauen so gut ausgebildet wie heute!" Da könne es nicht ausbleiben, dass die Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf alle Ebenen „durchwachsen" würden – ohne diskriminierende Maßnahmen wie Quoten und Förderpläne.
Auf der anderen Seite die feministische *autonome Frauenbewegung*, der wir uns verbunden fühlten, deren Ziele weitestgehend auch die unseren waren, die wir unterstützen und die wir – gemeinsam mit ihren Vertreterinnen – umsetzen und durchsetzen wollten:
Ihre Aktivistinnen blieben lange Zeit misstrauisch gegenüber den Gleichstellungsstellen und Frauenbüros, sie befürchteten die Vereinnahmung ihrer frauenpolitischen Positionen und Projekte durch „die Politik". Sie beargwöhnten uns auch wegen unserer sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätze, während sie sich ehrenamtlich engagierten oder in den autonomen Frauenprojekten mit zeitlich befristeten (z. B. „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen") Mitteln in Unsicherheit und ständiger Furcht um die Weiterbewilligung öffentlicher Zuwendungen arbeiteten.
Nach und nach entwickelte sich eine erfolgreiche Kooperation (einige Beispiele: Finanzierung von Frauenprojekten aus Haus-

haltsmitteln, Mädchenarbeit, Frauengesundheit, Entkriminalisierung der Prostituierten, Gewalt gegen Frauen, Frauenhäuser, Frauenkulturarbeit, Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung) mit Kontakten, die bis heute bestehen und weiterwirken.

Rückblick und Ausblick

Frauenrechtlerinnen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Initiativen, *autonome Frauenbewegung* und „Staatsemanzen“ in Frauenministerien, Frauenbüros und Gleichstellungsstellen haben in den zurückliegenden Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, dass sich die gesellschaftliche Situation der Frauen verbessert und die Rollen von Frau und Mann in Gesellschaft und Familie sich nachhaltig zu verändern beginnen.

Wie die Frauenbewegungen der Generationen vor uns können wir feststellen, dass wir einen historischen Veränderungsprozess geprägt und nachhaltige Spuren hinterlassen haben.

Wir setzen darauf, dass Rückschlägen und Misserfolgen zum Trotz die nachwachsenden Generationen in einer sich grundlegend verändernden Welt mit neuen Herausforderungen neue, eigene Strategien entwickeln zur Weiterentwicklung der Emanzipation von Frauen und Männern.

Elke Peine

Frauenförderung – radikaler Umbau der Gesellschaft

Frauen- und Mädchenförderung als Instrument zur Überwindung von Benachteiligungen von Mädchen und Frauen scheint unzeitgemäß. Gender Mainstreaming ist die Strategie, mit der Geschlechterdemokratie hergestellt werden soll. Notwendige Voraussetzung dafür ist eine Gender-Kompetenz, die oft durch einen geschlechtsspezifisch „gefärbten“ Alltagsverstand ersetzt ist.

Einige Politiker und Politikerinnen instrumentalisieren die Gender-Mainstreaming-Vorgabe für parteipolitische und ideologische Ziele, indem sie den Abbau frauen- und mädchenfördernder Einrichtungen als Ergebnis von Gender-Mainstreaming-Prozessen behaupten.

Damit befinden sie sich im Einklang mit einem Diskurs, in dem gebetsmühlenartig die Chancengerechtigkeit für Mädchen als Fakt ausgerufen wird, die nun zu Lasten der Jungen aus dem Gleichgewicht geraten sei. So fordert Prof. Dr. Hurrelmann Jungenförderung mit den identischen Methoden und Instrumenten der Mädchen- und Frauenförderung, denn „Schließlich geht es um die Benachteiligung der Hälfte der Bevölkerung“ (DIE ZEIT, 05.08.2010, Nr. 32), und meint damit ernsthaft die strukturelle Benachteiligung von Jungen (und zukünftigen Männern).

Angesichts vieler strukturell bedingter Ungerechtigkeiten und demütigender Erlebnisse, die Mädchen und Frauen tagtäglich erfahren, ist diese Forderung absurd und undifferenziert.

Mädchen- und Frauenförderung enthält eine deutliche gesellschaftspolitische Kritik, fokussiert strukturelle Ungerechtigkeiten, die Mädchen oder Frauen erfahren, und enthält die Forderung nach Maßnahmen, die Diskriminierung und Benachteiligungen aufgrund des weiblichen Geschlechts abbauen.

Die Forderung nach Mädchen- und Frauenförderung ist in einer Gesellschaft, die viel von Gleichheit spricht, aber ständig Un-

gleichheit produziert und verschweigt, eine Provokation und wird dementsprechend vehement attackiert.
Festzustellen ist, dass sich die Chancen von Mädchen und Frauen an gesellschaftlicher Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten seit der Zeit unserer Großmütter erheblich vermehrt haben.
Anders als in den Anfangsjahren der Frauenbewegungen gibt es heute einen formal und offiziell formulierten Geschlechter-Gleichstellungs-Konsens.
Die wenigen diskutierten konkreten Maßnahmen zur Herstellung und Sicherung einer Geschlechtergerechtigkeit verfolgen je nach politischer Couleur, persönlichen geschlechtsspezifischen Zuschreibungen und ökonomisch dominierten Interessen zuweilen kontraproduktive Ziele.
Festzustellen ist, dass bei gleicher (teils schlechterer) Qualifikation Jungen/Männer gegenüber Mädchen/Frauen bevorzugt eingestellt, entlohnt und befördert werden.
Mehr als zu Zeiten unserer Großmütter werden heutzutage die Fähigkeiten, Stärken von Mädchen und Frauen und deren gesellschaftlicher Nutzen erkannt und benannt. Zur gerechten Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen führt dies nicht.
Im Kontext einer neoliberalen Wirtschaftsordnung wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufrechterhalten, bleibt eine radikale Kritik an den an „hegemonialen Männlichkeiten“ orientierten kulturellen Praxen (Dominanz der Erwerbsarbeitslogik, Sexualisierung weiblicher Körper) aus, werden Frauen z. B. in Niedriglohngruppen miserabel bezahlt, zur entgeltlosen, ehrenamtlichen Tätigkeit in der Pflege von Angehörigen aufgerufen etc.
Solche Verwertungsinteressen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung verhindern strukturell radikal und schnell wirkende Maßnahmen.
Die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und Gestaltung von Mädchen und Frauen enthalten massenhaft nicht zu vereinbarende Anforderungen, nicht aufzulösende Widersprüche: So

orientieren sich Frauen an selbstbestimmt daherkommenden Anforderungen und streben an, zu je 100 Prozent eine liebende, sexuell attraktive, aktive und versorgende Ehefrau und Geliebte, eine sorgende, zuhörende und pflegende Tochter, eine erziehende, versorgende, fördernde und liebevolle Mutter, eine gut gelaunte und allseits kompetente Haushaltsmanagerin, eine unterhaltsame, mitfühlende und unterstützende Freundin, Schwester und Tante, eine vielseitig interessierte und sportliche, gesundheitsbewusste Frau sowie eine leistungsfähige Erwerbstätige mit Aufstiegsehrgeiz und Karrieremotivation zu sein.
Sie versuchen, individuell übermenschliche Höchstleistungen zu erbringen, was sie zu den wahren „Leistungsträgern" dieser Gesellschaft macht, die oft einen hohen Preis dafür zahlen, während die selbst ernannten und viel gepriesenen „Leistungsträger" mit Schlips und Kragen Armut nicht zu fürchten brauchen.
Weil Werte wie Glück, Wohlergehen und Erfolg als Resultate individueller Leistungsfähigkeit ideologisiert werden, wird Scheitern und Versagen an unmenschlichen „Höchstleistungen" zum Effekt mangelnden Einsatzes, eigener Unzulänglichkeit und somit privatisiert.
Psychische und psychosomatische Erkrankungen werden als vom Schicksal oder Genen verursacht erlebt. Zusammenhänge zwischen strukturell bedingten Über- und (Entwicklungs-)Unterforderungen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen, entsprechende geschlechtsspezifische Erfahrungen und Belastungen bleiben vernebelt. Verursacher werden nicht zur Verantwortung gezogen, die Kosten einer solch misslungenen Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik auf die Sozialversicherungssysteme verschoben.
Auch jugendliche Mädchen erleben strukturelle Benachteiligungen, die allerdings erst auf den zweiten Blick erkennbar sind. Ihnen stehen zumindest theoretisch viele Möglichkeiten offen. Die Mädchenbilder von heute spiegeln starke, erfolgreiche und selbstbewusste Mädchen wider, die in allen Bereichen ihres Le-

bens kompetent und „cool“ sind. Mädchen übernehmen Aspekte männlich-kodierter Kulturen, konsumieren frauenverachtende pornografische Videos, Filme, Musik etc., erproben entsprechende Sexualpraktiken und risikoverhaftete Verhaltensweisen, die gegen sie selbst gerichtet sind. Sie erleben alltägliche Gewalt, Sexualisierung, die Reduzierung auf Körper und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheiten. Sie haben als Mädchen keine Sprache und Artikulationsmöglichkeiten für ihre Verletzungen an Leib und Seele, außer sich selbst und ihre Unzulänglichkeit dafür verantwortlich zu machen.

Der medial aufgeblähte „Bildungsvorsprung“ verbessert bisher keineswegs die realen Chancen von Mädchen und jungen Frauen auf gleich hoch bezahlte Arbeitsplätze.

Mädchen- und Frauenförderung ist notwendiger denn je, da geschlechtsspezifische Benachteiligungen verleugnet, vernebelt und zunehmend unaussprechlich sind.

Mädchen und Frauen brauchen fördernde Maßnahmen und Regelungen z. B. in der Arbeits- und Berufswelt, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Jugendarbeit und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Gebraucht werden Einrichtungen, in denen Mädchen eine ihnen gerechte Sprache für ihre Bedürfnisse, Vorstellungen, für ihr Unbehagen und ihre Erfahrungen entwickeln, in denen Frauen ihren „Ausstieg aus dem Hamsterrad“ nicht als persönliches Versagen erleben und die wirklichen Ursachen z. B. psychischer und psychosomatischer Erkrankungen erkennen.

Fazit:

Wir brauchen viele, auf unterschiedlichen Ebenen verankerte mädchen- und frauenfördernde Maßnahmen. Die Anforderungen sind erheblich gestiegen, da Frauen verschiedenen Dimensionen von Benachteiligung und Diskriminierung ausgesetzt sind und die Verteilung von Macht und Privilegien auch unter Frauen sehr unterschiedlich ist.

Mädchen- und Frauenförderung ist ein notwendiges, keineswegs hinreichendes Mittel zur Überwindung der Benachteiligungen.
Hierzu ist ein radikaler Umbau der Gesellschaft notwendig: Die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die Forderung an die Männer, sich an allen gesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen, insbesondere an denen, die zur Zeit in das Private verlegt sind, und die gelebte und nicht nur behauptete Beteiligung von Mädchen und Frauen an allen gesellschaftlichen Möglichkeiten und Ressourcen.

© pro:fem

Angela Bähr

Staatsfeminismus – Gender Mainstreaming versus Frauenförderung

In der Frauenpolitik sorgen seit Jahren zwei Begriffe für Unmut und Verwirrung: Frauenförderung und Gender Mainstreaming. Beide stehen für unterschiedliche, sich aber ergänzende Ansätze des sogenannten Staatsfeminismus zur Verwirklichung der Gleichstellung. Staatsfeminismus ist die Antwort staatlicher Institutionen auf die Forderungen der Frauenbewegung. Dazu gehören beispielsweise die Einrichtung von Frauenministerien, Stabsstellen für Frauenförderung, die rechtlich verbindliche Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten und alle anderen staatlichen Frauenfördermaßnahmen. Gleichzeitig haben diese Institutionen den Auftrag, politische Entscheidungsprozesse im Sinne von mehr Geschlechtergerechtigkeit zu verändern und zu Gender Mainstreaming anzuregen.

In der zeitlichen Abfolge entstand zunächst die Frauenförderung, die mit konkreten Maßnahmen vielfach erfolgreich darauf abzielte, den direkten Zugang von Frauen zu Ressourcen, zu Wissen und zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe zu verbessern. Als deutlich wurde, dass auch eine erfolgreiche Frauenförderung – sei es von Seiten der Frauenbewegung als auch von Seiten der staatlichen Verankerung der Geschlechtergleichstellung – permanent an die Grenzen grundsätzlicher, an den traditionellen Geschlechterrollen ausgerichteten Strukturen stößt, wurde auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 Gender Mainstreaming als Politikansatz beschlossen und seitdem weltweit versucht einzuführen.

Gender Mainstreaming steht für eine Politik, die zum Ziel hat, die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf allen Ebenen in allen Politik- und Verwaltungsbereichen und politischen Maßnahmen umzusetzen. Damit impliziert sie, dass bisherige Politik in ihren Wirkungen *nicht geschlechtsneutral* gewesen ist.

Gender Mainstreaming bedeutet, stets grundsätzlich zu fragen, *wie* sich politische Maßnahmen einschließlich Gesetzesvorhaben jeweils auf Frauen und Männer auswirken und *ob* bzw. *wie* sie zum Ziel der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern beitragen können. Auf dieser Grundlage sind politische Vorhaben entsprechend zu steuern. Wird diese Frage auf die institutionelle Verankerung der Geschlechtergerechtigkeit bezogen, so stehen die Stabsstellen und Frauenbüros für eine spezifische Auseinandersetzung und Verankerung der Frauenrechte im öffentlichen Raum, während Gender Mainstreaming eine Querschnittsaufgabe aller Institutionen und Behörden darstellt. Entgegen aller Kritik hat sich der Begriff Gender Mainstreaming inzwischen in seiner englischen Ursprungsfassung als feststehender Terminus etabliert. Der Begriff Gender betont den Aspekt der sozialen Konstruktion der Unterschiede im Verhalten von Frauen und Männern und die Hoffnung auf ihre Veränderbarkeit.

Der Gender-Mainstreaming-Ansatz löste jedoch auch erhebliche Befürchtungen aus. Staatlicherseits vermutete man(n) noch mehr unnötiges „Gedöns“, das Verwaltungshandeln noch komplizierter, teurer und ineffektiver machen würde. Seitens der nichtstaatlichen Frauenorganisationen wurde befürchtet, dass die feministische Errungenschaft „Frauenförderung“ dem Gender Mainstreaming geopfert werden würde. Durch den Aufschwung des Begriffs „Gender“ schien der hart erkämpfte Fokus auf die Lebenssituation von Frauen eher geschwächt und verwässert zu werden, als ihn zu erweitern – nicht zuletzt durch den zusätzlichen Blick auf Männerbilder. Auf der UN-Frauenkonferenz in Peking waren beide Begriffe dezidiert als duale Strategie verabschiedet worden.
Betrachtet man die Konzepte hinter diesen Begriffen einmal jenseits aller Befürchtungen, wird deutlich, dass sich diese Konzepte ergänzen und einander bedingen. Gender Mainstreaming soll eine breitflächige Institutionalisierung von Gleichstellungspoli-

tik anstoßen, auch in Bereichen, die keinen offensichtlichen Gender-Bezug aufweisen. Anders als die herkömmliche Frauenförderung proklamiert Gender Mainstreaming dabei eine Art „konzertierter Aktion Gleichstellung“ durch alle Ebenen. Dieses zwar schicke, aber oft sinnentleerte Lippenbekenntnis verpufft, sofern es nicht mit konkreten Maßnahmen und Wirkungen belegt wird. Dabei lebt das „Mainstreaming“ von den Ideen und Erfahrungen der Basisprojekte und dem genderbezogenen Fachwissen der PraktikerInnen. Ziel ist es, in allen politischen Fachgebieten durch passende Instrumente Gender-Gerechtigkeit sicherzustellen. Um diese geschlechtssensiblen Instrumente zu entwickeln und Fachpolitiken auf ihre geschlechtsspezifische Wirkung zu überprüfen, bedarf es einer „Fachstelle“, die über Expertinnenwissen verfügt. Gleichzeitig ist es zur Belebung des Gender Mainstreaming notwendig, dieses Wissen in alle Politik- und Verwaltungsbereiche einzubringen. Der „Staatsfeminismus“ ist die wichtigste Säule der staatlichen Umsetzung von Geschlechterdemokratie und des Verfassungsauftrags. Diese Arbeitsbereiche sollten möglichst innerhalb von Landes- und Bundesverwaltungen so verankert sein, dass sie die Aufgabe der Geschlechtergerechtigkeit im Querschnitt über alle Ressorts hinweg beraten können und ihnen ein klares Mandat und Kontrollmechanismen gegeben werden, welche dringend von der Führungsebene zu unterstützen sind. Im Zuge des heute eher horizontalen Verhältnisses zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen nimmt diese institutionelle Verankerung der Frauen- und Gleichstellungsbewegung auch nicht den politischen Raum zum Agieren. Die Politologin Birgit Sauer fasst schon 2006 aufgrund einer Studie zusammen „dass sich kein Zusammenhang zwischen der Rolle von institutionalisierter Frauenpolitik und dem geschlechtssensiblen Resultat der Entscheidungsprozesse feststellen lässt“. Die generelle Schwächung von gleichstellungspolitischen Einrichtungen seit den 90er Jahren ging leider einher mit dem Abbau von staatsfemi-

nistischem Handeln, vor allem auch von Ressourcen zugunsten des Gender Mainstreaming.
Somit setzt Gender Mainstreaming neue Impulse für die Verankerung von Gleichstellungspolitik als echter Querschnittsaufgabe in Städten und Staaten. Dabei werden zugleich Expertise und Erfahrungswissen aus der Frauenförderung umso wichtiger, als im Gender Mainstreaming alle Entscheidungseliten angehalten sind, Frauenperspektiven explizit einzubinden. Was dies im Konkreten und je nach Bereich bedeutet, wissen insbesondere diejenigen, die bereits weiter gedacht haben und über das notwendige Praxiswissen verfügen. Somit ist Gender Mainstreaming nicht ohne Frauenförderung zu denken, und die Frauenförderprojekte sind Ressourcen, ohne die ein Gender-Mainstreaming-Prozess nicht mit Leben zu füllen wäre.
Dabei kann der Gender-Mainstreaming-Ansatz – z. B. durch die empfohlene Nutzung von Statistiken und Budget-Analysen – Handlungsnotwendigkeiten belegen helfen und Bereiche sichtbar machen, die bisher noch nicht ausreichend geschlechterpolitisch erschlossen wurden – unter Umständen kann dies auch die themenspezifische Förderung von Jungen und Männern beinhalten. Das breite Engagement im Bereich Frauenförderung kann und soll durch Gender Mainstreaming also nicht ersetzt, sondern intensiver analysiert werden. Eher sollen die in der Frauenförderung entwickelten Instrumente systematisch breitere Verankerung erfahren, auf deren Basis Vernetzung und Erfahrungsaustausch erleichtert werden und die Zielsetzung der Gleichstellung zur Chefsache aufgewertet wird. Es gilt, Fach- und Gender-Expertise durchgängig zu verknüpfen – dafür bedarf es auch im staatlichen Bereich mit Ressourcen und Entscheidungspotenzial ausgestattete professionelle Strukturen, die mit der Erprobung und dem Monitoring von Geschlechtergerechtigkeit beauftragt sind und das Recht auf Gleichbehandlung der Geschlechter und Transgender im Politik- und Verwaltungshandeln fördern.

Eine gute Grundlage dafür bietet in Hamburg die von der Bürgerschaft geforderte Unterzeichnung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Eine solche Bündelung der verstreuten Gleichstellungsaktivitäten erleichtert den Erfahrungsaustausch und die Berichtspflicht. Außerdem fördert sie Transparenz und Verbindlichkeit von Zielsetzungen für eine erfolgreiche Geschlechterdemokratie.

© FIM e. V.

Verena Lappe

Mit der Quote an die Spitze

© Photocase

Die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland spiegelt sich nach wie vor ungenügend in der gesellschaftlichen Wirklichkeit wider. Die andauernde Unterrepräsentanz von Frauen im Bereich der Führungspositionen – insbesondere auch des öffentlichen Dienstes – handelte Deutschland vor dem Ausschuss zur UN-Frauenrechtskonvention CEDAW[1] Kritik ein, verbunden mit der an alle politischen Ebenen adressierten Aufforderung zu gesetzgeberischen und politischen Initiativen. Deutschland stehe nach Auffassung des Ausschusses „im Hinblick auf die Beschäftigung von Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union nur an drittletzter Stelle“. Dabei

[1] CEDAW bezeichnet das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (englisch: Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women).

wurde auch die fehlende Vielfalt in politischen und öffentlichen Gremien kritisiert. Auch die EU-Kommission bekräftigt in ihrer zum Internationalen Frauentag 2010 präsentierten „Frauen-Charta“ ihr Engagement für eine „fairere Vertretung von Frauen und Männern in Führungspositionen im öffentlichen Leben“, und das Europäische Parlament forderte unlängst die Mitgliedstaaten auf, insbesondere effektive legislative Maßnahmen zu ergreifen, mittels derer eine ausgewogene Präsenz von Frauen und Männern in Unternehmen, Verwaltungen und Politik gefördert wird.

Die Hamburgische Verfassung enthält seit 1996 in Artikel 2, Absatz 3 eine Hinwirkungspflicht der Staatsgewalt, neben der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern insbesondere darauf hinzuwirken, „dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sind“. Dies greift der Koalitionsvertrag der derzeitigen schwarz-grünen Koalition vom 17. April 2008 auf und sieht vor, „dass sich eine […] gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an der Ausgestaltung der Gesellschaft auch in einem ausgewogenen Verhältnis der Geschlechter bei der Wahrnehmung von Aufgaben in Gremien und Leitungsfunktionen widerspiegeln muss, das internationalen Standards entspricht. […] Das letztendliche Ziel ist eine Beteiligung von mindestens 40 Prozent beider Geschlechter.“

Betrachtet man die derzeitige Situation in hamburgischen Gremien und Aufsichtsräten der öffentlichen Unternehmen, so lassen sich vier Dinge feststellen[1]:

1. steht Hamburg bei den sogenannten „kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen“ mit insgesamt 38,5 Prozent (2005) Frauenanteil bereits gut da,
2. stellen Frauen aber in den sogenannten „Aufsichts- oder Beiräten von stadteigenen oder anteilig sich im städtischen Besitz

[1] Die folgenden Angaben beziehen sich auf Statistiken, die den Drucksachen 18/4225 vom 30.05.2006 und 19/2144 vom 10.02.2009 entnommen sind.

befindenden Unternehmen und Gesellschaften“ erst knapp 27 Prozent (2005) der Mitglieder,
3. blieb der Frauenanteil bezogen auf die durch den Senat besetzten Gremiensitze deutlich hinter dem durchschnittlichen Frauenanteil dieser Gremien zurück, bei erstgenannten Gremien entsendete der Senat 33 Prozent (2005), bei letztgenannten 18 Prozent (2005) Frauen,
4. variieren die Frauenanteile der unterschiedlichen Gremien mit Anteilen zwischen null Prozent und 80 Prozent sehr stark. Zudem existiert noch kein systematisches Monitoring, um die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in hamburgischen Gremien zu überprüfen.
In Bereichen wie Theater, Stadtteilkultur, Hilfen zur Erziehung oder Kunstkommission besetzt der Senat Gremien bereits erfolgreich mit Frauen. Wenige Frauen entfallen jedoch auf Gremien wie Landespersonalausschüsse für Beamte und Richter, Ausschüsse für das Rettungswesen, Katastrophenschutz, die Vergabekammer der Finanzbehörde oder auch den Integrationsbeirat. In den Führungsetagen der Hafen-, Wirtschafts-, Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Verkehrsunternehmen fehlen Frauen fast gänzlich. So entsendete der Senat 2007 keine einzige Frau in die Aufsichtsräte von Hochbahn AG, Flughafen, Elbphilharmonie, der Gesellschaft für Gewerbebauförderung, TÜV, Bäderland und HSH Nordbank AG. Bei SAGA und GWG findet sich lediglich je eine durch den Senat entsandte Frau. Von den 86 Unternehmen, an denen Hamburg unmittelbar beteiligt ist, werden 73 ausschließlich von Männern geleitet. Damit werden wesentliche, die Gegenwart und Zukunft der Stadt betreffende Entscheidungen, die zudem große finanzielle Investitionen beinhalten, ohne Berücksichtigung des Blickwinkels von Frauen getroffen.
Dieses eklatante Demokratiedefizit zu beseitigen ist Aufgabe von Politik und Verwaltung. Verbindliche Quoten stellen bisher das wirksamste Instrument dar, zügig Veränderungen zu erzie-

len. Das norwegische Beispiel einer 40-Prozent-Quote, zunächst für die Aufsichtsräte der öffentlichen Unternehmen, dann auch für die der börsennotierten Aktiengesellschaften, zeigt, dass eine gesetzliche Quote mit Sanktionsmöglichkeiten sehr schnell zu Erfolgen führen kann, ohne die Leistungsfähigkeit der Unternehmen, wie hierzulande gerne befürchtet, zu gefährden – im Gegenteil. Nun ziehen andere europäische Länder wie Frankreich, Spanien und die Niederlande nach. Auch in Deutschland hat die Diskussion seit der Entscheidung der Telekom für eine Quote im Management Fahrt aufgenommen. Der Hamburger Senat will 2011 mit Initiativen auf Landes- und Bundesebene die Ziele des Koalitionsvertrags wirksam umsetzen. Sowohl in Hamburg als auch bundesweit müssen zeitnah substantielle Fortschritte vorzuweisen sein, um den Anschluss an die europäische Spitze endlich zu schaffen – und um dem UN-Ausschuss endlich Erfolgsmeldungen vorlegen zu können.

Ilse Behrens

Gender Budgeting – Frauenemanzipation durch Geld

© iStockphoto

Manche englische Begriffe lassen sich nur sehr umständlich im Deutschen wiedergeben, das war schon mit dem alleine deshalb von einigen skeptisch angesehenen Gender Mainstreaming so. Der von Frauenverbänden geforderte Denkansatz, durchgängig die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, stieß oft auf Unverständnis, zumal Gender nicht das biologische Geschlecht bedeutet, sondern das soziale. Damit ist eine Abhängigkeit von

gesellschaftlichen Verhältnissen, aber auch die Chance zu deren Veränderung aufgezeigt. Es gilt also zunächst, überhaupt erstmalig zu fragen: Welche Folgen hat staatliches Handeln für Frauen und Männer, genauer gesagt für Menschen, die bestimmte Rollen leben, also z. B. für Kinderbetreuung sorgen oder in typischen Frauenberufen tätig sind?

Ohne Geld ist alles nichts, und so kann auch der Gedanke des Gender Mainstreaming nur wirksam Eingang in die reale Welt finden, wenn Geschlechtergerechtigkeit bei der Verteilung (oder auch Abforderung) öffentlicher Mittel herrscht. Das führt zum Begriff Gender Budgeting.

Dazu hat das BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – im März 2006 eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Konzeptes im Bundeshaushalt vorgelegt. Definiert wird Gender Budgeting als die systematische Prüfung aller haushaltsrelevanten Daten und Maßnahmen auf die ökonomischen Effekte für Frauen und Männer sowie auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Haushaltspolitik müsse dazu beitragen, dass die Gleichberechtigung tatsächlich als Gleichstellung durchgesetzt wird und bestehende Nachteile beseitigt werden, so wie es im Grundgesetz Art. 3 steht.

Wie so oft ist auch beim Zugang zu öffentlichen Mitteln die Antwort auf die Frage „Was ist gerecht?“ nicht immer einfach, schon die Frage muss sinnvoll gestellt werden. Rechnerische Gleichheit genügt nicht, denn es gilt der Grundsatz, dass Gleiches gleich und Verschiedenes nach seiner Eigenart zu behandeln sei. Soll künftig für die Gesamtheit aller Frauengefängnisplätze so viel ausgegeben werden wie jetzt für Männergefängnisse? Wohl kaum. Auch die Maßnahmen zur Gewaltprävention werden mit Sicherheit für Männer mehr als für Frauen kosten.

Andere Zusammenhänge sind da eindeutiger, z. B. die Frage, für welche Sportstätten Geld ausgegeben werden soll. Von Männern bevorzugte Sportarten gelten eher nicht als persönliche Hobbys, sondern als Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung. Tradi-

tionell ist es ähnlich bei Verkehrswegen: Mann fährt mit dem Auto morgens zur Arbeit, da steht es den ganzen Tag auf dem Firmenparkplatz. Währenddessen erledigt frau viele Wege und braucht dafür den ÖPNV, der ist aber nicht so im Fokus männlicher Entscheidungsträger. Es muss gefragt werden: Wer braucht und nutzt was am meisten?

Auf der Einnahmeseite muss gerecht erhoben werden, was beide Seiten zu den öffentlichen Einnahmen beitragen sollen. Ein eklatantes Gegenbeispiel ist das Ehegattensplitting. Wörtlich genommen nicht auf ein bestimmtes Geschlecht bezogen, benachteiligt es in der Realität fast ausschließlich gravierend Frauen, die in der Steuerklasse V strukturell und nachhaltig belastet werden.

Spezifische frauenfördernde Maßnahmen sind für sich betrachtet noch kein Gender Mainstreaming und deren Finanzierung noch kein Gender Budgeting, trotzdem ist es als Einstieg sinnvoll, einen Überblick zu haben, wie viel von unserem Hamburger 11-Mrd.-Haushalt jährlich in solche Maßnahmen fließt. Gabi Dobusch, die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, hat aus Anlass der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2009/2010 den Senat zu Maßnahmen in allen Behörden befragt. Sofern dort spezifische Maßnahmen erfasst werden, beläuft sich die Summe der Mittel auf über 12 Mio. EUR.

Mit dem Projekt Neues Haushaltswesen Hamburg (NHH) wurde begonnen, das Haushaltswesen neu zu organisieren. Künftig werden Ziele, Kennzahlen, Erlöse und Kosten die Grundlage für die Ressourcenzuweisung bilden. Auf ein entsprechendes Ersuchen der Bürgerschaft vom Dezember 2007 hat der Senat im Januar 2009 mitgeteilt, dass das NHH geeignet sei, geschlechterspezifische Haushaltsinformationen zur Verfügung zu stellen und damit die instrumentelle Grundlage für Gender Budgeting zu schaffen. Geschlechterspezifische Aspekte würden vor allem auf der Leistungsseite berücksichtigt. So seien im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Strukturmerkmale zur Differenzierung

des Geschlechts bei allen fachlich geeigneten Daten obligatorisch vorgesehen. Hiermit lasse sich zukünftig insbesondere der budgetierte Leistungszweck im Hinblick auf Gleichstellungsaspekte analysieren (Drucksache 19/2068 v. 27.01.09).

Kersten Artus
Weiblich denken lernen

© Photocase

Uns gehört die halbe Welt! Wie wir Frauen sie auch bekommen, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Geschichte hat bewiesen, dass es nicht ausreicht, Frauen zu fördern. Männer müssen Platz machen. Hierfür benötigen wir die Quote. Männer definieren ihren Status immer noch über Ämter und Positionen: je mehr, desto wichtiger. Daher ist die aktuelle Diskussion um „mehr Frauen in die Aufsichtsräte“ gut und richtig. Aber sie reicht nicht aus. Die meisten Frauen streben kein Amt in einem Aufsichtsrat an. Was Frauen benötigen, ist die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann und vom Staat. Und zwar alle Frauen: Mädchen, Teenager, Mütter, Berufstätige, Behinderte, Seniorinnen. Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit – weder in Aufsichtsräten noch in den Parlamenten, in den Familien oder

in den Jobcentern. Das weiß selbst die Bundesregierung – und sagt es auch. Aber sie reduziert ihre Politik darauf, ungenügende und halbherzige Impulse zu geben und diese mit zu wenig Geld auszustatten:
Vätermonate? Was nutzen sie Alleinerziehenden mit Hartz-IV-Bezug, die noch nicht einmal Elterngeld erhalten. Was nutzen sie, wenn Kita-Plätze und Ganztagsschulen fehlen. Kinder sind das größte Armutsrisiko.
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz? Die eingerichteten Antidiskriminierungsstellen haben sich als bürokratische, uneffektive Alibi-Einrichtungen erwiesen.
Die Frauenerwerbsquote steigt? Frauen werden um ein Viertel schlechter für die gleiche Arbeit bezahlt, arbeiten überproportional in Teilzeit- oder 400-Euro-Jobs. Tausende Rentnerinnen leben aufgrund des Ehegattensplittings unter der Armutsgrenze. Andere – vorwiegend Männer – machen hingegen Hunderttausende von (unbezahlten) Überstunden und beteiligen sich so an der Vernichtung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.
Gleichstellungsgesetze? Ihre Soll- und Kann-Regelungen machen sie zu Papiertigern. Männer ziehen es immer noch vor, Männer zu befördern und für ihren Einsatz mit hohen Prämien zu bezahlen. Die spezifischen Lebenslagen von Frauen passen nicht in das leistungsorientierte Denken der BWLer.
Pflegegesetz? Acht Jahre durchschnittliche Pflegezeit führen das Gesetz ad absurdum. Töchter und Schwiegertöchter opfern sich für ihre Familienmitglieder auf. Alte Frauen leben oft unter entwürdigenden Bedingungen, mit einem Taschengeld ausgestattet. Arbeitende Frauen in der Pflege sind unterbezahlt. Frauenarmut im Alter ist nach wie vor programmatischer Bestandteil dieser Gesellschaft.
Das deutlichste Indiz für die Stellung der Frau in der Gesellschaft ist die – auch sexualisierte – Gewalt, die sie nach wie vor in unverminderter Brutalität erfahren. Frauenhäuser sind über-

belegt. Der Mann demonstriert sein archaisches Dominanzverhalten quer durch alle Schichten, Milieus und Religionen.
Ist Gender Mainstreaming der Schlüssel? Es versucht zu berücksichtigen, dass Männer und Frauen unterschiedliche Bedingungen haben. Es will die Rollenverteilung nicht manifestieren, sondern verlangt die Betrachtung der verschiedenen Ausgangsbedingungen bei der Verwirklichung des Artikel 3 Grundgesetz. Aber wo bleibt das flächendeckende Gender Budgeting, durch das auch die Haushalte der Kommunen geschlechtergerecht verteilt werden?
Auch die Sprache ist ein wesentliches Kriterium. Männliche und weibliche Schreibweisen sind ein Schlüssel zum geschlechtergerechten Denken. Frauen müssen immer mitgedacht werden – und müssen sich vor allem selbst mitdenken! Wer die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern geschlechtsspezifisch betrachtet, findet andere Lösungen!
Gender Mainstreaming wird jedoch zum Teppichvorleger, wenn nicht immer wieder neu überprüft und Handlungen korrigiert und angepasst werden. Auch Hartz IV hat eine Gender-Prüfung durchlaufen. In Anbetracht der Bedarfsgemeinschaften und des hohen Anteils an Alleinerziehenden mit ALG-II-Bezug erweist sich diese Prüfung als Farce. Kapitalismus und Patriarchat sind miteinander verschränkt. Deswegen werden alle Maßnahmen, um Geschlechterdemokratie zu erreichen, nicht ausreichen. Aber alles, was wir jetzt durchsetzen, verbessert die Bedingungen – deswegen sind Gleichstellungsgesetze, eine bessere Grundsicherung statt Hartz IV, Steuergerechtigkeit, größerer Opferschutz, gesetzliche Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und auch Frauen in Aufsichtsräten notwendig. Ein klares Signal der Gesellschaft wäre ein Feiertag am 8. März – dem Internationalen Frauentag. Denn: Es bedarf auch Zeichen der Würdigung vergangener Frauenrechtlerinnen und erneuerter gesellschaftlicher Akzeptanz des Feminismus.

Gabriele Dobusch

Gender – Gleichheit – Vielfalt

Vielleicht muss frau gleich zu Anfang das Fass noch weiter aufmachen. Die Frage sollte nämlich erweitert werden: Frauenförderung versus Gender Mainstreaming – Gender Mainstreaming versus Diversity? Was ist die bessere Strategie für uns Frauen? Und hat sich Frauenförderung erledigt durch die Einführung des Gender-Mainstreaming-Prinzips? Können wir Gender Mainstreaming nun zu den Akten legen, da wir Diversity haben?

Mit der Einführung des von Frauen nicht als parteilich wahrgenommenen Gender-Ansatzes gingen große Ängste einher. Viele befürchteten, die mühsam erkämpften Strukturen der Frauen- und Mädchenförderung blieben – ebenso wie die sichtbaren und identitätsstiftenden Orte von und für Frauen – auf der Strecke. Und diese Ängste erwiesen sich in der Folge ja auch als nicht unberechtigt. Die Vorteile, die darin liegen, auch die Männer und Jungen als Geschlechtswesen in den Fokus zu bekommen bzw. eine solche Sichtweise denjenigen gegenüber einfordern zu können, die „Mann“ schon immer mit „Mensch“ gleichgesetzt haben, kamen und kommen erst sehr langsam zum Tragen.

Zunächst einmal bedeutete die Einführung des Gender Mainstreaming den Abschied von der Vorstellung, es gäbe geschlechtsneutrale Politikfelder. Die Gender-Perspektive sollte generell Berücksichtigung finden – nicht nur im Frauenministerium. Mit dem Vertrag von Amsterdam in 1999 wurden die entsprechenden Pflöcke in der EU eingeschlagen. Fortan sollten alle Maßnahmen darauf überprüft werden, inwieweit sie dazu dienen, Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern herzustellen und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in jedwedem Politik-Bereich zu beseitigen. Das bedeutete: raus aus den Nischen, rein in das allgemeine Getümmel. Das bedeutete aber auch: Die Geschlechterfrage war nicht mehr nur eine Sache der

Frauen, zumal Gender Mainstreaming als Top-Down-Strategie angelegt ist.
Allerdings erwies sich gerade das Mainstreaming als äußerst dickes Brett. Keineswegs machten die männlich dominierten Regierungen und politischen Institutionen den Fehler, Gender Mainstreaming als neutrales Instrument zu unterschätzen. Alleine der theoretische Anspruch, Transparenz herzustellen, zu analysieren und zu evaluieren, welchem Geschlecht welche Ressourcen inwieweit zugutekommen, wurde als kleiner revolutionärer Akt wahrgenommen. Dementsprechend ist es um Gender Budgeting, das gefährlichste Terrain, auch so still geworden. Wobei: Mittlerweile braucht es auch schon wieder etwas Mut, in der Hamburgischen Bürgerschaft einen so sperrigen fremdsprachlichen Begriff wie Gender Mainstreaming überhaupt nur in den Mund zu nehmen (Shareholder Value hingegen verstehen sie alle!).
Trotzdem: Das Fazit nach zehn Jahren Gender Mainstreaming ist eher positiv. Die Idee des Empowerment hat sich bewährt. Frauen und Mädchen sind aus der Ecke der ewigen Opfer heraus. Auch wenn es etwas ärgerlich ist, wie schnell nun alle bereit sind, etwas für die Jungs in unserem Bildungssystem zu tun, die als die neuen Verlierer gelten – in der Folge wird eben auch deutlich, wie erfolgreich die Mädchen sind – und das ist gut so! (Schade, wenn der Aufschrei dort weniger laut ist, wo die gleichen Jungs mit den schlechten Schulabschlüssen dann doch die besseren Berufs- und Karrierechancen haben oder für gleiche Arbeit weit mehr verdienen als die Mädchen).
Und jetzt also: Diversity! Immerhin lässt sich das gut übersetzen: Vielfalt ist ein Begriff, der wenige Widerstände weckt. Ist das die noch bessere Strategie? Und wo bleiben wir Frauen in all dem?
Nun haben wir Frauen uns mühsam gleiche Rechte erkämpft, haben den Männern Schritt für Schritt Privilegien abgetrotzt – und sind doch noch immer weit entfernt von wahrer Gleichstel-

lung. Der Bereich Wissenschaft in Deutschland ist ein trauriges Kapitel – und bleibt es, wenn frau die Geschwindigkeit der Verbesserung hochrechnet, auch noch auf lange Sicht. In puncto Berufstätigkeit, Lohn und Gehalt (und Rente) sind wir sehr weit von Gleichstellung entfernt und treten z. B. in Bezug auf das Arbeitsvolumen von Frauen in Deutschland seit Jahren auf der Stelle. Da haben die Männer kein Stück ihres Kuchens abgegeben – und keine Regierung hat das bisher in den Blick genommen. Geschlechtergleichstellung steht eben NICHT ganz oben auf der politischen Agenda – auch wenn das manchmal so behauptet wird. Aber immerhin: Es gibt ein Überwachen der Fortschritte in der EU, es gibt Arbeitsprogramme, es gibt Indikatoren und einen Fahrplan in der EU.

In dieser – weiterhin unbefriedigenden – Situation trifft uns Frauen die neue Strategie Diversity an einem empfindlichen Punkt. Spielt es eine Rolle, ob wir mehr Gemeinsamkeiten unter uns Frauen haben oder ob es mehr Gemeinsamkeiten beispielsweise zwischen Frauen und Männern mit Migrationshintergrund gibt? Geht es um Solidarität oder um weiteres Auseinanderdividieren? Gilt hier: Teile und herrsche? Nutzt es uns, den Blick weiter zu schärfen und auszudifferenzieren oder schadet es mehr, die vielleicht etwas pauschalen Gemeinsamkeiten außer Acht zu lassen?

Noch ist es zu früh, um abschließende Antworten zu geben. Und doch kann sich jede Einzelne fragen und diese Frage auch wiederum an jede Einrichtung, Institution oder auch Strategie stellen: Wo sind meine, wo sind deren Prioritäten? Vernetztes Arbeiten ist en vogue, aber wenn frau Beliebigkeit vermeiden und die Solidarität unter uns Frauen fördern will, dann gilt es, die Gleichstellung von uns Frauen als Ziel klar vor Augen zu behalten und nicht nachzulassen in unseren Forderungen, wahre Gleichstellung für alle Frauen – gleich welcher Herkunft, sexuellen Identität oder Weltanschauung – zu erreichen und zu gewährleisten.

Linda Heitmann

Geschlechtergerechte Gesellschaft – Wege zum Ziel

© FIM e. V.

Seit die Ideen und Ziele des Gender Mainstreaming zunehmend Eingang in die Politik und die öffentliche Wahrnehmung gefunden haben, wird immer wieder ein Konflikt zwischen den Instrumenten des Gender Mainstreaming und der „klassischen" Frauenförderung postuliert, der letztlich zu Lasten der Institutionen und Werkzeuge der spezifischen Frauenförderung ginge. Doch ein Verdrängungswettbewerb zwischen Gender Mainstreaming und klassischer Frauenförderung ist eine Ansicht, die von falschen Vorannahmen und Vorstellungen über die Ziele und Ansatzpunkte dieser beiden Konzepte ausgeht.

Frauenförderung setzt vor allem bei einem konkreten Defizit der Gleichstellung an und beschäftigt sich dabei mit den damit

verbundenen spezifischen Problemen, für die entsprechende spezifische Lösungen und Instrumente entwickelt werden. Beispiele für solche Defizite wären etwa die geringe Zahl von Frauen in Führungspositionen, welche durch das Instrument der Quote beseitigt werden soll oder ein ausschließlich an den Bedürfnissen von Männern orientiertes Weiterbildungsangebot, das durch das Angebot spezieller Frauenkurse kompensiert werden kann. Solche Maßnahmen sind konkret und oft auch zeitlich begrenzt.

Gender Mainstreaming konzentriert sich wiederum auf die soziale Ungleichheit der Geschlechter, welche die Gesellschaft hervorbringt und prägt. Da alle gesellschaftlichen Institutionen und Akteure Teil des gesamtgesellschaftlichen Systems sind, welches Geschlechterungleichheiten reproduziert, nimmt Gender Mainstreaming diese auch alle in die Pflicht, solche Ungleichheiten abzubauen. Dabei stehen sowohl die spezifischen Benachteiligungen von Frauen und Mädchen als auch die von Männern und Jungen im Mittelpunkt. Alle in den gesellschaftlichen Teilsystemen getroffenen Entscheidungen werden beim Gender Mainstreaming unter dem Gesichtspunkt der Geschlechterpolitik geprüft – auch diejenigen, die auf den ersten Blick keinen Geschlechterbezug haben. Ziel ist also eine langfristige Strategie für die Geschlechtergerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, die fortlaufend weiterentwickelt werden muss.

Besieht man sich diese unterschiedlichen Schwerpunkte von Gender Mainstreaming und Frauenförderung, wird deutlich, dass es keinen Widerspruch, sondern vielmehr eine gegenseitige Ergänzung beider Ansätze gibt. Spezifische Elemente der Frauenförderung sind dabei integraler Bestandteil einer langfristigen Strategie mit dem Ziel, Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft herzustellen. Zugleich werden Elemente der Frauenförderung – wie etwa eine Quotenregelung – gestärkt, wenn sie in die quer über alle Institutionen verankerte Strategie des Gender Mainstreaming eingebettet sind.

Klar muss hierbei aber sein, dass Gender Mainstreaming nicht zu einem Deckmantel für eine angeblich geschlechtsneutrale Politik verkommen darf. Hier würde das Ziel einer geschlechtergerechten Gesellschaft pervertiert, denn letztlich meint „geschlechtsneutral“ meist nur die Übernahme gesellschaftlich verankerter männerzentrierter Ansichten und Handlungsweisen. Ein solches „Pseudo-Gender-Mainstreaming“ droht dann wirklich zu einer Gefahr für die etablierte Frauenförderung zu werden, indem es die gewachsenen Institutionen und Werkzeuge der Frauenförderung für überflüssig erklärt. So ist es auch die Aufgabe der Gleichstellungspolitik, die Entwicklung und Implementierung von Gender Mainstreaming genau zu beobachten und zu begleiten, um solchen Fehlentwicklungen rasch begegnen zu können beziehungsweise sie gar nicht erst entstehen zu lassen.

Nicht das Trugbild einer geschlechtsneutralen Politik, sondern vielmehr die Idee einer geschlechtergerechten Politik muss somit das politische Handeln leiten. Frauen und Mädchen sollen nicht in dem Sinne gleichbehandelt werden, dass sie wie Männer und Jungen behandelt werden. Vielmehr soll so mit den Menschen umgegangen werden, dass alle die gleichen Voraussetzungen, Entwicklungs- und Partizipationsmöglichkeiten haben – unabhängig von ihrem Geschlecht!

Solange es strukturelle Benachteiligungen im Geschlechterverhältnis gibt, wird es die Notwendigkeit spezifischer Instrumente der Förderung und Kompensation geben. Frauenförderung und Gender Mainstreaming sind somit kein Widerspruch, sondern notwendige Bestandteile einer geschlechtergerechten Politik.

Karen Koop

Keine Gender ohne Frauen

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten auch in Hamburg in der Bildung und der beruflichen Qualifikation längst zu den Männern aufgeschlossen und sie teilweise sogar überholt. Diese Entwicklung spiegelt sich aber nicht in der Repräsentanz in den Entscheidungsgremien und Führungsetagen wider.

So gehen der Volkswirtschaft große Potenziale verloren, die bald dringend gebraucht werden, wenn der Bedarf an Führungskräften durch die sinkenden Bevölkerungszahlen nicht mehr aus dem männlichen Bestand allein gedeckt werden kann.

Die Frauenförderprogramme der Vergangenheit haben Entscheidendes bewegt, aber sie haben im Wesentlichen nur die Symptome gesellschaftlich eingeschliffener Strukturen und Fehlentwicklungen bekämpft.

So herrschen noch heute insbesondere von den Medien gepflegte Geschlechterstereotypen in der Öffentlichkeit vor und behindern ein tatsächliches gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern auch in unserer Stadt.

Als Weiterführung einer wirksamen Frauenförderung bedurfte und bedarf es einer nächsten Stufe in der Einflussnahme bei allen gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Es geht darum, die Ursachen für Diskriminierung und Behinderung schon im Ansatz in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Handlungswegen zu erkennen und zu beseitigen.

Ein nachhaltiger Strukturwandel wird nur mit dem Gender-Konzept erreicht, wie es auch auf europäischer Ebene nachdrücklich gefordert wird.

Das bedeutet aber auch, den Blick der Geschlechtergerechtigkeit zu erweitern und neben den Frauenbelangen auch die der Männer nicht zu vergessen.

Gleichstellung bedeutet in vielfacher Hinsicht nicht nur persönlichen Gewinn, sondern sichert auch durch die Ausschöpfung

sämtlicher Talente den Unternehmen Wettbewerbsvorteile. Darüber hinaus vermeidet der Abbau von Diskriminierung auf staatlicher Seite nachträgliche Korrekturkosten in der Altersversorgung etc. und bietet eine nachhaltige Antwort auf unsere demografische Entwicklung.

Neben den konkreten Frauenfördermaßnahmen geht es nunmehr um eine neue breit angelegte Strategie, die Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe institutionell flächendeckend verankert.
Neben die klassische Frauenförderung, die sich speziell an den Belangen der Frauen und Mädchen orientiert, tritt nun auch eine Männerförderung, die in Bereichen, in denen Männer benachteiligt sind (z. B. im Erziehungswesen), wirken soll.
Gender Mainstreaming vernachlässigt daher keineswegs die bekannte Frauenförderung, sondern beide ergänzen und stärken einander.
Bei der Umsetzung ergeben sich aber immer noch Verzögerungen, zumal ein tiefer gehendes Verständnis bei den Handelnden offensichtlich erst geweckt werden musste. Bei den Behörden wird zwar zum Teil schon selbstverständlich bei jeder Entscheidung auf ihre Auswirkung für Familien und Frauen geachtet, es gibt sogar Fachfrauenräte, aber es fehlt der echte Gender-Ansatz.
Es sollen die Rollenmuster beider Geschlechter betrachtet, hinterfragt und verändert werden.
Nicht jede herausgehobene und von Männern dominierte Rolle ist es wert, von Frauen kopiert zu werden, und nicht jeder Mann ist willens, den bekannten Männlichkeitsbildern zu folgen. Eine tatsächliche geschlechtsneutrale Beurteilung der Qualitäten muss das Ziel sein.
Wenn der Gleichstellungsgesichtspunkt in allen politischen und institutionellen Entscheidungen verankert werden soll, bedarf es einer besonderen Sensibilisierung aller Handelnden, die heu-

tigen und zukünftigen Führungskräfte müssen verstärkt in der Gender-Kompetenz ausgebildet werden.
Diese Ausbildung muss regelmäßig, gezielt und verpflichtend werden und die Ergebnisse sich fördernd auf die Weiterverwendung auswirken.
Darüber hinaus sollten genderspezifische Daten in den Betrieben und Behörden als Grundlage für Maßnahmen erhoben und verwendet werden. Dazu gilt es, Zielvorgaben aufzustellen, einzuhalten und zu evaluieren.
Aber auch um eine gerechte Verteilung der Ausgaben im Landeshaushalt muss es gehen. Die Zusage, Gesichtspunkte des Gender Budgeting schrittweise umzusetzen, liegt vor, die Erfahrungen und Erfolge anderer Länder gilt es umzusetzen.
All diese Maßnahmen stellen ein Gesamtpaket dar, das zu mehr Chancengerechtigkeit, zu ausreichender Repräsentanz und zu mehr Respekt vor weiblicher Lebensleistung führen wird. Bisher haben wir nur kleine Schritte auf das Ziel hin machen können, aber das Tempo hat angezogen, und mit der kritischen Masse Frauen – in doppeltem Sinne – kommt der Erfolg.

Christa Randzio-Plath

Nachhaltig auf Frauen setzen – Frauen und Wirtschaft

Die Debatte um die Emanzipation der Frau war in allen Jahrzehnten begleitet von der Diskussion um die ökonomische Unabhängigkeit der Frau. Hier kam es immer wieder zum Schwesternstreit, ob Frauenemanzipation ohne ökonomische Selbstständigkeit der Frau denkbar sei. Die Aktionsplattform UN-Weltfrauenkonferenz 1995 stellte fest: „Es bestehen erhebliche Unterschiede, was den Zugang von Frauen und Männern zu Wirtschaftsstrukturen in ihrer jeweiligen Gesellschaft und ihre jeweiligen Chancen zur Machtausübung in diesen Strukturen betrifft. In den meisten Teilen der Welt haben die Frauen so gut wie gar keinen oder nur einen ganz geringen Anteil an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, was insbesondere auch für die Gestaltung der Finanz-, Währungs- und Handelspolitik und anderer Wirtschaftspolitiken sowie der Besteuerungssysteme und der Löhne und Gehälter gilt. Da die einzelne Frau und der einzelne Mann diese Politiken häufig zugrunde legen, wenn sie beispielsweise über die Aufteilung ihrer Zeit auf bezahlte und unbezahlte Arbeit entscheiden, hat die tatsächliche Entwicklung dieser Wirtschaftsstrukturen und -politiken einen unmittelbaren Einfluss auf den Zugang von Frauen und Männern zu wirtschaftlichen Ressourcen, auf ihre wirtschaftliche Macht und somit auf den Grad der Gleichberechtigung, der zwischen ihnen als Einzelpersonen, in der Familie und in der Gesellschaft als Ganzes herrscht.“

Heute stellt sich die Frage anders: Ist die Geschlechtergleichheit in Wirtschaft und Arbeitsmarkt ein Grund- und Menschenrecht der Frauen oder einfach eine ökonomische Notwendigkeit? Die Antwort heute ist einfach: Geschlechtergleichheit in Wirtschaft und Beschäftigung ist für Frauen wie für Männer ein Grund- und Menschenrecht, gleichzeitig aber auch eine ökonomische

Notwendigkeit. „Vergessen Sie China, Indien und das Internet: Wachstum bewirken heißt auf Frauen setzen“ (Das britische Wirtschaftsmagazin Economist, 2006). Die OECD und andere Studien unterstreichen, dass eine gleiche Erwerbsquote von Frauen und Männern in der EU eine jährlich durchschnittliche Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens um 6.800 Euro bewirken könne.

Lehmann Brothers waren keine Lehman Sisters

Banken und Zentralbanken werden von Männern geleitet. Das gilt auch für Fonds und andere Einrichtungen der Finanzindustrie. Wenn es um Geld geht, haben Frauen Macht in den Privathaushalten, nicht aber in Entscheidungsprozessen der öffentlichen Hand und des Privatsektors. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis kann Schlüssel zur Zähmung der überhöhten Risikobereitschaft in männerdominierten Vorständen und Aufsichtsräten sein. Island hat die Konsequenz aus der „männergemachten“ Krise gezogen und Frauen an die Spitze gestellt. Norwegen war das erste Land, das Unternehmen vorgeschrieben hat, dass in jedem Führungsgremium beide Geschlechter einen Mindestanteil von 40 Prozent haben sollen. In Spanien und Frankreich sind vergleichbare Gesetze verabschiedet worden, in Deutschland nicht. Weniger als 10 Prozent der Top-Positionen sind europaweit von Frauen in der Privatwirtschaft besetzt. Dabei machen Untersuchungen Unternehmen Mut: Weniger Verluste, mehr Gewinn, wenn Führungsgremien der Privatwirtschaft Frauen mitentscheiden lassen.

Die Ungleichheit der Geschlechter ist sowohl eine Ursache als auch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es gibt keine geschlechterneutrale Wirtschafts- und Finanzpolitik, Geldpolitik oder Steuerpolitik. Das haben die Weltwirtschaftskrise 1929 und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise heute gezeigt. Alle Kategorien von Konjunkturpolitik sind geschlechtsspezifisch

wie die Reform der Finanzmärkte, die Unterstützung von Industriesektoren und Unternehmen, die Arbeitsmarktmaßnahmen, die Investitionsprogramme und Konsumanreize für Haushalte. Der Verlust von Männerarbeitsplätzen wird beklagt. Die Zukunft der Erwerbsarbeit von Frauen wird nicht thematisiert. Dabei üben die Frauen über 70 Prozent der prekären Erwerbsarbeit aus und haben kein Auskommen mit ihrem Einkommen. Durch eine einseitige Sicherung der Zukunft von Männerarbeitsplätzen durch Konjunkturprogramme wird die Gleichstellung der Geschlechter nicht verbessert.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Wert und Ziel der Europäischen Union und muss fester Bestandteil aller Konjunkturprogramme und anderer Maßnahmen beim Übergang zur Stabilisierungsphase nach der Krise sein. Heute werden mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union als „grün" eingestuft (10 Prozent der Gesamtbeschäftigung), und die ökologische Umstellung der Wirtschaft auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft hat Potenzial. Grüne Arbeitsplätze sind fast ausschließlich in Männerhand, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energie. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession auf europäischer und nationaler Ebene müssen diskriminierende Ansätze vermeiden und wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategien müssen die Gleichstellungsperspektive einbeziehen. Alle Politikkonzepte müssen einer geschlechtsspezifischen Folgenabschätzung unterzogen werden wie auch die Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms, des Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung und anderer Programme.

Krise und Arbeitsmarkt

Die gegenwärtige Krise ist anders als frühere Rezessionen – der Konjunkturrückgang dürfte sich diesmal stärker auf Frauen als auf Männer auswirken. Im Gegensatz zu früheren Wirtschaftsab-

schwüngen entfällt heute ein viel größerer Anteil des Arbeitsmarktes auf Frauen. Die Arbeitsplatzintegration von Frauen führt nicht nur zu einer größeren unmittelbaren Krisenauswirkung auf die Frauen selbst, sondern auch auf die Haushalte, in denen das Familieneinkommen durch Arbeitsplatzverluste von Frauen erheblich beeinträchtigt wird. Und solange die Beschäftigungslage durch eine geschlechtsbezogene Aufteilung der Arbeitsmärkte, durch Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, einen höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigung und unsicheren Arbeitsplätzen bei Frauen und eine höhere Konzentration von Frauen im sogenannten informellen Sektor gekennzeichnet ist, der niedrigere Einkünfte und weniger sozialen Schutz bietet, sind die Frauen weit von einer günstigen Position entfernt, um die Krise zu überstehen. Es besteht kein Zweifel, dass die Gleichstellung der Geschlechter bei allen politischen Gegenmaßnahmen ein Schlüsselprinzip sein sollte. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Rollen der Frau gehen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise weit über den Frauenanteil am Arbeitsmarkt hinaus und gefährden außerdem die Gesamtstabilität der Gesellschaft. In Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche sind Frauen oft schneller von den negativen Folgen betroffen und kommen langsamer in den Genuss der Vorteile einer Konjunkturerholung.

Schon vor dem Ausbruch der Krise zählte die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen zur informellen Wirtschaft, erzielte niedrigere Einkünfte und hatte weniger sozialen Schutz. In der Vergangenheit hat die Konzentration von Frauen im öffentlichen Dienst dazu beigetragen, dass sie von den anfänglichen Auswirkungen von Rezessionserscheinungen verschont blieben. Als Beschäftigte im öffentlichen Dienst, als Nutznießerinnen von sozialen Dienstleistungen und anderen staatlichen Leistungen sind Frauen von Haushaltseinsparungen besonders betroffen. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende.

Auftrag

In dieser Zeit der Neubeschwörung von Werten müssen Frauenverbände und politische Parteien alles tun, damit die Gleichstellung der Frauen ein zentrales Anliegen in einer globalisierten Welt bleibt. Schließlich ist die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern die Form der sozialen Ungleichheit, die alle Teile des Zusammenlebens durchdringt – die privaten und zwischenmenschlichen Beziehungen, die Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen, die Gesellschaft und Politik. Sie verstärkt das soziale, wirtschaftliche und rechtliche Gefälle aller Art. Disparitäten zwischen den Geschlechtern zählen weltweit zu den am stärksten verwurzelten und verbreiteten Ungleichheiten, obwohl weltweit die Einsicht zugenommen hat, dass bessere Lebenschancen von Frauen die menschliche Entwicklung im Allgemeinen positiv beeinflussen. Dies wurde auf dem September-UN-Gipfel zu den Milleniumszielen erst kürzlich wieder unterstrichen. Solange sich die Geschlechterungerechtigkeit nur verringert und kein umfassender sozialer Wandel stattfindet, bleiben soziale Kosten. Die politische und ökonomische Entwicklung wird gebremst. Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union wie auch die EU 2020-Strategie setzen auf die höhere Erwerbsquote von Frauen als Mittel zur Steigerung von Produktivität, Wachstum und Beschäftigung. Aber: Frauen sind nicht die Smarties der Weltwirtschaft! Deswegen muss eines klargestellt werden: Die Integration der Frau in die Wirtschaft und ihre Erwerbstätigkeit sind eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Dies gilt auch für Männer. Gleichzeitig muss aber auch von den Rechten der Frauen gesprochen werden, wenn es um Wirtschaft und Arbeitsmarkt geht, um ihre gerechte Integration, ihre menschenwürdige Arbeit, ihre faire Entlohnung und einen gesellschaftlichen Strukturwandel, der ihre Ungleichheit beendet.

© Photocase

Anhang

Autorinnenverzeichnis

Artus, Kersten, Frauenpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE

Aust-Wegemund, Dr. Barbara, Kunsthistorikerin, Vorsitzende der GEDOK Hamburg

Bähr, Angela, Leiterin der Arbeitsstelle Vielfalt der Justizbehörde Hamburg

Bähr, Prof. Dr. Ingrid, Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaf, Psychologie und Bewegungswissenschaft

Bajt, Dr. Saša, Leiterin der Gruppe „Multilayer X-ray Optics" im Bereich der Physik mit Synchrotronstrahlung beim Deutschen Elektronen-Synchroton (DESY)

Behrens, Ilse, Verwaltungsbeamtin, Stellvertretende Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Hamburg

Bessenrodt-Weberpals, Prof. Dr. Monika, Professur Gender und Naturwissenschaften, Vizepräsidentin der HAW

Blankau, Jutta, Bezirksleiterin der IG Metall Bezirk Küste

Bohr, Nathalie, Politikwissenschaftlerin, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Carstensen, Dr. Tanja, TU Hamburg Harburg, Forschungsgruppe Arbeit-Gender-Technik

Chawla, Tanja, Dipl.-Sozialökonomin & MSc Political Economy, wissenschaftliche Mitarbeiterin der HAW

Chinnow, Helga, Frauenbeauftragte der Finanzbehörde Hamburg

Dobusch, Gabriele, Frauenpolitische Sprecherin bei der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Falk, Kerstin, Geschäftsführerin pro familia e. V. LV Hamburg

Filter, Dagmar, Leiterin der Koordinationsstelle Zentrum GenderWissen, Universität Hamburg

Friess, Sieglinde, ver.di-Fachbereichsleiterin Bund, Länder und Gemeinden Hamburg

Gercke, Doris, Schriftstellerin

Grimm, Ele, Musikerin und Psychologin

Grobe, Heidemarie, Dipl.-Soziologin, Koordinatorin der TDF-Städtegruppe Hamburg

Grosse, Angela, Journalistin, ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete

Haug, Prof. Dr. Frigga, em. Professorin, Autorin

Hansen, Angela, Stadtplanerin für die Arbeitsgruppe Fachfrauen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Heitmann, Linda, ehemalige frauenpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/die Grünen (GAL) Hamburg

Jürgens, Regina, Initiative Frauengesundheit Hamburg

Kazemieh, Susanne, FrauenFinanzGruppe, Hamburg

Kerth, Cornelia, VVN-BdA

Kluge, Dr. Hannelies, Teilchenphysikerin bei DESY, Mitglied des CMS Experiments am LHC am CERN und stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte bei DESY

Knopf, Marina, Dipl.-Psychologin, Familienplanungszentrum Hamburg

Köhler, Berit, Initiative Frauengesundheit Hamburg

Kohlrusch, Eva, Autorin, Vorsitzende des Journalistinnenbundes

Kolb, Ingrid, Journalistin und Autorin

Koop, Karen, Frauenpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Lappe, Dr. Verena, Leiterin des Referats Gleichstellung und Geschlechterpolitik, Arbeitsstelle Vielfalt der Justizbehörde Hamburg

Michaela Ludwig, ver.di Landesbezirk Hamburg

Mayer, Elfie, Krankenschwester, Teamgeschäftsführung Familienplanungszentrum Hamburg

Meiser, Katharina, Öffentlichkeitsreferentin KOOFRA e. V.

Mitrovic, Emiljia, Selbstständige Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Autorin, Projektleiterin der gewerkschaftlichen Anlaufstelle für papierlose Migranten MigrAr

Peine, Elke, Vorstandsmitglied im Verbund der Hamburger Mädchen- und Fraueneinrichtungen pro:fem e. V.

Peschel-Gutzeit, Dr. Lore Maria, Rechtsanwältin, Senatorin a. D.

Pfarr, Prof. Dr.Heide, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, ehem. Vizepräsidentin Universität Hamburg

Pourkian, Hourvash, Kulturbrücke Hamburg e. V.

Pukatzki, Sylke, Rechtsanwältin, Frauenwerk der evangelisch-methodistischen Kirche

Raasch, Prof. Dr. Sibylle, Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Randzio-Plath, Prof Dr. h. c. Christa, Juristin und Autorin, Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg e. V., Hamburger Europaabgeordnete (1989-2004)

Reinhardt, Susie, Teamleiterin, Frauenmusikzentrum Hamburg e. V.

Rossbach, Sabine, Direktorin des NDR Landesfunkhauses Hamburg

Rubbel, Anja, Kriminalhauptkommissarin, Sachgebietsleiterin operativer Opferschutz

Rühmkorf, Eva, Staatsrätin a. D. (Hamburg), Senatsamt für die Gleichstellung der Frau, Ministerin a. D. (Schleswig-Holstein)

Rust, Prof. Dr. Ursula, Universität Bremen, Fachbereich Rechtswissenschaft

Schaal, Dr. Monika, Sprecherin für Umwelt- und Verbraucherschutz der SPD Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Schleier, Irmgard, Dirigentin und Pianistin, Gründerin des Festivals der Frauen und der Hammoniale

Schneider, Dr. Patricia, Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Schreieder, Agnes, Stellvertretende Landesbezirksleiterin ver.di Hamburg

Simon, Dr. Wilma, Stellvertretende Vorsitzende Marie-Schlei-Verein, Ministerin a. D. (Brandenburg)

Stadlmayer, Tina, Journalistin, Vorsitzende Journalistinnenbund, Regionalgruppe Nord

Thiele, Heidemarie, Dipl.-Sozialpädagogin, Stellvertretende Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg e. V.

Von Dücker, Dr. Elisabeth, Autorin, ehem. Kustodin Museum der Arbeit Hamburg

Waidelich, Waltraud, Dipl.-Sozialökonomin, Nordelbisches Frauenwerk, Feministische Ethik

Wellmann-Hofmeier, Gertrud, Dipl.-Bibliothekarin, Südafrika-Gruppe Hamburg

Winker, Prof. Dr. Gabriele, TU Hamburg Harburg, Forschungsgruppe Arbeit-Gender-Technik

Wolf, Katrin, Geschäftsführerin, filia.die frauenstiftung

Geschichte Internationaler Frauentag

1911 fand der Internationale Frauentag erstmals statt. Der Internationale Frauentag entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen und wurde von Clara Zetkin vorgeschlagen. Am ersten „Märzentag“ beteiligten sich Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA. Die Frauen forderten: Frieden, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Arbeitsschutzgesetze, ausreichenden Mutter- und Kinderschutz, den Achtstundentag, gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, Mindestlöhne. Die Anregungen für den Frauentag gehen angeblich auf Streiks der Textilarbeiterinnen in den USA und Russland und Frauendemonstrationen in den USA seit 1857 zurück. Der Internationale Frauentag ist ein Tag dankbarer Erinnerung für das Engagement so vieler Frauen in den Frauenbewegungen und eine Verpflichtung für heute. Schließlich ist die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern die nachhaltigste und ungerechteste Form der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft, die abgeschafft werden muss.
Erst 1921 wurde der Internationale Frauentag auf den 8. März festgelegt. 1932 wurde der Frauentag von den Nationalsozialisten verboten und durch den Muttertag ersetzt. Nach dem 2. Weltkrieg wurden Feiern zum Internationalen Frauentag in den sozialistischen Ländern durchgeführt. In Westdeutschland wurde der Frauentag erst in den späten 60er Jahren von Teilen der Gewerkschafts- und Parteifrauen, aber auch der autonomen Frauenbewegung wiederbelebt. Der 8. März wurde zum Symbol schwesterlicher Solidarität. Ein Höhepunkt der Bewegung war 1994 der FrauenStreikTag, bei dem sich mehr als eine Million Frauen bundesweit gegen Diskriminierung engagierten. Der Internationale Frauentag hatte sich von einer klassenbewussten Demonstration der Arbeiterinnen, Gewerkschaften und Sozialistinnen zu einem Tag der schwesterlichen Solidarität entwickelt und sich für alle Frauen weltweit geöffnet. Engagements für

Frieden, Gleichberechtigung und Entwicklung verbanden sich und Frauen begannen, sich auf allen Ebenen zu vernetzen. 1975 erklärten die Vereinten Nationen den 8. März zum Internationalen Frauentag. Seit 1980 wird der Internationale Frauentag auch im Europäischen Parlament gefeiert. Ein Bericht zur Lage der Frau in der Europäischen Union wird vorgelegt. Die Vereinten Nationen legen für den UN-Tag 8. März jedes Jahr ein neues Motto fest, unter das sie ihre Veranstaltungen stellen. 2010 ging es um „Gleiche Rechte, gleiche Chancen, Fortschritt für alle“. 2011 hat das Motto „Gleicher Zugang zu Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Technik: Weg zu menschenwürdiger Arbeit“.

Plakat zum Frauentag 1914

Frauenpolitische Meilensteine in Hamburg

23. Februar 1911 Gründung der Jugendgruppe Hamburg des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins mit 78 Mitgliedern. Die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann hatte bereits 1902 den Frauenstimmverein wegen des liberalen Vereinsrechts in Hamburg gegründet.

1914-1918 1. Weltkrieg.

1916 Ida Dehmel (1870-1942), Lyrikerin und Frauenrechtlerin, gründete mit der Kunsthistorikerin Rosa Schapire den *Frauenbund zur Förderung deutscher bildender Kunst*.

1918 Auf das „Anpreisen von Verhütungsmitteln" stehen fünf Jahre Zuchthaus.

16. März 1919 Deutsche Frauen dürfen erstmals wählen und kandidieren. In der Nationalversammlung stellen sie zehn Prozent der Abgeordneten.

Die ersten Frauen in der Hamburger Bürgerschaft

Bei der Bürgerschaftswahl 1919 hatten Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht. In der ersten Bürgerschaft waren von 185 Abgeordneten 17 Frauen (10,6 Prozent). Davon stellte die SPD mit neun Abgeordneten den größten Anteil und wurde gefolgt von der DDP mit vier und der USPD mit zwei Frauen. Je ein Sitz im Parlament wurde von der DVP und der DNVP mit einer Frau besetzt. Die ersten Frauen waren: Emma Ender (DVP), Emmy Kaemmerer (SPD), Helene Lange (DDP), Frieda Radel (DDP), Erna Rieckmann (USPD), Anna Schaper (DNVP), Minna Schröder (SPD), Elisabeth Seifarth (DDP) und Julie Stubbe (SPD).

Mit der Frauenrechtlerin Helene Lange (DDP) als Alterspräsidentin eröffnete zum ersten Mal in Deutschland am 14. März 1919 eine Frau eine Parlamentssitzung. Ab 1921 ging die Zahl der weiblichen Bürgerschaftsabgeordneten kontinuierlich zurück. Nur noch 6,3 Prozent weibliche Abgeordnete verzeichnete die Bürgerschaft im Jahr 1932.

1923-1926 Prof. Dr. Agathe Lasch (1879-1942) war die erste Germanistikprofessorin in Deutschland. 1923 wurde sie zur Professorin ernannt.

Dr. Emilie Kiep-Altenloh: Als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei war sie zunächst von 1924 bis 1930 Stadtverordnete in Altona und ab 1930 für kurze Zeit Abgeordnete des Deutschen Reichstages.

1927 Emmy Beckmann (1880-1967), Lehrerin, wurde als erste Frau in Hamburg Oberschulrätin.

1928-1933 Paula Karpinski (1897-2005) war Vorstandsmitglied der Hamburger Sozialdemokratie und gehörte 1931 bis 1933 der Hamburgischen Bürgerschaft an.

1922-1933 Die sozialpolitischen Reformen in der Weimarer Republik, durch weibliche Abgeordneten initiiert, waren von großer Bedeutung für die Frauen in Hamburg:

- 1922 Jugendwohlfahrtsgesetz: Jugendfürsorge und Amtsvormundschaft für uneheliche Kinder
- 1924 Garantie der Sozialversicherung für Heimarbeiterinnen
- 1926 Milderung der Abtreibungsstrafe – Gefängnisstrafe statt Zuchthaus
- 1927 Gesetz für Mutterschutz und Wöchnerinnenfürsorge
- Andere frauenspezifische Forderungen und Anträge wie der Versuch einer Reform der Gleichberechtigung in der Ehe scheiterten. Weiterhin blieb die Ehefrau in allen familiären Angelegenheiten von ihrem Mann abhängig.

Die Machtergreifung von Adolf Hitler 1933 bedeutete für die Frauenbewegung das Aus. Die Frauenbewegung wurde aufgelöst. Politisches Ziel des Nationalsozialismus war es, die Frauen auf ihre „ureigenste Bestimmung“ als Hausfrau und Mutter festzulegen. Der Internationale Frauentag wurde abgeschafft und durch den Muttertag ersetzt.

1946 Paula Karpinski (SPD) ist die erste Senatorin in Hamburg. Paula Karpinski war Schulsenatorin von 1946 bis 1953 und von 1957 bis 1961 und für kurze Zeit Sozialsenatorin.

1949 Frauen gründen die unabhängige, überparteiliche und überkonfessionelle „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen“ (ahf).

1949 Der § 8 des Hamburger Schulgesetzes sieht die Koedukation vor: „Die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter ist anzustreben.“

1953 Die neue Hamburgische Verfassung wird am 4. Juni verabschiedet. Die Vorschläge und Empfehlungen der weiblichen Bürgerschaftsabgeordneten zum besonderen Schutz der erwerbstätigen Frau im Arbeitsverhältnis (rechtliche Gleichstellung der unverheirateten Mütter mit verheirateten, gleicher Lohn für Männer und Frauen) werden nicht aufgenommen.

1955 Die ahf fordert eine Hamburg-Messe „Welt der Frau“, aus der 1957 die Ausstellung „Du und Deine Welt“ entstehen wird. Die ahf/der Landesfrauenrat Hamburg ist bis heute ideeller Träger.

1960 Zum ersten Mal wird mit Alice Praußnitz eine Frau erste Vorsitzende Richterin am Landgericht Hamburg.

1961 Erstes Gespräch des Landesfrauenrats (früher ahf) mit dem Ersten Bürgermeister.

1968 Die autonome Frauenbewegung gründet sich in Hamburg.

1976 Das Referat „Frauenarbeitsschutz“ wird vom Amt für Arbeitsschutz der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingerichtet.

1976 Die ahf unterstützt aktiv die Friedensbemühungen der nordirischen „Peace People“, einer Frauen-Friedens-Organisation aus Belfast.

1977 Eröffnung des ersten Frauenhauses.

1978 Die AsF, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, und die ahf erreichen, dass die Einrichtung der „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ in Aussicht gestellt wird.

1978 Erstmals wird eine Frau Zweite Bürgermeisterin in Hamburg: Helga Elstner (SPD) (Amtszeit: 1.1.1978-20.6.1978).

1978 Für die Berufe Maschinenschlosserin und Dreherin entsteht das erste Mal der Modellversuch „Mädchen in gewerblich-technischen Berufen“.

1978 Eröffnung der BIFF („Beratung und Information von Frauen für Frauen“).

1979 Hamburg richtet als erstes Bundesland am 1.1.1979 auf Forderung der Frauenverbände die „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ ein.

1980 Hamburg hat seinen ersten „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“.

1981 Erste „Hamburger Frauenwoche“.

1981 Einführung der Montagsgespräche und Kunstausstellungen im Landesfrauenrat sowie Gesprächsreihe Hammonias Töchter.

1982 Der Senat verabschiedet die „Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst“.

1982 Die Bürgerschaft richtet den „Ausschuss für die Gleichstellung der Frau“ ein.

1982 Die AsF setzt sich für die Bestrafung von Vergewaltigung in der Ehe ein. 1983 reicht Hamburg einen entsprechenden Gesetzesentwurf beim Bundesrat ein. Erst 1996 wird ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden.

1983 wird Eva Rühmkorf (SPD) als Leiterin Hamburgs erste Staatsrätin der „Leitstelle Gleichstellung der Frau“.

1983 Als erstes Bundesland der BRD hat Hamburg ein „Mädchenhaus“.

1983 Das „Frauenbildungszentrum Denk(t)räume“ gründet sich über den „Verein Frauen lernen gemeinsam“.

1984 Am 1.1. tritt in Hamburg als erstem Bundesland die Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst in Kraft.

1984 Die Universität Hamburg erlässt eine „Richtlinie zur Förderung von Frauen an den Hochschulen“. Das Amt einer Frauenbeauftragten wird verbindlich eingeführt.

1984 Doris Hartz bekommt in einem Prozess vor dem Landesarbeitsgericht wegen erlittener Diskriminierung Recht. Die von ihr verklagte Firma musste aufgrund einer EG-Richtlinie 15.000 DM Entschädigung zahlen.

1985 Dr. Lore Maria Peschel Gutzeit wird als erste Frau beim Hanseatischen Oberlandesgericht Vorsitzende eines Senats.

1985 Erstmalige Verleihung der Zitronenjette auf der Ausstellung „Du und deine Welt“ durch die Hamburg-Messe GmbH auf Vorschlag des Landesfrauenrates an Paula Fietzke. Dieser Preis wird an Frauen vergeben, die sich um die Gleichberechtigung verdient machen.

1986 Das erste Festival der Frauen (später „Hammoniale“) findet statt.

1989 Vier Erste: Birgit Ehlers ist Hamburgs erste Hafenschifferin, Heike Riekmann wird die erste Leiterin eines Hamburger Zollkommissariats, Adrienne Goehler ist die erste Hochschulpräsidentin Hamburgs und der Bundesrepublik Deutschland (Hochschule für Bildende Künste), Christa Randzio-Plath ist die erste Frau in Hamburg, die als Europaabgeordnete gewählt wird.

1992 Maria Jepsen wird weltweit die erste Bischöfin einer evangelisch-lutherischen Kirche.

1992 Das „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im hamburgischen öffentlichen Dienst“ tritt in Kraft.

1995 Die Quote bei der SPD- und der GAL-Bürgerschaftsfraktion sichert einen Frauenanteil von 50 Prozent (GAL) bzw. 40 Prozent (SPD).

1997-2001 Erstmals ist der Senat in Hamburg paritätisch zusammengesetzt.

2002 Streichung des Frauenausschusses der Hamburger Bürgerschaft.

2002-2007 Streichung zahlreicher Frauenprojekte.

2003/2004 Das Senatsamt für Gleichstellung wird aufgelöst.

2006 Aktion „Rote Karte“ aller Landesfrauenräte gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution während der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland.

2007 Wahlprüfsteine des Landesfrauenrats.

2007 Konferenzen und Publikationen des Landesfrauenrats zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit und Gleichbehandlungsgesetz.

2008 Erstmalige Verleihung der Hammonia durch den Landesfrauenrat an Elisabeth von Dücker.

2008 Erste Frauenherbstmahlzeit des Landesfrauenrates.

2008 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland (1918).

2008 Das Frauencafé endlich und das Frauenhotel Hanseatin werden 20 Jahre alt.

2008 Konferenzen und Publikationen des Landesfrauenrats zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs.

2009 Konferenzen und Publikationen zu 60 Jahre Landesfrauenrat Hamburg.

2009 Arbeitsstelle Vielfalt bei der Hamburger Justizbehörde nimmt ihre Tätigkeit auf.

2009 Verleihung der Hammonia an Dr. Rita Bake.

2009 Vor 90 Jahren – am 19.1.1919 – wählten erstmals Frauen und Männer in Hamburg.

2010 15 Jahre Pekinger Aktionsplattform.

2010 Verleihung der Hammonia an Eva Rühmkorf.

2010 Verabschiedung der UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit.

2010 Konferenzen und Publikationen des Landesfrauenrats zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

2011 Verleihung der Hammonia an Maria Jepsen.

2011 Verleihung der Bürgermeister-Stolten-Medaille an Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath

2011 Weltmeisterschaft im Frauenfußball findet zum ersten Mal in Deutschland statt.

Unter Verwendung von

Bake, Rita: Die Ersten und das erste Mal – Zum 50. Geburtstag des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz – Was hat er Hamburgs Frauen gebracht?, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg, 1999.
Landesfrauenrat Hamburg e. V.: Die Zukunft gehört den Frauen – 60 Jahre Landesfrauenrat Hamburg, 2009.
Ebd.: 50 Jahre Landesfrauenrat Hamburg – Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen, 1999.

1911 bis 2011 – Elf Hamburger Frauen, die sich um die Gleichstellung in Hamburg verdient gemacht haben und „Erste“ waren

Helene Lange (*1848, †1930) war Pädagogin und eine der führenden Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie setzte sich für gleiche Bildungs- und Berufschancen von Mädchen und Frauen ein. Zwischen 1875 und 1893 leitete sie in Berlin das Lehrerinnen-Seminar und die Realschul- und Gymnasialkurse für Frauen. 1890 war sie Mitbegründerin des „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins“ (ADLV/Vorsitz bis 1921). Seit 1893 gab sie die Monatszeitschrift „Die Frau“ heraus. Sie trat der 1918 von ihrer Arbeits- und Lebenspartnerin, Gertrud Bäumer, und Friedrich Naumann begründeten „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) bei und ging 1919 als Lehrerin für Pädagogik und Psychologie nach Hamburg an die neue Soziale Frauenschule. Von März 1919 bis Ende 1920 war Helene Lange nach den ersten Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft seit Einführung des Frauenwahlrechts Bürgerschaftsabgeordnete. Sie eröffnete als erste Frau in Deutschland eine Parlamentssitzung.

Lida Gustava Heymann (*1868, †1943) war eine deutsche Frauenrechtlerin. Mit ihrem Erbe richtete sie in der Paulstraße deutschlandweit das erste Frauenzentrum ein, das berufstätigen Frauen einen Mittagstisch anbot sowie einen Kinderhort und eine Beratungsstelle. Sie gründete ein koedukatives Gymnasium, Berufsverbände für weibliche kaufmännische Angestellte und für Bühnenkünstlerinnen. Außerdem engagierte sie sich gegen die staatliche Reglementierung der Prostitution und die damit verordnete Kasernierung von Prostituierten in Hamburg. Heymann und ihre Lebenspartnerin Anita Augsburg gründeten 1902 in Hamburg den ersten deutschen „Verein für Frauenstimmrecht“ und gaben von 1919 bis 1933 in Deutschland die

Zeitschrift *Frau im Staat* heraus, in der pazifistische, demokratische und feministische Positionen vertreten wurden, die den Nazis nicht passten. Die beiden Frauen engagierten sich in der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF). Nach Hitlers Machtübernahme kehrten sie von einem Auslandsaufenthalt nicht mehr nach Deutschland zurück. 2009 wurde in der Europa-Passage (an ihrem ehemaligen Wohnsitz in der damaligen Paulstr. 25) eine Gedenktafel errichtet.

Prof. Dr. Agathe Lasch (*1879, †1942) war die erste Germanistikprofessorin in Deutschland. 1909 in Heidelberg promoviert, lehrte und forschte sie an einem amerikanischen Frauencollege, bevor sie 1917 nach Hamburg ging und sich 1919 an der neu gegründeten Hamburger Universität habilitierte. 1923 wurde sie zur Professorin ernannt und wurde 1926 als erste Frau Deutschlands auf das Extraordinariat für niederdeutsche Philologie berufen. Damit ist Agathe Lasch die erste Frau, die sich innerhalb der Germanistik in Deutschland habilitiert hatte und den Titel *Professor* verliehen bekam. Als Frau konnte sich Agathe Lasch auf ihrem wissenschaftlichen Weg in Deutschland gegen alle Widerstände durchsetzen; als Jüdin in Deutschland wurde sie dagegen Opfer der nationalsozialistischen Barbarei: 1934 vorzeitig aus dem Hochschuldienst entlassen und mit Publikationsverbot belegt, wurde sie 1942 nach Riga deportiert und dort am Tag ihrer Ankunft ermordet.

Prof. Emmy Beckmann (*1880, †1967) war seit 1910 Lehrerin und seit 1927 Hamburgs erste Oberschulrätin. Sie gehörte 1915 zu den Gründungsmitgliedern des „Stadtbundes Hamburgischer Frauenvereine“, von 1918 bis 1933 zu dessen Vorstand. Sie war Herausgeberin der „Quellenhefte zum Frauenleben in der Geschichte“. Von 1921 bis 1933 leitete sie als Reichsvorsitzende und Nachfolgerin Helene Langes den ADLV. 1921 wurde sie als Mitglied der DDP in die Bürgerschaft gewählt und engagierte

sich bis 1933 vor allem für Schul- und Bildungsfragen. 1933 erfolgte ihre vorzeitige Pensionierung durch die Nationalsozialisten. Von 1945 bis 1949 wirkte sie maßgeblich am Wiederaufbau des Hamburgischen Schulwesens mit. Sie initiierte 1947 die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft für Mädchenbildung“ und leitete von 1950 bis 1952 den „Deutschen Akademikerinnenbund e. V.“ (DAB). Von 1949 bis 1957 gehörte sie für die FDP der Bürgerschaft an. Für ihre Verdienste um die Mädchen- und Frauenbildung erhielt sie Ehrungen wie das Große Bundesverdienstkreuz (als erste Hamburger Bürgerin), einen Professorentitel sowie als erste Frau die Bürgermeister-Stolten-Medaille.

Paula Karpinski (*1897, †2005) war staatlich geprüfte Wohlfahrtspflegerin. Sie war von 1928 bis 1933 und seit 1945 (bis in die 1960er Jahre) Vorstandsmitglied der Hamburger Sozialdemokratie. Karpinski gehörte 1931 bis 1933 der Hamburgischen Bürgerschaft an. In der NS-Zeit wurde sie mehrfach verhaftet, war u. a. im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach Kriegsende beteiligte sie sich am Wiederaufbau der SPD und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), deren Vorsitzende sie von 1946 bis 1949 war. Sie plädierte für mehr Gleichberechtigung und sagte: „Da wo ich meine Füße unter den Tisch stelle, fangen Demokratie und Gleichberechtigung an.“ 1946 wurde Paula Karpinski die erste Senatorin Hamburgs und damit erste Ministerin in Deutschland. Sie leitete bis 1953 und von 1957 bis 1961 die Jugendbehörde, 1951 bis 1953 zusätzlich das Sportamt. 1968 (mit 71 Jahren) legte sie ihr Bürgerschaftsmandat nieder.

Prof. Dr. Ida Ehre (*1900, †1989) erhielt ein Stipendium an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien zur Ausbildung als Schauspielerin. Sie spielte auf verschiedenen Bühnen und erhielt 1933 als Jüdin Berufsverbot. 1943 wurde Ida Ehre für sechs Wochen im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. 1945 gründete

sie die „Hamburger Kammerspiele“ in einem Theatergebäude, das bis 1941 vom Jüdischen Kulturbund genutzt wurde. Die Kammerspiele entwickelten sich unter ihrer Leitung zu einer führenden deutschen Schauspielbühne. Ida Ehre war bis zu ihrem Lebensende engagierte Prinzipalin, Schauspielerin und Regisseurin in ihrem Theater. Ferner förderte sie junge Schauspielerinnen und Dramaturginnen. Hamburg ehrte sie mehrfach: So erhielt sie als erste Frau die Medaille für Kunst und Wissenschaft, bekam die Ehrendoktorwürde sowie einen Professorentitel verliehen und wurde Hamburgs erste Ehrenbürgerin. Daneben erhielt sie das Große Bundesverdienstkreuz.

Charlotte Fera (*1905, †1998) war von 1957 bis 1993 Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie stand zu ihrer Berufsbezeichnung *Hausfrau*. In der Hamburgischen Bürgerschaft war sie von 1974 bis 1993 die Alterspräsidentin und Mitglied des Vorstandes der Bürgerschaft. Ihr großes Engagement galt der Demokratie: „Sucht gemeinsam Antworten auf die Fragen der Menschen. Nur dann werden wir die Demokratie retten können.“ Die Grande Dame Hamburgs konnte mit spitzer Zunge argumentieren. Der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auch außerhalb des Parlaments war die Frauen- und Sozialpolitik. Sie war evangelische Vorsitzende der Frauenunion 1966 bis 1969, Präsidentin der „Europäischen Frauen-Union“ 1967 bis 1973 und ab 1983 Generalsekretärin der „Weltunion Christdemokratischer Frauen“. Sie engagierte sich in vielen Initiativen und unterstützte die „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenverbände“. Von der Quote hielt sie nichts. Sie wollte, dass Frauen durch Leistung an die Spitze kommen, und erhielt für ihr Engagement die Bürgermeister-Stolten-Medaille.

Eva Rühmkorf (*1935) beschreibt sich selbst als linke Sozialdemokratin, Pazifistin und Feministin. Sie ist Diplom-Psychologin. 1979 übernahm sie die Leitung der Leitstelle Gleichstellung der

Frau, 1983 wurde sie zur ersten Staatsrätin der Leitstelle ernannt. Sie war von 1988 bis 1990 Bildungsministerin und von 1990 bis 1992 Ministerin für Bundesangelegenheiten sowie Stellvertreterin des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein. Eva Rühmkorf hat sich um die Gleichberechtigung und faktische Gleichstellung von Frauen und Männern verdient gemacht. Die ehemalige Hamburger Staatsrätin und Schleswig-Holsteinische Ministerin hat ihre beruflichen Chancen genutzt und Hamburger Entscheidungen geprägt: von der Gleichstellung im öffentlichen Dienst, mehr Frauen in Hamburger Gremien bis zur Förderung von Frauenprojekten und Frauenhäusern und Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen. Sie hat sich in vielen sozialen Bewegungen engagiert. „Frauen sind nicht zweite Klasse“, war eine ihrer Devisen. Die Neue Frauenbewegung war für sie eine der wichtigsten sozialen Bewegungen.

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath (*1940), Juristin und Autorin. Sie forderte bereits in den 1970er Jahren ein bundesweites Gleichstellungsgesetz, Frauenministerien und Gleichstellungsstellen, ist die „Mutter“ der Hamburger Gleichstellungsstelle sowie der Gleichstellungsstelle auf Bundesebene. Sie war langjährige Vorsitzende der ASF und Vizepräsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale. Sie war die erste weibliche Hamburger Europaabgeordnete (1989 bis 2004), außenwirtschafts- und wirtschaftspolitische Sprecherin, 1992 bis 1999 Vorsitzende des Unterausschusses Währung und für die Euro-Einführung mitverantwortlich. Le Monde nannte sie Madame Euro. Von 1999 bis 2004 war sie Vorsitzende im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Sie hält Vorlesungen an der Universität Hamburg und am Europa-Kolleg. Ehrenamtlich ist sie in sozialen und entwicklungspolitischen Fragen engagiert, vor allem als Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins zur Unterstützung von Frauenprojekten in den Ländern des Südens. Seit 2006 ist sie erste Vorsitzende des Landesfrauenrats Hamburg.

Maria Jepsen (*1945) studierte Altphilologie und Evangelische Theologie. Von 1972 bis 1990 arbeitete sie als Gemeindepastorin in Meldorf und Leck. 1991 wurde sie in Harburg erste Pröpstin der Nordelbischen Ev.-luth. Kirche (NEK). 1992 wurde sie die erste ev.-lutherische Bischöfin der Welt. Als leitende Geistliche waren ihr vertrauensvolle Zusammenarbeit, Ehrlichkeit und Offenheit sowohl innerkirchlich als auch im Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen immer besonders wichtig. Sie sah ihre Aufgabe darin, Stimme der Stummen zu sein und zugleich für die christliche Glaubens- und Lebenspraxis einzutreten. Maria Jepsen setzte vielfältige diakonische, ökumenische und interreligiöse Akzente. Sie war präsent in Hamburg und darüber hinaus, wenn es um Armut und Ungleichheit ging. Sie unterstützte Frauen, Frauenverbände und Frauenprojekte. Sie trat entschieden ein gegen jegliche Gewalt in zwischenmenschlichen Beziehungen, insbesondere, wenn diese gegen Frauen gerichtet ist. Im Juli 2010 trat sie von ihrem Amt zurück. Maria Jepsen ist beteiligt am Aufbruch der Frauen innerhalb der Kirche, getragen von lebendigen Erfahrungen und Erkenntnissen eines feministischen Zugangs zur Theologie. Sie war und bleibt ein Vorbild für viele Frauen innerhalb und außerhalb der evangelischen Kirche.

Adrienne Goehler (*1955), Diplompsychologin, Publizistin und Kuratorin. 1986 zog sie mit den „Frechen Frauen“ (GAL) in die Hamburger Bürgerschaft ein, der ersten Frauenliste einer Partei. Ihre Arbeitsgebiete waren die Ausschüsse Wissenschaft und Forschung, Kultur, Frauen. 1989 wurde sie als erste Frau Hamburgs und Deutschlands zur Hochschulpräsidentin berufen (Hochschule für bildende Künste). In Berlin war die inzwischen parteilose Goehler als Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur von 2001 bis 2002 tätig. Zwischen 2002 und 2006 war sie Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds. Sie war und ist in wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen aktiv, so von 1991 bis 2001 im Beirat der Internationalen Frauenuniversität

(ifu) und seit 1998 als Mitglied des Kuratoriums der „Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft“ Berlin. Von 2001 bis 2006 saß sie im Vorstand der Internationalen Frauenuniversität (ifu). Sie engagiert sich für die Einführung eines Grundeinkommens.

Lieder aus der Frauenbewegung

Brot und Rosen
Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag
durch all die dunklen Küchen und wo grau ein Werkshof lag
beginnt plötzlich die Sonne unsere arme Welt zu kosen
und jeder hört uns singen: Brot und Rosen!

Wenn wir zusammen gehen, kämpfen wir auch für den Mann
Weil unbemuttert kein Mensch auf die Erde kommen kann
Und wenn ein Leben mehr ist als nur Arbeit, Schweiß und Bauch wollen wir mehr: gebt uns das Brot, doch gebt uns die Rosen auch.

Wenn wir zusammen gehen, gehen unsere Toten mit
Ihr unerhörter Schrei nach Brot schreit auch durch unser Lied
Sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst erschöpft nie Ruh
Drum kämpfen wir ums Brot und wollen die Rosen dazu.

Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein besserer Tag
Die Frauen, die sich wehren, wehren aller Menschen Plag
Zu Ende sei: dass kleine Leute schuften für die Großen
Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen!
Brot und Rosen!

(Quelle: www.fsg.or.at/servlet/ContentServer?pagename =Y02/Page/Index&n=Y02_20.2.b.a&cid=1246616870174)

Raus mit den Männern
„Es weht durch die ganze Historie
ein Zug nach Emanzipation.
Vom Menschen bis zur Infusorie
überall will das Weib auf den Thron.
Von den Amazonen bis zur Berliner Range

braust ein Ruf wie Donnerhall daher:
Was die Männer können, können wir schon lange
und vielleicht `ne ganze Ecke mehr.
Raus mit den Männern aus dem Reichstag,
und raus mit den Männern aus dem Landtag,
und raus mit den Männern aus dem Herrenhaus,
wir machen draus ein Frauenhaus!
Raus mit den Männern aus dem Dasein,
und raus mit den Männern aus dem Hiersein,
und raus mit den Männern aus dem Dortsein,
sie müssten längst schon fort sein.
Heraus mit den Männern aus dem Bau,
und r(e)in in die Dinger mit der Frau!
Es liegen in der Wiege und brüllen
die zukünft`gen Männer ganz klein.
Die Amme, die Meist`rin im Stillen,
flößt die Kraft ihnen schluckweise ein.
Von der vielen Flößung aus Flasche, Brust und Becher,
ach wir dummen Frauen sind ja schuld!
Da werden sie immer stärker, da werden sie immer frecher
da reißt doch endlich die Geduld.
Raus mit den Männern aus dem Reichstag,
und raus mit den Männern aus dem Landtag,
und raus mit den Männern aus dem Herrenhaus,
wir machen draus ein Frauenhaus!
Raus mit den Männern aus dem Dasein,
und raus mit den Männern aus dem Hiersein,
und raus mit den Männern aus dem Dortsein,
sie müssten schon längst fort sein.
Heraus mit den Männern aus dem Bau,
und r(e)in in die Dinger mit der Frau!
Die Männer haben alle Berufe,
sind Schutzmann und sind Philosoph,
sie klettern von Stufe zu Stufe,

in der Küche stehen wir und sind doof.
Sie bekommen Orden, wir bekommen Schwielen,
liebe Schwestern, es ist eine Schmach.
Ja sie trauen sich gar, die Politik zu spielen,
aber, na, die ist ja auch danach!
Raus mit den Männern aus dem Dasein,
und raus mit den Männern aus dem Hiersein,
und raus mit den Männern aus dem Dortsein,
sie müssten schon längst fort sein.
Ja: raus mit den Männern aus dem Bau,
und r(e)in in die Dinger mit der Frau!“

(Quelle: www.gutefrage.net/frage/lied-aus-den-goldenen-zwanzigern-das-frauenemanzipation-thematisiert)

Hamburger Frauenbündnis
100 Jahre Internationaler Frauentag

Landesfrauenrat Hamburg e. V. mit allen Mitgliedsverbänden
pro:fem Verbund Hamburger Frauen- und Mädcheneinrichtungen e. V.
Agentur für Arbeit, Hamburg
DGB Hamburg
filia.die frauenstiftung
Gleichstellungsbeauftragte und Wissenschaftlerinnen (DESY)
Handelskammer Hamburg
Kulturbrücke Hamburg e. V.
Schöne Aussichten – Verband selbständiger Frauen e. V., Regionalgruppe Nord